

Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Bad Pyrmont 1950

Die Problematik der Vollbeschäftigung



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1951

Schriften des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 3

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 3

Verhandlungen auf der Tagung
in Bad Pyrmont
13. bis 15. Oktober 1950

Herausgegeben von
Prof. Dr. Gerhard Albrecht



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT
BERLIN 1951

**Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
in Bad Pyrmont 1950**

Die Problematik der Vollbeschäftigung



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1951**

A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n

Verlag Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde.

Druck: Otto Walter, Berlin SW 29

Inhaltsverzeichnis

Erster Tag

	Seite
Eröffnung und Begrüßung	9
Referat von Erich Schneider :	
Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung	17
Referat von Walther Hoffmann :	
Vollbeschäftigung als Problem der wachsenden Wirtschaft	33
Aussprache	50
Referat von Theodor Wessels :	
Wirtschaftspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung	56
Aussprache	75

Zweiter Tag

Referat von Karl Schiller :	
Vollbeschäftigung und Kreditpolitik	111
Referat von Woldemar Koch :	
Vollbeschäftigung und Finanzpolitik	125
Aussprache	136
Referat von Heinrich Rittershausen :	
Vollbeschäftigung und Außenhandelspolitik	159
Aussprache	179
Verzeichnis der Redner	219
Geschäftliche Beschlüsse der Mitgliederversammlung	220

Erster Tag

Erster Tag

Sonnabend, 14. Oktober 1950

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Professor Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere wissenschaftliche Vereinigung, die als Nachfolgerin des im Jahre 1873 von den führenden Männern der damaligen Generation von Nationalökonomien und vor allem sozialpolitisch interessierten Hochschullehrern zusammen mit hervorragenden Männern der Verwaltung und der Wirtschaft gegründeten Vereins für Sozialpolitik vor zwei Jahren ins Leben getreten ist, hat zu dieser ihrer zweiten wissenschaftlichen Tagung neben den eigenen Mitgliedern einen größeren Kreis von Gästen geladen; sie tritt damit zum ersten Male vor eine weitere Öffentlichkeit. Als wir uns zu dieser Erweiterung des Kreises der Teilnehmer an der Tagung unserer Vereinigung, an deren wissenschaftlichem Charakter damit in keiner Weise gerüttelt werden soll, entschlossen, geschah das in der Überzeugung, daß dies dem entscheidenden Zweck unserer Gesellschaft, der wissenschaftlichen Erörterung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme, nicht nur nicht entgegensteht, sondern daß es dieser Zweck und die besondere Eigenart des Gegenstandes unseres Faches vielmehr erfordern, in die wissenschaftliche Aussprache die Männer der Verwaltung und der Wirtschaft einzubeziehen, mit der Einschränkung allerdings, daß sie bereit sind, die sie im täglichen Berufsleben unablässig beschäftigenden Fragen bei solcher Gelegenheit einmal frei von allen engen Interessenbestrebungen und frei von politischen Leidenschaften zusammen mit Wissenschaftlern zu erörtern. Wir hoffen, daß eine solche Aussprache dazu führen wird, daß, wie es im alten Verein für Sozialpolitik der Fall war, wissenschaftlich interessierte Praktiker aus den Kreisen der Verwaltung und der Wirtschaft, Unternehmer und Arbeitnehmer, durch Erwerb der Mitgliedschaft bei unserer Gesellschaft eine dauernde Verbindung mit der Wissenschaft suchen; denn es ist

nicht so, als ob unsere Gesellschaft ein reiner Professorenverein wäre, im Gegenteil, wir freuen uns außerordentlich, wenn auch Männer der Praxis in unsere Vereinigung als Mitglied eintreten.

Wir als Forscher und wissenschaftliche Lehrer auf dem Gebiete der Volkswirtschaft sind in einer ähnlichen Lage wie die Vertreter der medizinischen Wissenschaft. Es sind vielfach Krankheits- und Noterscheinungen am Körper der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben, durch die wir unsere Aufgaben gestellt bekommen. Die Grundlage ihrer Lösung bildet — wie für den Mediziner die genaue Kenntnis der Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers — die Erforschung der Grundlagen und der Grundprinzipien der Gesellschaft und der Wirtschaft, ihrer Ordnung und ihrer Bedingungen in der besonderen historischen Situation, in der sie uns jeweils entgegentreten. Und die Ergebnisse unserer Untersuchungen, die sich auf solcher Grundlage der Klärung bestimmter Einzelercheinungen, wie etwa des Geld- und Kreditwesens, des Außenhandels, der öffentlichen Finanzen, der Lohngestaltung, der Bedingungen höchstmöglicher Leistung der verschiedenen Wirtschaftszweige usw., zuwenden, sollen dann dem Praktiker der Wirtschaft als Richtlinien seines Handelns und den Regierenden und Politikern als Wegweiser für ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen dienen, so wie der Arzt die Ergebnisse der medizinischen Forschung anwendet, um Krankheiten zu verhüten und zu heilen. Wie der wirtschaftswissenschaftliche Forscher niemals die engste Fühlung mit dem wirklichen wirtschaftlichen Geschehen verlieren darf, so ist es auch von entscheidender Bedeutung, daß die im praktischen Wirtschaftsleben Stehenden immer wieder Einblick in die Werkstatt der Wirtschaftswissenschaft nehmen und sich mit ihren Forschungsergebnissen bekannt machen; und hierzu soll diese Tagung Gelegenheit bieten.

Ich stelle mit großer Genugtuung fest, daß die Einladungen, die wir in diesem Jahre weit über den Kreis unserer Vereinsmitglieder hinaus haben ergehen lassen, einen so starken Widerhall gefunden haben. Es ist mir eine hohe Ehre und große Freude, alle diejenigen, die als Gäste wie als Vereinsmitglieder der Einladung unserer Gesellschaft gefolgt sind, aufs herzlichste zu begrüßen und ihnen für ihr Erscheinen zu danken.

Ich danke der staatlichen Kurverwaltung des Bades Pyrmont aufs herzlichste, daß sie es uns ermöglicht hat, unsere Tagung in so schönen Räumen und in so herrlicher Umgebung abzuhalten, und ich begrüße als ihren Vertreter Herrn Kurdirektor *Stoltze* und als Vertreter der örtlichen Behörden Herrn Landrat *Tangermann* und Herrn Bürgermeister *Drinkuth* aufs herzlichste.

Ich begrüße ferner die Herren Vertreter der Bundesministerien, an ihrer Spitze Herrn Ministerialdirigenten Dr. *Keiser* vom Bundeswirtschaftsministerium, mit ganz besonderem Dank für ihr Erscheinen. Mein Gruß gilt ferner den Herren Vertretern der Länderregierungen, unter ihnen ganz besonders der Regierung des Landes Niedersachsen, dessen Gäste zu sein wir die Ehre haben, geführt von unserem Vereinsmitglied, Herrn Staatssekretär Dr. *Auerbach*. Es ist uns eine besondere Freude, daß zu unseren Gästen auch der Arbeitsminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, Herr *Wirsching*, gehört. Der Vertreter der Stadt Hamburg, unser verehrtes Vereinsmitglied Herr Senator *Schiller*, hat zu unserer Freude selbst ein Referat auf unserer Tagung übernommen. Allen Vertretern von Regierungen und Behörden, der Landesarbeitsämter, der Bank deutscher Länder, der Landeszentralbanken, der öffentlichen und privaten Banken, der Industrie, des Handels und des Handwerks, der Arbeiter- und Angestelltenschaft, die in großer Zahl unter uns weilen, danke ich aufrichtig für ihr Erscheinen. Sie alle mit Namen zu nennen, ist leider nicht möglich.

Ich begrüße ferner die Vertreter derjenigen wissenschaftlichen Institute und Organisationen, deren Bestrebungen sich mit denen unserer Gesellschaft aufs engste berühren, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, und ich freue mich ganz besonders, daß ihr Präsident, Herr Dr. *Friedensburg*, unter uns anwesend ist; des rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung; des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung; des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Bundes deutscher Gewerkschaften; der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute und der Akademie der Arbeit.

Es ist mir weiter eine besondere Freude, einige Vertreter des Auslandes zu begrüßen. Wir sind besonders dankbar, daß sie die weite Reise unter den jetzt immer noch so schwierigen Verhältnissen nicht gescheut haben, um an unserer Tagung teilnehmen zu können. So begrüße ich den Direktor der Schweizerischen Nationalbank, Herrn *Ackermann*, Herrn Prof. *Büchner*, Zürich, Herrn Prof. *Helander*, unseren alten lieben Kollegen, von der Universität Stockholm, Herrn Prof. *Pedersen* von der Universität Aarhus. Ganz besonders freue ich mich auch darüber, daß einige unserer verehrten österreichischen Kollegen zu unserer heutigen Tagung erschienen sind.

Als Vertreter der Besatzungsbehörden begrüße ich unseren alten lieben Kollegen Herrn Prof. *Hermberg* und Mr. *Mark*.

Ich möchte zum Schluß dem Wunsche Ausdruck geben, daß alle unsere verehrten Gäste von dieser Tagung den Eindruck mitnehmen können, daß es sich lohnt und für ihre Arbeit von Wert ist, an einer wissenschaftlichen Tagung teilgenommen zu haben, auf der die sie

unablässig beschäftigenden und für das Wohl unseres Volkes so dringlichen Fragen Gegenstand einer von politischen Leidenschaften und engen Interessen freien sachlichen Erörterung gewesen sind.

Kurdirektor *Stoltze* (Bad Pyrmont):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, Sie im Namen des Staatsbades und des Kreises herzlich willkommen zu heißen und Ihnen dafür zu danken, daß Sie Pyrmont als Ort ihrer Tagung gewählt haben. Wir haben uns bemüht, Ihrer Zusammenkunft einen würdigen Rahmen zu geben, und hoffen, daß Sie sich bei uns wohlfühlen, und darüber hinaus hoffen wir, daß Sie neben Ihrer ersten Arbeit noch etwas Zeit erübrigen und Entspannung finden in den Schönheiten unseres an natürlichen Heilmitteln so reich gesegneten Quellentals. Ihrer Tagung selbst wünschen die Regierung Hannover und wir einen vollen Erfolg.

Minister *Wirsching* (Tübingen):

Magnifizenz, meine Damen und Herren!

Ich darf als Gast zum Ausdruck bringen, daß ich mich darüber freue, eine Einladung zu Ihrer so bedeutsamen Tagung erhalten zu haben. Ich bin Arbeitsminister des sehr kleinen Landes Württemberg-Hohenzollern, komme aus der Gewerkschaftsarbeit und bin an diesen Platz berufen. Es ist den Menschen, die in die Verantwortung gestellt sind, ein großes Bedürfnis, ihr Wissen zu erweitern, und ich bin in der Erwartung hierher gekommen, aus der Erörterung der Themen, die Sie heute und morgen zu behandeln die Absicht haben, für unsere Alltagsarbeit schöpfen zu können. Ich habe die Erfahrung gemacht bei solchen Zusammenkünften, daß die Zusammenarbeit in dem Augenblick eine andere wird, da ein menschlicher Kontakt entsteht; das hat Ihr Begrüßungsabend gestern gezeigt. Ich darf vielleicht anknüpfen an ein Erlebnis, das ich einmal in der Evangelischen Akademie in Bad Boll hatte, als sich auch zwei Menschen, die sich grundsätzlich hart bekämpft hatten, begegneten; da hatte einer vom anderen den Eindruck, „es ist eigentlich ein ganz annehmbarer Mensch, mit ihm kann man reden“, und daraus entspann sich für die Folge eine fruchtbarere Auseinandersetzung als ehemals.

Ich möchte zu den Themen, die Sie zu behandeln sich anschicken, vielleicht ein Wort hinsichtlich der Erwartungen sagen: Ich glaube, daß, wenn die medizinische Wissenschaft mit Geißeln der Menschheit fertig wurde, wie sie die Pest und andere Epidemien darstellten, auch zu hoffen ist, daß es Ihrem Bemühen gelingen wird, die Menschheit auch von der Geißel der Arbeitslosigkeit weithin — jeder Vergleich

hinkt ja bekanntlich — befreien zu können, daß es kein unbedingtes Schicksal ist, Arbeitslosigkeit zu haben; sondern ich glaube, daß der Mensch, der diese Wirtschaftsordnung — auch ihre Unordnung — geschaffen hat, diese Ordnung weitergestalten kann und auch in der Lage ist, die Unordnung weithin zu beseitigen. Damit danke ich Ihnen nochmals für die Einladung und wünsche Ihrer Tagung einen fruchtbaren Verlauf.

Staatssekretär Dr. *Auerbach* (Hannover):

Magnifizenz, meine Damen und Herren!

Es ist nicht immer angebracht, am Beginn einer Tagung Vorschußlorbeeren zu verteilen, und es steht mir nicht an, hier in einer Begrüßung Süßholz zu raspeln, und ich hoffe, daß das gerade in diesem Kreise verstanden wird. Aber mir scheint, daß es zu Beginn einer Tagung wie der heutigen nötig ist, auf eins hinzuweisen, darauf nämlich, daß die Möglichkeit besteht, daß der Verein für Sozialpolitik gerade mit diesem Schritt in eine weitere Öffentlichkeit eine neue Etappe in seiner ruhmreichen Geschichte beginnt. Man muß ganz offen sagen, daß der Verein für Sozialpolitik heute im Bewußtsein der breiteren Öffentlichkeit kaum eine Rolle spielt. Für sehr weite Kreise der sozialpolitisch Interessierten und der volkswirtschaftlich Interessierten ist der Verein für Sozialpolitik nichts weiter als ein Verein neben vielen anderen wissenschaftlichen Vereinen, und ich glaube, daß mit dem Anschneiden eines Themas, das ein brennendes Thema nicht nur für die Wissenschaft, sondern vielleicht ein noch brennenderes für die Frauen und Männer der Praxis ist, Chancen eröffnet werden für eine Begegnung zwischen Wissenschaft und Praxis, die länger reicht als diese zwei Tage hier in Pymont.

Der alte Verein für Sozialpolitik war zu einem Zentrum der sozialpolitischen Auseinandersetzungen geworden, sozialpolitisch in weitestem Sinne genommen, viel weitergehend, als er sich ursprünglich als Aufgabe gestellt hatte, und er war nicht nur Zentrum der sozialpolitischen Auseinandersetzungen geworden, sondern darüber hinaus für viele Jahre, ja, man darf sagen, Jahrzehnte der große Anreger der sozialpolitischen Überlegungen und der sozialpolitischen Praxis. Heute stehen wir in einer Situation, in der Fragen in einem Tempo erörtert werden müssen, in einer Hast, die nicht immer gerade der Lösung förderlich ist. Diese Begegnung hier zwischen Wissenschaft und Praxis — oder lassen Sie es mich ganz korrekt und in der notwendigen Bescheidenheit sagen — zwischen der Wissenschaft und der der Wissen-

schaft aufgeschlossenen Praxis — es ist ja immer noch nicht die ganze Praxis — muß weiterführen.

Herr Minister *Wirsching* hat eben schon erwähnt, wie sehr er hofft, daß Anregungen für die Praxis gegeben werden können. Ich will vorsichtig sein und sagen, daß alle diejenigen, die in der praktischen Verantwortung stehen, hoffen, aus den Anregungen hier manches für ihre Praxis mitnehmen zu können, weil alle die, die in der Hast und unter dem Druck der täglichen Verantwortung stehen, immer wieder bei kritischer Prüfung feststellen, wie leicht sie in Gefahr geraten auszubrennen, und wie sehr ihnen das fehlt, was gerade Sie von den Hochschulen als die notwendige Ruhe und Selbstbesinnung der Studierstube kennen, zu würdigen wissen und in den letzten Jahrzehnten so bitter verteidigen mußten. Vor 20—30 Jahren wäre es praktisch unmöglich gewesen, für ein Thema, wie es heute große Kreise der Praxis beschäftigt, Frauen und Männer der Praxis zu interessieren. Damals war es noch nicht allgemeine Überzeugung geworden, daß die Unordnung, die von den Menschen geschaffen ist — um wieder Herrn Minister *Wirsching* zu zitieren — ohne weiteres beseitigt werden kann; damals wurde die Unordnung weitgehend als etwas hingenommen, das naturgewachsen ist und an dem der Mensch wenig ändern kann. Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre, das Wissen um den Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung haben gerade gezeigt, daß heute die Möglichkeit und Notwendigkeit dazu besteht.

Das berührt uns Niedersachsen ganz besonders, in einem Lande, das durch die Massenwanderungen der letzten 23 Jahre vollkommen sein Gesicht verändert hat, in einem Lande, in dem die strukturelle Arbeitslosigkeit so groß ist, daß wir uns eine vermeidbare zyklische Arbeitslosigkeit einfach nicht leisten können, in einem Lande von einer derartigen Kapitalarmut, daß wir uns keine Verschwendung durch Kapitalfehleitungen irgendwelcher Art leisten können. Aus diesem Grunde ist es für uns von ganz besonderem Interesse, den heutigen Stand der deutschen Wissenschaft auf den verschiedenen Gebieten und in den verschiedenen Aspekten der Theorie der Vollbeschäftigung und der Möglichkeit ihrer praktischen Anwendung hier in einem Emporium zweier Tage zu erleben, und in diesem Sinne bitte ich Sie, die Grüße und Wünsche des Herrn niedersächsischen Ministerpräsidenten, des niedersächsischen Kultusministers und meines Ministers für Wirtschaft und Arbeit verstehen zu wollen.

Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Ich danke den Herren, die soeben so freundliche Worte der Begrüßung an uns gerichtet haben, aufs herzlichste. Wenn ich eine Bemerkung anknüpfen darf, die soeben gemacht worden ist, nämlich daß

unser Verein heute in der Öffentlichkeit noch unbekannt ist, so möchte ich zur Erklärung dazu sagen, daß es nach dem Zusammenbruch zunächst einmal notwendig war, unseren Verein in der Stille wieder aufzubauen. Nachdem aber diese Aufbauarbeit geleistet worden ist, scheint es mir in der Tat notwendig, daß wir der Öffentlichkeit von unserer Existenz Kenntnis geben, und darum bin ich den Herren Vertretern der Presse besonders dankbar, daß sie hier erschienen sind, und begrüße sie aufs angelegentlichste. Ich bitte sie, über diese Tagung zu berichten und uns dadurch zu helfen, nun auch wieder in der Öffentlichkeit bekannter zu werden, als das in den abgelaufenen Jahren der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren!

Wir wenden uns nunmehr dem Gegenstande des wissenschaftlichen Teiles unserer Tagung zu:

Die Problematik der Vollbeschäftigung

Als wir vor 1½ Jahren als Verhandlungsgegenstand dieser Tagung die Problematik der Vollbeschäftigung wählten, waren wir uns durchaus darüber klar, daß wir damit eine Frage erneut zur Diskussion stellten, über die schon viel geschrieben worden ist und mit der sich schon manche anderen Gremien und Tagungen beschäftigt haben und vermutlich weiter bis zum Termin unserer Tagung beschäftigen würden. Das ist in der Tat inzwischen geschehen. Aber das Wissen darum brauchte uns nicht von unserer Absicht abzuhalten; denn jeder Kenner der Materie weiß, daß das Thema „Vollbeschäftigung“ und „Vollbeschäftigungspolitik“ sehr viel mehr beinhaltet als ein gerade akutes Einzelproblem, daß mit ihm vielmehr die entscheidenden Grundlagen und Grundfragen der ordnenden Wirtschaftsgestaltung und damit der gesamten Wirtschaftspolitik aufgeworfen werden.

Die wissenschaftliche Diskussion dieses Grundthemas hat bisher ihr Schwergewicht im Auslande, besonders in den angelsächsischen Ländern, gehabt. Seine Erörterung auf deutschen Kongressen der letzten Jahre stand wesentlich unter tagespolitischen Vorzeichen. Seine im strengen Sinne wissenschaftliche Behandlung durch die berufenen deutschen Fachvertreter vor einer größeren Öffentlichkeit war daher nach unserer Auffassung ein fast unabweisbares Gebot. Auch in Deutschland ist eine Art Keynesianismus im Werden, wie er in den angelsächsischen Ländern seit längerem zu fast dogmatischer Bedeutung gelangt ist. Die Gefahr, daß damit wieder einmal etwas zum Schlagworte wird, ist groß. Daher hat die Öffentlichkeit ein Recht,

von der Wissenschaft zu erfahren, was sie von einem so eindrucksvoll vorgetragenen und dem Laien so einleuchtenden Programm hält. Und vielleicht ist gerade die deutsche Wirtschaftswissenschaft in besonderem Maße aufgerufen, in öffentlich geführter wissenschaftlicher Diskussion zu dem, was der *Keynesschen* Lehre und der auf sie gestützten Forderung der Vollbeschäftigung zugrunde liegt, Stellung zu nehmen, einmal, weil es ein Deutscher, Albert *Hahn*, gewesen ist, der schon im Jahre 1920 entscheidende Grundgedanken dessen, worum es hierbei geht, ausgesprochen hat, es dann allerdings sehr bald als seine Jugendsünde — wie er kürzlich sagte — bezeichnet und widerrufen hat, sodann, weil Deutschland früher als andere Länder und in extremerer Weise als diese dann nach ihm die Vollbeschäftigungspolitik praktisch betrieben, ihre Möglichkeiten und ihre Methoden erprobt, aber auch die in ihr verborgenen Gefahren aufs schmerzlichste kennengelernt hat. Beides scheint mir eine Verpflichtung für die deutsche Fachwissenschaft zu bedeuten, nun auch ihrerseits in eine umfassende Aussprache über die Lehre von der Vollbeschäftigungspolitik einzutreten und sie in Rede und Gegenrede nach allen Seiten hin zu durchleuchten.

Das Ziel einer solchen vor der Öffentlichkeit geführten Aussprache ist den Traditionen unseres Vereins und seinem nicht politischen, sondern wissenschaftlichen Charakter gemäß nicht die Erarbeitung eines programmatischen Einheitsergebnisses dieser Konferenz, das seinen Niederschlag in einer durch Abstimmung gewonnenen EntschlieÙung finden könnte; unsere Satzung schließt solche Abstimmungen und EntschlieÙungen als wissenschaftswidrig ausdrücklich aus. Ihr Ziel kann vielmehr nur sein, die Lehre und ihre wissenschaftliche Geschichte mit aller denkbaren theoretischen Klarheit herauszuarbeiten, die aus ihr sich ergebenden wirtschaftspolitischen Folgerungen zu ziehen, diese dann unter den wichtigsten Aspekten, denen der Kreditpolitik, der Finanzpolitik und der Außenhandelspolitik, zu beleuchten und bei alledem die kritische Sonde vor allem unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen wirtschaftlichen Weltlage und der besonderen Situation der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse anzulegen. Hiernach haben wir unser Programm aufgestellt, und wir hoffen, daß die an die Vorträge sich anschließenden Diskussionen dazu dienen werden, soviel wie möglich Licht über die Möglichkeiten der Verwirklichung des von allen, welcher wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Richtung sie auch angehören mögen, erstrebten Zieles zu verbreiten, nämlich allen arbeitswilligen Menschen die Gelegenheit zu ihrer volkswirtschaftlich nutzbringenden Beschäftigung zu sichern.

Ich erteile nunmehr dem ersten Vortragenden, Herrn Prof. *Schneider*, das Wort zu seinem Referat:

Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung

Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Herr Präsident! Hochansehnliche Versammlung!
Meine Damen und Herren!

Ich habe über den gegenwärtigen Stand der Theorie der Beschäftigung zu berichten. Diese Theorie ist heute so weit entwickelt, sie ist so reich an Problemen und Aspekten, daß ich mich im Rahmen der mir zugemessenen Zeit notwendig auf die wesentlichen Linien und Gesichtspunkte sowie auf die Ansatzpunkte für die weitere Forschung beschränken muß. Daß auf eine Durchführung von Beweisen der Theoreme, auf die hinzuweisen sein wird, verzichtet werden muß, versteht sich von selbst.

1. Die Theorie der Beschäftigung hat zu erklären, welche Faktoren die Höhe der Beschäftigung in einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitpunkt bestimmen, welche Faktoren die Schwankungen der Beschäftigung im Zeitablauf hervorrufen und wie ein Beschäftigungszustand in einem Zeitpunkt aus dem Beschäftigungszustand in einem vorhergehenden Zeitpunkt herauswächst. Es versteht sich von selbst, daß alle drei Fragestellungen eng miteinander verknüpft sind.

2. Da der zeitliche Ablauf des Wirtschaftsprozesses in jeder Wirtschaftsordnung die Resultante der Dispositionen der handelnden Wirtschaftssubjekte ist, ist auch die Höhe der einen Variablen „Beschäftigung“ in jedem Zeitpunkt durch diese Entscheidungen bestimmt: in einer kollektivistischen Wirtschaft durch die Dispositionen des Staates, in einer freien Marktwirtschaft ohne staatliche Aktivität durch die Dispositionen der Haushalte und der Unternehmer, in einer Marktwirtschaft mit staatlicher Aktivität durch die Dispositionen der Haushalte, der Unternehmer und des Staates. Eine Erklärung der jeweiligen Höhe der Beschäftigung und der Beschäftigungsschwankungen hat also auf diese Dispositionen, ihre Entstehung und Änderungen, zurückzugehen.

3. Eine derartige Analyse ist für die zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft mit keinen wesentlichen Schwierigkeiten verbunden, weshalb ich hier von diesem Problemkreis ganz absehe. Anders liegen die Dinge da, wo, wie in der Marktwirtschaft, eine große Zahl von Wirtschaftssubjekten selbständig, unabhängig voneinander ihre Entscheidungen treffen. Hier ist die Analyse wesentlich komplizierter. Die theoretische Forschung hat sich denn auch in erster Linie mit dem Problem der Beschäftigungsschwankungen für diesen Fall auseinander-

gesetzt. Was sie heute zu dem Beschäftigungsproblem in der Marktwirtschaft zu sagen hat, soll hier in seinen wesentlichen Aspekten dargelegt werden.

4. Da die Gesamtbeschäftigung als Summe der Teilbeschäftigungen in den einzelnen Wirtschaftseinheiten (Haushalten, Unternehmungen, öffentlichen Institutionen) eine der vielen interdependenten Variablen des ökonomischen Gesamtsystems darstellt, kann sie nur im Rahmen eines diese gesamte Interdependenz umfassenden und beschreibenden Gesamtsystems ihre Erklärung finden. Eine Totalanalyse ist also erforderlich. Eine solche Totalanalyse kann bekanntlich durchgeführt werden auf mikroökonomischer Grundlage, d. h. unter Einbeziehung der Millionen von einzelnen handelnden Wirtschaftssubjekten, oder auf makroökonomischer Grundlage, d. h. unter Zusammenfassung einzelner Wirtschaftssubjekte, etwa aller Haushalte und aller Unternehmungen, zu Gruppen, um damit die Zahl der Variablen des Problems und der Beziehungen zwischen diesen Variablen auf eine übersehbare und handliche Anzahl zu reduzieren. Im ersten Fall arbeitet man mit einem alle Mikrogrößen enthaltenden Totalsystem vom *Walras*-Typ, im zweiten Fall mit einem Makrogrößen, d. h. Aggregate enthaltenden Totalsystem vom Typ eines *Quesnay*, eines *Marx* oder eines *Keynes*. Es versteht sich von selbst, daß nur eine Totalanalyse auf mikroökonomischer Grundlage ein Bild von den Millionen von Beziehungen und Interdependenzen in einer Volkswirtschaft geben kann. Auf der anderen Seite ist die Zahl der in eine derartige Betrachtungsweise eingehenden Variablen so groß, daß sie zu unhandlich und zu wenig übersichtlich ist, um für die Wirtschaftspolitik wertvolle und brauchbare Einsichten zu gewinnen. Die Theorie der Beschäftigung arbeitet deshalb, wie so viele gesamtwirtschaftliche Analysen heute — ich erinnere nur an die input-output-Analyse in den USA sowie an die Nationalbudgets und an die gesamte Konjunkturtheorie —, mit Totalanalysen auf makroökonomischer Grundlage. Man arbeitet mit der Gesamtinvestition der Unternehmer als Gruppe statt mit den Einzelinvestitionen der einzelnen Unternehmer, mit dem Gesamtkonsum der Haushalte statt mit den Konsumgrößen der einzelnen Haushalte, mit der Gesamtbeschäftigung statt mit den Beschäftigungsgrößen in den einzelnen Unternehmungen usw. Damit reduziert man die Analyse auf die großen, relevanten Linien und gewinnt an Einfachheit und Übersichtlichkeit. Daß dadurch die Zusammenhänge innerhalb der Gruppen verdeckt werden, ist klar. Insbesondere ist es selbstverständlich, daß ein Gleichgewichtszustand im Bereich der Aggregate noch kein Gleichgewicht innerhalb der Gruppen verbürgt. Aber es kann nicht scharf genug unterstrichen werden, daß die Existenz eines Makrogleichgewichts eine **n o t w e n d i g e**, wenn auch nicht **h i n r e i c h e n d e** Voraussetzung für

die Existenz eines Gleichgewichtszustandes schlechthin ist. Herrscht im Bereich der Aggregate kein Gleichgewicht, so kann erst recht kein Gesamtgleichgewicht herrschen. Die moderne Theorie der Beschäftigung ist sich dieser Tatsache voll bewußt.

5. Eine Totalanalyse auf makroökonomischer Grundlage kann nun, wie Sie wissen, sowohl statisch bzw. komparativ-statisch als auch dynamisch durchgeführt werden. Die Theorie benutzt heute dabei die Begriffe „statisch“ und „dynamisch“ mit seltener Einmütigkeit in dem von Ragnar *Frisch* eingeführten Sinn als Ausdrücke für verschiedenartige Betrachtungsweisen ökonomischer Phänomene. Wir sagen, eine Betrachtungsweise sei statisch, wenn sie mit Relationen zwischen Variablen arbeitet, die sich alle auf den gleichen Zeitpunkt bzw. auf die gleiche Periode beziehen. Sagt man z. B., der Konsum heute hänge ab vom Einkommen heute, so ist das eine statische Relation, und eine Theorie, die mit derartigen statischen Relationen arbeitet, ist eine statische Theorie. Eine Theorie dagegen, die mit Relationen zwischen Variablen arbeitet, die sich auf verschiedene Zeitpunkte bzw. Perioden beziehen oder in die Wachstumsraten der Variablen, Preistendenzen, Investitionsänderungen usw. eingehen, bezeichnet man als dynamisch. Sagt man, der Konsum heute hänge vom Einkommen gestern ab oder die Wachstumsrate der Investition sei eine Funktion der Größe des vorhandenen Sachkapitalbestandes, so sind das dynamische Relationen, und die Theorie, die derartige Relationen verwendet, ist eine dynamische Theorie. Der Fortschritt der Theorie der Beschäftigung liegt seit 1939, wie bei so vielen anderen wirtschaftstheoretischen Analysen, darin, daß sie den engen Rahmen der statischen Theorie verlassen und sich zu einer dynamischen — und damit wirklichkeitsnäheren — Theorie entwickelt hat. Um diesen Fortschritt aufzeigen zu können, muß jedoch zunächst kurz auf die statische Theorie der Beschäftigung eingegangen werden.

6. Vorher noch ein Wort über den Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Wir sagen, ein wirtschaftliches System befinde sich in einem Zeitpunkt bzw. in einer Periode im Gleichgewicht, wenn die Dispositionen der einzelnen handelnden Subjekte oder Gruppen von Subjekten einander entsprechen, d. h. wenn — bei der vorhandenen Datenkonstellation — kein Subjekt Überraschungen erlebt, also keinen Anlaß hat, seine Dispositionen zu ändern. Befindet sich das System im Gleichgewicht, so sind die Werte der Variablen im Zeitablauf konstant. Die Frage, welcher Gleichgewichtszustand einer bestimmten Datenkonstellation entspricht, läßt sich also mit den Mitteln einer statischen Analyse beantworten. Die Art, wie sich das System an Datenänderungen anpaßt, läßt sich ebenfalls mit den Mitteln der statischen Analyse erfassen, wenn angenommen wird, daß die Anpassung mit unendlich

großer Reaktionsgeschwindigkeit erfolgt, oder wenn man sich nur für den der neuen Datenkonstellation entsprechenden Gleichgewichtszustand interessiert. Eine Analyse des Anpassungsprozesses im Zeitablauf bei endlichen Reaktionsgeschwindigkeiten ist dagegen nur im Rahmen einer dynamischen Theorie möglich.

7. Beginnen wir nach diesen Vorbemerkungen mit der statischen Theorie der Beschäftigung. Vor dem Erscheinen der „General Theory“ von *Keynes* im Jahre 1936 stand folgendes Theorem im Zentrum der statischen Theorie der Beschäftigung:

In einer Wirtschaft ohne staatliche Aktivität mit freier atomistischer Konkurrenz auf allen Märkten und voller Flexibilität aller Preise ist Unterbeschäftigung im Rahmen des gegebenen Produktionsapparates und der gegebenen Technik in dem Sinne unmöglich, daß der Reallohn oder allgemeiner: Löhne und Preise sich bei gegebenen gesamtwirtschaftlichen Daten immer so einstellen werden, daß gerade von den Unternehmern soviel Arbeitskraft nachgefragt wird, als die Arbeiter anzubieten wünschen. Wenn die Haushalte aus diesem Vollbeschäftigungseinkommen einen Teil sparen, sorgt der Zinsmechanismus — und nur dieser — dafür, daß gerade soviel von den Unternehmern investiert wird, wie von den Haushalten gespart wird. Die Theorie der Bestimmung des Reallohns ist hier identisch mit der Theorie der Beschäftigung. Die sich aus den auf dem Arbeitsmarkt geltenden Angebots- und Nachfragefunktionen nach Arbeitskraft ergebende Beschäftigung, die ex definitione Vollbeschäftigung ist, erfährt keinerlei Störungen durch den Mechanismus, der über den Zins automatisch die Höhe der freiwilligen Investitionen der freiwilligen Ersparnis angleicht.

Die Voraussetzungen, die diesem klassischen Modell zugrundeliegen, müssen im Auge behalten werden:

- a) Die Nachfrage nach Arbeitskraft hängt vom Reallohn ab, und zwar in der Weise, daß die Nachfrage mit steigendem Reallohn abnimmt.
- b) Das Angebot von Arbeitskraft hängt ebenfalls vom Reallohn ab, und zwar so, daß das Angebot mit steigendem Reallohn zunimmt.
- c) Die Ausbringung hängt ab von der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte.
- d) Die Geldmenge bestimmt bei gegebener Ausbringung die Höhe der Preise und das Geldeinkommen.
- e) Ersparnis und Investition hängen von der Höhe des Zinssatzes und der Höhe des Volkseinkommens derart ab, daß ein höherer Zins die freiwillige Ersparnis bei gegebenem Einkommen steigert und die freiwilligen Investitionen bremst und daß andererseits bei gegebenem Zinssatz freiwillige Ersparnis und freiwillige Investition mit steigendem Volkseinkommen zunehmen.

Unter diesen Voraussetzungen kann es bei voller Flexibilität aller Preise in unserem System unfreiwillige Arbeitslosigkeit nicht geben. Würde z. B. der Reallohn höher sein als der Gleichgewichtslohn, bei dem Vollbeschäftigung herrscht, so würde die Konkurrenz der Arbeiter den Reallohn auf den Gleichgewichtslohn zurückführen. Dieser Prozeß ist eingehend von *Pigou* in seinem Buch „Equilibrium and Employment“ (London 1941) und von *Föhl* in seiner Arbeit „Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf“ (München 1937) beschrieben worden.

Der Sachverhalt kann auch in folgender Weise formuliert werden: Wenn der Gleichgewichtszustand bei Vollbeschäftigung — in dem Sinne, daß bei dem herrschenden Reallohn von den Unternehmern gerade die Menge Arbeitskraft nachgefragt wird, die die Arbeiter anzubieten wünschen — dadurch gestört wird, daß die Haushalte insgesamt aus dem Einkommen bei Vollbeschäftigung mehr sparen als die Unternehmer investieren, so wird das Absinken der Beschäftigung — immer im Rahmen der statischen Betrachtung — durch Zinssenkung unmöglich gemacht, indem der Zinssatz soweit sinkt, daß die freiwillige Ersparnis bei Vollbeschäftigung gerade gleich der freiwilligen Investition bei Vollbeschäftigung ist.

8. Gegenüber diesem klassischen Theorem und Raisonement machte nun *Keynes* schwerwiegende Einwände geltend. Sind Investitionsneigung und Sparneigung so gestaltet, daß aus dem Einkommen bei Vollbeschäftigung freiwillig mehr gespart wird als die Unternehmer freiwillig zu investieren wünschen — und in der Marktwirtschaft, in der Sparentschlüsse und Investitionsentschlüsse von voneinander unabhängigen Wirtschaftseinheiten gefällt werden, ist keine Garantie vorhanden, daß die freiwilligen Investitionen gerade gleich der freiwilligen Ersparnis bei Vollbeschäftigung sind —, so ist es nicht sicher, daß der eben beschriebene klassische Zinsmechanismus selbst in der Welt der Statik überhaupt wirkt. Aus zwei Gründen:

- a) Die Sparneigung ist wesentlich nicht vom Zins, sondern von der Höhe des Volkseinkommens abhängig — eine Tatsache, die auch von der Klassik nicht geleugnet wird. Bei gegebenem Einkommen ist also die Ersparnis in bezug auf den Zinssatz vollkommen oder fast vollkommen unelastisch. Für die Sparer ist die Höhe des Zinssatzes nur von Bedeutung für die Entscheidung, in welcher Form sie ihre Ersparnisse halten wollen — ob in Kasse oder in Wertpapieren.
- b) Die Investitionsneigung ist bei gegebenem Einkommen in bezug auf Zinsvariationen wesentlich unelastischer als von der Klassik angenommen wurde. Es läßt sich theoretisch einwandfrei zeigen — und die Erfahrung bestätigt das theoretische Ergebnis —, daß nur Investitionen von langer Dauer mit geringem Risiko wesentlich zinsempfindlich sind. Ich verweise vor allem auf die hervorragende

Arbeit von *Shackle* „Interest Rates and the pace of investment“ im *Economic Journal*, Bd. 56, 1946.

Angesichts dieser Tatsachen ist selbst bei voller Flexibilität des Zinssatzes keine Garantie dafür gegeben, daß die freiwillige Investition über den Zinssatz der freiwilligen Ersparnis aus dem Einkommen bei Vollbeschäftigung angeglichen wird. Ist die Investitionsneigung der Unternehmer in bezug auf den Zins vollkommen unelastisch oder wenig elastisch, so ist eine Rückkehr des Systems zur Vollbeschäftigung unmöglich. Ist andererseits die Investitionsneigung der Unternehmer in bezug auf den Zins elastisch, so wird die Beschäftigung auch dann bei einem Überwiegen der freiwilligen Ersparnis über die freiwilligen Investitionen absinken, wenn die Kurve der Liquiditätspräferenz bei dem herrschenden Zinssatz vollkommen oder fast vollkommen elastisch ist. In beiden Fällen wird also eine Störung des Vollbeschäftigungsgleichgewichtes auch bei flexiblen Preisen und Löhnen zur Unterbeschäftigung führen. Die Beschäftigung wird solange absinken, bis das Realinkommen eine solche Höhe hat, daß aus diesem Einkommen freiwillig gerade soviel gespart wird, wie die Unternehmer freiwillig zu investieren wünschen. Der Grad des Absinkens wird durch den Investitionsmultiplikator bestimmt, der in der statischen Welt, in der wir uns noch bewegen, augenblicklich wirkt (*Keynes' instantaneous multiplier*). Ganz gewiß handelt es sich hier um Grenzfälle, denen jedoch sehr wohl reale Bedeutung zukommen kann.

9. *Haberler*¹ und *Pigou* haben nun darauf hingewiesen, daß der sich in diesen Grenzfällen einstellende Unterbeschäftigungszustand kein Gleichgewichtszustand sei. Herrscht auf dem Arbeitsmarkt, wie wir vorausgesetzt haben, freie Konkurrenz, so werden nach *Haberler* und *Pigou* die Arbeitslosen versuchen, durch Lohnunterbietungen ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß zu erreichen. Fallen nun die Preise proportional mit dem Geldlohnsatz, so daß der Reallohn ungeändert bleibt, so wird bei Inelastizität der Spar- und Investitionsneigung in bezug auf den Zinssatz oder bei vollkommener Elastizität der Kurve der Liquiditätspräferenz keine Änderung der Beschäftigung eintreten. Der Geldlohn und mithin die Preise werden also weiter sinken, so daß das System einem fortgesetzten deflatorischen Prozeß ausgesetzt ist. Es ist selbstverständlich, daß sich das System trotz konstanter Unterbeschäftigung nicht in einem Gleichgewichtszustand befindet. Dieser deflatorische Prozeß mit ständiger Unterbeschäftigung kann aber, nach *Pigou* und *Haberler*, nicht von Dauer sein. Mit sinkenden Preisen wächst bei unveränderter Geldmenge der Realwert der Kassenbestände der Haushalte. Mithin wird die Konsumneigung der Haushalte früher oder später steigen oder, was dasselbe ist, die Spar-

¹ Siehe z. B. *Review of Economic Statistics*. Vol. 28, 1946. S. 191.

neigung sinken, was dann einen stimulierenden Einfluß auf die Beschäftigung ausüben wird. Das gilt auch dann, wenn die Preise bei fallenden Geldlohnsätzen nicht proportional mit diesen fallen und die Investitionsneigung in bezug auf den Zinssatz nicht vollkommen unelastisch ist. Nur treten dann noch weitere, die Beschäftigung steigernde Einflüsse auf. Der entscheidende Einfluß aber geht von dem sog. *Pigou*-Effekt aus, d. h. von der Wirkung der im Zuge der Lohnunterbietungen einsetzenden Preissenkung. Solange noch Unterbeschäftigung herrscht, bleibt der *Pigou*-Effekt wirksam und sorgt für die automatische Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Vollbeschäftigung wird also hier durch einen deflatorischen Prozeß, d. h. durch eine Lohn-Preisspirale nach unten erreicht. Schließt man sich dem *Haberler-Pigou*-Argument an, dann besteht der am Anfang aufgestellte klassische Satz, daß bei atomistischer Konkurrenz und voller Flexibilität aller Preise automatisch eine Tendenz zur Vollbeschäftigung besteht, zu Recht. Es muß indessen mit Nachdruck betont werden, daß der *Pigou*-Effekt den Charakter einer völlig unbestätigten Hypothese hat. Überdies kommt dem *Haberler-Pigou*-Versuch der Rettung der klassischen Auffassung wenig reale Bedeutung zu. Die entscheidende Frage ist, worauf Alvin *Hansen*² mit Recht aufmerksam gemacht hat, ob eine Reduktion relativ starrer Löhne und Preise eine Erhöhung der Beschäftigung bewirkt. Darüber wird gleich zu sprechen sein.

10. Sind die Voraussetzungen der beiden Grenzfälle nicht gegeben, so wird, wie leicht einzusehen ist, ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht bei Überwiegen der freiwilligen Ersparnis über die freiwillige Investition nur dann eintreten, wenn die Geldlöhne oder andere Variable des Systems starr sind. In diesen allgemeinen Fällen unterscheidet sich dann die *Keynes*'sche Theorie des Unterbeschäftigungsgleichgewichts nicht von der klassischen Theorie. Auch die prä-*Keynes*'sche statische Theorie hat niemals die Möglichkeit eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts bei Vorhandensein von „rigidities“ geleugnet.

11. Unter der Voraussetzung starrer Geldlohnsätze ergibt sich im Rahmen einer komparativ-statischen Betrachtung unmittelbar, daß in einem Zustand der Unterbeschäftigung Erhöhungen der aus Konsum und Investitionsentschlüssen herrührenden Nachfrage bei unveränderter Grenzproduktivität der Arbeit allein zu einer Steigerung der Beschäftigung, nicht dagegen zu einer Preissteigerung führen. Bei fortgesetzter Steigerung der Beschäftigung muß indessen nach dem Ertragsgesetz die Grenzproduktivität der Arbeit von einem bestimmten Punkt ab sinken. Nach Überschreiten dieses Punktes wird sich deshalb

² Review of Economic Statistics. Vol. 28, 1946. S. 186.

eine weitere Erhöhung der Gesamtnachfrage bei konstanten Lohnsätzen sowohl in einer Erhöhung der Beschäftigung als auch in einer Preissteigerung auswirken. Auf diese Zusammenhänge haben vor allem *J. Pedersen*³ und *C. Föhl*⁴ aufmerksam gemacht.

12. Es ergibt sich weiter, daß bei konstantem Geldlohnsatz Konsum- und Investitionsneigung die Höhe der Beschäftigung bestimmen. Bei gegebener Konsumneigung bedingen Schwankungen der Investitionen Schwankungen der Beschäftigung.

13. Alles das sind heute gesicherte und allgemein akzeptierte Erkenntnisse. Allein, man darf nicht vergessen, daß sie nur im Rahmen einer statischen Theorie entwickelt worden sind und deshalb auch nur dort Gültigkeit besitzen. Es wäre also mindestens voreilig, aus diesen Theoremen wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen. In der Wirklichkeit vollziehen sich die Anpassungen an Änderungen z. B. des Lohnsatzes, von Preisen, des Zinssatzes, der Sparneigung, der Investitionen u. a. nicht mit unendlich großer Reaktionsgeschwindigkeit, weshalb eine wirklichkeitsnahe Theorie der Beschäftigung nur eine dynamische Theorie sein kann. Das ganze Gedankengebäude der statischen Theorie der Beschäftigung ist, wie *Leontief* treffend bemerkt hat, ein genialer, aber kein sehr erfolgreicher Versuch, essentiell dynamische Probleme, d. h. Probleme, die nur im Rahmen einer dynamischen Analyse lösbar sind, in statischer Weise zu behandeln. Das ist die Position, die heute fast allgemein von der Theorie eingenommen wird. *Don Patinkin* hat sie neuerdings wie folgt formuliert: „Ob ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht existiert oder nicht, ob in einem statischen System immer ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht automatisch sich einstellt oder nicht — alles das ist irrelevant. Die fundamentale, von der *Keynes*'schen Theorie gestellte Frage ist die nach der Stabilität des dynamischen Systems⁵“. Von dieser Position aus gesehen, läßt sich der Unterschied zwischen der klassischen und der *Keynes*'schen Auffassung nunmehr klar herausstellen:

Nach der klassischen Auffassung ist der Grad der Reagibilität der handelnden Wirtschaftseinheiten auf Preis- und Zinsänderungen so groß, daß ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht sich immer und schnell aus einem Zustand der Unterbeschäftigung entwickelt. Die neuere Theorie unter dem Einfluß *Keynes*'scher Gedankengänge leugnet dagegen, daß ein solcher Grad der Reagibilität der Haushalte und Unternehmungen in einer freien Marktwirtschaft vorhanden ist. Sie vertritt vielmehr den Standpunkt, daß eine einmal eingetretene Unterbeschäfti-

³ *J. Pedersen*, *Pengeteori og Pengepolitik*. 2. Auflage. Kopenhagen 1948.

⁴ l. c.

⁵ *D. Patinkin*, „Price flexibility and full employment“, *American Economic Review*. 1948. Nr. 4, S. 562/63.

gung oder allgemeiner: ein einmal eingetretenes Ungleichgewicht in einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft automatisch, d. h. durch in der Marktwirtschaft selbsttätig wirkende Kräfte nicht nur nicht verschwindet, sondern über eine mehr oder weniger lange Zeit fortbestehen kann.

14. Die entscheidende Frage, die wir mithin zu stellen haben, ist diese: Wie sensitiv ist der Ablauf der sich selbst überlassenen Marktwirtschaft gegenüber Lohn-, Preis- und Zinsänderungen? Es ist unmöglich, die hier auftauchende Problematik in ihrer ganzen Breite aufzurollen. Ich muß mich auf einige wesentliche Punkte beschränken. Unterstellen wir zunächst volle Flexibilität der Preise, Löhne und Zinssätze. Es läßt sich dann zeigen, daß eine durch die Konkurrenz der Arbeitslosen herbeigeführte Lohnsenkung keineswegs zu einer Beseitigung der Unterbeschäftigung zu führen braucht. Wir haben nur zu untersuchen, wie sich eine im Zustand der Unterbeschäftigung eintretende Geldlohn- und Preissenkung auf die Konsumentscheide der Haushalte und die Investitionsentscheide der Unternehmer auswirkt. Tritt im Zuge der Lohnsenkung bald eine Senkung der Preise ein, und erwarten die Haushalte und Unternehmer weitere Preissenkungen, so ist es möglich, daß Käufe zu Konsum- und Investitionszwecken hinausgeschoben werden und mithin nicht nur keine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation eintritt. Aber selbst wenn keine weiteren Preissenkungen erwartet werden, ist es möglich, daß kurzfristig keine Änderung der Beschäftigungssituation einzutreten braucht. Bei einer Lohn- und Preissenkung werden bei konstanter Geldmenge Teile der bisher zu Transaktionszwecken benötigten Kassenbestände freigesetzt und zu spekulativen Zwecken verfügbar. Eine Expansion der Beschäftigung könnte nun dadurch eintreten, daß a) die Erhöhung des Realwertes der Kassenbestände die Konsumneigung hebt und (oder) b) freigewordene Kassenbestände zum Ankauf von festverzinslichen Wertpapieren verwendet werden, damit eine Senkung des langfristigen Zinssatzes eintritt und darüber die Investitionsentschlüsse der Unternehmer günstig beeinflußt werden. Ob eine Erhöhung der Investitionstätigkeit als Folge der Zinssenkung eintritt, hängt indessen u. a. von der Elastizität der Investitionsneigung in bezug auf den Zinssatz ab. Ist sie klein, so wird keine wesentliche Belebung der Investitionstätigkeit eintreten. Hinzu kommt, daß bei vollkommen elastischer oder beinahe vollkommen elastischer Liquiditätspräferenz eine Senkung des Zinssatzes via Lohn- und Preissenkungen überhaupt nicht zu erreichen ist. Was die Erhöhung des Realwertes der Kassenbestände angeht, so haben *L. Klein* und *Don Patinkin*⁶ die sicher richtige Auffassung vertreten,

⁶ *Don Patinkin*, l. c.

daß schon sehr erhebliche Lohn- und Preissenkungen eintreten müssen, bevor eine merkbare Änderung der Konsumneigung eintritt. Von dieser Seite ist keine wesentliche expansive Wirkung zu erwarten. Überdies besteht bei jedem Versuch, expansive Wirkungen durch Lohn- und Preissenkung zu erzielen, die Gefahr, in eine deflatorische Lohn- und Preisspirale zu geraten. Es sind natürlich Situationen denkbar, in denen eine Lohnsenkung zu einer Erhöhung der Beschäftigung führt, — dann nämlich, wenn sie zu einer Zinssenkung Anlaß gibt, die ihrerseits wiederum die Investitionstätigkeit anregt. Worauf es in diesen Situationen also ankommt, ist die Herbeiführung einer Zinssenkung. Diese aber kann weit einfacher durch eine entsprechende Offenmarktpolitik bei konstantem Geldlohnsatz erreicht werden. Wie man aber auch an das Problem herangeht, der entscheidende Punkt bleibt, ob die Investoren auf die Zinssenkung expansiv reagieren — wofür eben keine Gewißheit, jedenfalls auf kürzere Sicht, gegeben ist. *Keynes* zog deshalb schon 1936 den Schluß: „There is, therefore, no ground for the belief that a flexible wage policy is capable of maintaining a state of continuous full employment; any more than for the belief that an openmarket monetary policy is capable, unaided, of achieving this result. The economic system cannot be made selfadjusting along these lines⁷.“

Diese Feststellung gehört heute, vor allem nach den gründlichen späteren Untersuchungen von *J. Tobin*⁸ über den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung, zu den gesicherten Erkenntnissen der ökonomischen Theorie. Selbst ein sich lange gegenüber den modernen Auffassungen so kritisch verhaltender Geist wie *Pigou* hat sich ihr jetzt angeschlossen. Im Vorwort zu seiner Schrift „Lapses from Full Employment“ (London 1945) sagt er: „Professor *Robertson* has warned me that the form of the book may suggest that I am in favour of attacking the problem of unemployment by manipulating wages rather than by manipulating demand. I wish, therefore, to say clearly that this is not so.“ Und *J. M. Clark* stellt in seinem dem UNO-Gutachten: „National and International Measures for full Employment (1949)“ beigefügten Sondergutachten fest: „Neither increased nor decreased wages, with or without corresponding price-adjustments, can be relied on a priori as dependable remedies for under-employment⁹.“

15. Es gilt also nach anderen Mitteln Ausschau zu halten, die zusammen mit einer konformen Geld-, Lohn- und Preispolitik als die

⁷ *J. M. Keynes*, I. c. S. 267.

⁸ *J. Tobin*, Money wage rates and Employment; in „The new Economics“, New York 1947. S. 572 ff.

⁹ I. c., S. 101.

Beschäftigung hebende bzw. stabilisierende Faktoren in Frage kommen. Als solche Mittel drängen sich nun unmittelbar die finanzpolitischen Maßnahmen des Staates auf. Die Wirtschaftstheorie hat sich in den letzten 15 Jahren besonders eingehend mit der Frage des Einflusses staatlicher Einnahmen und Ausgaben auf die wirtschaftliche Aktivität und damit auf die Beschäftigung auseinandergesetzt. Bei dem großen Anteil, den der Staat heute in allen Ländern am Volkseinkommen hat, ist diese Frage von ganz erheblicher Bedeutung. Ob der Staat es bewußt anstrebt oder nicht — die Höhe seiner Ausgaben und Einnahmen und die Art, wie die Ausgaben verwendet und die Einnahmen erzielt werden, üben einen wesentlichen Einfluß auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses aus und können je nach Art der Verwendung bzw. Aufbringung expansiv oder kontraktiv wirken. Der entscheidende Punkt, auf den es hier ankommt, ist, in welchem Maße die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten staatlicher Einnahmen und Ausgaben die Konsum- und Investitionsneigung der privaten Haushalte und Investoren beeinflussen. Von den frühen Arbeiten in dieser Richtung sind vor allem diejenigen von H. *Fick*¹⁰ und J. *Pedersen*¹¹ zu nennen. Die erste umfassende Untersuchung in dieser Richtung verdanken wir dem dänischen Forscher K. *Philip*¹². In einer umfassenden Arbeit über die Verbindung zwischen der Finanzpolitik der öffentlichen Hand und der ökonomischen Aktivität hat er gezeigt, unter welchen Bedingungen z. B. die Finanzierung staatlicher Ausgaben mit oder ohne Gegenleistung durch Steuern, durch Steuern finanzierte Rückzahlung von Anleihen und durch Anleihen finanzierte Käufe von produktiven Leistungen von seiten des Staates expansiv bzw. kontraktiv wirken. Die Untersuchungen sind 1948 von dem Dänen J. *Gelting* in einer hochbedeutsamen Arbeit „Der Finanzprozeß im ökonomischen Kreislauf“ fortgesetzt und wesentlich weiter entwickelt worden. Eine wichtige Entdeckung machte ferner im Jahre 1945 der Norweger Trygve *Haa-velmo* in seiner Arbeit „Multiplier effects of a balanced budget“ (*Econometrica* 1945), in der er zeigte, daß selbst ein ausgeglichenes Staatsbudget keineswegs in bezug auf Expansion oder Kontraktion des Kreislaufs neutral zu sein braucht, sondern unter bestimmten Bedingungen expansive Wirkungen haben kann. Im Jahre 1947 zeigte weiter James *Tobin* die Bedingungen auf, unter denen durch Geldpolitik allein, durch Finanzpolitik allein und durch eine konforme Anwendung beider Instrumente expansive bzw. kontraktive Wirkungen erzielt

¹⁰ H. *Fick*, Finanzwirtschaft und Konjunktur. Jena 1932.

¹¹ J. *Pedersen*, Einige Probleme der Finanzwirtschaft. Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 45, 1937.

¹² K. *Philip*, Bidrag til Løeren om Forbindelsen mellem det offentlige Finanspolitik og den økonomiske Aktivitet. Kopenhagen 1942.

werden können¹³. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Frage gaben endlich *A. Hansen* in seinem Werk „Fiscal Policy and Business Cycles“ (1941) und *W. Fellner* in seinem Buch „Monetary Policies and Full Employment“ (1947). Den wichtigsten deutschen Beitrag zu diesem Problembereich stellen die im Ausland mehr als bei uns beachteten Arbeiten von *Föhl*, vor allem sein 1936 erschienenes Buch „Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf“ dar. Alle diese Untersuchungen haben unsere Kenntnis von den expansiven und kontraktiven Wirkungen staatlicher Finanzpolitik ganz erheblich bereichert, wengleich auch für die Forschung noch manche Frage zu klären bleibt. Z. B. ist unser Wissen um die Wirkungen einzelner Steuerarten auf Konsum- und Investitionsentscheidungen noch keineswegs vollkommen. Es kommt ja nicht nur auf die Gesamtgröße der Einnahmen und Ausgaben an, sondern wesentlich auch auf ihre qualitative Zusammensetzung. Gleichwohl gehört es heute zum festen Bestand unserer Erkenntnis, daß Größe und Zusammensetzung des Staatsbudgets einen theoretisch angebbaren Effekt auf die ökonomische Aktivität haben und mithin die Finanzpolitik des Staates ein hervorragendes und sehr wirksames Mittel der Beeinflussung der Beschäftigung darstellt. Theoretische Analyse und Erfahrung haben gezeigt, daß die Finanzpolitik, verglichen mit der Geldpolitik, im Falle einer Unterbeschäftigung in der Regel ein viel zugkräftigeres Mittel ist, um die Beschäftigung zu heben.

16. Freilich muß man sich hier vor Einseitigkeiten hüten, auch wenn man den beherrschenden Einfluß der Finanzpolitik als Mittel der Hebung und Stabilisierung der ökonomischen Aktivität anerkennt. Die Finanzpolitik ist nur eines von vielen anderen, von der Theorie analysierten Instrumenten, deren Wirkungsweisen in jedem konkreten Fall sorgfältig gegeneinander abgewogen werden müssen. „We are probably taking some chances if we try to do too much with fiscal policy. But we are also taking chances if we do too little to stabilize income and employment at a high level“ (*J. M. Clark*, UNO-Memorandum I. c., S. 103). Die Formel „Beschäftigungssteigerung durch Steigerung der effektiven Nachfrage“ ist für den Fall einer im Zuge einer allgemeinen Depression auftretenden Arbeitslosigkeit sicher richtig, aber zu allgemein. Die effektive Nachfrage läßt sich in mannigfacher Weise beeinflussen, und die Beeinflussung muß sich danach richten, in welcher historischen Ausgangslage man sich befindet. Insbesondere kann eine ungünstige Lohn-Preis-Struktur die Wirksamkeit finanzpolitischer Maßnahmen ungünstig beeinflussen, weshalb *J. M. Clark* in dem schon genannten UNO-Memorandum darauf hinweist, daß „with an unfavourable structure, it may be impossible to set as

¹³ *J. Tobin*, Liquidity Preference and Monetary Policy; The Review of Economic Statistics. Vol. 29, 1947.

high an employment target as with a favourable structure, or may be possible only at the cost of price inflation, or an increase in the real burden of public debt, or both. Improvements in the structure may be necessary for attaining a fully satisfactory employment-target“ (S. 102/103). Diese Zusammenhänge bedürfen noch weiterer theoretischer Untersuchungen in einem Rahmen, über den gleich noch einiges zu sagen sein wird.

17. Vorher müssen jedoch noch einige andere Aspekte unseres Problems kurz erörtert werden. Genau in der gleichen Weise wie die privaten Investitionen wirken bekanntlich Steigerungen des Exportes auf die Beschäftigung. In einer Theorie der Beschäftigung müssen deshalb die Beziehungen zwischen privatem Konsum, privaten Investitionen, staatlichen Einnahmen und Ausgaben auf der einen Seite und den Exporten und Importen auf der anderen Seite in bezug auf ihre expansiven und kontraktiven Wirkungen genau untersucht werden. Manches ist in dieser Richtung bereits durch die Untersuchungen von *Machlup*, *Haberler*, *Leontief*, *Metzler*, *Samuelson* und *Gelting* erreicht worden. Vor allem ist die Wirkungsweise des Außenhandelsmultiplikators eingehend analysiert worden. Gleichwohl liegt hier noch ein weites Feld für die zukünftige Forschung. Insbesondere bedarf das Beschäftigungsproblem im Rahmen der Theorie weltwirtschaftlicher Beziehungen und Verknüpfungen noch einer gründlichen Analyse. Herr Kollege *Rittershausen* wird über diese Fragen berichten.

18. Ein weiterer für die Forschung wichtiger Punkt liegt im folgenden: Die herrschende Theorie der Beschäftigung hat in Übereinstimmung mit *Keynes* denjenigen Arten der Arbeitslosigkeit in ihrer Analyse zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, die auf ganz andere Einflüsse zurückzuführen sind als eine die Sparentscheide nicht ausgleichende private Investitionstätigkeit — etwa einer Arbeitslosigkeit, die ihre Ursache in monopolistischer oder oligopolistischer Preispolitik oder in fehlender Mobilität der Arbeitskraft oder in der Existenz von Engpässen hat. Die Vernachlässigung der Analyse dieser Arten von Arbeitslosigkeit hat ihren Grund darin, daß *Keynes* sich selbst vor allem für eine Unterbeschäftigung im Rahmen eines intakten und in bezug auf seine Teile harmonisch aufeinander abgestimmten Produktionsapparates interessierte, also für eine allgemeine Depression, in der auf allen Stufen des Produktionsprozesses unausgenutzte Kapazitäten der Betriebe vorhanden sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß sich der von *Keynes* geschaffene theoretische Apparat, insbesondere die von ihm geschmiedeten theoretischen Instrumente, für die Analyse anderer Formen der Arbeitslosigkeit als der der Massenarbeitslosigkeit einer generellen Depression nicht eignen. Man muß sehr genau unterscheiden zwischen der logisch-theo-

retischen Konstruktion, die *Keynes* uns gegeben hat, und seinen sich nur auf eine bestimmte historische Situation beziehenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Sind diese Empfehlungen auch zeitbedingt, so können gleichwohl die theoretische Analyse einer jeden historischen Situation und die aus ihr abzuleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen sehr wohl in den von *Keynes* entworfenen und später von anderen Forschern weiter entwickelten Bahnen ausgearbeitet werden. Diese Tatsache, für die E. *Preislers* schöne Arbeit „Geldschöpfung oder Sparen“¹⁴ ein ausgezeichnetes Beispiel ist, kann nicht genug betont werden. Nur bedarf es dazu unter Umständen einer Analyse, die sich nicht begnügt mit einer Erörterung der Zusammenhänge zwischen den großen monetären Aggregaten Gesamtkonsum, Gesamtinvestition und Exportüberschuß. Vielmehr ist oft eine Aufspaltung unter expliziter Einführung von Güterpreisen und Löhnen erforderlich. Ein großer Teil der theoretischen Arbeit der Gegenwart beschäftigt sich mit einer derartigen Erweiterung und Vertiefung des ersten einfachen *Keynes'schen* makroökonomischen Modells. In erster Linie ist hier die große UNO-Arbeit von *Frisch* zu nennen: „Price-Wage-Tax-Policies as Instruments in Maintaining optimal Employment“, in der im einzelnen die Wirkungen eines gegebenen Systems von Maßnahmen in bezug auf Preise, Löhne, Steuern und Subventionen auf die Beschäftigung untersucht werden. Insbesondere wird dem Problem der „incentives to work“ im Rahmen eines die relevanten Variablen enthaltenden simultanen Gleichungssystems besondere Beachtung geschenkt. Auf der gleichen Ebene liegen die neuen bedeutensamen input-output-Analysen *Leontiefs*. Bei allen diesen Untersuchungen handelt es sich wesentlich darum, die Richtungen herauszufinden, in denen Änderungen einzelner Variablen auf die Beschäftigung wirken, und sich in ihren Effekten nicht widersprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen in einer bestimmten historischen Situation zu finden.

19. Endlich muß noch auf eine Entwicklung in der Theorie der Beschäftigung hingewiesen werden, die ebenfalls in der allerjüngsten Zeit Früchte zu tragen begonnen hat. Die *Keynes'sche* Konstruktion des Jahres 1936 ist bekanntlich eine sich nur auf eine kurze Periode beziehende Theorie in dem Sinne, daß der Bestand an Sachkapital als eine gegebene Größe angesehen und der durch Neuinvestitionen erfolgende Zuwachs an Sachkapital in bezug auf diesen Bestand relativ klein ist. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt — und in the long run ist sie nicht zulässig —, so muß beachtet werden, daß zusätzliche Nettoinvestitionen nicht nur zusätzliches Einkommen schaffen, sondern auch die Kapazität des Produktionsapparates vergrößern. Es genügt

¹⁴ Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 162, 1950.

dann nicht, daß einfach Jahr für Jahr die aus dem Anfangsvollbeschäftigungseinkommen gesparten Beträge durch Investitionen ausgeglichen werden. Vielmehr muß dann auch das Volkseinkommen in bestimmter Weise mit der Ausweitung der Kapazität des Produktionsapparates steigen, wenn eine hohe Beschäftigung erhalten bleiben soll. Es sind vor allem *Domar*¹⁵ und *Hicks*¹⁶, die dieses an sich alte, schon von *Marx*, *Hobson* u. a. aufgeworfene Problem der Relation zwischen Kapitalakkumulation und Beschäftigung weitergeführt haben. In diesen Problembereich fällt auch eine wichtige Arbeit des dänischen Forschers *J. Pedersen* über das Problem der Eingliederung eines Bevölkerungszuwachses in den Produktionsprozeß¹⁷. *J. Pedersen* zeigt, daß diese Eingliederung nur möglich ist über eine Zinssenkung oder (und) ein Budgetdefizit. Über diese Probleme wird Herr Kollege *Hoffmann* in seinem Referat berichten.

20. Neuerdings hat *Hicks* in einer grundlegenden Arbeit „A contribution to the Theory of the Trade Cycle“ (Oxford 1950) versucht, die *Keynes*'sche, für kurze Fristen geltende Konstruktion mit der Theorie der langfristigen Entwicklung in einer Synthese zu vereinigen. Die Bemühungen gehen dahin, den Trend *uno actu* mit den Schwingungen um den Trend zu analysieren. Die Theorie der Beschäftigung mündet damit wieder ein in die allgemeine Theorie ökonomischer Expansions- und Kontraktionsprozesse, in der die *Keynes*'sche Theorie als ein Sonderfall enthalten ist.

21. Mit diesen Feststellungen sind wir ein erhebliches Stück über die *Keynes*'sche Konstruktion hinaus gekommen — nicht in dem Sinne, daß sie zum alten Eisen geworfen sei, sondern in dem Sinne, daß weiter mit den von ihm aufgeworfenen Problemen gearbeitet worden ist und dabei neue Erkenntnisse erzielt worden sind. Aber gerade diese neuesten Erkenntnisse und Weiterentwicklungen lassen uns erst recht die Größe der Leistung von *Keynes* im richtigen Licht erscheinen. Sicher stellt sie keinen revolutionären Bruch mit der prä-*Keynes*'schen Theorie dar; vielmehr ist es wichtig, mit allem Nachdruck auch hier die Kontinuität der Forschung zu betonen. Gleichwohl bleibt die Tatsache bestehen, daß *Keynes* der Forschung Impulse gegeben und neue Sichten von einer Fruchtbarkeit vermittelt hat, wie sie nur den Ideen ganz Großer eigen ist. Vielleicht liegt ein wesentlicher Teil seiner Leistung darin, daß er das Kreislaufproblem vor allem in seinen Aspekten der Einkommensbildung und Einkommensverwendung

¹⁵ E. D. *Domar*, Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment. *Econometrica* Vol. 14, 1946.

¹⁶ J. R. *Hicks*, Rev. Harrod's Dynamic Theory. *Economica* 1949.

¹⁷ J. *Pedersen*, „Interest Rates, Employment and Changes in Population“. *Kyklos*. Vol. II, 1948. S. 1 ff.

in neuer, fruchtbarer Weise angegriffen hat — eine Auffassung, die auch J. M. Clark in seinem neuen Buch „Alternative to Serfdom“ (New York 1948) vertritt¹⁸ und damit einer Synthese bisher voneinander getrennter Gebiete wie Preis-, Geld- und Finanztheorie zu einer einheitlichen Wirtschaftstheorie den Weg geebnet hat. Aber das Größte seiner Leistung lag doch wohl, wie Pigou feststellt¹⁹, darin, daß er wichtige und neuartige Fragestellungen gefunden hat. „When once that has been done, the task of answering these questions is often a relatively pedestrian one. In this field, therefore, Mr. Keynes is a true pioneer.“ Die Entwicklung der Theorie der Beschäftigung ist heute seit 1936 so weit fortgeschritten, daß darüber Meinungsverschiedenheiten nicht mehr bestehen. Klar geworden ist aber auch ganz deutlich, daß das Beschäftigungsproblem so viele Aspekte hat und insbesondere Arbeitslosigkeit so verschiedene Ursachen haben kann, daß die Medizin: Expansion der effektiven Nachfrage nicht als ein generelles, für alle Fälle gültiges Heilmittel angesehen werden darf. Immer bedarf es einer genauen theoretischen Analyse der gegebenen konkreten Situation, aus der dann die adäquaten wirtschaftspolitischen Maßnahmen abzuleiten sind. Die Theorie verfügt heute über das Instrumentarium, um alle denkbaren Fälle analytisch zu meistern. Dieses Instrumentarium ist von allen, die an der theoretischen Lösung des Beschäftigungsproblems gearbeitet haben, geschaffen worden, um mitzuhelfen an der Bewältigung des vielleicht ernstesten sozialen Problems unserer Zeit: der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bzw. ihrer Reduzierung auf ein erträgliches Ausmaß und der Stabilisierung der Beschäftigung auf hohem Niveau in einer Wirtschaftsordnung, in der Freiheit und Würde der Persönlichkeit ebenso tragende Fundamente sind wie die sittliche Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft.

Prof. Dr. Albrecht (Marburg/Lahn):

Meine Damen und Herren!

Ich danke Herrn Kollegen *Schneider* für sein ausgezeichnetes Referat. Er hat sehr komplizierte Zusammenhänge in wunderbarer Klarheit vor uns entwickelt und damit den Grund für unsere weiteren Erörterungen gelegt.

Ich erteile nunmehr das Wort zu dem nächsten Referat Herrn Prof. *Hoffmann* über das Thema:

¹⁸ l. c., S. 92.

¹⁹ A. C. Pigou, *Employment and Equilibrium*. London 1941. S. V.

Vollbeschäftigung als Problem der wachsenden Wirtschaft

Prof. Dr. Walther *Hoffmann* (Münster i. W.):

Meine Damen und Herren!

Etwa zweihundert Jahre industrieller Entwicklung haben ein so reichliches Anschauungsmaterial von dem herrschenden Wirtschaftssystem vermittelt, daß die Wissenschaft ihre Aufmerksamkeit immer stärker auch einem Fragenkreis zuzuwenden vermag, der mit Theorie der wachsenden Wirtschaft vorläufig umschrieben werden soll. Literarisch haben diese Bemühungen in der jüngsten Zeit ihren Niederschlag gefunden u. a. in den großen synoptischen Darstellungen von J. *Akerman*, J. *Schumpeter*, L. H. *Dupriez* oder den Untersuchungen des National Bureau of Economic Research oder den Leistungen von *Harrod*, *Hicks* und *Tinbergen*¹. Es handelt sich dabei um ein Teilgebiet der allgemeinen ökonomischen Theorie, die sich ebenso sehr mit dem langfristigen Entwicklungsprozeß wie mit kurzfristigen Veränderungen befaßt. Entsprechend ihrer besonderen Fragestellung verlangt die Theorie der wachsenden Wirtschaft die Entwicklung ihrer eigenen Methoden. Diese Arbeit steckt trotz vieler Ansätze aber noch in den Anfängen. Es kann demnach auch hier nicht mehr als ein Aufriß der Problematik gegeben werden.

Die Theorie der wachsenden Wirtschaft wird hier nicht verstanden als eine Deutung des wirtschaftshistorischen Prozesses nach der Art der Stufen- und Stiltheorien. Vielmehr ist die Aufgabe eine andere: nämlich Bedingungen kreislaufmäßiger Art aufzuzeigen, unter denen das Wachstum der Wirtschaft in seinen verschiedenen Formen denkbar ist, so daß evtl. daraus Anhaltspunkte für eine langfristig orientierte Wirtschaftspolitik gewonnen werden können. Aussagen historischer oder soziologischer Art über diesen Wirtschaftsprozeß behalten daneben ihre volle Berechtigung. Die Aufgabe entspringt nur aus einer anderen Fragestellung. Die Mannigfaltigkeit dieser und anderer Forschungsmethoden macht eine derartige Klärung erforderlich. Es darf darüber hinaus aber nicht verkannt werden, daß zu einem vollen Verständnis der Wachstumsvorgänge die Kenntnis der Ergebnisse

¹ J. *Akerman*, *Economisk Teori*, 2 Bd. Lund 1939. — J. A. *Schumpeter*, *Business Cycles*, 2 Bd. New York 1939. — L. H. *Dupriez*, *Des Mouvements Economiques Généraux*, 2 Bd. Louvain 1947. — *Problems in the Study of Economic Growth*, Hsg. vom National Bureau of Economic Research, New York 1949. — R. F. *Harrod*, *Towards a Dynamic Economics*, London 1948. — J. R. *Hicks*, *A contribution to the theory of the trade cycle*, Oxford 1950. — Unter den deutschen Arbeiten darf die zur Zeit noch unveröffentlichte Habilitationsschrift von Dr. Herbert *Giersch* „Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ hervorgehoben werden.

aller dieser Disziplinen gehört. Der Theoretiker des wirtschaftlichen Wachstums wird sich also der soziologischen Bedingungen bewußt sein müssen, ebenso wie der Wirtschaftshistoriker mit den wirtschaftstheoretischen Konzeptionen dieser Art vertraut sein sollte. Wenn in diesem Zusammenhang nur nach ökonomisch-theoretischen Modellen des Wachstums gefragt wird ohne Berücksichtigung der soziologischen Bedingungen, unter denen die verschiedenen Modelle nur sinnvoll gedacht werden können, so spricht dafür nur die Begrenzung der Aufgabe.

Neben der grundsätzlichen Bedeutung einer derartigen Analyse für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft besteht für die deutsche Nationalökonomie um so mehr Anlaß, sich gerade in diesem Zeitpunkt (Herbst 1950) mit dem Problem zu befassen, als in einer Reihe von Branchen der westdeutschen Wirtschaft die Grenzen der Kapazität zunehmend erreicht werden. Die Vergrößerung der Kapazitäten im Zuge der Steigerung des Volkseinkommens und zugleich als Voraussetzung für die Zunahme des Sozialproduktes erscheint daher als wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik. Ohne daß im folgenden diese aktuelle Problematik behandelt wird, mögen diese Überlegungen aber gleichzeitig zu einer Klärung dieser Fragen beitragen.

Unter Wachstum wird die ständige Vergrößerung des Sozialproduktes verstanden. Darin liegt bereits eine enge Begrenzung des Themas. Sie ist vorgenommen worden, da ein ständiger absoluter Rückgang des Sozialproduktes eines Landes oder ein stationärer Prozeß im Sinne einer Konstanz der Größen in der neueren Wirtschaftsgeschichte bisher nicht aufweisbar ist. Abgesehen davon ist gerade der stationäre Prozeß immer wieder untersucht worden. So bleibt außer dem Wachstum als solchem eine Reihe von Formen des Überganges vom stationären Prozeß zum Wachstum und vom Wachstum zum stationären Prozeß zu analysieren. In der Tat machen sich in den hochkapitalistischen Ländern starke Verlangsamungstendenzen des Wachstums seit mehreren Jahrzehnten bemerkbar.

Diese Überlegungen lassen bereits erkennen, daß mit der Wachstumsanalyse Periodenlängen in Betracht gezogen werden, die der Statistiker mit trendstatistischen Methoden zu beschreiben versucht. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich in der Regel auf etwa ein Vierteljahrhundert, aber mindestens auf ein Jahrzehnt². Von den vielen möglichen Trendvorstellungen wird bei der vorliegenden Analyse einem gradlinigen Wachstum im halblogarithmischen Ordinatensystem der Vorzug gegeben. Damit wird die Fragestellung begrenzt auf dieses eine Modell. Ob ein derartig stetiges Wachstum der Wirtschaft für das kapitalistische System überhaupt angenommen

² Problems in the study . . . a.a.O. S. 137.

werden kann oder ob — nach Ansicht *Schumpeters*³ — zyklische Formen ihm adäquat sind, so daß ein derartiges Modell ohne Schwankungen kaum gedacht werden kann, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden. Dafür würde eine kritische Auseinandersetzung mit einer Reihe von Konjunkturtheorien erforderlich sein. Statt dessen soll von der These ausgegangen werden, daß die Untersuchung dieses einfachen Modells theoretisch wünschenswert und wirtschaftspolitisch in dieser Phase des Kapitalismus auch zweckmäßig ist. Man kann vielleicht sogar sagen, daß manche Diskussion um die Beurteilung der sogenannten „großen Depression“ in den Jahren 1930—1932 im In- und Ausland fruchtbarer verlaufen wäre, wenn man auch diesen Wachstumsaspekt vor Augen gehabt hätte.

Die Analyse des Wachstumsprozesses kann von mehreren Seiten her erfolgen. Da das Wachstum des Kapitalstockes, die Technik, gemessen am Kapitalbetrag je Arbeitsplatz, die Zunahme des Produktionsvolumens sowie der Beschäftigung in einem Funktionalzusammenhang miteinander stehen, kann von folgenden *Ansätzen* ausgegangen werden:

1. Das Wachstum der Bevölkerung wird als *unabhängige Größe*, die Kapitalintensität als konstant angenommen. Dann muß der Kapitalstock proportional zur Bevölkerungszunahme wachsen, wenn keine Arbeitslosigkeit entstehen soll. Da die Technik die gleiche bleibt, würde das Produktionsvolumen im Ausmaße der Beschäftigungszunahme steigen.

2. Das Wachstum der Bevölkerung wird *abermals als unabhängige Größe* betrachtet. Nunmehr erscheint aber die Kapitalintensität *variierbar*. Dann muß der Kapitalstock je nach dem Grade der kapitalmäßigen Intensitätssteigerung um so schneller wachsen als das Beschäftigungsvolumen. Eine Verlangsamung wäre gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit. Soll sie vermieden werden, so ist die Zunahme des Produktionsvolumens gebunden an die jährliche Erhöhung des Beschäftigungsvolumens, multipliziert mit der gleichzeitigen Steigerung der Effizienz der Arbeit, d. h. des Produktionsertrages je Beschäftigten auf Grund der kapitalmäßigen Intensivierung.

3. Es ist der Fall denkbar, daß das Bevölkerungswachstum als *abhängige Größe* angesehen wird, dagegen die absolute Kapitalvermehrung mit einem bestimmten Prozentsatz als Datum gesetzt wird. Bei konstanter Technik würde sich dann das Beschäftigungsvolumen dem Kapitalvolumen anzupassen haben im Interesse einer Vollbeschäftigung. Die Produktion würde im gleichen Ausmaß wie der Kapitalstock wachsen.

³ *Schumpeter*, a.a.O., Vol. I. S. 203.

4. Wird dagegen die Kapitalintensität als steigerungsfähig angesehen, so könnte im Grenzfall die Bevölkerung stagnieren, wenn der Kapitalzuwachs völlig für die Verbesserung der Kapitalausstattung des einzelnen Arbeitsplatzes absorbiert wird. Das Produktionsvolumen würde im Maße der Steigerung des Produktionsertrages je Beschäftigten zunehmen.

Gegenüber diesen und weiteren Kombinationen soll im folgenden von den Voraussetzungen ausgegangen werden, als ob eine Bevölkerungszunahme um z. B. 1% jährlich gegeben und als ob Ziel einer langfristigen Wirtschaftspolitik eine ständig volle Beschäftigung aller Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen wäre. Der Zusammenhang zwischen Zunahme der Bevölkerung und Zunahme der Arbeitsfähigen und -willigen wird dabei — ohne weitere Untersuchung an dieser Stelle — als konstant angenommen. Dementsprechend muß das Produktionsvolumen proportional steigen, wenn der Lebensstandard konstant bleiben und stärker zunehmen, wenn sich das Realinkommen je Kopf erhöhen soll. Im Interesse der Vereinfachung wird dabei im ersten Teil der Untersuchung die Kapitalintensität als konstant angesehen und erst im zweiten Teil der Ausführungen variiert. Es wird also zunächst der Wachstumsprozeß ohne technischen Fortschritt behandelt.

Weitere Voraussetzungen für die Analyse sind die Geschlossenheit der Wirtschaft — der Wachstumsprozeß mit Außenhandel wird an anderer Stelle untersucht⁴ — und die Konstanz des Preisniveaus. Dabei können für die praktische Wirtschaftspolitik Änderungen im Bereich von wenigen Prozenten von vornherein einkalkuliert werden, soweit die Änderungen sich nicht nur in einer bestimmten Richtung bewegen.

Nachdem so die Annahmen für die Analyse des Wachstumsprozesses formuliert worden sind, lassen sich zwei Bedingungen angeben, die erfüllt sein müssen, wenn das Ziel der langfristigen Vollbeschäftigung erreicht werden soll⁵:

1. Das nominelle Volkseinkommen muß mit der gleichen Rate wachsen wie das reale Produktionsvolumen.

2. Die Forderungen der Einkommensbezieher nach Entlohnung müssen sich im Rahmen dieses Volkseinkommens bewegen, so daß von hier aus der Wachstumsprozeß nicht gestört zu werden vermag.

Die erste Bedingung, nämlich die Proportionalität des geometrischen Wachstums für das Volkseinkommen und für das reale Produk-

⁴ W. Hoffmann, Wachstumsprobleme offener Volkswirtschaften. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 86. Jahrg. Nr. 6 S. 4987.

⁵ G. L. Bach, Economic Requisites for Economic Stability. American Economic Review, Mai 1950, S. 155 ff.

tionsvolumen, bedarf kaum weiterer Begründung, wenn das Preisniveau annähernd konstant bleiben soll. Sie setzt eine Geld- und Kreditpolitik voraus, die sich dem Zuwachs des realen Produktionsvolumens in gleichem Maße anpaßt. Soweit es nur durch den regelmäßigen Einkommenszuwachs induzierte Investitionen gibt, also z. B. zusätzliche öffentliche Investitionen nicht in Betracht kommen, ist das Gleichgewicht gewahrt, wenn diese laufend induzierten Investitionen den laufenden Ersparnissen entsprechen⁶. Allerdings ist hierbei zwischen der *ex ante*- und *ex post*-Betrachtung zu unterscheiden. *Ex post* müssen die laufenden Investitionen immer den Ersparnissen entsprechen. Dagegen ist *ex ante* diese Vorstellung nicht denkbar ohne den zusätzlichen Kredit, mit dessen Hilfe die Investoren erst die Möglichkeit erhalten, die erforderlichen Produktionsfaktoren zu beschaffen. Ausmaß und zeitlicher Ablauf dieses Prozesses sind in der Konjunkturtheorie häufig behandelt worden⁷. In diesem Zusammenhang aber wird der zusätzliche Kredit zu einem notwendigen Mittel des stetigen Wachstums. Da Investitionsstöße größeren Ausmaßes vermieden werden sollen, ist eine Kreditpolitik erforderlich, die branchenmäßig und zeitlich außerordentlich anpassungsfähig ist. Das Ausmaß des zusätzlichen Kredits wird durch die Bedingung der Preisniveaustabilisierung bestimmt. Diese letztere Bedingung ist scheinbar in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts weitgehend erfüllt gewesen, wenn wir uns z. B. die trendmäßige Preisentwicklung in Großbritannien von 1850—1913 vergegenwärtigen⁸.

Die zweite Bedingung ist wesentlich schwieriger zu erfüllen. Geht nämlich die Summe der von Arbeitern, Unternehmern oder Kapitalbesitzern geforderten Einkommen über das bei konkurrenzwirtschaftlichen Bedingungen realisierbare Gesamteinkommen hinaus, so muß notwendig an irgendeiner Stelle eine Reduktion der Forderungen angestrebt werden, um eine kreislaufmäßige Abstimmung aller Größen zu erreichen. Es können sowohl Lohn- als auch Gewinnforderungen sein, die innerhalb eines gegebenen Volkseinkommens nicht realisiert zu werden vermögen. Je nachdem tritt eine Beschränkung der Forderungen auf der Seite der Arbeit oder des Kapitals ein, und es fragt sich, ob bei Fehlen von Konkurrenzbedingungen, also z. B. im Falle von wirklichen Lohnstarrheiten eine Vollbeschäftigung überhaupt garan-

⁶ Hicks, *A contribution* ... S. 58.

⁷ Vgl. neuerdings: E. Preiser, *Geldschöpfung oder Sparen? Ein Beitrag zur Diskussion um die aktive Konjunkturpolitik*. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 162. Heft 4 (1950), S. 245 f.

⁸ Für einen ungefähren Anhalt vergleiche W. Hoffmann, *Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industrielandschaft von 1700 bis zur Gegenwart*, Jena 1940, S. 50 ff., wobei auf die statistisch-methodischen Bedenken gegen die dortigen Angaben hier nicht eingegangen werden kann.

tiert werden kann. Insoweit kann man hier von einer Vollbeschäftigungsbedingung sprechen.

Hinter dieser zweiten Bedingung für den Wachstumsprozeß stehen damit zugleich die bisher noch wenig erforschten Probleme des Zusammenhangs zwischen Einkommensaufbau und wirtschaftlichem Wachstum. Denn eine jährliche Zunahme der Summe aller Einkommen oder eine Verschiebung im Verhältnis der Einkommensarten zueinander beeinflusst die Struktur der Einkommenspyramide. Da wir zunächst ein Produktionswachstum ohne technischen Fortschritt unterstellen, können Einkommensverschiebungen aus diesem Grunde für die Änderung der Einkommenspyramide nicht verantwortlich gemacht werden. Die stetige Zunahme des Volkseinkommens kann demnach einmal auf allen Einkommensstufen völlig gleichmäßig erfolgen. Damit würde jedoch eine verschiedene Wirkung eintreten. Denn bei den untersten Gruppen werden zusätzliche Einkommen völlig für den Konsum verausgabt, bei den mittleren Gruppen dürfte der Einkommenszuwachs teils dem Konsum, teils den Ersparnissen zugute kommen. Bei den oberen Gruppen wird vielleicht nur die Sparsumme vergrößert. Unterscheidet man zum anderen von diesem Typus der proportionalen Einkommensvermehrung den Typus der Schwergewichtsverlagerung des Einkommenszuwachses nach den oberen Gruppen, so muß die gesamte Sparquote steigen. Im Gegensatz dazu steht bei entsprechenden Lohnforderungen der Typus der Schwergewichtsverlagerung der Einkommensvermehrung nach unten, also die Zunahme des α nach *Pareto*. In diesem Falle kann eine Zunahme der Konsumquote erwartet werden. Bei den letzteren beiden Typen werden die an sich vorhandenen Tendenzen verstärkt. Würden derartige Verschiebungen im Einkommensaufbau aber verträglich sein mit der These eines stetigen Wachstums des Volkseinkommens? Die Frage kann im ersten Falle nur dann bejaht werden, wenn zugleich Mittel gegen die überhöhte Sparneigung eingeführt werden. Es müßte das Sparen gleichsam ökonomisch bestraft oder seine kreislaufmäßige Wirkung ausgeglichen werden. Im zweiten Falle sind derartige Verschiebungen zu Gunsten des Konsums nur dann mit der Bedingung der Stetigkeit verträglich, wenn Mittel zur Förderung der Investitionen angewandt werden, also strukturell der Einkommenszuwachs teilweise gespart wird. Die Wirkung der Einkommenserhöhung muß demnach so gesteuert werden, daß die Investitionen nicht über das für ein einprozentiges Wachstum der Produktion erforderliche Maß hinausgehen, bzw. dahinter zurückbleiben.

Bevor wir im einzelnen analysieren, wie unter diesen Bedingungen ein stetiges Wachstum denkbar ist, soll noch die Frage nach der absoluten Höhe der Wachstumsrate des Sozialprodukts

aufgeworfen werden. Die eingangs genannten 1 % sind zunächst einfach angenommen worden. Ob eine Wirtschaft aber mit 1 % oder 2,5 % jährlich wächst, ist außerordentlich bedeutsam für die Wahrung der Stabilität. Den theoretisch, wenn auch statistisch schwer angebbaren Bezugspunkt für das jeweilige Sozialprodukt bietet das Einkommenspotential, das erreicht würde, wenn Vollbeschäftigung gegeben wäre⁹. Soweit die Wachstumsrate diese Grenze überschreitet, kann es sich nur um eine chronische Inflation handeln. Die Investitionen übersteigen ständig die Ersparnisse, da die autonomen Investitionen gegenüber den induzierten Investitionen ein großes Gewicht haben. Dazu neigen die Neuindustrialisierungsländer, zumal die Investoren große Zukunftserwartungen hegen. Der umgekehrte Fall, nämlich das Zurückbleiben des tatsächlichen Sozialproduktes hinter dem potentiellen bedeutet dagegen einen deflatorischen Prozeß, wie er eher hochkapitalistischen Ländern eigen ist. Da die Wachstumsrate des Volkseinkommens im Laufe des Industrialisierungsprozesses erfahrungsgemäß anfangs niedrig ist — wenn man ihn bereits mit den ersten Industrien beginnen läßt —, dann steigt, um später wieder zu fallen, wäre in jeder dieser Phasen eine Stetigkeit des Wachstums nur zu erreichen, wenn der Abstand zwischen tatsächlichem und potentiellm Sozialprodukt relativ konstant bleibt oder das tatsächliche an das potentielle Volkseinkommen herangeführt würde. Wollte man die Phase langsamen Wachstums vermeiden, so müßte das Volkseinkommenspotential entsprechend stark wachsen und — im Interesse der Stabilität — das tatsächliche Einkommen damit zur Deckung gebracht werden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich um recht verschieden hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes je nach dem Stadium der Entwicklung handeln kann, bleibt nunmehr die Frage zu erörtern, wie die erste Stabilitätsbedingung, nämlich die jeweilige Proportionalität zwischen Wachstum des Realproduktes und Wachstum des nominellen Gesamteinkommens, erfüllt werden kann. Nach der eingangs gegebenen Systematik ist im Falle un veränderter Technik ein proportionales Wachstum zwischen Beschäftigungsvolumen und Kapitalstock Voraussetzung für die kontinuierliche Produktionssteigerung. Diese jährliche Kapitalakkumulation ist abhängig von der volkswirtschaftlichen Sparquote und dem Verhältnis zwischen Kapitalstock und Volkseinkommen, dem sogenannten Kapitalkoeffizienten¹⁰. Ist diese Relation z. B. ständig 5 : 1, so muß der Kapital-

⁹ B. Higgins, The concept of secular stagnation. American Economic Review, März 1950, S. 161 ff.

¹⁰ Harrod, a.a.O. S. 22. — Bezüglich der statistisch-methodischen Schwierigkeiten der Bewertung des Kapitalstocks und seines Vergleichs mit der Kapitalbildung vgl. S. Kuznets, National Product since 1869. New York 1946. S. 193.

stock ebenfalls um 1 % per annum anwachsen, wenn das Volkseinkommen um 1 % zunehmen soll. Der absolute Zuwachs an Produktionskapazität ergibt sich aus dem Produkt aus Kapitalkoeffizient und Sparsumme. Ein absolut großes Wachstum der Produktionskapazität ist demnach nur möglich, wenn bei Annahme eines bestimmten Kapitalkoeffizienten die absolute Sparsumme erheblich oder wenn bei kleiner Sparsumme der Kapitalkoeffizient entsprechend groß ist.

Da dieser Wachstumsprozeß stetig gedacht ist, muß eine konstante Sparquote gegeben sein. Diese Annahme einer konstanten Sparquote erscheint zunächst sehr unrealistisch. Soweit statistische Untersuchungen vorliegen, lassen sie in den einzelnen Jahren große Schwankungen erkennen¹¹. Dabei muß aber in Betracht gezogen werden, daß in diesem Modell mit Konstanz des Preisniveaus und unveränderter Technik gearbeitet wird. Außerdem dürfte jede einmal angelaufene Stabilisierung des Wachstums die psychologischen Chancen für eine Konstanz der Sparrate erhöhen, zumal die Realeinkommensänderung bei den angenommenen Voraussetzungen kontinuierlich ist und Tradition und Konvention nicht unterschätzt werden dürfen.

Eine weitere Frage ist, ob die jährlich gleichbleibende Sparquote, bzw. die absolut steigende Sparsumme unter Berücksichtigung der Preise der Investitionsgüter — über die auch bei konstantem Preisniveau noch nichts ausgesagt ist — ausreicht, um genau diejenige Erweiterung am Produktionsmittelapparat vornehmen zu können, die für ein z. B. einprozentiges Wachstum des Produktionsvolumens erforderlich ist. Trotz konstanter Technik muß man nämlich gewisse Grenzen für die Kapazitätserweiterung berücksichtigen. Nimmt man das ständige Vorhandensein von Arbeitslosen oder unbegrenzte Rohstoffreserven an, so braucht auch eine relativ hohe Wachstumsrate nicht zu Preiserhöhungen zu führen. Zu dieser Annahme besteht aber auf Grund der Erfahrung kein Anlaß. Denn man kann kaum davon sprechen, daß trendmäßige Reserven auf allen Gebieten stets verfügbar gewesen sind, ohne daß die Wechselwirkung zwischen Zuwachs des Realeinkommens und Bevölkerungswachstum verkannt werden soll¹². Der Wachstumsrate sind also offensichtlich obere Grenzen gesetzt. Deshalb ist es auch verständlich, daß alle empirischen Wachstumsraten des Sozialproduktes für größere Perioden sich zwischen 2 und 4 % per annum bewegen. Der regulierende Faktor ist der Preis. Die eingangs genannte Voraussetzung der Preisniveaustabilität muß also dahingehend interpretiert werden, daß z. B. ein steigender

¹¹ S. *Kuznets*, *National Income and its composition 1919—1938*, New York 1941. Vol. 1 S. 269.

¹² Vgl. dazu neuerdings G. *Mackenroth*, *Bevölkerung und Wirtschaft*. Jahrbuch für Sozialwissenschaft. Bd. I, Heft 1 (1950), S. 657.

Preistrend für bestimmte Rohstoffe kompensiert wird durch einen sinkenden Preistrend für gewisse Fertigwaren, die etwa das gleiche Gewicht im Index haben. Tatsächlich ist auch die Entwicklung des 19. Jahrhunderts in diese Richtung gegangen, und die Struktur des gegenwärtigen Prozesses der Weltindustrialisierung würde einen ähnlichen Verlauf durchaus nahelegen. Sollte die Angebotselastizität bei bestimmten Rohstoffen sehr gering sein, so daß bei starkem Wachstum mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen wäre, so würden die Substitutionsgüter als mäßigender Faktor in Rechnung zu stellen sein und — in dem hier nicht gegebenen Falle der offenen Wirtschaft — die ausgleichende Funktion der Einfuhr in Betracht gezogen werden können. Gerade die Analyse von Preistrends hinsichtlich ihrer Bestimmungsgründe ermutigt dazu, dem Einzelpreis eine wichtige marktregulierende Funktion auf lange Sicht zuzuschreiben und die Annahme einer annähernden Preisniveaustabilität trotzdem als sinnvoll zu betrachten. Zu berücksichtigen bleiben noch die Folgen so bedingter Änderungen ganzer Preisgruppen für die Sparrate. Denn wenn in einem Wirtschaftssektor mit einer strukturellen Preissteigerung ständig Einkommenserhöhungen verbunden sind, wird damit die Voraussetzung für eine Erhöhung der Sparrate geschaffen, es sei denn, daß gleichzeitig an anderer Stelle die Sparrate entsprechend herabgedrückt wird, so daß innerhalb der Gesamtwirtschaft nur eine strukturelle Verschiebung stattfindet.

Das Preisniveau hat — wie wir sahen — im Rahmen der ersten Stabilisierungsbedingung die Aufgabe der Proportionierung von nominellem Gesamteinkommen und realem Produktionsvolumen. Darüber hinaus kommt ihm noch eine wichtige Funktion im Rahmen der zweiten Stabilitätsbedingung für ein stetiges Wachstum zu, nämlich der Koordinierung der Einkommensforderungen mit dem nominellen Gesamteinkommen¹³. Die Frage ist präzise so gestellt worden, ob die Flexibilität der Faktorpreise eine hinreichende oder notwendige Bedingung für ein Wachstum bei Vollbeschäftigung ist, d. h. für eine Übereinstimmung zwischen potentielllem und tatsächlichem Sozialprodukt. Hätte man es mit stationären Bedingungen zu tun, so wäre Preisflexibilität eine hinreichende Bedingung. Daß *Keynes'* System andererseits Lohnstarrheiten zur Voraussetzung hat — abgesehen von den von *Schneider* behandelten Grenzfällen¹⁴ — ist inzwischen Allgemeingut geworden. Es fragt sich also, ob freie und flexible Preise unter Wachstumsgesichtspunkten ausreichen, um bei gegebener Veränderung des Nominaleinkommens die notwendigen An-

¹³ *Bach*, a.a.O. S. 159.

¹⁴ *E. Schneider*, Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung. In diesem Band S. 22 f.

passungen zwischen den Einkommensarten und innerhalb ihrer Gruppen zu erzielen. Die Funktion, die dem Preissystem hier zugemutet wird, ist eine wesentlich andere als in der stationären Wirtschaft, da sich die Wertgesamtheiten in einer bestimmten Richtung verändern und ein Einspielen auf das alte Gleichgewicht nicht möglich ist. Die Preis- oder Einkommensorientierung muß sich also in bestimmten Bahnen bewegen. Denn gehen die Erwartungen in dieser oder jener Richtung zu weit, so würde das stetige Wachstum des Gesamteinkommens gefährdet.

Die Situation wird am Lohnbeispiel deutlich. Soweit angenommen worden ist, daß Lohnsenkung unmittelbar ein hohes Beschäftigungsniveau herbeiführt, hält Lawrence *Klein* dieser — überwiegend klassischen — Lösung entgegen, daß auch bei noch so flexiblen Löhnen eine Vollbeschäftigung nicht erreicht wird. Denn bei Arbeitslosigkeit unterbieten sich die Arbeitnehmer. Daher besteht seitens der Unternehmer die Erwartung auf weitere Lohnsenkung. Die Folge ist Rückgang der Preise mit dem Ergebnis einer allgemeinen Abwärtsspirale. Erreicht wird also das Gegenteil von Vollbeschäftigung¹⁵. Wenn diese Argumentation zutrifft, ist sie in der Tat geeignet, die These von der Flexibilität der Faktorpreise als hinreichender Bedingung für die Wachstumsvollbeschäftigung als allgemeingültig zu entkräften. Im übrigen kommt auch Oskar *Lange* zu dem Ergebnis, daß nur unter sehr besonderen Bedingungen die Preisflexibilität ein automatisches Gleichgewicht für Angebot und Nachfrage der Produktionsfaktoren herzustellen in der Lage ist¹⁶.

Gleichzeitig war aber auch gefragt worden, ob die Preisflexibilität eine notwendige Bedingung ist. Diese Frage kann nach dem heutigen Stande der Wachstumsforschung noch nicht voll beantwortet werden. Zwar ist bei starkem Wachstum die Anzahl und Intensität der Prozesse der Preis-Mengen-Anpassung sehr groß, so daß man geneigt sein wird, Preisflexibilität als eine notwendige Bedingung anzusehen. Soweit sich aber das Wachstum in den Grenzen der hochkapitalistischen Länder hält, dürften vorübergehende Preisbindungen das Vollbeschäftigungs-Gleichgewicht im Zeitablauf nicht unbedingt ausschließen. Man könnte vielleicht sogar umgekehrt gewisse Preisbindungen als dem Stabilisierungsprozeß dienlich ansehen. Zu erinnern wäre etwa an den Gedanken F. D. *Grahams*, ein Warenbündel preismäßig zu stabilisieren, um damit einer Warengruppe den stabilisierenden Einfluß zuzuschreiben, den der feste Goldpreis in gewissem Umfange gehabt hat. Die Entscheidung hängt in der Tat an dem Umfang der Bindungen im Verhältnis zum gesamten Markte und an der Dauer

¹⁵ L. R. *Klein*, *The Keynesian Revolution*, New York 1947, S. 211.

¹⁶ O. *Lange*, *Price Flexibility and Employment*, Bloomington 1944, S. 83.

der Bindungen. Denn bei anhaltenden Verknappungen im Wachstumsprozeß muß sich nach einer bestimmten Zeit der Preismechanismus durchsetzen, wenn die Gesamtstabilität gewahrt werden soll. Außerdem müssen alle Preisbindungen dann das Ziel der vollen Ausnutzung aller Kapazitätsreserven in Frage stellen, wenn der Anteil am Gesamteinkommen über die Grenzproduktivitätsgrenze hinaus zu steigern versucht wird. Würde ein solches Bestreben nicht nur konjunkturpolitisch einmal, sondern im Wachstumsprozeß ständig wirksam sein, so wäre die zweite Stabilitätsbedingung nicht erfüllbar. Demgegenüber sind die Bindungen z. B. des Diskontsatzes für längere Zeit ein viel geringeres Hemmnis für die Stabilisierung des Wachstums.

Damit sind einige Bedingungen für eine Stetigkeit des Wachstums des Produktionsvolumens und des Beschäftigungsvolumens entsprechend der vereinfachten Annahme konstanter Technik aufgezeigt. Der für die Deutung der Wirklichkeit wichtigere Fall ergibt sich jedoch erst durch Einführung des technischen Fortschrittes. Aus der Fülle seiner möglichen Formen sei hier nur der Fall der kapitalmäßigen Intensivierung behandelt. Dementsprechend kann z. B. ein Wachstum des Produktionsvolumens von jährlich 3% erstellt werden schon bei einem Wachstum des Beschäftigungsvolumens von 1%, wenn nur gleichzeitig die Arbeitseffizienz, d. h. die Produktionsmenge je Arbeitskraft, ständig mit einem so hohen Prozentsatz wächst, daß die erwünschte Wachstumsrate der Produktion erreicht wird. Das setzt voraus eine stärkere Erweiterung der Produktionskapazität¹⁷ als im vorhergehenden Fall, also mehr Netto-Investitionen in Maschinen und sonstigen Anlagen, sowie eine entsprechende Ausbildung zusätzlicher Arbeitskräfte. Die einzelne Unternehmung hat nicht nur ihre laufenden Ersatzinvestitionen vorzunehmen, sondern durch ergiebigere Verfahren die durchschnittliche Leistung zu steigern. Da dies nicht von jeder Unternehmung und Branche erwartet werden kann, müßten jeweils einige Unternehmer zu Gunsten der anderen um so mehr arbeitsparende Fortschritte einführen, damit im volkswirtschaftlichen Gesamtdurchschnitt die erforderliche prozentuale Zunahme der Mehrleistung stattfindet. Soweit die Kapazitätserweiterung das materielle Kapital umfaßt, wird dadurch verständlich, daß das Volumen der Kapitalgutproduktion unter diesen Voraussetzungen schneller wachsen muß als das der Konsumgutproduktion. Denn die Kapitalgutindustrien haben nicht nur für den laufenden Ersatz, sondern auch für die Neuinvestitionen zu sorgen. Der Bedarf an laufenden Ersatzinvestitionen wird um so größer, je mehr der Kapitalstock zunimmt. Dieser kumulativen Aufgabe der Kapitalgutproduktion steht gegenüber die Pro-

¹⁷ The Economics of full employment, Oxford 1946. S. 47 ff.

duktionssteigerung der Konsumgutproduktion als Funktion der Bevölkerungszunahme und der Realeinkommenssteigerung. Es ist ein einfaches Rechenexempel, festzustellen, um wieviel Prozent die Kapitalgutproduktion wachsen muß, wenn die Konsumguterzeugung z. B. mit 2 % jährlich wächst, ihr Anteil an der Gesamtproduktion 40 % und der der Kapitalgutproduktion dementsprechend 60 % beträgt und wenn ein Wachstum der Gesamtproduktion um 3 % zustande kommen soll. Das Ergebnis ist, daß die Kapitalgutproduktion jährlich um 3,9 % zunehmen, d. h. wesentlich stärker als die Konsumgutproduktion wachsen muß.

Eingangs wurde als Stabilitätsbedingung aufgestellt, daß dieser Wachstumsprozeß nicht stoßweise im Sinne der bekannten konjunkturellen Schwankungen, sondern sich kontinuierlich vollzieht. Gerade diese Frage erfordert noch besondere Aufmerksamkeit. Bei Fehlen des technischen Fortschritts würde die Zunahme jedes Produktionsfaktors um genau 1 % die Produktionsmenge ebenfalls um 1 % steigern. Nun ist aber technischer Fortschritt in der Form angenommen worden, daß der Kapitalfaktor schneller wächst, als der Faktor Arbeit. Da die Produktionselastizität der einzelnen Faktoren, d. h. die Wirkung der Zunahme eines Faktors auf die Produktionszunahme nicht gleich groß ist, muß diese unterschiedliche Produktionselastizität mit der stetig fortschreitenden Kapitalintensivierung in Einklang gebracht werden. *Douglas* rechnet im groben Durchschnitt für die Arbeit mit einer Produktionselastizität von 0,7, d. h. eine 1%ige Steigerung der Arbeitsaufwendung führt zu einer 0,7%igen Produktmengensteigerung; beim Kapital rechnet er mit 0,2, und für die Bodenleistungen setzt er 0,1 ein, wenn jeweils die anderen Faktoren unverändert bleiben würden. Diese zunächst illustrativ angenommenen Werte geben die Gewichte ab für die gewogenen Mittel aus den prozentualen Veränderungen der Produktionsfaktoren, um so die prozentuale Zunahme der Gesamtproduktion zu erhalten¹⁸. Unter der Voraussetzung, daß für die Beobachtungsperiode derartige Produktionselastizitäten sich nicht allzu stark ändern, können bei einer normativen Wachstumsrate von 3 % der Gesamtproduktion ohne weiteres Schlüsse gezogen werden auf das notwendige Wachstum der einzelnen Produktionsfaktoren. Soweit die Rate der ständigen Kapitalintensivierung jedoch durchschnittlich hoch ist, kann die Produktionselastizität kaum als konstant betrachtet werden. Um wieviel die einzelnen Produktionsfaktoren dann zunehmen müssen, um die 3%ige Zunahme der Produktionsmenge sicherzustellen, kann nur fallweise ermittelt werden. Ist wegen der Stabilisierung der Beschäftigung und der Realeinkommenssteigerung das Wachstum des Faktors Arbeit mit 1 %, das der Gesamtproduktion mit 3 % anzusetzen,

¹⁸ J. Tinbergen, *Economische Bewegingsleer*. Amsterdam 1943, S. 130 ff.

so müssen noch weitere Annahmen für die Veränderung der Boden- und sonstigen restlichen Leistungen gemacht werden, um schließlich die erforderliche Kapitalakkumulation errechnen zu können.

Dafür besteht aber noch ein anderer Anhalt. Genau so wie der Kapitalkoeffizient bei extensivem Wachstum den Schlüssel abgibt für die Koordinierung der Veränderung von Volkseinkommen und Kapitalbestand, läßt sich um so mehr bei intensivem Wachstum, d. h. Wachstum mit technischem Fortschritt, auf diese Weise die Stabilitätsbedingung der Kapitalakkumulation ermitteln. Denn da bei Preisniveaustabilität das Volkseinkommen gleich stark wachsen muß wie das Produktionsvolumen, in diesem Beispiel um 3%, muß also bei einem Kapitalkoeffizienten von beispielsweise 5 die Sparquote 15% betragen. Der kontinuierlich wirksame technische Fortschritt setzt demnach ebenfalls eine konstante Sparquote voraus, die nur größer sein muß als bei extensivem Wachstum — im obigen Beispiel 5% —, um die stetig zunehmende Verbesserung der Kapitalausstattung der Arbeiter zu ermöglichen.

An dieser Stelle soll zur Veranschaulichung der Größenordnungen die Erfahrung aus einigen Ländern herangezogen werden, zumal auf diesem Gebiete noch verhältnismäßig wenig statistisch gearbeitet worden ist. Dabei kann es sich nur um vorläufige Resultate handeln, die eingehender Überprüfung und Erläuterung bedürfen. Das mehrfach erwähnte Verhältnis von Kapitalstock zum Volkseinkommen scheint sich generell innerhalb gewisser Grenzen zu bewegen. Andererseits gibt es im einzelnen gewisse typische Unterschiede zwischen den Ländern. Für die Vereinigten Staaten beträgt das Verhältnis in der Periode 1850—1940 im Durchschnitt etwa 4,8 : 1, in Australien im Zeitraum 1895—1930 etwa 4,9 : 1, so daß eine gewisse Ähnlichkeit besteht. Dagegen ist der Kapitalkoeffizient in Großbritannien und Frankreich je 7,6 : 1, ist also gleich in den recht verschiedenen Perioden 1875—1915 und 1820—1895. Da selbstverständlich keine Jahresdaten verfügbar sind und auch sonst eine Reihe von methodischen Mängeln diesen Mittelwerten anhaftet, darf die Ähnlichkeit und Gleichheit von Ergebnissen nicht überschätzt werden. Aber es ist doch sehr eindrucksvoll, daß die Abweichungen vom Durchschnitt im allgemeinen gering sind. Bei den auf Zensusmaterial beruhenden Angaben für die Vereinigten Staaten liegen die Abweichungen von der Relation 5 : 1 im Bereich von ± 1 . Ebenso sind die Abweichungen bei Großbritannien und Frankreich nicht allzu groß. Damit wird die Annahme in den obigen theoretischen Überlegungen gestützt, daß der Kapitalkoeffizient offensichtlich in einzelnen Ländern und in bestimmten Perioden konstant verläuft. Es soll dahingestellt bleiben, ob nicht unter trendmäßigen Gesichtspunkten Ver-

schiebungen auftreten. Dieser Gesichtspunkt ist aber für eine praktische Stabilisierungspolitik weniger wichtig, da sie doch nur mit etwa 5—10jährigen Perioden arbeitet.

Dieses Bild wird noch plastischer, wenn man an Hand des vorliegenden Materials aus dem Produkt von Kapitalkoeffizient und Wachstumsrate des realen Volkseinkommens die Sparrate zu ermitteln versucht. Die Wachstumsrate ist in den gleichen Perioden bei den Vereinigten Staaten mit 3,2 % jährlich am größten, beträgt bei Australien 2,5 %, in Frankreich im 19. Jahrhundert ebenfalls 2,5 % und bei Großbritannien 2,1 %. Diese Größenordnungen erscheinen aus der Analyse des Industrialisierungsprozesses durchaus plausibel. Die Sparrate ist demnach für die Vereinigten Staaten 15,4 % und für Australien 12,3 %. Bei Großbritannien beträgt sie 15,9 % und bei Frankreich im 19. Jahrhundert sogar 19,0 %. Ganz unabhängig von diesem Material sind für die Vereinigten Staaten die Ersparnisse für die gleiche Periode errechnet worden. Ermittelt man daraufhin die Sparrate, so ergeben sich im Durchschnitt 12,9 %¹⁹. Methodisch wieder etwas anders aufgebaute Analysen, bei denen die Auslagen für Kapitalgüter zum Brutto-Sozialprodukt in Beziehung gesetzt werden, kommen für die Periode 1879—1938 zu einer Sparrate von 16 %²⁰. Wenn man hierbei die statistischen Fehlermöglichkeiten nochmals in Rechnung stellt, erscheint das oben gewonnene Resultat jedenfalls sinnvoll. Die Abweichungen vom Durchschnitt sind allerdings wahrscheinlich größer als beim Kapitalkoeffizienten. Ebenso müssen die nationalen Unterschiede näher untersucht werden. Es mag aber zum Abschluß dieses Exkurses die Feststellung genügen, daß sich ein deutlicher Trend der Sparquote über größere Perioden in dieser oder jener Richtung nicht feststellen läßt²¹ und daß insofern das zugrunde gelegte Modell durchaus im Bereich empirischer Wahrscheinlichkeiten liegt. Irgendeiner voreiligen Extrapolation für die Zukunft ist damit jedoch keineswegs das Wort geredet. —

Greifen wir nach dieser Analyse der Stabilisierungsbedingungen bei technischem Fortschritt und nach Angabe einiger beispielhafter Größenordnungen auf die Forderung nach Stetigkeit des Wachstums zurück, so müssen auch noch die Preisprobleme unter den neuen Bedingungen berücksichtigt werden. Denn die Beziehung der Investitionen zur Kapazitätserweiterung kann nur dann eine gewisse Stetigkeit sichern, wenn nicht irgendwelche Verknappungserscheinun-

¹⁹ W. J. King, *The wealth and income of the people of the United States*. New York 1916.

²⁰ J. F. Dewhurst, *America's Needs and Resources*. New York 1947. S. 377.

²¹ S. Kuznets, *Uses of National Income in Peace and War*. New York 1942. S. 5 ff.

gen auf dem Markte der Produktionsfaktoren in dem Umfange auftreten, daß über die partiellen Preisveränderungen das Gleichgewicht gestört wird²². Es muß also die Bedingung erfüllt sein, daß die Angebotselastizitäten hoch sind oder bei Preisveränderungen an einer Stelle gleichzeitig kompensierende Kräfte an einer anderen Stelle auftreten. Das Mehrprodukt je zugewachsener Kapitaleinheit muß preismäßig so liegen, daß es im Rahmen der volkswirtschaftlichen Konsumquote voll abgesetzt werden kann. Zugleich muß bei Kosten- und Preis senkung der immer ergiebiger produzierten Güter die Preisniveaustabilität dadurch gewahrt werden, daß andere Preise mit entsprechendem Gewichte steigen.

Hinter dieser Stabilität des Preisniveaus bei technischem Fortschritt verbirgt sich noch insofern ein Problem, als eine tendenzielle Preissenkung bei Gütern der privaten Haushaltung zu einer Steigerung des Realeinkommens und damit möglicherweise zu einer erhöhten durchschnittlichen Sparneigung führt. Diesem theoretisch berechtigten Einwand gegenüber kann man nur auf den empirischen Tatbestand hinweisen, daß in den Haushaltsrechnungen Nahrungsmittel den größten Anteil haben und daß dafür sich bisher wenig Möglichkeiten einer ständigen Kostensenkung geboten haben. Die Preise für tierische Produkte zeigen im 19. Jahrhundert sogar einen aufsteigenden Trend²³. Da zugleich ständig eine Reihe neuer Produkte in die Haushaltungen eingeht, für die eine evtl. vorübergehend freiwerdende Kaufkraft sofort wieder eingesetzt wird, ist von der Ausgabenseite her nur wenig Anlaß für eine erhöhte Sparneigung gegeben. Für ein sicheres Urteil wären freilich langfristige Untersuchungen von Haushaltsbudgets erforderlich.

Dagegen bleibt noch die Frage offen, ob nicht die angenommene jährliche Real-Einkommenssteigerung zu einer Erhöhung der Sparquote über das gewünschte Maß hinaus dadurch führt, daß der Anteil der höheren Einkommensgruppen am Gesamteinkommen zunimmt, oder — was sehr unwahrscheinlich ist — daß zwar alle Einkommensgruppen in gleichem Ausmaße ihre Einkommenslagen verbessern, die Wirkung aber eine unterschiedliche ist. Nimmt die Sparwilligkeit entsprechend zu bei nicht gleichzeitiger Zunahme der Investitionsneigung, so wäre der Fall des sogenannten Übersparens mit seiner kontraktiven Wirkung gegeben. Ihm könnte begegnet werden durch entsprechende öffentliche Investitionen. Hier tritt also der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommenspyramide nach Einführung eines bestimmten Fortschrittes erneut auf. Während man

²² E. M. Hoover, *Capital Accumulation and Progress*. American Economic Review. Mai 1950, S. 128.

²³ Dupriez, a.a.O. S. 347.

aber in der bisherigen Literatur diese Beziehung im allgemeinen dahingehend interpretiert hat, daß mit dem Wachstum des Volkseinkommens eine ungleichmäßigere Verteilung des Volkseinkommens verbunden ist, hat man neuerdings darauf hingewiesen, daß diese Annahme nur kurzfristig berechtigt ist und daß auf die Dauer mit gleichmäßigerer Einkommensverteilung die Konsumquote möglicherweise sinkt²⁴. Da in der vorliegenden Untersuchung Trendaussagen gemacht werden, ist insoweit die letztere These in Rechnung zu stellen. Wenn die normative Wachstumsrate auf jeden Fall gehalten werden soll, bleibt dann nur eine Konsumbelebung durch weitere Einbeziehung von unteren und untersten Einkommensschichten in die Steigerung des Realinkommens, oder es muß über autonome Investitionen der öffentlichen Hand der Kreislauf der Haushaltsausgaben angeregt werden. Diesen Punkt abschließend darf insofern noch einmal auf die zweite Stabilitätsbedingung hingewiesen werden, daß nämlich dem Wachstum des Volkseinkommens die Zunahme der Entlohnung der Produktionsfaktoren, und d. h. sowohl der Arbeits- wie der Kapitaleinkommen, entsprechen muß, wenn Vollbeschäftigung erreicht werden soll.

Bevor aus den theoretischen Überlegungen wirtschaftspolitische Folgerungen gezogen werden, soll noch das den Überlegungen zugrunde gelegte Modell selbst in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werden. Wir waren ausgegangen von dem Ziel eines mit konstanter Rate wachsenden Sozialproduktes, wobei die Rate absolut verschieden hoch sein kann. Orientierungsmaß für die Produktionssteigerung ist die tatsächliche Zunahme der Beschäftigten, sei es, daß bei Fehlen technischen Fortschrittes Produktions- und Beschäftigungsvolumen gleich stark wachsen, sei es, daß im Interesse der Steigerung des Realeinkommens das Produktionsvolumen stets eine höhere Rate aufweist, als das durch die Bevölkerungszunahme bedingte Beschäftigungsvolumen. Die Erfahrung zeigt, daß diese beiden Modelle Deutungswert besitzen für große Perioden der zurückliegenden 200 Jahre. Andererseits bedürfen zwei weitere Fragen nicht weniger dringend der Überlegung: nämlich die gleiche Ableitung des Prozesses unter der Voraussetzung einer stetig steigenden und einer stetig sinkenden Wachstumsrate. In beiden Fällen ist nicht an kurze, konjunkturelle Phasen, sondern an Perioden gedacht, die mehrere Jahrzehnte umfassen. Für die Untersuchung beider Modelle gibt die Erfahrung mehrerer Altindustrialisierungsländer die Berechtigung: für die steigende Wachstumsrate der Beginn der Industrialisierung, für die sinkende Wachstumsrate das 20. Jahrhundert. Auch in diesem Falle ist eine Extrapolation dieses Trends ohne

²⁴ *Giersch*, a.a.O. S. 262. — *G. Haberler*, Prosperität und Depression. Bern 1948. S. 220.

nähere Begründung unzulässig. Denn bisher sind derartig lange Perioden im Hinblick auf Wachstum und Entwicklung des Volkseinkommens nur wenig untersucht worden. Es muß sich also erst zeigen, ob solche Tatbestände überhaupt generell aufweisbar sind. Außerdem würde ein ständiger Rückgang der Wachstumsrate bis auf Null auch nur eine Beendigung der Expansion bedeuten, also nicht mit einem absoluten Rückgang gleichgesetzt werden dürfen. Es erscheint jedenfalls zweckmäßig, sich mit diesen beiden Annahmen, dem beschleunigten und verlangsamten Zuwachs, zu beschäftigen.

Für die wirtschaftspolitischen Folgerungen gilt bei diesen differenzierteren Modellen um so mehr, was für eine Politik der stetigen Zunahme des Sozialproduktes bei konstantem Beschäftigungsgrad sowieso schon zutrifft und zum Schluß wenigstens noch angedeutet werden soll: Daß nämlich ein derartig stetiges Wachstum nicht erreicht werden kann ohne eine Hand, die den wirtschaftlichen Kosmos ordnet. Dabei ist institutionell keineswegs nur an den Staat gedacht. Ebenso soll der Ausdruck der Wirtschaftsplanung angesichts seiner in Deutschland so verschwommenen Bedeutung dafür vermieden werden. Denn es wäre ein Mißverständnis, wenn die theoretischen Überlegungen so verstanden worden wären, als ob irgendwelchen starren Planzielen nachgejagt werden sollte. Theoretisch erforderlich ist nur eine Einsicht in die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Wachstums, ebenso wie ein Arzt das Wachstum des Organismus mit allen seinen Gliedern kennen muß, um Therapie treiben zu können. Eine Koordinierung der Investitionspläne der privaten und öffentlichen Haushaltungen, sowie privaten und öffentlichen Unternehmungen bietet auch in einem Wettbewerbssystem, wenn ihm wirklich und konsequent zur Geltung verholfen wird, dafür eine Reihe von Möglichkeiten, die nach der praktischen Seite hin zu erörtern außerhalb dieses Aufgabenbereiches liegt. Ob das Ziel des stetigen Wachstums allerdings überhaupt dem *volonté de tous* entspricht, wurde nicht erörtert. Wenn es aber einmal gesetzt wird, wie es hier getan wurde, dann sprechen die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts dafür, daß seine Durchsetzung nicht irgendeiner Automatik überlassen werden kann. Sie würde eine stetige Beschäftigung auf dauernd hohem Niveau voraussichtlich nicht sicherstellen. Es ist bezeichnend, daß in Kreisen derer, die überhaupt eine Politik unter diesen Annahmen durchdacht haben, wenig Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die mannigfachen Äußerungen auf der letztjährigen Tagung der *American Economic Association* scheinen Ausdruck für diese Lage zu sein. Insofern mögen Überlegungen zur Theorie des Wachstums weitere Anhaltspunkte bieten für die langfristigen Aspekte einer jeden Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik.

Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Ich danke auch Herrn Kollegen *Hoffmann* für seine wertvollen Ausführungen.

Wir haben für die Diskussion heute vormittag noch eine halbe Stunde Zeit. Zunächst erteile ich das Wort Herrn Prof. *Stucken*:

Prof. Dr. Rudolf *Stucken* (Erlangen):

Meine Damen und Herren!

Ich glaube, wir sind Herrn Kollegen *Schneider* zu außerordentlichem Dank für das ausgezeichnete Kolleg verpflichtet, das er uns hier gehalten hat; ein Kolleg, in dem er sich bemüht hat, uns einen Überblick über die ausländische Entwicklung der volkswirtschaftlichen Theorie zu geben, die sich in der Zeit unseres geistigen Abschlusses vom Auslande vollzogen hat. Der Anschluß an die ausländische Lehre ist von einer außerordentlichen Bedeutung dafür, daß wir uns überhaupt mit dem Auslande verstehen; denn es ist ja oft genug so gewesen, daß die verschiedene Sprache, die die Menschen sprechen, in diesem Falle also die unterschiedliche wissenschaftliche Sprache, verhindert hat, daß die Wissenschaftler der verschiedenen Länder in einen Kontakt miteinander kamen. Aber bei der theoretischen Grundlegung der Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik tritt doch an uns auch die Frage heran, ob das, was wir heute hier gehört haben, das geeignete Instrumentarium ist, um damit gerade die Probleme zu lösen, die in Deutschland an uns herantreten. Und in dieser Beziehung muß ich doch meine Skepsis und die Gegensätzlichkeit meines Standpunktes klar herausarbeiten; denn ich glaube, es ist nicht die Aufgabe eines Diskussionsredners, hier Freundlichkeiten zu sagen, sondern eben diese Gegensätzlichkeit der Position in aller Eindeutigkeit zum Vorschein kommen zu lassen.

Herr *Schneider* hat eine gewisse reservatio angebracht bezüglich bestimmter Arten von Erwerbslosigkeit, wie sie gerade bei uns in Westdeutschland in weitem Maße gegeben sind, die man gewöhnlich kurz als strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet. Aber ich glaube, daß noch weitergehende Reservationen notwendig sind und daß man genötigt ist, grundsätzlich die Brauchbarkeit der vorgetragenen Lehre für uns in Zweifel zu ziehen. Ich möchte nämlich sagen, daß in bezug auf die grundlegenden Voraussetzungen, von denen *Keynes* und die angelsächsische Lehre im allgemeinen ausgehen, Unterschiede bestehen, daß die Voraussetzungen bei uns nicht gegeben sind. Ganz selbstverständlich ist es, daß wir es bei uns nicht mit einer „reichen“ Volkswirtschaft zu tun haben, auf die diese ganze Lehre speziell zu-

geschnitten ist. Weiterhin dreht es sich darum, daß *Keynes* von einer Variabilität der Geldmenge ausgegangen ist, die wir bei uns im allgemeinen kaum je gehabt haben. Wir sind in den letzten Jahrzehnten, abgesehen vom Kriegszustand, als man darauf keine Rücksicht genommen hat, doch immer durch außenwirtschaftliche Tatbestände in der eindeutigsten Weise eingeengt gewesen, mit der Folge, daß von einer solchen Variabilität der Geldmenge nicht die Rede sein konnte, so daß die grundlegenden Momente, auf die *Keynes* eingeht, sich gar nicht so haben auswirken können, wie es nach seiner Lehre der Fall wäre. Dann besteht aber noch ein weiterer Unterschied, den zu betonen mir sehr wichtig erscheint und dessen Nichtbeachtung zu mannigfaltigen seltsamen Fehltritten bei uns in Deutschland geführt hat. Ich meine den Tatbestand, daß bei uns zwischen dem langfristigen und dem kurzfristigen Kreditmarkt eine Scheidewand besteht von einer Stärke, wie sie zweifellos in den angelsächsischen Ländern nicht gegeben ist und von der die dortige Lehre absieht. Wir müssen daran denken, daß in den angelsächsischen Ländern sowohl die Notenbanken als auch die Kreditbanken des kurzfristigen Geschäfts gewöhnt sind, in großem Stile langfristige festverzinsliche Wertpapiere in ihr Portefeuille zu nehmen, und daß auf diese Weise in großem Stile Geldbeträge vom kurzfristigen Kreditmarkt auf den langfristigen überführt werden können, sofern nach entsprechenden kurzfristigen Krediten keine ausreichende Nachfrage vorhanden ist. Das ist bei uns absolut nicht der Fall. Wir haben es bei uns mit einem langfristigen Kreditmarkt zu tun, der für sich existiert; soweit langfristig zu finanzierende Investitionen keine entsprechenden Mittel auf dem langfristigen Kreditmarkt vorfinden, fallen diese betreffenden Investitionen praktisch unter den Tisch. Infolgedessen fällt tatsächlich auch dem Sparen, und zwar dem langfristigen Sparen bei Kreditinstituten, bei uns eine ganz andere Rolle zu, als es dort der Fall wäre, wo diese starke Scheidewand zwischen lang- und kurzfristigem Kreditmarkt nicht gegeben ist und wo deshalb von einem einheitlichen Kreditmarkt ausgegangen werden kann.

Ich habe dann noch einen weiteren Einwand geltend zu machen, da diejenigen, die außer mir dazu berufen wären, es hier und heute nicht tun können — ich denke an Friedrich *Lutz*, der nicht bei uns ist, wie auch an Walter *Eucken*, der nicht mehr unter den Lebenden weilt —, nämlich: Die *Keynes'sche* Lehre enthält den Versuch, einen neuen Konjunkturtypus zu konstruieren. Wir haben uns bis Ende der zwanziger Jahre in der Konjunkturforschung im allgemeinen mit dem typischen Konjunkturverlauf beschäftigt, der tatsächlich in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des ersten Weltkrieges gegeben war. Dann aber haben sich die Dinge offensichtlich im ersten Weltkrieg und

danach grundlegend gewandelt, so daß von einem solchen typischen Konjunkturverlauf nicht mehr die Rede sein konnte und auch heute nicht wieder die Rede sein kann. Im Jahre 1932 haben völlig unabhängig voneinander Friedrich *Lutz* und ich die Konsequenzen aus diesem Tatbestand gezogen und haben gesagt, daß es nicht mehr die Aufgabe sei, einen typischen Verlauf herauszuarbeiten und seine Zusammenhänge zu deuten, sondern daß es angesichts der veränderten Wirklichkeit notwendig sei, die individuelle Gestaltung des Konjunkturverlaufs im einzelnen Land und in der einzelnen Zeitperiode zu erfassen und die ursächlichen Zusammenhänge zu klären. Wir haben weiter gesagt, daß wir dann ein neues Instrumentarium theoretischer Erkenntnisse brauchen, um dieses bei der Untersuchung der einzelnen Konjunkturverläufe anzuwenden. Und so bin ich damals 1932 zur Aufstellung einer Lehre von den konjunkturverändernden Momenten gekommen, wobei ich mich bemüht habe, darzustellen, wie unter ganz bestimmten unterschiedlich angenommenen Bedingungen bestimmte Maßnahmen oder sonstige Erscheinungen im Wirtschaftsleben sich auf Konjunktur und Beschäftigung auswirken. Also z. B.: wie wirkt die Veränderung der Kreditbedingungen der Banken, wie wirken mächtig durchgesetzte Lohn- und Preisveränderungen, wie wirkt der Zusammenbruch repräsentativer Firmen, wie wirken gewisse staatliche Maßnahmen wie Steuererhöhungen, Zollveränderungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw.? Weiter: Wie wirken technische Fortschritte in einzelnen Produktionszweigen, wie wirken die Veränderungen der Auslandskonjunktur, wie wirken Auslandskredite, die Veränderung der Preise von wichtigen Einfuhr- und Ausfuhr Gütern auf die Konjunktur unseres Landes? Das ist ein Instrumentarium, mit dem meines Erachtens zur Erfassung und Meisterung der Lage in einem bestimmten Lande etwas erreicht werden kann. Ich schließe nicht aus, daß wir, von der *Keynes'schen* Lehre ausgehend, durch allmähliche Auswechslung der Voraussetzungen nach und nach zu demselben Ergebnis kommen können. Aber dann bleibt doch immer noch die Aufgabe bestehen, hier klarzustellen, um welche veränderten Voraussetzungen es sich handelt, um damit tatsächlich ein Instrumentarium zu schaffen, mit dem wir unseren aktuellen Problemen zu Leibe rücken können.

Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Ich möchte für die weitere Diskussion heute vormittag darum bitten, daß auf die wirtschaftspolitischen Probleme noch nicht eingegangen wird, deren Erörterung zweckmäßigerweise erst im Anschluß an die weiteren Referate erfolgt.

Ich erteile das Wort Herrn Geheimrat Prof. Adolf *Weber*.

Geheimrat Prof. Dr. Adolf *Weber* (München):

Auch ich möchte mit einem herzlichen Dank an Herrn Kollegen *Schneider* beginnen und diesen Dank dahin präzisieren, daß er in seinem ausgezeichneten Referat klargestellt hat, daß die *Keynes'sche* „allgemeine Theorie der Beschäftigung“ keine allgemeine Theorie ist und daß sie nicht revolutionierend gewirkt hat, wir können vielmehr mit einer Kontinuität der Forschung rechnen. Damit hat er die Vorbedingungen dafür gegeben, daß wir alle zusammen arbeiten können, wenn auch von verschiedenen Standpunkten aus, an den Theorien, wie sie für unsere deutschen Verhältnisse erforderlich sind. Er hat aber weiterhin auch deutlich zu erkennen gegeben, ebenso wie der Korreferent in seinem gleichfalls klar durchdachten Referat, daß wir kein Interesse haben für eine Theorie, die im Grunde genommen gar nichts anderes ist als ein Denksport. Ich habe mit Schrecken in einer unserer Fachzeitschriften gelesen, für uns müsse in Zukunft das von den beiden Amerikanern *Neumann* und *Morgenstern* verfaßte Buch „Theorie der Glücksspiele und ökonomisches Verhalten“ richtunggebend sein. Ein Mann, der wirklich hier berufen ist, verantwortlich zu urteilen, ist mein verehrter Fakultätskollege *Anderson*; er gehört zu den immer seltener werdenden Leuten, die, ehe sie ein Buch beurteilen, es auch gelesen haben. Er hat das Buch wirklich gelesen. Er hat sich dazu nicht nur Wochen, sondern Monate Zeit genommen, ehe er seine Anzeige in der „Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“ veröffentlichte. *Anderson* ist Mathematiker von Haus aus, er weiß, daß der Inhalt des hier erwähnten Buches nicht erfaßt werden kann, wenn man nur unsere gewöhnliche Gymnasialmathematik kennt, also analytische Geometrie, Differentialgleichungen, Infinitesimalrechnungen, höhere und höchste Mathematik ist dafür erforderlich. *Anderson* urteilt mit großer Skepsis über den volkswirtschaftlichen Lehrwert des dicken Wälzers. Zum Glück brauchen wir keine Mathematik, um die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, soweit sie für die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Interesse sind, zu ergründen. Als *Morgenstern* noch Europäer war, war er außerordentlich vernünftig, damals hat er gewarnt, es sollten die Theoretiker sich nicht in die Studierstube einschließen und dann die Welt der Tatsachen aus den Fingern saugen. Dagegen müssen wir uns wehren, und dagegen haben sich faktisch auch die beiden Referenten gewandt durch das, was sie uns zu sagen hatten.

Wir sind uns wohl darin einig: Die entscheidend wichtige Problematik liegt bei dem Gang von einem verlorengegangenen statischen Gleichgewicht zu einer neuen Statik. Nun konnte man, wenn man genau zuhörte, auch bei den Referenten schon etwas Zweifel anklingen

hören, ob wir heutzutage noch von der Bewegung einer Statik zu einer anderen Statik sprechen können. Hatten wir seit 1914 auf längere Sicht noch irgendwo etwas wie Statik, war das Ganze vielmehr nichts anderes als ein unaufhörliches exogenes Hineinwirken der Politik in die Volkswirtschaft? Das kann natürlich nicht Sinn der Theorie sein, daß wir nur bei der Theorie bleiben und dann von irgendwo anders her der Praxis und der Politik die Antwort auf die Fragen überlassen, die sie von der Wissenschaft erwarten. Wir dürfen nicht immer wieder von neuem nur an der Verfeinerung unseres wissenschaftlichen Instrumentariums arbeiten und dieses gewissermaßen als Selbstzweck betrachten; wir vergessen nur zu häufig, daß das Instrumentarium doch dazu da sein muß, irgendwie der wirtschaftlichen Praxis Dienste zu leisten.

In der Hinsicht stehen wir nun heute vor einer besonders ernsten Situation. Camille *Gutt* hat von seiner verantwortungsvollen Stelle aus jüngst das verhängnisvolle Wort „Weltinflation“ ausgesprochen. Wir befinden uns allem Anschein nach zur Zeit in den Anfängen einer solchen Weltinflation. Wenn das aber der Fall ist, dann wird es noch viel weniger als in der Kipper- und Wipperzeit möglich sein, daß ein einzelnes Land sich den Folgen einer durch Geldmanipulationen verfahrenen Weltwirtschaftspolitik entziehen kann. Herr Kollege *Schneider* hat anklingen lassen, daß eine Theorie der Beschäftigung die weltwirtschaftliche Verflechtung der Volkswirtschaften nicht außer acht lassen darf; noch nie war das so wichtig wie in der Gegenwart. Ist dem aber so, dann hätte doch die neueste Situation auch in den theoretischen Referaten vielleicht noch etwas mehr beachtet werden müssen.

Die Gefahr der „Weltinflation“ wird aufs äußerste verschärft durch die Art, wie *Stalin* den kalten Krieg fortführt. Er läßt ihn auch durch seine Theoretiker vorbereiten, und das ist das zweite, was ich in den Vorträgen vermisse: Jedes Eingehen auf die Theorie der Sowjetwirtschaft. Wir haben so ungeheuer viel Respekt vor den neuen Theorien der Amerikaner und Engländer, aber drüben im Osten wird auch gedacht und überlegt, wenn auch mit einer uns sehr wenig sympathischen Zielsetzung. Nun ist es aber so, daß diejenigen, die sich mit den Problemen der Sowjetwirtschaft beschäftigen, im deutschen Sprachgebiet an den Fingern einer Hand aufgezählt werden können, und im Ausland sieht es nicht viel anders aus. In der Sowjetwirtschaft haben wir die Vollbeschäftigung, ja sogar eine Beschäftigung, daß die Arbeitskräfte bis zum Bersten in Anspruch genommen werden, und dennoch bin ich davon überzeugt, daß diese Vollbeschäftigung nichts anderes ist als die Begleiterscheinung einer langsamen, aber sicheren Auszehrung. Damit ist nicht gesagt, daß wir den kalten Krieg gewinnen müssen, denn gleichzeitig wird dort drüben in der Sowjetwirtschaft

ernste theoretische Arbeit geleistet, um einem Zusammenbruch entgegenzuwirken. Man kann sich das russische System so vorstellen: Wir haben es mit zwei konzentrischen Kreisen zu tun, in dem größeren äußeren konzentrischen Kreise ist maßgebend und für das Ganze entscheidend der dialektische und historische Materialismus, so wie ihn *Stalin* interpretiert mit allen seinen Folgen, namentlich unter Verzicht auf die Produktivität der Freiheit mit dem Ziel, unter allen Umständen die Welt als Ganzes dem Kommunismus zu unterwerfen. Aber ein innerer konzentrischer Kreis läßt unter der Voraussetzung, daß der größere Rahmen gewahrt bleibt, der Kritik freien Lauf. Dort nun beobachten wir besonders seit etwa 1947 auch im Schrifttum zum Ausdruck gebrachte ernste Bedenken, ob das Plankennziffersystem, so wie es bis jetzt gehandhabt wurde, auf die Dauer durchführbar ist; auch fragt man sich: haben wir irgendetwas, das wir an Stelle dessen setzen können, was die Zinsfunktion in der Marktwirtschaft leistet? Wenn man nun in Sowjetrußland anfängt zu überlegen, ob die Theorie der Beschäftigung, wie sie bislang gelehrt wurde, durch etwas Besseres ersetzt werden kann, wenn man bemüht ist, aus Fehlern zu lernen, dann wird dadurch das Sowjetsystem erst recht gefährlich, namentlich, weil bei uns wahltaktische Erwägungen eine viel größere Rolle spielen als ein unbefangenes Durchdenken der Probleme. Um so mehr muß die Theorie nach Wahrheit und nach eindrucksvoller Klarheit drängen. Dabei sollten wir uns auch an das erinnern, was die deutsche Theorie in der Vergangenheit an Leistungen aufzuweisen hat. Im letzten Heft der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, die vor uns auf dem Tische liegt, wird an Johann Heinrich von *Thünen* erinnert, der vor genau 100 Jahren starb; ich kenne keinen amerikanischen Volkswirt, der so die Isoliermethode mit Rücksicht auf die Praxis gehandhabt hat wie unser deutscher *Thünen*. Auch Männer wie *Knies* und *List* und *Schmoller* sollten nicht vergebens gelebt haben im Interesse einer wirklichkeitsnahen Theorie; sie haben uns gelehrt, daß das Ökonomische nicht ein Ding für sich ist, sondern daß es in das gesamte Kulturdenken eingeschaltet werden muß.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß *Stalin* im kalten Kriege siegt, freilich würde bald darauf mit innerer Notwendigkeit auch die Sowjetwirtschaft zusammenbrechen. Sieger würden dann wohl die großen asiatischen Völker bleiben mit ihrer noch unverbrauchten Kraft; sie sind noch nicht so wie die weiße Rasse dem Aberglauben an die unbegrenzten Möglichkeiten der Technik mit Einschluß der Geldtechnik und der Bürotechnik verfallen, sie glauben noch an die alte hausbackene Weisheit, daß der Lebensstandard der Völker auf lange Sicht nur gehoben werden kann durch harte Arbeit und durch kluges Sparen.

Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Als nächster Redner hat sich der Präsident der Landeszentralbank Hessen, Herr Prof. *Veit*, gemeldet, ich möchte ihn aber fragen — wir müssen in wenigen Minuten aufhören, da wir noch eine Pressekonferenz haben —, ob er nicht seinen Diskussionsbeitrag auf heute nachmittag verschieben will; das gilt auch für den weiteren Diskussionsredner, Herrn Dr. *Kellner*. Es ist besser, wenn wir die Diskussion in Ruhe durchführen und dabei nicht an Zeitgrenzen gebunden sind. Da kein Widerspruch erfolgt, schließe ich die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung am 14. Oktober 1950

Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Meine Damen und Herren!

Ich eröffne die Nachmittagssitzung und bitte Herrn Prof. *Rittershausen*, die Verhandlungsleitung für den heutigen Nachmittag zu übernehmen.

Prof. Dr. *Rittershausen* (Mannheim):

Ich glaube, daß ich der Absicht der Mehrheit der Versammlung Ausdruck gebe, wenn ich sage, daß wir erst den dritten Referenten hören, bevor wir in die Debatte von neuem eintreten. Ich möchte daher zunächst Herrn Prof. *Wessels* das Wort erteilen zu seinem Referat:

Wirtschaftspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung

Prof. Dr. Theodor *Wessels* (Köln):

Meine Damen und Herren!

I.

Selten ist ein System der Wirtschaftspolitik in so engem Zusammenhang mit der Entwicklung einer neuen Richtung der Wirtschaftstheorie entstanden wie die Politik der Vollbeschäftigung. Während im allgemeinen theoretische Lehrmeinungen nur über eine allmähliche Umformung des wirtschaftlichen Denkens der politisch entscheidenden Gruppen zur Auswirkung gelangen, ist die heutige Vollbeschäftigungspolitik in ihren Ausgangspunkten so eng mit der theoretischen Leistung von J. M. *Keynes* und seiner Gruppe verbunden, daß jede Untersuchung

ihrer Eigenart von der wissenschaftlichen Position ausgehen muß, die sie entwickelt haben. Wesentlich ist dabei jedoch, daß sich bei der Umformung des *Keynesschen* Gedankenganges zu einem System von wirtschaftspolitischen Leitsätzen auch jener Vorgang vollzogen hat, den wir oft im Zusammenhang theoretischer Arbeit und wirtschaftlicher Praxis beobachten können. Die Gruppe von Politikern, die den neuen Stil der Wirtschaftspolitik durchsetzt, hält an der Fassung fest, in der die Theorie auf der Universität oder im Laufe späterer Studien an sie gelangt ist; daher ist die Politik der Vollbeschäftigung weit stärker von der ursprünglichen Fassung des *Keynesschen* Gedankenganges bestimmt als von den späteren Variationen, die *Keynes* selbst noch während des Krieges vornahm und die vor allem eine breite, von *Keynes* beeinflusste Gruppe von Wissenschaftlern inzwischen weiter entwickelt und systematisiert hat. In gewissem Sinn ist auch hier das Wort, das *Schumpeter* in jungen Jahren gesprochen hat, die Theorien der Praxis seien oft die Theorien der Wissenschaft von vorgestern, nicht ganz ohne Berechtigung. Gleichzeitig kann man mit der Übertragung des theoretischen Gedankenganges auf die Politik wie fast immer eine gewisse Vergrößerung feststellen. Der Zwang, zu klaren, eindeutigen Forderungen zu kommen, die Gegenstand des politischen Kampfes werden konnten, führte dazu, das System auf wenige möglichst einfache Themen zu bringen und aus ihnen eine Serie eindeutiger politischer Maßnahmen abzuleiten, ohne in jedem Fall den Kreis der Voraussetzungen zu beachten, unter denen diese Sätze in der ursprünglichen Fassung des theoretischen Werkes von *Keynes* entwickelt waren.

Es wäre nicht ohne Reiz, den Gründen nachzugehen, die diese wohl einzigartig schnelle Rezeption eines theoretischen Lehrgebäudes durch die politische Praxis möglich gemacht haben. Sicherlich sind daran verschiedenartigste Ursachen beteiligt. Zu ihnen gehört gewiß der Umstand, daß mit dem Aufkommen der modernen Arbeiterparteien wenigstens in Europa eine Gruppe von Intellektuellen die alte, in traditionellem Denken verwurzelte Schicht in Parlamenten und Ministerien abgelöst hat, eine Gruppe, die eben an den Universitäten unter dem Eindruck der *Keynesschen* Gedankengänge einen festen wirtschaftspolitischen Standort gewonnen hatte. Ohne Einfluß war sicherlich auch nicht die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus in Deutschland — von ihr hat *Mandelbaum* in den Oxforder Studien zur Vollbeschäftigung¹ gesagt, sie sei das erste konsequent durchgeführte Vollbeschäftigungsexperiment gewesen — nicht zu dem erwarteten raschen Zusammenbruch geführt hatte. Eine Ursache aber dürfte entscheidend gewesen sein, und sie darf niemand übersehen, der

¹ Vollbeschäftigung, Bern 1946, S. 285 ff.

für oder gegen die Vollbeschäftigungspolitik glaubt Stellung nehmen zu müssen: die Lehre entsprach dem Bedürfnis der Massen nach Erlösung von einer oft als ausweglos angesehenen Arbeitslosigkeit — und damit der Forderung, die in der Krise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts alle traditionellen Wünsche der Arbeiterschaft zurückdrängte und sie zu dem wirtschaftspolitischen Problem schlechthin machte. Niemand darf glauben, daß dieses Anliegen unter den Ansprüchen, die größte Gruppen der Bevölkerung an die Politik stellen, weniger dringlich geworden ist; vielmehr wird jeder, der den Blick für den Zusammenhang von wirtschaftlichen Gegebenheiten und sozialen Realitäten nicht verloren hat, anerkennen müssen, daß eine solche Instabilität der Beschäftigung, wie sie Ende der zwanziger Jahre gegeben war, alle Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu sprengen droht und deshalb jede Wirtschaftspolitik verpflichtet ist nachzuweisen, daß ihr mindestens die Fähigkeit innewohnt, Arbeitslosigkeit, wenn nicht zu vermeiden, so doch ständig zu ihrer Auflösung beizutragen.

II.

Keynes' System beruht darauf, daß er bestimmte Zusammenhänge zwischen Einkommen, Einkommensverwendung und Beschäftigung konstruiert. Seine Variablen sind in ihrer Bewegung immer abhängig von „Neigungen“ („Konsumneigung“, „Sparneigung“, „Investitionsneigung“) der Individuen, die z. B. eine bestimmte Aufteilung der Einkommen auf Gesamtverbrauch, Gesamtsparen und Investition herbeiführen. Zu eindeutigen Aussagen über den Ablauf des volkswirtschaftlichen Prozesses und über die ihr entsprechende Beschäftigung kommt er mithin dadurch, daß er für die Einkommensverwendung auf den einzelnen Sektoren ein bestimmtes Verhalten der Individuen unterstellt. Wesentlich scheint mir, daß damit Annahmen in das *Keynessche* System eingefügt sind, die nur zum Teil — wie bisher in der herkömmlichen Theorie — aus Nutzenerwägungen der Individuen abgeleitet werden können, zum andern Teil dagegen einer Sozialpsychologie entstammen, die glaubt, das typische Verhalten der Wirtschaftenden mindestens im reifen Kapitalismus einfangen zu können. Hier ist nicht die Frage zu prüfen, ob die von *Keynes* inspirierte Art der Untersuchung des Wirtschaftsprozesses auch dann anwendbar bleibt, wenn andere „Neigungen“ unterstellt werden und wenn — wie später zu zeigen ist — die unausgesprochenen Annahmen über bestimmte Angebotselastizitäten an sachlichen Produktionsmitteln aufgegeben werden. Ich glaube, daß dies zutrifft, weil im Zuge der *Keynesschen* Analyse bestimmte Zusammenhänge aufgedeckt worden sind, die früher zwar gelegentlich gesehen, jedoch nicht zentral im theoretischen Erklärungs-

prozeß verwendet wurden, z. B. die Feststellungen über die Abhängigkeit der volkswirtschaftlichen Gesamtsparsumme von der Einkommenshöhe. Hier ist nur zu konstatieren, daß der Kreis der *Keynesschen* Annahmen weitgehend mindestens die ursprüngliche Konzeption der Vollbeschäftigungspolitik bestimmt hat und in den Ländern, die diese Politik praktizieren, erst allmählich anderen Annahmen gewichen ist.

Bekanntlich hat *Keynes* den Gedanken eines Nachfragedefizits zur Grundlage seines Systems gemacht, den er mit einer steigenden Neigung zum Sparen bei wachsendem Einkommen und einer ihr nicht adäquaten Investitionsneigung begründet. Aus diesem Zusammenhang folgt für ihn das Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung. Die Konzeption der Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung wurde in ihren Grundformen bereits durch diese Thesen von *Keynes* festgelegt. Sie verlangte die Steigerung der niederen Einkommen mit hoher Konsumneigung, die Hebung der Investitionsneigung durch die Politik des billigen Geldes, eine wirtschaftspolitische Aktivität des Staates zur Schließung der Investitionslücke und ein Finanzsystem, das unter Verzicht auf den Haushaltsausgleich sowohl die übermäßige Sparneigung der hohen Einkommen durch deren Reduktion hemmt, wie auch staatliche Investitionen möglich macht. Tatsächlich können in bestimmten Situationen die Erwartungen der Unternehmer über die künftigen Erträge so pessimistisch sein, daß diese eine äußerst geringe Investitionslust zeigen, während gerade die Gruppen der Empfänger höherer Einkommen aus Vorsichts- und Spekulationsmotiven in der gleichen Situation eine hohe Sparneigung entwickeln. Dann kann sehr wohl ein Teil der Ersparnisse mindestens temporär durch das Liquiditätsstreben absorbiert werden — und ein Druck auf den Zinssatz, der sonst entstanden wäre, wird unterbleiben. Man wird zugeben müssen, daß ein solches Verhalten der Investoren und der Sparer Ende der zwanziger Jahre in den angelsächsischen Ländern charakteristisch gewesen ist und — sich ständig kumulierend — entscheidend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit bestimmt hat. Würden wir es in der Terminologie der herkömmlichen Nationalökonomie umschreiben, so könnten wir sagen, daß es im wesentlichen die Entstehung eines Deflationsprozesses nicht als Folge einer bewußten Geldpolitik der Zentralnotenbank, sondern aus dem Automatismus der Volkswirtschaft zur Folge hat. Löst man diesen Teil *Keynesscher* Theorie vom „psychologischen Grundgesetz“ und sieht man das Verhalten der Unternehmer, das er beschreibt, als eine der möglichen Verhaltensweisen an, so befindet man sich in nächster Nähe des *Wicksellschen* kumulativen Prozesses nach unten, des Deflationsprozesses. Die *Keynessche* Erklärung bietet sogar an einem entscheidenden Punkt einen Fortschritt: *Wicksell* konstatiert ein Nachhinken des Zinsrückganges hinter dem Preisrückgang und ihm folgend

ein Absinken der Produktion. Die *Keynessche* Darstellung ermöglicht durch Berücksichtigung des Liquiditätsstrebens eine Erklärung für diese Zinsentwicklung. Allerdings: alle Verhaltensweisen, die dem *Keynesschen* Prozeß zugrunde liegen, entstehen durch Marktkonstellationen, die in der vollständigen Konkurrenz nicht gegeben sind. Die Annahme gleichbleibender Geldlöhne z. B. setzt die Existenz von Organisationen der Arbeitnehmer voraus, die eine der vollständigen Konkurrenz entsprechende Beweglichkeit der Löhne verhindern — wie das Liquiditätsstreben der Unternehmer dem von der Theorie der vollständigen Konkurrenz angenommenen nicht entspricht. Daraus könnte man folgern, daß die wahre Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin bestünde, eine Ordnung der vollständigen Konkurrenz herbeizuführen oder wenigstens z. B. bei nicht auflösbaren Monopolen ein Verhalten zu erzwingen, das dem der vollständigen Konkurrenz entspricht. Aber auch die Volkswirte, die in einem solchen Versuch das entscheidende Problem der Wirtschaftspolitik sehen, werden es nur als ein Ziel einer langen Entwicklung betrachten können — und die vollständige Konkurrenz nicht den Maßnahmen der aktuellen Wirtschaftspolitik zugrundelegen, um so weniger, als selbst in dieser Marktform ein Intervall zwischen der Reaktion der Preise auf die Lohnsenkung verstreichen müßte. Die *Keynessche* Annahme gleichbleibender Geldlöhne ist als Arbeitshypothese für die Wirtschaftspolitik auch im deflationistischen Prozeß sicherlich realistischer. Man kommt mithin zu der Feststellung, daß der von *Keynes* beschriebene Ablauf, soweit er sich auf die Zusammenhänge von Sparen und Investieren bezieht, in der Tat auftreten kann, wenn die Neigung der Unternehmer zu Investitionen äußerst gering, während die Sparquote eine sehr hohe ist.

In einer solchen Situation kann die Wirtschaftspolitik der *Keyneschen* Grundlinie ein gutes Stück folgen: die deutsche wie die amerikanische Wirtschaftspolitik konnten zeitweilig auf diesem Wege unzweifelhaft gewisse Erfolge erzielen. Vorher war allerdings in der ökonomischen Theorie auf dem Kontinent durch *Wicksell* und andere der Ablauf des deflationistischen Prozesses vollständig erklärt worden, aber die Deflation war in der an den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts orientierten Wirtschaftspolitik als Gefahr nicht in ihrem Ausmaß erkannt worden. Auch wenn man den deflatorischen Prozeß selbst in „reifen“ Volkswirtschaften nicht als regelmäßig auftretende Erscheinung ansieht, weil man die *Keynessche* Vorstellung von der wachsenden Sparneigung nicht glaubt annehmen zu können, wird man einer aktiven, auf Vermehrung der Investitionen abzielenden Wirtschaftspolitik des Staates während einer akuten Deflation zustimmen müssen. Zwar werden im Laufe des deflationistischen Prozesses Häufungen von Geldkapital auftreten, die auf dem Geld- und

Kapitalmarkt — entgegen *Keynes* — eine Zinssenkung hervorgerufen. Diese läßt neue Investitionschancen entstehen, die eine Umkehr des Prozesses einleiten. Aber dieser Selbstheilungsprozeß wird erst spät eintreten, da zunächst jede Phase der Deflation die Unternehmergewinne senkt, die Produktion zurückgehen läßt und die Beschäftigung mindert. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Gruppen, die die Forderung nach Vollbeschäftigung glauben bekämpfen zu müssen, in einer solchen Lage einer aktiven Wirtschaftspolitik des Staates ihre Zustimmung versagen würden — lediglich, weil Mittel aus dem Instrumentarium angewendet werden sollen, die die Anhänger der Vollbeschäftigungspolitik für jede Situation bereit halten. Eine solche Wirtschaftspolitik erreicht jedoch einen kritischen Punkt in dem Augenblick, in dem sie negative Wirkungen der Deflation behoben hat und bei neu erstandener Investitionslust den Automatismus der Wirtschaft weiter wirken lassen kann. Dann besteht immer die Gefahr, daß eine der Routine folgende Wirtschaftspolitik nicht schnell genug das Steuer herumwirft und so eine Ausdehnung der Kaufkraft auch dann noch herbeiführt, wenn dies volkswirtschaftlich fehlerhaft ist. Diese Feststellung ergibt aber nicht einen Einwand gegen eine Bekämpfung der Deflation in ihren Anfangsstadien, sondern einen Hinweis auf die schwierige Kunst der Handhabung einer solchen Politik.

Sind aber die Verhaltensweisen, die zur Entstehung einer Deflation führen können, für Kontinentaleuropa charakteristisch? *Keynes* selbst hat die Allgemeingültigkeit seiner Annahmen auf Grund des psychologischen Grundgesetzes und auf Grund einer bestimmten historisch-soziologischen Analyse des Verhaltens der Unternehmer als gegeben betrachtet.

In der Gegenwartswirtschaft aber wird man in Kontinentaleuropa für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen keinesfalls die Voraussetzung machen dürfen, daß mit wachsendem Einkommen der Grenzwang zum Sparen stark steige. Eine zwangsläufige Parallelentwicklung zwischen steigender Sparneigung und Einkommenssteigerung ist jedenfalls heute nicht zu beobachten. Die Sparentwicklung ist vielmehr sehr diskontinuierlich, sie weist starke Unregelmäßigkeiten auf, die die Annahme eines eindeutigen Zusammenhanges mit der Einkommenshöhe fast ausschließen. Dabei spielen sicherlich Nachholbedarf der Nachkriegszeit und steigende Konsumfreude nach langen Jahren der Entbehrung eine Rolle. Vor allem aber: der Sparprozeß wird auf stärkste durch die Erwartungen der Sparer über die künftige Entwicklung des Geldwertes beeinflußt. Es scheint dabei ein völlig neuer Bestimmungsgrund des Sparens in Geld entscheidend zu sein: Vermutungen über Veränderungen des Preisniveaus bestimmen unmittelbar das

individuelle Verhalten — ein Tatbestand, der in der Konzeption der Vollbeschäftigungspolitik nicht berücksichtigt ist und auf Grund des Beobachtungsmaterials der Vergangenheit (wenn man von den offenen Inflationsphasen absieht) nicht berücksichtigt werden konnte. Die Masse der Einkommensbezieher sieht die Gefahr einer Geldentwertung als unvermeidliche Begleiterscheinung politischer Auseinandersetzungen zwischen den Staaten. Die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich, daß die Sparneigung immer wieder zu steigen tendiert, wenn die Bevölkerung die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage als stabilisiert ansieht, und daß sie rasch zurückgeht, sobald sich Wolken am Horizont der Politik zeigen. Vor allem aber: die Entwicklung der Ersparnisse interessiert die Vollbeschäftigungspolitiker in erster Linie, weil sie um ihre Aufnahme in der Investition fürchten — durch das Verschwinden in der „Todesfalle“ des Liquiditätsstrebens, wie manche *Keynesianer* sagen. Diese Gefahr ist sicherlich für die Gegenwart nicht charakteristisch. Die Investitionslust der Unternehmer ist vielmehr so groß und so betont, wie sie ähnlich nur in der Expansionsphase der kapitalistischen Wirtschaft beobachtet werden konnte. Sicherlich wirken dabei viele temporäre Ursachen mit. Die Kriegszerstörungen, die Notwendigkeit, den Betrieb wieder neu aufzubauen und zu ergänzen, um überhaupt wieder an dem Produktionsprozeß teilnehmen zu können, haben für den Unternehmer die Erwägungen über die Erwartungen künftiger Erträge und über die Zinshöhe, also das eigentlich ökonomische Kalkül aus dem *Keynesschen* Gedankengang, völlig zurückgedrängt. Im Stile der *Keynesschen* Theorie müßte man die These von der sinkenden Investitionsneigung durch eine ganz andersartige Unternehmerpsychologie ersetzen, die die Überlegungen über die künftige Ertragshöhe zurücktreten läßt gegenüber dem Willen, die Position als Unternehmer zu erwerben oder zu behaupten. Das gilt um so mehr, als noch immer ein wesentlicher Teil der Investitionsgelder aus der Selbstfinanzierung, also aus Eigenmitteln der Betriebe, stammt. Das Vorherrschen von Märkten unvollständiger Konkurrenz oder monopolartiger Struktur in unserer Wirtschaft hat die Erzielung von Gewinnen ermöglicht, die eine außerordentlich hohe Selbstfinanzierungsquote gestatten, zumal die Steuergesetzgebung dieses Verfahren durchweg prämierte. Das bedeutet, daß sich dieser Teil nicht konsumierter Einkommen der Kontrolle des Marktzinses überhaupt nicht stellt und der von *Keynes* betonte Zusammenhang zwischen Marktzins und erwarteten Ertragszuwächsen für diesen Teil überhaupt nicht wirksam werden kann. Das gleiche gilt für den wesentlichen Teil der Investitionsmittel, der als öffentliche Investitionen aus Steuererträgen in der Wirtschaft zur Anlage kommt. Tatsächlich ist also die Grundkonstellation des Wirt-

schaftsablaufes, von der die Anhänger der Vollbeschäftigungstheorie ursprünglich ausgingen, in der heutigen Form der meisten europäischen Volkswirtschaften, zum mindesten aber in Deutschland nicht gegeben. Die Investitionslücke taucht jedenfalls nicht aus dem eigentlichen Grundzusammenhang der von *Keynes* genannten Größen auf, und diese Quelle der Unterbeschäftigung kann daher nicht gegeben sein. Bedenkt man, daß die heutige Quote des Volkseinkommens, die investiert wird, nur selten in der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte erreicht wurde und daß Deutschland mit seiner Investitionsquote fast an der Spitze aller europäischen Länder steht, so illustrieren diese Feststellungen die gleiche Situation.

Viele *Keynesianer*, vor allem in der Wirtschaftspolitik, neigen dazu, die Investition als die eigentlich unabhängige Variable im Ablauf des volkswirtschaftlichen Prozesses zu sehen; sie kommen zu dieser Annahme unter Zugrundelegung eines konstanten Grenzhanges zum Konsum und unter Hinweis auf die Schwankungen, denen die Investitionsneigung unterliegt. Tatsächlich haben wir für die gegenwärtige Situation zu konstatieren, daß eine Tendenz zur vollständigen Absorbierung der Ersparnisse durch die Investition gegeben ist, die geeignet ist, viel weniger Beschäftigungsschwankungen entstehen zu lassen, als man bei Annahme des *Keynes*schen Zusammenhanges folgern müßte. Vor allem aber scheint heute der Zusammenhang zwischen Investitionsneigung, Zinshöhe und erwarteten Erträgen vollständig gestört, und ein Mangel an Investitionsbereitschaft auf der ganzen Breite der Wirtschaft ist kaum irgendwo gegeben. Eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung müßte daher bei uns von einer anderen Grundkonstellation ausgehen, als sie den älteren Fassungen der Vollbeschäftigungslehre zugrunde lag. Immerhin, man darf nicht übersehen, daß das heutige Verhalten der Konsumenten und die Investitionsbereitschaft der Unternehmer in gewissem Umfang mit der anomalen Situation weitgehend zerstörter Wirtschaften zusammenhängt. Wir sind nicht berechtigt zu unterstellen, daß beide dauernd fortbestehen werden, und wir müssen die künftige Entwicklung sehr sorgfältig daraufhin beobachten, ob entscheidende Veränderungen in diesen Zusammenhängen auftreten, die neue Methoden der Wirtschaftspolitik nach sich ziehen müßten. Diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten, ist um so wesentlicher, als ein nicht geringer Teil der heutigen Investitionsbereitschaft mit der Möglichkeit ausgedehnter Selbstfinanzierung zusammenhängt. Mit wachsendem Angebot an Produktionsmitteln und Gütern werden, falls diese nicht für außerwirtschaftliche Aufgaben beansprucht werden, tendenziell bei zunehmender Konkurrenz die Gewinnmargen zurückgehen, und die Quelle der Selbstfinanzierung wird spärlicher fließen. Dieser Vorgang ist auch marktwirtschaftlich durchaus

wünschenswert; er macht es aber notwendig, daß ein größerer Teil der Kapitalbildung als bisher über den offenen Kapitalmarkt erfolgt. Dann wird für die Investitionsbereitschaft wieder der Zusammenhang zwischen Marktzins und Ertragsersparnis bestimmend sein, und der *Keynes*sche Fall ist dann zum mindesten ein möglicher.

III.

Die Beschäftigungstheorie geht bei ihrer Analyse von der Veränderung monetärer Größen aus. Die Konsumneigung ist ebenso ein Geldausdruck wie die Sparneigung, die Investitionsneigung nicht weniger als das Liquiditätsstreben. Ob die Investitionsentscheidungen auf Sachgüter stoßen können, ist sehr lange überhaupt nicht Gegenstand der Erklärung gewesen. Inwieweit das mit einer Theorie, die sich eine allgemeine nennt, vereinbar ist, ist hier nicht zu untersuchen. Jedenfalls ist diese Vereinfachung als Kunstgriff zur Analyse der zeitlichen Situation, in der sie entstand, bis zu einem gewissen Grade verständlich. In den nordischen Ländern wie auch in England und den Vereinigten Staaten war in der Wirtschaft nicht nur eine Arbeitslosigkeit von Arbeitern aller Kategorien gegeben, sondern sie sah sich auch brachliegenden sachlichen Produktionsmitteln aller Arten gegenüber. Hier konnte die Vorstellung aufkommen, daß die Steigerung der Geldnachfrage das entscheidende Mittel für die Belebung der Wirtschaft sei. Die früher rein güterwirtschaftlich aufgebaute Theorie, die das Geld lediglich als einen Schleier ansah, ist seit langem der Einsicht gewichen, daß vom Gelde her der Wirtschaftsablauf materiell beeinflußt wird. Gegenüber der früheren Betrachtung scheint mir der *Keynes*ianismus in seiner Theorie wie in seinen praktisch-politischen Auswirkungen einen neuen Höhepunkt der Gegenentwicklung darzustellen, die die monetären Vorgänge ebenso einseitig als bestimmend ansieht, wie die frühere Auffassung dem Einfluß des Geldes auf den volkswirtschaftlichen Prozeß nicht gerecht wurde.

Freilich sucht die theoretische Analyse nachzuweisen, daß im Zuge des wirtschaftlichen Fortschrittes einer wachsenden Sparquote eine nicht proportional steigende Investitionsbereitschaft gegenübersteht. Träfe dies immer zu, so müßte in einer Wirtschaft, die diesen Vorgang nicht inflationistisch überhöht, in der Tat ein Vorrat an unausgenutzten Produktionsmöglichkeiten vorhanden sein, der der Politik die Chance gibt, durch zusätzliche Kaufkraftströme zur Vollbeschäftigung zu gelangen. Auch wenn man, wie es im Vorhergehenden geschehen ist, diese generelle Behauptung glaubt ablehnen zu müssen, so würde eine Vollbeschäftigungspolitik immer noch zu rechtfertigen sein, wenn früher frei gesetzte Güter oder unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten es gestatten, der Nachfragesteigerung eine zusätzliche Pro-

duktion von Konsumgütern und ihr folgend von Produktionsmitteln gegenüberzustellen. Der Prozeß würde dann so ablaufen, daß die von der Wirtschaftspolitik geschaffene Erhöhung der Geldeinkommen den Unternehmern zusätzliche Absatzmöglichkeiten erschließt, ihr eine steigende Investitionsbereitschaft folgt und diese eine Eingliederung brachliegender sachlicher Produktionsmittel oder eine Verwendung neu gewonnener Produktionsmittel nach sich zieht. In diesem Punkte wird die Vollbeschäftigungspolitik weniger zu einer Frage prinzipiell verschiedener Standpunkte als zu einer Deutung der Entwicklungsmöglichkeiten, die in einem gegebenen Augenblick tatsächlich vorhanden sind. Ich glaube, daß zur Zeit der Kampf um die Fortsetzung der Vollbeschäftigungspolitik in gewissen Ländern und ihre Einführung in anderen mehr eine Kontroverse um dieses Problem ist als um die theoretische Grundkonstruktion. In England wie in den nordischen Staaten Europas hat die jahrelange Verfolgung der Vollbeschäftigungspolitik eine Lage herbeigeführt, bei der die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung der Produktion problematisch geworden ist. In Deutschland würde gleich zu Beginn der Vollbeschäftigungspolitik die Frage auftauchen, ob wirklich ein Strom zusätzlicher Geldnachfrage eine Erzeugung zusätzlicher Produktionsmittel verursachen könnte. Freilich darf dieses Problem nicht so vereinfacht werden, daß man auf die Knappheit an bestimmten Produktionsmitteln, „auf Produktionsfaktoren im Minimum“, in einem gegebenen Augenblick hinweist und daraus die Unmöglichkeit einer Vollbeschäftigungspolitik folgert. In Wirklichkeit ist es so, daß mit der Entstehung neuer Nachfrage neue Absatzchancen auftauchen und im Zuge dieser Entwicklung die Produktion sich ständig umschichtet, so daß Engpässe der ersten Phase in der nächsten bereits überwunden sein können. Die an *Keynes* orientierten Wirtschaftspolitiker haben auf diese Seite des Problems besonderen Nachdruck gelegt und in der Konstruktion des Multiplikators nachzuweisen versucht, daß sich bei einer steigenden Investition automatisch Einkommensverschiebungen ergeben, aus denen sich Sparsummen abspalten, die die Investition tragen. Die Idee des Multiplikators ist hier nicht zu erörtern. Es mag der Hinweis genügen, daß ihm im wesentlichen ähnliche Annahmen zugrundeliegen, wie sie vorher gekennzeichnet wurden. Jedenfalls löst der Multiplikator nicht das Problem der güterwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Knappheitserscheinungen können zwar an ganz anderen Stellen auftreten als dort, wo sie sich ursprünglich zeigten; sie schaffen in jedem Falle Schwierigkeiten, wenn sie vor Eintreten der Vollbeschäftigung irgendwo spürbar werden und zu einer Begrenzung der Investitionsmöglichkeiten gegenüber der durch den Nachfragestrom geschaffenen Investitionsbereitschaft führen.

Ist diese Situation für Deutschland aktuell? Die Höhe der Investitionen in den letzten Jahren könnte trotz der riesigen Verluste des Krieges zu einer optimistischen Deutung der deutschen Lage führen. Aber es ist zu bedenken, daß die erstaunlich hohe Investitionsleistung zu einem wesentlichen Teil an halbzerstörte Gebäude, nicht mehr voll leistungsfähige Maschinen, Reparatur von Gebäuden anknüpfen konnte. Das bedeutet ohne jede Verkennung der Leistung der letzten Jahre, daß wir in erheblichem Umfange Reste früherer Investitionen besaßen, die in halbzerstörter Form für die Güterproduktion sehr wenig oder nichts bedeuteten, jedoch nach ihrer Ergänzung durch fehlende Teile in der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung sehr oft und bald wieder wie früher mitwirkten. Dieser Prozeß nähert sich seinem Ende. Diese einmalige Situation darf nicht zu einer Bagatellisierung des Problems der weiteren Produktionsausdehnung führen. Gewiß ist auch heute die Elastizität des Angebotes an Produktionsfaktoren nicht gleich null. Wir haben immer noch in einigen Teilen der Wirtschaft nicht voll ausgenutzte Produktionskapazitäten, wenn solche auch gerade in der jüngsten Zeit seltener geworden sind. Aber es geht hier nicht um die Frage, ob es nicht möglich wäre, durch sorgfältig dosierte kreditpolitische Maßnahmen diese Möglichkeiten noch auszunutzen, sondern um die andere nach der Zweckmäßigkeit einer Wirtschaftspolitik, die das Ziel verfolgt, die Kaufkraft so lange auszudehnen, bis alle, die gewillt und fähig sind, zum herrschenden Lohnsatz Arbeit zu übernehmen, in den Produktionsprozeß eingegliedert sind. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß keinesfalls mit einer solchen Ausdehnung des Angebotes an sachlichen Produktionsmitteln gerechnet werden kann, wie sie zur erfolgreichen Durchführung dieser Politik erforderlich wäre, vielmehr würde diese Politik bereits früh Engpässe hervorrufen, die sich im Zuge des multiplikativen Prozesses nicht ohne weiteres auflösen würden. Der Hinweis auf die Arbeitslosigkeit durch den Zustrom von Flüchtlingen liegt hier besonders nahe. Es ist ein völlig anomaler Zustand, daß eine Gruppe von mehreren Millionen Menschen in ein Wirtschaftsgebiet eintritt, die für die Produktion nur ihrer Hände Arbeit zur Verfügung zu stellen vermag. Normalerweise war in der Vergangenheit die Vermehrung der menschlichen Arbeitskraft von einer Ausdehnung auch der Produktion an Sachmitteln im allgemeinen Entwicklungsprozeß der Wirtschaft begleitet. Keineswegs war diese Parallelität eine so strikte, daß ohne Störungen eine glatte Aufnahme zusätzlicher Arbeitskräfte im Produktionsprozeß erreicht werden konnte — auch unter Berücksichtigung der Substitutionsmöglichkeiten der einzelnen Produktionsfaktoren untereinander. Es ist aber eine neuartige Situation, wenn heute lediglich Arbeitskräfte zuströmen und gleichzeitig die Aus-

stattung der Volkswirtschaft mit sachlichen Produktionsmitteln durch Kriegs- und Nachkriegsfolgen reduziert wurde. Der oft sehr heftigen Kritik, vor allem in England, an unserer Wirtschaftspolitik, die mit dem Hinweis arbeitet, daß eine Vollbeschäftigungspolitik erst problematisch werde, wenn in einem späteren Stadium ein Zustand der Überbeschäftigung erreicht sei, kann nicht nachdrücklich genug der Hinweis auf die Anomalität der deutschen Situation entgegengesetzt werden. Dies gilt noch mehr, wenn man gleichzeitig die durch den Wohnungsmangel sehr gesunkene Mobilität der Arbeitskraft berücksichtigt, zumal eine Ausdehnung der Produktion oft nur in Gebieten möglich ist, die andere sind als die heutigen Wohngegenden der Flüchtlinge. Gerade die geringe Mobilität der Arbeitskraft ist eines der ärgsten Hindernisse dafür, das einfache Rezept einer Nachfragesteigerung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung bei uns zur Anwendung zu bringen.

IV.

Tatsächlich befindet sich also die deutsche Volkswirtschaft hinsichtlich der güterwirtschaftlichen Auswirkungen bereits bei der Einleitung der Vollbeschäftigungspolitik in einer in vieler Hinsicht analogen Situation wie die angelsächsische nach vielen Jahren der Handhabung dieser Wirtschaftspolitik. Es ist interessant, gerade auf Grund der Erfahrungen mit der Vollbeschäftigungspolitik in der englischen Wissenschaft wie in der Wirtschaftspolitik ein Wiedererwachen der güterwirtschaftlichen Problematik zu beobachten. Die Diskussion um die „bottlenecks“ und das Wiederaufleben einer systematisch güterwirtschaftlichen Analyse, z. B. in der jüngsten Arbeit von *Hicks*, sind ein deutliches Kennzeichen für diese Lage.

Welche ökonomischen Konsequenzen muß die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung unter diesen Voraussetzungen haben? Die Steigerung der Geldnachfrage wird über erhöhte Absatzchancen in der Tat eine erhöhte Investitionsbereitschaft auslösen. Soweit diese nicht auf ein elastisches Angebot nicht nur an Arbeitskräften, sondern auch an sachlichen Produktionsmitteln stößt, muß sich ein zusätzlicher Nachfragedruck auf die Produktionsmittel ergeben, deren Preise steigen werden. Man braucht zunächst nicht an eine generelle Preissteigerung bei allen Produktionsmitteln zu denken. Infolge der verschiedenen Elastizität auf der Angebotsseite der Produktionsmittel wird diese im ersten Ansatz vielmehr durchaus uneinheitlich sein. Es wird nur eine Welle partieller Preiserhöhungen entstehen; die Preissteigerungen werden aber zunehmen, je mehr sich die Engpässe häufen. Zweige der Wirtschaft, die zunächst nicht von der neuen Expansionstendenz betroffen sind, werden die erhöhten Produktionsmittelpreise nicht zahlen

können und müssen zu einer Einschränkung ihrer Erzeugung kommen. In dieser Situation taucht bei einer größeren Zahl solcher Preiserhöhungen eine echte Inflationsgefahr bei unkontrolliertem Ablauf der Wirtschaft auch bereits dann auf, wenn — was nicht wahrscheinlich ist — die Geldpolitik die Preissteigerung nicht durch zusätzliche Einkommenserhöhungen über neugeschaffenes Geld gewissermaßen auszugleichen versucht. Denn in dieser Situation, in der die Bevölkerung das Steigen der Preise beobachtet, besteht die Möglichkeit, daß über ein starkes Anwachsen der Umlaufgeschwindigkeit eine Selbstinflationierung der Wirtschaft zustandekommt. Ihr Ausmaß hängt von der Zahl der Engpässe und von dem Verhalten der Bevölkerung ab: man geht wohl nicht fehl, wenn man sie in Deutschland als besonders groß ansieht. Die deutsche Bevölkerung pflegt bei Preiserhöhungen auch partieller Art auf Grund der Erfahrungen sofort von einer Inflationsangst gepackt zu werden und damit tatsächlich der Entstehung einer Inflation Vorschub zu leisten. Man mag dieses Verhalten tadeln, wenn man sich trotz der Schädigung von Millionen von Deutschen durch mehrfache Inflationsprozesse dazu berechtigt glaubt. Jedenfalls muß man es als ein Faktum der wirtschaftspolitischen Realität in Deutschland und als eine Tatsache, die jede Wirtschaftspolitik in ihrem Kalkül berücksichtigen muß, ins Auge fassen. Als *Keynes* unter dem Eindruck der Kaufkraftvermehrung sich während des letzten Krieges mit dem Problem der Inflation befaßte, glaubte er zeigen zu können, daß diese erst eintrete, wenn die Vermehrung der Geldnachfrage über den Punkt der Vollbeschäftigung hinaus fortgesetzt werde. Er kam geradezu zu einer Definition der Inflation, die diesen Tatbestand als ihr Wesensmerkmal herausarbeitete, und entwarf eine Skizze einer Wirtschaftspolitik, die die inflationistische Lücke, d. h. die Differenz zwischen effektiver Nachfrage und tatsächlicher Produktion schließen sollte. Wir müssen damit rechnen, daß diese Inflationsgefahr bei uns viel früher auftauchen würde — im Zuge einer Wirtschaftspolitik, die auf dem Wege zur Vollbeschäftigung ohne Wirtschaftskontrollen eine Serie von Preissteigerungen hervorruft.

Die Wahrscheinlichkeit eines raschen Eintretens inflationistischer Erscheinungen ist um so größer, als die Bevölkerung sehr bald auf die Preissteigerung mit einer Verminderung der Ersparnisse antworten wird. Dadurch würde die Investitionstätigkeit mindestens in dem Umfange bedroht, in dem sie vorher von freiwilligen Ersparnissen getragen wurde. Der *Keynessche* Prozeß sah vor, daß auf allen Stufen der multiplikativen Entwicklung die Sparneigung und die Konsumneigung unverändert blieben. Wenn wir dagegen das Modell so umwandeln müssen, daß tatsächlich auf Grund der Engpässe sehr bald Preissteigerungen auftauchen werden, so wird die Annahme einer

kontinuierlichen Konsum- und Sparneigung völlig unrealistisch. Es wird vielmehr der Grenzhang zum Konsum auf jeder Stufe wachsen, der Grenzhang zum Sparen ständig zurückgehen. Das gilt mindestens für alle Einkommensbezieher, die nicht Unternehmer sind. Allerdings wird u. U. bei den Unternehmern eine Gegentendenz einsetzen, über deren Stärke nur Vermutungen möglich sind. Sie werden bemüht sein, ihre Anlagen auszudehnen, soweit sie Produktionsmittel an sich zu ziehen in der Lage sind.

V.

Die Einleitung einer inflationistischen Politik kann praktisch nicht unter den in Deutschland gegebenen Voraussetzungen das Ziel der Vollbeschäftigung sein. Es müßte ihr eigentliches Problem werden, eine Inflation zu vermeiden. Vielleicht wäre die Vollbeschäftigungsthese auch bei unvermeidlicher Inflation noch diskutabel, wenn man die einzelnen Inflationsstöße in kleinen Dosen und unter wirksamer Kontrolle der Zentralbank aufeinanderfolgen lassen könnte. Die Preisentwicklung würde dann zwar einen inflationistischen Grundzug haben, aber es würde eine Häufung von Störungsmomenten, die das soziale Gefüge zu zerreißen droht, nicht auftauchen. Es scheint, daß die Wirtschaftspolitik diese Linie in einigen Staaten verfolgen will. Daß eine solche Entwicklung für die deutsche Wirtschaft irgendwie wahrscheinlich wäre, scheint mir nahezu ausgeschlossen. Die Psychologie eines so inflationserfahrenen Volkes wie des deutschen würde die Inflation so schnell vorantreiben, daß ihre Regulierung eine Unmöglichkeit darstellte. Dies um so mehr, als mit größter Wahrscheinlichkeit die Macht der organisierten Arbeiterschaft jeder Preissteigerung schnell eine Erhöhung der Nominallöhne gegenübersetzen würde, womit eine weitere Stufe des inflationistischen Prozesses erreicht würde.

Aus diesen Gründen steht für eine deutsche Form der Vollbeschäftigungspolitik ein freies Auslaufen eines inflatorischen Prozesses nicht zur Diskussion. Sie müßte vielmehr unter den deutschen Gegebenheiten dazu führen, durch ein System von Wirtschaftskontrollen den inflatorischen Ansatz unwirksam zu machen.

Stellt man die Frage nach der Durchführbarkeit dieser Kontrollen zunächst zurück, so kann es jedenfalls keinem Zweifel unterliegen, daß mit ihrer Notwendigkeit manches von der, ich möchte sagen, wirtschaftspolitischen Anziehungskraft der Vollbeschäftigungsthese verlorengehen muß. Ihr Reiz bestand gerade darin, daß sie mit gewissen globalen Maßnahmen wie der Schaffung neuer Kaufkraft, der Einflußnahme auf die Zinshöhe, mit öffentlichen Investitionen den Automatismus der Volkswirtschaft glaubte wiederherstellen zu können, indem sie ihm solche Daten setzte, daß das Ergebnis des Ablaufes den elemen-

tarsten sozialen Bedürfnissen genüge. Wenn sich nunmehr als Folge einer Vollbeschäftigungspolitik unter den in Deutschland charakteristischen Verhältnissen, die heute auch im übrigen Europa vorherrschen dürften, ein permanenter inflatorischer Ansatz ergibt, so wird die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung nicht eine solche der leichten Hand sein können und damit auch das Ziel der Vollbeschäftigung nur unter Anwendung von Zwang (denn keine Kontrolle kann des Zwanges ganz entraten) erreicht werden können. Daß damit im Zuge der Vollbeschäftigungspolitik Gegensätze auftauchen, daß das Argument der sozialen Sicherheit mit der Notwendigkeit, ein bestimmtes Verhalten der Individuen zu erzwingen, in Konkurrenz gerät, sei hier nur angedeutet.

Die technisch einfachste Form der Kontrolle würde sich über den bloßen Preismechanismus vollziehen. Für den hier als unwahrscheinlich angesehenen Fall, daß sich nur einzelne Engpässe bilden würden, wäre sie als durchführbar anzusehen, allerdings mit der Wirkung, daß ein Teil der Preise nicht mehr den echten Knappheitsverhältnissen entspräche. Vielleicht könnte das um des Zieles der Beseitigung der Arbeitslosigkeit willen hingenommen werden, wenn trotz der Interdependenz der Preise die Einwirkungen auf das gesamte Preisgefüge geringfügig wären.

Aber diese Situation ist für uns nicht aktuell. Die Kontrolle der Wirtschaft müßte nicht nur einzelne Preisveränderungen, sondern echte inflationistische Tendenzen auf der ganzen Linie bekämpfen. Es ist nicht zu sehen, wie das anders erfolgen könnte, als durch Systeme direkter Rationierung und Zuteilung von Gütern. Der Katalog der Mittel dieser Kontrolle braucht hier nicht erörtert zu werden, ihre Wahl ist lediglich eine Frage ihrer technischen Eignung. Wesentlich ist aber, wieweit der Bereich der Kontrollen reicht und in welchem Umfang durch sie der Produktions- und Verteilungsprozeß umgestaltet werden muß. Der Zwang der Kontrolle geht aus von der Tatsache einer inflationistisch überhöhten Kaufkraft und damit von der Gefahr einer zu starken Konsumneigung auf Kosten des Konsumentensparens, das gerade in dieser Situation wesentlich ist, um die Ausdehnung der Investitionstätigkeit zur Erreichung der Vollbeschäftigung herbeizuführen. Der Ansatzpunkt der Kontrolle würde daher im Bereich des Konsums und hier wieder im breiten Sektor der lebenswichtigen Produkte liegen müssen. Das Ziel brauchte nicht notwendig eine Senkung des Konsums gegenüber dem Zustand vor Beginn der Vollbeschäftigungspolitik zu sein, sondern würde eher darin bestehen müssen, ein weiteres Ansteigen angesichts der inflationistischen Überhöhung der Kaufkraft zu verhindern. Ihrer Zielsetzung entsprechend wird eine Kontrolle im Dienste der Vollbeschäftigung in erster Linie bemüht sein, die Nachfrage der Wohlhabenden zu reduzieren und die Konsumquoten

der breiten Massen unverändert zu lassen. Sie kann sogar versuchen, die Konsumquote oder das Rationierungssystem so zu dirigieren, daß der Konsum der niedrigsten Einkommensempfänger auf Kosten der mittleren und höheren Einkommen gesteigert wird. Übersieht man alle Erstarrungen, die im Zuge einer solchen Wirtschaftspolitik auftauchen müssen, so bleibt jedenfalls ein wesentlicher Tatbestand erklärungsbedürftig: es sind die Auswirkungen der Kontrollen auf das Verhalten der Bevölkerung. Für Deutschland ist die Annahme gerechtfertigt, daß das Auftauchen bloßer Kontrollen im Sektor der Lebensmittelversorgung stärkste Abwehrinstinkte in nahezu allen Gruppen der Bevölkerung wachrufen würde, die ihre Wirkungen gegenüber dem geplanten Verlauf völlig verschieben würde. Ist es falsch, anzunehmen, daß eine Bewirtschaftung von Lebensmitteln, die der Arbeiterfrau genau das Fleischquantum zuerkennen würde, das sie bisher gekauft hat, sofort eine Angstpsychose und Umgehungsversuche auslösen würde? Wir müssen für Deutschland unterstellen (aus Gründen, die ich hier nicht zu untersuchen habe), daß der Verlauf einer Bewirtschaftung ein ganz anderer sein würde, als es dem Bewirtschaftungsplan entspricht, und wir sind auf Grund unserer Erfahrungen zu der Annahme berechtigt, daß ein solches Bewirtschaftungssystem bei uns notwendig viel irregulärer verlaufen wird als z. B. heute noch in England. Damit ist aber eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Vollbeschäftigungspolitik nicht erfüllt, da diese notwendig ein Anwachsen der Konsumquote verhindern muß.

Der zweite Ansatzpunkt der Kontrollen müßte im Investitionssektor liegen. Diese Behauptung hängt eng mit unserer Annahme zusammen, nach der die eigentlichen Schwierigkeiten aus einer geringen Elastizität des Angebotes an Produktionsmitteln, d. h. aus der Unmöglichkeit, die Produktion entsprechend der Nachfragevermehrung zu steigern, folgt. In dieser Situation wird man zur Erreichung der Vollbeschäftigung Investitionen auf die Produktionsrichtungen konzentrieren müssen, die zu einer Ausstattung der bisher Arbeitslosen mit Produktionsmitteln von besonderer Bedeutung sind. Daß hier eine Investitionskontrolle unvermeidlich ist, scheint mir unabweisbar: angesichts der inflationistischen Überhöhung der Kaufkraft besteht nicht die mindeste Garantie, daß bei unkontrollierter Entwicklung der Investitionen gerade die Industrien ausgedehnt werden, deren Erweiterung im Interesse der Vollbeschäftigung notwendig ist.

Konstatiert man aber, daß sowohl im Investitionssektor wie im Sektor der lebensnotwendigen Güter Kontrollen unvermeidlich sind, so ist die Folgerung zwangsläufig, daß auch der Ablauf auf den Zwischenstufen dirigiert werden muß, um den Bedürfnissen der staatlich gelenkten Investitionsindustrien und Konsumgüterindustrien zu

entsprechen. Gewiß könnte man sagen, das Ziel einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei von so überragendem Wert, daß gewissermaßen die von niemandem und von kaum einer politischen Richtung als erfreulich angesehene Kontrolle des Wirtschaftslebens hingenommen werden müßte. Aber der eigentliche Einwand gegen diese Wirtschaftspolitik dürfte nicht einmal darin bestehen, daß ihre Konsequenz die Zwangswirtschaft ist, als in der Gefahr ihres Mißlingens. Wir sind in der jüngeren Entwicklung der ökonomischen Theorie zu der Einsicht gekommen, daß wir von verschiedenen Verhaltensweisen der Individuen ausgehen und so zu Modellen kommen müssen, die das typische Verhalten in einer bestimmten Situation umschreiben. Typisch in einer deutschen Zwangswirtschaft scheint mir jene Abwehrhaltung zu sein, von der ich sprach. Wird sie aber bestimmend, so wird weder der Versuch, eine weitere Konsumsteigerung zu verhindern, glücken, noch die Ausdehnung der Investitionen gelingen; denn das Verhalten der Menschen führt in dieser Situation zu dem aussichtslosen Versuch, mehr zu konsumieren und weniger zu arbeiten.

Daß das Vollbeschäftigungsexperiment noch komplizierter wird, wenn man die Verbindung Deutschlands mit der Weltwirtschaft berücksichtigt, kann ich hier nur andeuten. Dieser Teil des Problems wird in einem Sonderreferat zur Darstellung gelangen. Sicher ist jedenfalls, daß die Vollbeschäftigungspolitik mit inflationistischem Vorzeichen eine Tendenz zur Einfuhrsteigerung nach sich ziehen und damit die Außenhandelsposition verschlechtern wird. Sie muß die Neigung zum Import steigern und den Export gefährden, da die Erhöhung der inländischen Kaufkraft einen Teil der bisher von den Exportindustrien benutzten Produktionsmittel absorbiert.

VI.

Bedeutet diese Ablehnung eines Systems einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik in der außerhalb Deutschlands entwickelten Form die Anerkennung, daß eine dauernde Massenarbeitslosigkeit in Deutschland unvermeidlich ist? Keineswegs! Das Auftauchen einer Dauerarbeitslosigkeit ist immer ein Symptom für eine tiefgehende Störung im Wirtschaftsleben; sie bedeutet, daß ein knapper Produktionsfaktor nur zum Teil in den Wirtschaftsprozeß eingeordnet ist und daß die Wirtschaft auf die Unterstützung von Arbeitshänden verzichtet, die ihr zur Verfügung stehen. Nur die Form, in der dieser Arbeitslosenblock zur Auflösung kommen soll, ist diskutabel. Da die Arbeitslosigkeit, falls die hier gegebene Analyse richtig ist, heute bei uns primär nicht mit einem dauernden Nachfragedefizit, sondern mit dem Mangel an komplementären Produktionsmitteln, mit dem Mangel an Mobilität der Arbeitskräfte zusammenhängt, muß die Wirtschaftspolitik hier ihre

Bemühungen ansetzen. Die wirkliche Aufgabe besteht nicht in der Auffindung einer völlig neuen Linie der Wirtschaftspolitik, sondern in einer Serie von Einzelmaßnahmen, die die einzelnen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beheben suchen. Die dogmatische Vollbeschäftigungsthese arbeitet viel zu sehr mit globalen Größen, als daß sie unserer Situation gerecht werden könnte. In Wirklichkeit erfordert das Problem der Arbeitslosigkeit mehr partielle Maßnahmen, die allerdings mit der Gesamtlinie der Wirtschaftspolitik abgestimmt werden müssen — und dieses Problem wirft die eigentlichen Schwierigkeiten auf. Zunächst ist es zweifellos erforderlich, die Absorbierung der Arbeitslosen zu fördern, die bereits bei dem gegebenen Aufbau der Produktion vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden könnten, wenn ihre Mobilität verbessert werden könnte. Das wichtigste Mittel ist hierzu unzweifelhaft der soziale Wohnungsbau, der aber stärker als bisher ohne Rücksicht auf Ländergrenzen und -kompetenzen dort konzentriert werden sollte, wo eine Vermehrung der Arbeitenden schon heute möglich ist. Der Steigerung der Mobilität sollten ferner Prämien dienen, die einen Anreiz geben, bisher Arbeitslose einzustellen und andererseits den Arbeitslosen den Wechsel des Standortes attraktiv zu machen. Es scheint, daß das bisherige Unterstützungssystem, z. B. für die arbeitslosen Flüchtlinge, wenig dazu angetan ist, diese zur Aufgabe eines von der Arbeitsbeschaffung her gesehenen fehlerhaften Wohnsitzes zu veranlassen. Oft sind Flüchtlinge in ländlichen Gegenden, die von Unterstützung mit naturalentlohnter Nebenarbeit in der Landwirtschaft leben, nicht zu bewegen, einen weit entfernt liegenden Arbeitsplatz anzunehmen. Hier könnte die Zahlung von Prämien ernsthaft in Erwägung gezogen werden, um der Beseitigung der Arbeitslosigkeit näherzukommen. Von besonderer Wichtigkeit dürften Ausbildungsstätten für Lehrlinge und Lehrlingsheime in den Gegenden sein, in denen der heutige Lehrlingsbedarf nicht gedeckt werden kann, während in den typischen Flüchtlingsgegenden die Jugend nur zum Teil zu einer Lehrstelle gelangen kann.

Entscheidend wird aber das Problem einer zusätzlichen Kapitalbildung bleiben, um die Arbeitslosen mit den notwendigen komplementären Produktionsmitteln ausstatten zu können. Viel stärker als bisher muß es unserer Wirtschaft gelingen, die volkswirtschaftliche Sparquote im weitesten Sinn zu erhöhen. Dabei ist die Form, in der die Sparakte vollzogen werden, keinesfalls gleichgültig; denn sie bestimmt weitgehend den Investitionsansatz in der Wirtschaft, und es wäre verhängnisvoll, wenn wir im Zuge einer vermehrten Spartätigkeit zu einem fehlerhaften Produktionsaufbau kommen sollten. Da unsere Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich orientiert ist, wäre zweifellos die Lösung die beste, die den Einsatz der Ersparnisse unmittelbar dem

marktwirksamen Bedarf folgen läßt. Wir müssen darum unter allen Umständen bald zum Aufbau eines Kapitalmarktes kommen: die Marktwirtschaft ist ein Torso, wenn sich das Geldkapital dem Markt nicht stellt. Die heute so beliebte Form der Selbstfinanzierung paßt im Grunde sehr wenig in eine marktwirtschaftliche Organisation und ist eher Ausdruck monopolistisch gestörter Märkte mit überhöhten Gewinnen als Teilstück einer echten Marktwirtschaft. Aus diesem Grunde kann meiner Meinung nach in unserer monopolistisch durchsetzten Volkswirtschaft die Kapitalbildung nicht vollständig eine Angelegenheit der privaten Wirtschaft sein. Sie würde einzelne, für die Gesamtwirtschaft bedeutungsvolle Teilgebiete von der Kapitalversorgung ausschließen, weil sie nicht die monopolistisch überhöhten Renten anderer Wirtschaftszweige zu erzielen vermögen. Wir brauchen daher auch eine öffentliche Kapitalbildung, gerade wenn wir zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft kommen wollen. Sie wirft allerdings das Problem des richtigen Einsatzes dieser Kapitalien auf, da hier der Abstimmungsprozeß über den Markt nicht vollziehbar ist. Aber es dürfte in der praktischen Wirtschaftspolitik nicht notwendig sein, hier den Gegensatz Marktwirtschaft—Planwirtschaft zu beschwören: es gibt unzweifelhaft gewisse Investitionslücken, z. B. im Energiesektor, die — für Vertreter der verschiedensten Formen der Wirtschaftspolitik erkennbar — geschlossen werden müssen und bei der derzeit herrschenden Preisbildung über den Markt eine ausreichende Kapitalversorgung nicht finden.

Unsere Wirtschaftspolitik ist in der Gefahr, das Problem der Arbeitslosigkeit unter einem starren Dogmatismus zu sehen, einem Dogmatismus derer, die einfach eine Vollbeschäftigung angelsächsischen Stils auf Deutschland übertragen wollen, ohne der deutschen Lage Rechnung zu tragen, und einem Dogmatismus der anderen, die mit der These von der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht jenes Maß an Aktivität entwickeln, das auch in unserer Situation möglich ist. Tatsächlich gibt es für uns keine glatt und schnell wirkende Methode, wohl aber eine Serie von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die — eingebaut in eine sinnvolle Konzeption unserer Wirtschaftspolitik — der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu dienen vermögen.

Der Verhandlungsleiter Professor Dr. *Rittershausen* eröffnet nach Dankesworten an Professor *Wessels* für sein Referat die Aussprache und erteilt das Wort an den Präsidenten der Landeszentralbank Hessen, Professor *Veit*.

Prof. Dr. Otto *Veit* (Frankfurt):

Meine Wortmeldung bezog sich im wesentlichen auf den ausgezeichneten Vortrag von Professor Erich *Schneider*. Inzwischen ist zum Thema Vollbeschäftigung noch viel Wertvolles beigetragen worden. Aufgabe der Diskussion wird es sein, hier eine gewisse Koordinierung zu finden. Ich möchte mich jedoch auf einen besonderen Punkt beschränken, um den Rahmen eines Diskussionsbeitrages nicht zu überschreiten.

In dem Bemühen, die Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaft den Kreisen zugänglich zu machen, die wirtschaftspolitische Verantwortung tragen, habe ich eine recht erlebnisreiche und nicht immer beglückende Übung. Wenn man mit dem Anliegen, wissenschaftliche und praktische Tätigkeit zusammenzubringen, nur schwer vorwärts kommt, so darf man sich nicht mit allgemeinen Aussagen über die Gründe begnügen. Keineswegs liegt die Schwierigkeit nur darin, daß es auf einer Seite oder auf beiden Seiten an Bemühungen fehlt, sich zu verstehen — vielmehr läßt sich gerade in letzter Zeit eine solche Bemühung in steigendem Maße beobachten. Trotzdem versteht man sich nur wenig.

Bei der Prüfung der Frage, ob hier nicht eine spezielle Schwierigkeit vorliegt und ob die Wissenschaft nicht selbst einen Teil der Verantwortung trägt, bin ich zu einer Erklärung gelangt, für die ich durch den Vortrag von Erich *Schneider* eine bemerkenswerte Bestätigung empfang. Die nationalökonomische Forschung ist daran gewöhnt, mit Modellen zu arbeiten. Dieses Verfahren, das auch für andere Forschungszweige gilt, ist wissenschaftlich legitim und kann nicht geändert werden. Die Schwierigkeit, die ich im Auge habe, liegt aber darin, daß die Wahl des Modells oft sehr eigenwillig ist und daß die Modelle häufiger wechseln, als die Erkenntnisse der eigentlichen Sachprobleme. Daraus ergibt sich ein Streit, der häufig weniger um Deutung des volkswirtschaftlichen Kreislaufs geht, als um den Einbau der Deutung in dieses oder jenes Modell.

Nun bin ich mir durchaus bewußt, daß der Appell an die Wissenschaft, von solcher Benutzung der Modelle abzugehen, als starke Zustimmung empfunden werden mag. Jeder von uns lebt von seinem Modell und schöpft aus ihm seine Nahrung. Ein großer Teil unserer Literatur müßte fortfallen, dürfte man nichts anderes tun, als das Modell des Vorgängers ergänzen und sagen, in welchen Einzelpunkten man sich von ihm unterscheidet. Solche Aussagen kann man auf drei bis vier Seiten machen; man möchte aber 300 bis 400 Seiten schreiben.

Wenn es mir gleichwohl notwendig erscheint, daß die Wissenschaft sich hier auf eine Vereinfachung besinnt, so habe ich diese Forderung zuweilen verknüpft mit der Voraussage, daß es andernfalls immer schwieriger sein würde, in der Öffentlichkeit Gehör zu finden, und daß

die Entfremdung gegenüber der Nationalökonomie noch wachsen werde. Einer solchen Voraussage wurde entgegengehalten, dies sei die Einstellung eines *Theiresias* — jenes alten Herrn, der in der klassischen Mythologie mit gutem Grund als unbeliebte und häßliche Gestalt dargestellt wurde. Aber *Theiresias* beschränkte sich nicht darauf, Unheil zu prophezeien. Er prophezeite meist, daß ein Unglück gemildert oder vermieden werden könne, wenn man bereit sei, ein gewisses Opfer zu bringen. Die Fürsten von Theben, so weissagte er, würden den Kampf der Sieben gegen Theben bestehen, wenn einer sich opferte. Dies geschah. Die Weissagung war erfolgreich. *Odysseus* mag sich daran erinnert haben, als er auf seiner Irrfahrt in die Unterwelt hinabstieg, um den abgeschiedenen Schatten des *Theiresias* zu befragen, ob und auf welche Weise er die Heimat wiedersehen würde. *Theiresias* auferlegte ihm, daß er und seine Gefährten sich nicht an den Rinderherden des Sonnengottes auf der Insel Krinakria vergreifen dürften. Die Gefährten, die dieses Verbot durchbrachen, wurden sämtlich in Blitz und Sturm vom Meer verschlungen. *Odysseus*, der sich selbst Zurückhaltung auferlegt hatte, wurde mit knapper Not gerettet. — Ich bitte, dieses etwas weit hergeholt Beispiel zu entschuldigen. Es trat mir in meiner praktischen Tätigkeit entgegen, und ich erinnere mich daran, wenn ich den Wunsch wiederhole, daß im Streit der Modelle um der Modelle willen ein Opfer zu bringen sei.

Zudem bot das Referat von *Schneider* Veranlassung, auf das Problem der scheinbar gegensätzlichen Modelle zurückzukommen. In ungemein wertvoller Weise brachte das Referat das sogenannte klassische System und die Denkmodelle, die *Keynes* und etwa gleichzeitig mit ihm *Carl Föhl* aufgestellt haben, auf einen Nenner. Ich glaube, *Schneider* dahin verstehen zu dürfen, daß er meinte, die Unterschiede dieser neuen Modelle gegenüber den klassischen seien geringer, als meistens angenommen wird.

Um dies zu verdeutlichen, würde ich noch einen Schritt weitergehen. Zwar möchte ich angesichts der Ergebnisse der General Theory nicht etwa die Haltung vieler Kritiker — darunter auch *Albert Hahn* nach seiner Renaissance — einnehmen und *Keynes* entgegenhalten, seine Gedanken seien entweder längst dagewesen oder nicht zwingend. Vielmehr betrachte ich es als ein Positivum, daß vieles, was in der General Theory neu formuliert wird, auch mit früheren Systemen — etwa dem von *Marshall* oder von *Wicksell* — sich erklären läßt. Unabhängig davon möchte ich aber auf folgendes hinweisen: die Schwierigkeit des Verständnisses und die Schwierigkeit der Verknüpfung mit den früheren Systemen ist in typischer Weise dadurch entstanden, daß *Keynes* nicht darauf verzichten wollte, ein neues höchst eigenwilliges Denkmodell aufzustellen und ganz neue Determinanten aufzuzeigen.

während er gleichwohl diesen Rahmen mit Erkenntnissen füllt, bei denen er teilweise nur in geringem Umfange von früheren Systemen abweicht.

Ein Verdienst des Vortrages von *Schneider* erblicke ich darin, daß die Determinanten von *Keynes* mit früheren Systemen überzeugend verknüpft wurden. Zwei Beispiele darf ich ergänzend herausgreifen: das Problem des Geldlohnes und das Problem der liquidity preference.

In der Behandlung des Lohnproblems ist *Keynes* nicht ganz konsequent. Zwar sagt er, daß eine Senkung des Geldlohnes keinen Anreiz für die Investition darstellen wird, weil die Verringerung des Einkommens über das Volkseinkommen sich wieder ausgleicht. An anderer Stelle heißt es aber, es habe keinen Zweck, über die Höhe des Geldlohnes zu diskutieren, denn dieser sei im 20. Jahrhundert ein unbewegliches Datum des Kreislaufs. Logisch passen diese zwei Betrachtungsweisen des Geldlohnes nicht zusammen. Daß jedoch beide Betrachtungsweisen gemeinsam bei *Keynes* auftreten, ist bestimmt kein Zufall. Ein Punkt des Gesamtsystems wird als Datum aufgefaßt, weil es im Sinne der Geschlossenheit des gewählten Modells liegt, daß von einer Beweglichkeit bei diesem Punkt nichts zu erwarten ist. Hier scheint mir ein höchst charakteristischer Fall der Fesselung durch das eigene Modell vorzuliegen. Durchaus richtig wurde diese Fesselung aufgelöst durch *Haberler* und durch *Pigou*, die beide an der Hand des Modells von *Keynes* und mit Hilfe dieses Modells dargelegt haben, daß man bei Wiedereinführen der Flexibilität des Lohnes zu einem Ergebnis kommt, das nicht gar so weit von früheren Erkenntnissen der Nationalökonomie abweicht.

Eine noch stärkere Schwierigkeit der Verständigung innerhalb der Wissenschaft aus bloßer Modellbedingtheit entstand durch die Determinante der liquidity preference. Angeblich liegt einer der bedeutendsten Unterschiede der Erkenntnisse der General Theory gegenüber der früheren Theorie in der Frage der Entstehung und der Wirksamkeit des Zinses. Es sei nicht richtig, so wird gesagt, dem Zins eine Funktion des Ausgleichs am sogenannten Kapitalmarkt zuzuschreiben. Statt dessen wird seine Funktion lediglich erklärt aus Geldmenge und Liquiditätsvorliebe. Die marginal efficiency of capital spielt im Hintergrund eine beeinflussende Rolle. Obgleich die Zinstheorie von *Keynes* nicht ganz klar verständlich ist, scheint dies im wesentlichen seine Behauptung zu sein. Damit soll nun die „klassische“ Theorie des Zinses völlig umgeworfen sein. Demgegenüber glaube ich, daß in der Liquiditätstheorie geradezu eine Bestätigung der klassischen Auffassung liegt. Wenn ich dies unter Benutzung des Begriffes der volkswirtschaftlichen Liquidität zu begründen suche, so könnte mir vielleicht entgegengehalten werden, daß auch damit wieder ein Sondermodell

aufgestellt wird. Tatsächlich verfolgt aber der Liquiditätsgedanke in dem von mir benutzten Sinn keinen anderen Zweck, als die wesentlichsten Modelle bisheriger Forschungsarbeit unter einen Hut oder wenigstens auf einen Generalnenner zu bringen.

Was haben die „Klassiker“ gemeint mit Bildung von Kapital? Auf welche Weise soll die Kapitalbildung durch den Zins gesteuert werden? Alle bekannten Zinstheorien versuchen darauf eine Antwort zu geben. Die verschiedenen Erklärungsversuche (Mehrergiebigkeit, Höhererschätzung von Gegenwartsgütern, Bedarf an Subsistenzmitteln oder — von der Seite des Zinsempfanges aus gesehen — Warten, Abstinenz, Konsumverzicht, Überwinden der Ungeduld) konvergieren stets in einer Zahlung für die Bildung oder Beschaffung von Unternehmerkapital. Fragt man nun weiter, worin dieses Kapital besteht und was derjenige anbietet, der wartet und auf Konsum verzichtet, so handelt es sich stets um Güter, die dem Unternehmer in einem bestimmten Grad von Liquidität zur Verfügung stehen. Darunter befindet sich in der modernen Wirtschaft auch das Geld. Dieses wird, ebenso wie die anderen Güter des Unternehmerkapitals, für die Produktion gebraucht. Ist nun bei *Keynes* der Zins lediglich ein Preis für die Verfügbarkeit von Geld, so handelt es sich um ein Verengen des Kapitalbegriffs, aber nicht um eine Antithese zu der klassischen Behauptung, daß der Zins für die Bildung von Kapital gezahlt und empfangen wird. Auch wenn die Nachfrage des Unternehmers nach liquiden Mitteln erklärt wird aus der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, ist kein Unterschied gegenüber der früheren Auffassung zu erblicken. Immer betrachtet man als maßgebend die Erwartungen, die der Unternehmer an die Verwendung von Kapital in mehr oder minder liquider Form knüpft.

Zwischen der Zinstheorie von *Keynes*, wenn man sie richtig versteht, und der klassischen Zinstheorie besteht also kein allzu großer Unterschied. Freilich muß man den Begriff der Liquidität nicht rein monetär auffassen, wie *Keynes* es tut. Der Unternehmer braucht nicht lediglich Geld, sondern er braucht Güter verschiedenster Art, die der Produktion dienen und unter denen sich auch Geld befindet. Zwischen diesen Gütern, die der Unternehmer als Investitionsmittel verwendet, und dem Geld findet ein dauernder Austausch statt.

Es würde zu weit führen, diese Dinge zu vertiefen. Mir lag lediglich daran, das Bemühen von *Schneider* zu unterstreichen, das auf ein Überwinden der Modellunterschiede gerichtet war. Den Nationalökonom, die uns klar machen wollen, sie hätten ein ganz neues System erfunden, muß man ihre Verdienste um die Wissenschaft abkaufen und umschmelzen, indem man sie in den Gesamtzusammenhang der Forschung einordnet, wie dies *Schneider* tat. Hat man in diese

Umschmelzung auch die Erkenntnisse von *Keynes* einbezogen, so wird damit das Verdienst dieses Mannes nicht etwa gering erachtet. Im Gegenteil, das Verdienst der General Theory erscheint höher, wenn man in ihr teilweise eine Fortsetzung der theoretischen Entwicklung der letzten hundert Jahre erblickt. Ein solches Anerkenntnis scheint mir viel bedeutsamer, als wenn von einem System behauptet wird, es stelle eine Revolution der Wissenschaft dar.

Gerade wenn wir uns gegenüber den Kreisen der Praxis und der Wirtschaftspolitik verständlich machen wollen, kann nichts daran gelegen sein, von Revolution in der Nationalökonomie zu sprechen. Zwar ist es kein Unglück, wenn der Wissenschaft entgegengehalten werden kann, sie sei in sich nicht einig und geschlossen. Wohl aber kann und sollte vermieden werden, daß solche Uneinigkeit lediglich aus Unterschieden der Modelle erwächst, während diesen gleiche oder ähnliche Erkenntnisse zugrunde liegen.

Prof. Dr. *Rittershausen* (Mannheim):

Ich danke Herrn Prof. *Veit* für seine Ausführungen.

Eine weitere Gruppe von Mitgliedern und Gästen ist eingetroffen, nämlich die Herren des Instituts für Konjunkturforschung in München. Wir freuen uns, daß die Herren an unserer Sitzung teilnehmen.

Prof. Dr. Carl *Brinkmann* (Tübingen):

Wenn der Herr Vorredner die Modelle für schuldig an der mangelnden Begegnung von Theorie und Praxis erklärte, so hat er sicherlich damit nicht ganz unrecht, aber er hat auch nicht ganz recht, denn wenn er gemeint haben sollte oder wenn die Meinung aus seinen Worten entstehen könnte, daß an der Situation heute vormittag die beiden glänzenden Referate von Herrn Prof. *Schneider* und Herrn Prof. *Hoffmann* hauptsächlich schuld gewesen seien, so möchte ich die Behauptung wagen, daß das das Gegenteil von der Wahrheit und von der wirklichen Situation ist. Hier war die Praxis einmal gründlich unterlegen den Fortschritten, die die Theorie gemacht hat; die Praxis lebt von der vorgestrigen Theorie¹!

Nun aber vor allem zu den Referaten von heute. Das besonders große Verdienst des Referats von Herrn Prof. *Wessels* war, daß es uns in eine versöhnliche und friedliche Stimmung gegenüber dem Vormittag versetzt hat¹. Nun möchte ich Herrn Kollegen *Wessels* sagen: was war der Grund für diese Stimmung, die sich nun verbreitet

¹ Diese Bemerkungen beziehen sich auf einen Diskussionsbeitrag, der in diesem Bericht seines rein agitatorischen Charakters wegen nicht wiedergegeben ist. — D. H.

hat? Herr *Wessels* hat in vorbildlicher Weise das getan, was vormittags nicht zustande kam; er hat einen Kontakt hergestellt, er hat systematisch versucht, zwischen unseren beiden so traurig getrennten Fächern, der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik, einen Kontakt zu schaffen, und er hat das in einer sehr interessanten Weise getan. Wenn ich vergrößern dürfte, so würde ich sagen: die Vollbeschäftigungstheorie ist ja sehr gut, aber nicht für uns, und das ist eine Wendung, die ich nicht ganz unwidersprochen lassen möchte und lassen kann. Herr Kollege *Wessels* wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich es in eine sehr friedliche Formulierung kleide — ich möchte ihm nicht so sehr widersprechen, als gewisse Linien, die bei ihm ganz deutlich im Ansatz vorhanden waren, in einer ganz bestimmten Richtung ausziehen, nicht weil ich eine Tendenz verfolge, sondern weil die Wissenschaft das verlangt und weil die Theorie in diesem Punkt Löcher hatte. Herr Kollege *Wessels* hat es in der Hauptsache so dargestellt, als wenn in der heutigen deutschen Situation eine neue Unternehmerhaltung gegenüber der früheren vorläge; heute sei kein Unternehmer mehr gewillt, nach alten Methoden sein Unternehmen zu führen, sondern er sei zufrieden, wenn er überhaupt als Unternehmer tätig sein könnte, und infolgedessen sei in höchstem Maße eine Gefahr damit verbunden, daß man Geld in die Wirtschaft injiziere. Nun folgte eine Deduktion, in der der Anschein jedenfalls für mich gegeben war, als spiele sich hier ein rein privatwirtschaftlicher Prozeß zwischen privaten Kreditbanken und Unternehmern nach alter *Hahnscher* Methode ab, und da könnte der Staat dann nichts anderes tun, als nachträglich wie die Henne am Ententeich zuzuschauen und auf Mittel und Kontrollen zu sinnen, wie man diese große Inflationsgefahr beseitigen könnte. Ich muß sagen, die Theorie, nicht irgendeine Wirtschaftspolitik, erfordert, daß wir hier fragen: wo wird und wer injiziert? Das tun ganz sicher heute die Kreditbanken und in einem Maße, daß zum Teil eine sehr falsche Kreditfreudigkeit geherrscht hat auf der Unternehmenseite sowohl wie auf Bankenseite. Aber das konnte nur der Fall sein, weil der Staat und die Staatswirtschaft ihre erste Pflicht vernachlässigte, schon vorher diesen Ententeich in Augenschein zu nehmen und nach ganz bestimmten Grundsätzen zu führen.

Es würde zu weit in die politische Praxis führen, wenn man daran erinnern würde, was nicht geschehen ist, daß wir einen Teil des Unheils der unmöglichen Übertragung des amerikanischen Reservesystems auf unsere Situation verdanken, das mit Deutschland gar nichts zu tun hatte, und die Stellung der Zentralbank und der kleinen Zentralbanken, die noch so heißen, hat die Situation verschlimmert. Es ist eine verschiedene Frage, wenn man als Praktiker von allgemeiner Geldinjektion und allgemeiner Kreditinjektion spricht und daraus tragische

Folgen gerade für die heutige deutsche Situation ableitet, und es ist von vornherein ein großer Unterschied, wenn man von anderer Seite fragt: Wo und wie injiziert wird und wer injiziert. Ich glaube, Herrn *Wessels'* partielles System, das mir schon im Ausdruck nicht besonders einleuchtet, ist nicht partiell. Ist es nicht eine etwas zu weit getriebene Konzilianz gegenüber dem theoretischen Gegner, wenn wir total oder global die einfache Logik vernachlässigen, die uns heute gerade im Augenblick der deutschen Wirtschaftspolitik verbietet, lauter kleine partielle Maßnahmen vorzunehmen, und gebietet, grundsätzliche und systematische Maßnahmen zu ergreifen?

Nun zu etwas, was die Situation makro-ökonomisch beleuchtet, und zugleich zu einem Wort des Dankes für den schönen Beitrag von Herrn Kollegen *Hoffmann*, der uns allerdings mit makro-ökonomischen Modellen von einer Riesenhaftigkeit gekommen ist, wie wir sie in der Eile zu verarbeiten kaum in der Lage sind. Herrn *Hoffmann*, der seine statistische Deduktion macht über Zuwachsbevölkerung, Kapitalausstattung, Konsum usw. und dabei mit Recht einer sehr beliebten, aber in den Anfängen steckenden Technik folgt, möchte ich, noch einen Schritt in der gigantischen Makro-Ökonomik weitergehend, nach zwei Dingen fragen: warum ist für die Anfänge des Kapitalismus eine Bevölkerungsbewegung charakteristisch gewesen, die in vielen Fällen zu dem führte, was wir Überbevölkerung nennen, und für die das kapitalistische System die angezeigte Kur war? Der Kapitalismus hat damals die abendländische Welt gerettet in der $2^{1/2}$ -fachen Bevölkerungsvermehrung. Wie geht es nun zu und woher kommt es, daß heute genau die umgekehrte makro-ökonomische Situation vorliegt? Es sind die überbevölkerten Ostländer, die zu dem kommunistischen Versuch übergegangen sind. Ein kleines Nachdenken darüber wird Ihnen zeigen, daß wir das alles in der Klassik des 19. Jahrhunderts gelernt haben. Ich lehne die Klassik ab, ich scheidet mich von ihr ab — nein, ich tue es nicht! Ich lerne nur aus der guten alten Zeit: im 20. Jahrhundert gebührt es, für diese neue Zeit eine neue Theorie zu machen in strengem Anschluß an das, was in der klassischen Situation vorlag. Ich möchte sagen: hier begegnen sich die beiden Wege. Charakteristisch für den Kommunismus ist, daß er keine Inflation macht, sondern daß er gerade die beiden großen Dinge, die uns quälen, auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite die Inflation, vermeidet. Ich will damit kein Loblied auf den Kommunismus singen, der mit außerordentlich schweren Opfern nicht nur nach der kulturellen, sondern auch nach der materiellen Seite verbunden ist, ich will nicht reden von dem Hunger und der Versklavung der Bevölkerung und all diesen Dingen, aber es bleibt der Eindruck, daß da etwas ganz bestimmt Neues geschaffen wird!

Nun möchte ich folgende Antinomie an den Schluß setzen: Wenn Sie aus purer Inflationsfurcht, wie ich es empfinde, sich immer nicht nur auf Marktwirtschaft, sondern auf faule Kompromisse zwischen Marktmonopolwirtschaft, Staatsmonopolwirtschaft, Staatslenkung usw. einlassen, so glaube ich, daß diese Inflationsvorstellung uns in eine eigentümliche Lage bringt. Denn was bleibt übrig, wenn wir nach amerikanischem Vorbild einer pseudo-liberalen Wirtschaft handeln, die in Wirklichkeit eine total gelenkte Wirtschaft ist und dabei den Schein erweckt, als sei sie zufrieden mit ihren 6—10 Millionen Arbeitslosen? Was folgt aus einer solchen Situation für die deutsche Wirtschaft, wenn die kapitalistischen Länder sich auf die Dauer aus Furcht vor dem sogenannten Kulturverlust oder aus Furcht vor der Barbarei des Kommunismus damit bescheiden und sagen würden: wir bleiben lieber in der alten Durchgangsphase und haben lieber entsprechend der Bevölkerung einen hohen Prozentsatz von Arbeitslosen? Rein ökonomisch gesehen und abgesehen von jeder moralischen Folgerung würde die Antwort nur lauten können: es folgt daraus, daß dieses Arbeitslosenprozent öffentlich unterstützt und unterhalten werden muß und daß darin ein großer Kern von Staatswirtschaft liegen muß, was in der Bundeswirtschaft vollkommen sichtbar ist. Wir haben die Staatsversicherung 1 : 1 umgestellt und die Privatversicherung 1 : 10. Daraus folgt, daß jeder Mensch nach Staatsversicherung drängt. Damit wird aber dem Kommunismus vollkommen in die Hand gearbeitet. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich darauf einzulassen, was in den Ausführungen des Herrn Kollegen *Schneider* enthalten war, daß es keine Inflations- und keine Deflationsgefahr mehr zu geben braucht, sobald man sich bewußt ist, daß Geldpolitik nur eine wechselnde Steuerung inflatorischer und deflatorischer Richtung bedeutet, daß dafür niemand anders gradestehen kann als der Staat und daß das Unglück unserer Wirtschaftspolitik noch obendrein die Flüchtlingsfrage und der Föderalismus ist. Wenn wir uns bewußt sind, daß es zwischen diesen beiden Dingen, dem Kommunismus mit dem menschlichen Elend und dem Verlust der Freiheit und dem Kapitalismus alter Art mit seinem festen, staatlich unterstützten Arbeitslosenprozent, eigentlich noch etwas anderes geben müßte, daß die Argumente auf beiden Seiten dafür sprechen, daß man es wenigstens versuchen muß, so glaube ich, daß Sie mit neuem Vertrauen und Mut an die in Deutschland bisher so sehr fehlende, in anderen Ländern mehr entwickelte Arbeit einer systematischen Koordination von Theorie und Praxis herangehen werden.

Prof. Dr. Jørgen *Pedersen* (Aarhus/Dänemark):

I should like to make a few comments on Professor *Wessels'* interesting lecture this morning.

Professor *Wessels* said that *Keynes'* theory of employment was valid only under depression conditions when there is abundant idle capacity everywhere, not in a situation in which an increasing population has to be employed, and consequently additional capacity has to be created such as the case is in Germany at present. I do not agree to this. The relationships that *Keynes* postulates are perfectly general and apply consequently to all situations, including the situation of an increasing labour force. The prescription for unemployment is in all cases an increase in total demand as maintained by *Keynes*. Employment could never be increased by saving; whether public or private, for saving means less, not more employment. Professor *Wessels* thinks, however, that a global increase in demand brought about, for instance, by credit policy is out of the question in the present situation in Germany. The reason for this is that at certain strategic points there is no surplus capacity. An increased demand, therefore, will not lead to increased production, but to a rise in price. Furthermore such bottlenecks will emerge in a number of cases as demand increases. This development will create a great danger of inflation, and will, therefore, have to be met with price control and numerous other restrictive measures. Such measures may not even be effective in preventing an inflationary development, because the fear of extensive rationing will engender a wave of speculative purchasing.

On these grounds Professor *Wessels* thinks that in the German case unemployment cannot be combatted by general measures, but special action adapted to each individual case must be taken. Such measures, I take it, must consist in the widening of capacity in definite fields, retraining of people for special purposes, their transfer to definite places, and construction of dwellings in these places etc.

It occurs to me, however, that this bottleneck-problem may just as well and perhaps even more effectively be solved by a general increase in demand, for the bottlenecks thereby created will make it profitable to enlarge capacities just in those industries. They will absorb labour, and as long as there is sufficient idle labour to draw upon, there is a limit to the rise in prices, which these partial scarcities might create. In that manner labour will automatically be employed in the industries, where it is most effective, and building activity will be increased in localities, where it is most urgently needed. In addition it must be remembered that a rise in prices as a result of pressure of demand against existing capacities, will tend to shift demand to substitutes or other goods as a reaction against the rising prices and thus give time for the enlargement of productive capacities.

Furthermore, if capacity is enlarged by government intervention, there is a greater danger of mal-investment, because it could only with

great uncertainty be ascertained where capacities should be enlarged until demand has arisen. This applies, too, to the distribution of the population and this building activity needed for the people. It may perhaps be argued that such a general increase in demand may lead to an increase in wages, and thereby endanger the price structure and its stability, but if that is so, it will be the case no matter by what means employment is increased, and the danger of inflation will be the same in the one case as in the other. It appears to me that by letting the pressure of demand serve as a guide to investment there is a greater chance of avoiding mal-investment and thereby to secure a higher productivity and lower prices, which in turn again will lessen the pressure for higher wages.

If it is so that employment could not be increased without a pressure for higher wages, it seems to me that we are confronted with an unsolvable dilemma, for in that case full employment could not be attained without extensive controls neither by means of partial or general measures.

What I have said about the advantages of global increase in demand as a means of increasing employment does not mean that special intervention could not profitably be used. On the contrary, the one does not exclude the other. In the situation as it is in this country, extensive adjustments are necessary to attain a balanced economy. It is quite well possible, perhaps even certain, that this process of adaptation could be facilitated by special measures. Thus if there is or develops a scarcity of certain kinds of labour a retraining program may well be of great use to attain the greatest possible stability. The same applies to a local scarcity of labour; this may be relieved by a suitable building program and aid in moving from one place to another. Special measures to provide capital for large scale investment where its profitability is proved by the market situation, too, may serve to facilitate the adaptation process. But it must be remembered that an increase in employment could never take place without an increase in total monetary demand, and that a non-discriminatory increase in demand, e. g. by easing credit conditions, must be assumed to lead to higher productivity than investment in certain industries directed by public authorities. The latter method does not secure less state intervention or less danger of inflation than the former.

Dr. Dr. Wolfgang *Kellner* (Wetzlar):

Magnifizenz! Meine verehrten Anwesenden!

Herr Professor *Schneider* hat heute morgen den bekannten Unterschied zwischen einer statischen und einer dynamischen Theorie hervorgehoben. Ich habe in einer kurzen Notiz im ersten Heft der Zeit-

schrift für Ökonometrie nachzuweisen versucht, warum wir meiner Meinung nach eine dynamische Theorie noch nicht gehabt haben. Ich möchte das im einzelnen nicht ausführen, aber eine Theorie, die lediglich auf einer funktionellen Verbindung zwischen ökonomischen Größen zu verschiedenen Zeiten beruht, ist nicht dynamisch, sondern bestenfalls kinematisch. Eine dynamische Theorie müßte die Kräfte hervorheben, die solche Veränderungen der ökonomischen Größen bewirken können. In demselben Heft der Zeitschrift habe ich versucht, die Grundlagen einer solchen dynamischen Theorie zu geben. Ich darf Herrn Präsidenten *Veit* versichern, daß ich keine neuen Modelle aufgestellt habe, sondern die Begriffe, die ich verwende, sind mindestens 50 Jahre alt. Es handelt sich um eine mikroökonomische Betrachtung, und die Kompliziertheit des Problems hat sich nicht anders bewältigen lassen als unter Zuhilfenahme zeitabhängiger partieller Differentialgleichungen. Aber vielleicht läßt sich diese Schwierigkeit auch einmal überwinden. Diese Differentialgleichungen haben eine statische Lösung, die bei Abwesenheit der Kräfte genau mit den bekannten Produktionsgleichungen von *Gustav Cassel* übereinstimmt, die die gesamte statische Theorie enthalten.

Ich wollte das nur vorausschicken, um jetzt ein anderes Problem aufzuwerfen, nämlich: was heißt eigentlich Vollbeschäftigung? Meine Herren, ich glaube, wir sprechen über etwas, was wir noch nicht genügend definiert haben. Ein Bauer ist nämlich auch dann vollbeschäftigt, wenn er mit einer sehr stark wechselnden Arbeitszeit beschäftigt ist; zur Zeit der Ernte arbeitet er 15 Stunden und zu anderen Zeiten vielleicht 5 Stunden, und trotzdem ist er vollbeschäftigt! Wir kennen in Amerika Versuche einzelner Firmen, Schwankungen der Beschäftigung dadurch auszugleichen, daß sie zu gleichen Jahreslöhnen ihre Belegschaft verschieden lange in den einzelnen Zeitabschnitten arbeiten lassen. Auch diese Belegschaften sind vollbeschäftigt bei wechselnder Arbeitszeit. Ich bin mir nicht klar, ob wir uns genau überlegt haben, ob wirklich zur Vollbeschäftigung eine bestimmte starre Arbeitszeit gehört, oder ob es vielleicht möglich wäre, Vollbeschäftigung bei wechselnder Arbeitszeit zu erreichen ohne irgendwelche planwirtschaftliche oder gelenkte Maßnahmen.

Ich habe versucht, in Zusammenarbeit mit meinen Freunden aus der Wissenschaft, aus Politik und aus der praktischen Wirtschaft Vorschläge zu entwickeln, die eine solche Vollbeschäftigung bei wechselnder Arbeitszeit zur Folge haben würden. Jeder, der mich kennt und der meine Schriften gelesen hat, wird wissen, daß ich weit davon entfernt bin, in diese Vorschläge irgendwelche planwirtschaftlichen oder inflatorischen Maßnahmen einzubeziehen.

Ich habe sodann die politischen Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Vorschläge abzutasten versucht und habe mich zunächst mit zahlreichen mir bekannten Arbeitnehmern unterhalten. Ich habe die Freude gehabt, daß ich in einer Versammlung, die fast ausschließlich aus Arbeitnehmern, darunter zahlreichen Handarbeitern, bestand, darunter viele Gewerkschaftsfreunde, zum Teil Gewerkschaftsvorstandsmitglieder, in der aber kein Sozialist saß, einstimmige Zustimmung bekommen habe; wenige Tage später habe ich dieselben Vorschläge auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer entwickelt, und ich hatte die Freude, daß dort gesagt wurde: das sei ja nun endlich die seit so langer Zeit vergeblich geforderte unternehmerische positive Konzeption zur Lösung der sozialen Spannung! Ich wollte damals glauben, daß es möglich sein müßte, diese Dinge in die Tat umzusetzen, und da passierte mir etwas sehr Merkwürdiges: ich habe mich mit gewissen Arbeitgeberverbänden in Verbindung gesetzt, und dort wurde mir gesagt: das wäre Planwirtschaft, Sozialisierung usw.!

Ich würde es begrüßen, wenn hierzu wissenschaftlich Stellung genommen würde.

Prof. Dr. Hermann *Ellinghaus* (Stuttgart):

Meine Damen und Herren!

Ich darf einer Dankespflicht zunächst nachkommen und mich zum Sprecher der Mitglieder und der Gäste machen, wenn ich unserem Vorstand zunächst den herzlichsten Dank dafür abstatte, daß er diese Tagung in so hervorragender Weise vorbereitet hat.

Ein Grundgedanke, der heute morgen von unserem verehrten Herrn Vorsitzenden ausgesprochen wurde, scheint mir in der Diskussion noch nicht genügend beachtet worden zu sein. Herr Professor *Albrecht* erinnerte nämlich daran, daß wir in unserer Wissenschaft Gleichnisse notwendig haben, um uns selber und anderen das, was wir denken, klar zu machen; er erinnerte an das bekannte Gleichnis aus den biologischen Wissenschaften und sagte: Die Anatomie und die Physiologie des sozialen Körpers ist die Grundlage. Nun scheint es ja so, daß *Keynes* und seine Schüler zwar in der Physiologie unbedingt das für den Kapitalismus Richtige getroffen haben. In der sozialen Anatomie liegen aber in den einzelnen Ländern sehr verschiedene Bedingungen vor. Ich glaube, in dem Punkte gehen wir mit ihm einig, daß in der freien kapitalistischen Verkehrswirtschaft eben jene Tendenzen sich herausstellen, wie sie von Herrn Professor *Schneider* für die Statik, von Herrn Professor *Hoffmann* für die Dyna-

mik dargelegt worden sind. — Aber vielleicht darf diese Tagung noch zu etwas weiterem beitragen, nämlich zu einer Verpflichtung der Wirtschaftswissenschaft, nun tatsächlich in ihrem Bereich und nach ihrem Vermögen mitzuarbeiten an der theoretischen Analyse, bei der wir vielfach noch in den Anfängen stecken, als ein Auftrag an uns alle, doch jetzt innerhalb des großen Rahmens das auszufüllen, was eben auszufüllen ist. Ich darf vielleicht noch in einigen kleinen Punkten Herrn Professor *Hoffmann* ergänzen. Das theoretische Modell der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft und der dynamischen Wirtschaft steht sehr stark unter dem Einfluß des technischen Fortschritts. Wenn man z. B. vor 18 Jahren in Dresden beim Verein für Sozialpolitik fragte: Arbeitslosigkeit, Schicksal oder Schuld? — da ging das vielleicht zurück — ich möchte sagen — auf die monogenetische Analyse der Arbeitslosigkeit durch Gustav *Cassel*. Er hat in seiner Denkschrift 1927 für die Weltwirtschafts-Konferenz als alleinige Ursache der Arbeitslosigkeit die übertriebene und falsche Lohn- und Preispolitik angesehen. *Lederer* und andere sind ihm entgegengetreten und haben meiner Meinung nach mit Recht betont, was auch heute bei dem Herrn Referenten Professor *Wessels* herauskam, daß wir eben mit einer monogenetischen Theorie nicht auskommen, sondern daß wir eine polygenetische Theorie brauchen und da eben verschiedene Ursachen für die Arbeitslosigkeit zu finden sind. So würde sich für uns die praktische Arbeitsaufgabe ergeben, einmal zu untersuchen, ein wie großer Teil der Arbeitslosigkeit eigentlich auf das Problem Nr. 1 entfällt, auf das Flüchtlingsproblem, ein wie großer Teil auf die Umstellung der Zentralverwaltungswirtschaft auf die Marktwirtschaft usw. Denn bekanntlich sind die älteren Angestellten vor allem durch die Freisetzung von ihren Schreibtischen innerhalb der Wirtschaftsämter zu einer langfristigen Arbeitslosigkeit verurteilt. Ein wie großer Teil entfällt auf den technischen Fortschritt? Das ist nun eine seit 200 Jahren bekannte Fragestellung der Nationalökonomie, und wie *Eucken* vor 17 Jahren in seinen kapitaltheoretischen Untersuchungen betont hat, gibt es da keine Lösung¹! Es schien mir heute morgen bei Herrn Professor *Hoffmann* so, als wenn es nicht nur theoretisch, sondern auch ökonometrisch möglich scheint, hier eine bestimmte Voraussage zu machen. Aber dieser Irrtum hängt meiner Meinung nach damit zusammen, daß das Realkapital eine durchaus verschiedene Effizienz aufweisen kann und daß man hier nun nicht von der Vorstellung des Geld-

¹ Besonders *Ergang*: „Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre“, Karlsruhe 1911. — *Mannstaedt*: „Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie“, Jena 1905. — *Oppenheimer*: „Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“, Berlin 1903. — *Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften*: „Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft“, Köln 1950.

kapitals bzw. des Nominalkapitals ausgehen, sondern daß gefragt werden muß: wieviele Leute sind durch den technischen Fortschritt freigesetzt worden? Wenn wir die Dinge weltwirtschaftlich sehen, so scheint es so zu sein, daß in Ländern, in denen eine Disproportionalität von Kapitalbildung und Investitionsneigung vorhanden ist, es zum Geldkapitalexport kommt — Beispiel Frankreich vor dem ersten Weltkrieg — und ohne daß es zu einem Export von Produktionsmitteln zu kommen brauchte. Dann gehen wir aber weltwirtschaftlich ganz zweifellos, wenn einmal die Ära des Marshallplanes vorbei sein wird, einer Situation entgegen, in der innerhalb der Vereinigten Staaten auch die Investitionsneigung geringer werden kann und dann eben doch eine völlige Änderung der weltwirtschaftlichen Daten in die Erscheinung treten wird.

Ich darf nochmals an die Bereitschaft der Mitglieder appellieren, mitzuarbeiten an den Teilfragen und in ihren Seminaren bei der Vergebung von Diplom- und Doktorarbeiten darauf hinzuweisen.

Prof. Dr. Hans *Bayer* (Innsbruck):

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte anknüpfen an ein Wort von Herrn Geheimrat *Weber*, daß die Wirtschaftstheorie da ist, um der Praxis Werkzeuge für die Lösung der aktuellen Fragen zu geben. Nun hat *Keynes* das sicher tun wollen; er betont selbst, daß er durch seine verhältnismäßig einfachen Vorschläge den Kapitalismus, den er für richtig hält, erhalten will. Die Frage ist aber, ob *Keynes* wirklich brauchbare Werkzeuge für die Erhaltung des Kapitalismus und für die Überwindung der Arbeitslosigkeit liefert, wie er selbst annimmt. *Keynes* zog zweifellos aus, die Arbeitslosigkeit zu erklären. Nun haben wir aus den Referaten gerade wieder gehört, daß er in seiner Theorie eine Reihe von Annahmen macht, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen, z. B. die Annahme, daß immer mit steigendem Einkommen die Neigung zum Konsum abnimmt und die Neigung zum Sparen zunimmt. Diese Annahme gilt selbst auf den einzelnen bezogen nicht allgemein; um so weniger, wenn sie auf Gesamtgrößen (also Gesamteinkommen) bezogen wird. Da der *Keynes*-schen Theorie diese und andere grundlegende Fehler unterlaufen, kann sie die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht erklären, obwohl gerade das das Ziel der *Keynes*-schen Beschäftigungstheorie war.

Aber selbst dann, wenn *Keynes* rein theoretisch eine Begründung der Arbeitslosigkeit gelänge, könnten aus den theoretischen Erkenntnissen nicht unmittelbar — wie es *Keynes* tatsächlich tut — wirtschaftspolitische Forderungen abgeleitet werden. Er verfällt in den-

selben Fehler wie die Theoretiker des *Laissez faire*, die zuerst das Modell konstruieren und dann vergessen, daß die Annahme des Modells weit weg von der Wirklichkeit ist.

Wir haben in dem ausgezeichneten Vortrag von Herrn Professor *Schneider* gehört, welche Annahmen dem *Keynesschen* Modell zugrunde liegen: im wesentlichen alle Bedingungen der freien Konkurrenz. Es fällt aber auf, daß *Keynes*, der doch Probleme der Wirtschaftsänderung erfassen will, der Methode einer starren Statik folgt, die *Ohlin* einmal mit Recht als „old fashioned“ bezeichnet hat.

Immerhin kann man diese Annahmen an einem Modell machen, aber man kann nicht aus diesen Erkenntnissen sofort wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen ableiten. *Keynes* vergißt, daß ein Zwischenglied geschaffen werden muß zwischen diesen Feststellungen im Modell und den wirtschaftspolitischen Vorschlägen, ein Vorgang, den die österreichische Schule als „abnehmende Abstraktion“ bezeichnet.

Ferner läßt *Keynes* die Probleme der Produktion fast völlig außer acht. Mit Recht hat Herr Geheimrat *Weber* darauf hingewiesen, daß *Keynes* zu stark in Geldgrößen denkt. Charakteristisch ist u. a. das bekannte Beispiel einer verstaatlichten Investitionstätigkeit, wonach es auch nichts ausmache, wenn mit Banknoten gefüllte, in der Erde vergrabene Flaschen gesucht würden, sofern nur dabei Menschen beschäftigt sind. Dieses Beispiel ist nicht zufällig gewählt, sondern liegt im Wesen der *Keynesschen* Theorie. *Keynes* verlangt ja von der staatlichen Investitionstätigkeit im wesentlichen nichts anderes, als daß sie nicht kollidiert mit der privaten Investitionstätigkeit. Er legt also kein Gewicht darauf, daß die Investitionsmaßnahmen des Staates produktiv gestaltet werden.

Nicht mit Unrecht hat man sich darüber gelegentlich lustig gemacht, so z. B. kürzlich in einer bekannten amerikanischen Zeitschrift. Ein Mann, der auf der Straße geht — so schildert die betreffende Anekdote —, ärgert sich, daß die Leute das Papier einfach wegwerfen: dann sieht er aber einen Straßenkehrer, der das Papier zusammenfegt, und sagt sich: eigentlich beschaffen diese unachtsamen Menschen Arbeit; das will ich auch tun. Er leert einen Papierkorb auf die Straße aus und denkt bei sich: jetzt habe ich auch Arbeit geschaffen. *Keynes* vergißt, daß es nicht darauf ankommt, daß gearbeitet, sondern daß produziert wird.

Es ist klar, daß *Keynes* in keiner Weise das gerade heute so entscheidende Problem der Proportionen der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb einer Volkswirtschaft überhaupt sieht.

Aber auch die Probleme der Einkommensverteilung sind nicht ausreichend beachtet. *Keynes* spricht zwar davon, daß er im Gegensatz zur klassischen Lehre das Mittel einer Nominallohnsenkung

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ablehne, tatsächlich aber nimmt er im Rahmen seines Systems ohne weiteres eine Senkung der Real-löhne in Kauf. Dies hängt — theoretisch gesehen — u. a. mit der Tatsache zusammen, daß *Keynes* mit einer starr statischen Methode Bewegungsvorgänge erfassen will und daher die für die Entwicklung der Wirtschaft entscheidenden technischen Probleme nicht entsprechend beachtet.

Selbst wenn wir annehmen wollten, daß *Keynes* die Arbeitslosigkeit erklärt hat, müssen wir sagen, daß seine wirtschaftspolitischen Vorschläge zumindest nicht tief genug die Wurzeln der Schwierigkeiten von heute erfassen.

Diese grundlegenden Einwände gelten im wesentlichen auch für die weitergeführte *Keynes*-Theorie, die ja zum Teil manche Auffassungen von *Keynes* geradezu ad absurdum führt, so z. B. die Auffassung, daß die Steuern überhaupt nicht mehr die Aufgabe hätten, dem Staat Mittel einzubringen, sondern lediglich als wirtschaftspolitische Maßnahmen im Sinne einer Vollbeschäftigungspolitik in Betracht kämen. Zweifellos haben andere Nationalökonomien, die sehr stark auf *Keynes* aufbauen, seine Lehre verbessert, z. B. A. *Hansen*, der tatsächlich dynamische Momente in die Wirtschaftstheorie einbaute. Der Gedanke der sogenannten Maturity (Alterserscheinungen der modernen Volkswirtschaften) ist von entscheidender Bedeutung für die Vollbeschäftigungstheorie. Es würde aber hier zu weit führen, diesen Gedanken näher zu untersuchen. Jedenfalls konnte es auch der Weiterbildung der *Keynes*schen Lehre nicht gelingen, eine entsprechend theoretisch fundierte Erklärung der Arbeitslosigkeit zu geben, weil die erwähnten Grundfehler beibehalten wurden.

Wir haben nach dem Kriege viele Surplus-Güter eingeführt. Wir sollten darauf sehen, daß wir nicht auch Surplus-Güter der Theorie einführen. Es ist nicht so, daß die Theorie von *Keynes* als solche heute noch die entscheidende Rolle wie vor einigen Jahren spielt. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, daß sie außerordentliche Anregungen geboten, einen neuen Begriffsapparat geschaffen hat und ein entscheidender Anstoß zur Weiterentwicklung der modernen Nationalökonomie geworden ist. Weder in England noch in den Vereinigten Staaten stützt man sich in führenden Wirtschaftskreisen heute noch auf Argumente von *Keynes*. Sie finden *Keynes*' Theorie z. B. überall in den Textbüchern der kleineren amerikanischen Universitäten, aber kaum mehr in zustimmender Weise vorgetragen an den großen Universitäten.

Dasselbe gilt auch für die amerikanische Wirtschaftspraxis. Eine der führenden Stellen der amerikanischen Wirtschaft (Economic Advisors council) beruft sich nicht etwa auf *Keynes*, son-

dern arbeitet — wie man dies dort ausdrückte — in einem Klima der modernen Theorie.

Um die Auswirkung wirtschaftspolitischer Anordnungen vorher bestimmen zu können, benützt man vielfach die Input-output studies von *W. Leontieff*. Es handelt sich hierbei, grob gesprochen, um eine gigantische Buchführung der amerikanischen Wirtschaft. Aber gerade diese Arbeiten bauen nicht auf *Keynes*, sondern auf *L. Walras* auf. Der Einfluß von *Keynes* bezieht sich höchstens auf das Denken in Aggregaten. Auch das *Leontieff*sche Schema ist statisch; insbesondere *Koopmans* hat versucht, es zu dynamisieren. *John Neumann* hat ein eigenes „dynamisches“ Modell entworfen. Zweifellos aber bilden die Untersuchungen von *Leontieff* über die interindustriellen Beziehungen wertvolle Anhaltspunkte für die Wirtschaftspolitik.

Es steht außer Zweifel, daß wir uns bei unserer Vollbeschäftigungspolitik nicht so sehr auf *Keynes* stützen können, sondern wir müssen tiefer greifen, um die Zusammenhänge und Gründe der Arbeitslosigkeit zu erfassen.

Ich möchte hier an die Ausführungen von Herrn Professor *Stucken* anknüpfen, der betonte, wir könnten allgemeintheoretisch keine Aussagen über die Krisenursachen machen; es sind immer wieder andere Ursachen, die die Krisen veranlaßt haben. Diese jeweils wechselnden Ursachen zu untersuchen, ist vor allem Aufgabe der Statistik und Wirtschaftsgeschichte. Für die Theorie handelt es sich im wesentlichen um die Erfassung der Krisengründe. Dazu müssen wir keine neuen Modelle konstruieren, wir brauchen nur die der österreichischen Schule der Nationalökonomie heranzuziehen. Gerade hier lassen sich jene inneren Gesetzmäßigkeiten erkennen, die unter den gegebenen Umständen immer wieder zu Depressionen führen müssen, wobei die unmittelbar auslösenden Krisenursachen nicht die entscheidende Rolle spielen.

Diese Erkenntnisse zeigen, daß die Wirtschaftspolitiker an die Wurzel des Übels greifen müssen. Das heißt nicht, daß wir sofort notwendige Einzelmaßnahmen vernachlässigen sollen. Aber diese bekommen erst Wert im Rahmen einer umfassenden Politik wirtschaftlicher Koordination.

Wilrodt, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf):

Magnifizenz! Meine Damen und Herren!

Wenn ich als Praktiker der Arbeitsverwaltung das Wort nehme, dann geschieht es deshalb, weil wir in der Wirtschaft heute vor Problemen stehen, die einem dauernden Wechsel unterworfen sind, dauernd der Steuerung bedürfen und bei denen uns die wissenschaftliche Aus-

legung sehr oft fehlt. Wir stehen immer wieder Situationen gegenüber, in denen wir die wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit den Forderungen der arbeitenden und insbesondere der arbeitslosen Menschen in Einklang bringen müssen.

Wenn ich ein paar Probleme aufzeigen darf — es geschieht dies aus der Schau des Landes Nordrhein-Westfalen —, so darf ich sagen, daß wir nach der Währungsreform etwa 500 000 Beschäftigte mehr aufzuweisen haben. Wir haben uns vor einiger Zeit anlässlich der Tagung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute in Unkel über die Möglichkeiten einer zusätzlichen Beschäftigung von Arbeitskräften im Bundesgebiet unterhalten und sind damals für Nordrhein-Westfalen auf eine mögliche Zusatzkapazität von rd. 200 000 Arbeitsplätzen gekommen. Ich darf sagen, daß diese Zahl in sechs Monaten überschritten worden ist. Es entsteht für mich die Frage, ob das, was wir zur Zeit in Teilen von Nordrhein-Westfalen haben, Vollbeschäftigung oder zum Teil nicht schon Überbeschäftigung darstellt. Auf der anderen Seite darf ich an die Ausführungen erinnern, die gestern abend anlässlich des Begrüßungsabends gemacht worden sind: Immer wieder die Forderung an uns, mehr Kräfte einzustellen. Es wurde gestern so formuliert, daß es Länder gäbe, die nicht gerne bereit seien, Flüchtlinge aufzunehmen. Ich sehe in der gegebenen Situation doch eine erhebliche Gefahr. Wir haben in Nordrhein-Westfalen zur Zeit einen Wanderungszugang von rd. 30 000 Menschen monatlich, von denen etwa 10 000 arbeitsfähig und arbeitsbereit sind, und ich sehe bereits Entwicklungen, die meiner Meinung nach Anlaß zu ernster Sorge sein sollten. Wenn in einem Arbeitsamtsbezirk wie Velbert die Zahl der Arbeitslosen nur noch 1,2 % der Beschäftigten beträgt und diese Zahl noch durch Personenkreise, die nicht voll den Arbeitslosen zugerechnet werden können, überhöht ist, dann glaube ich, erkennt man, daß in solchen Räumen sich Probleme andeuten, die durchaus geeignet sind, ernste Gefahren auszulösen. Es erscheint ferner nicht unbedenklich, bei der Sogkraft des Industrieraumes immer mehr Kräfte hereinzuholen, die eines Tages vielleicht in diesem Raume nicht wirtschaftlich angesetzt werden können. Ich glaube, die politische Gefahr, die eine solche Situation auszulösen geeignet ist, haben die letzten Wochen bereits angedeutet.

Ich darf in diesem Zusammenhang weiter darauf hinweisen, daß die hohe Beschäftigung bereits Bewegungen auslöst, die geeignet sind, den einen oder anderen Wirtschaftszweig zu gefährden, und daß die Abwanderung aus dem Bergbau in den letzten Wochen Formen angenommen hat, die das erträgliche Maß überschreiten. Es gelingt uns zur Zeit nicht mehr, die Abgänge auszugleichen, und ich glaube, dieses Moment wird Ihnen zeigen, wie gefährlich unter Umständen die Situation sein kann. In bezug auf die Anwerbungen der Polizei haben

sich die Insassen ganzer Unterkunfts-lager im Bergbau bereit erklärt, in die Polizei überzugehen, und für diesen Personenkreis trifft ja zu, daß er körperlich voll tauglich ist. Die Gefahr, daß man in stärkerem Umfange Kräfte des Bergbaues in diese Formationen aufnimmt, ist also durchaus gegeben. Auf der anderen Seite befinden wir uns bereits in Engpässen der Stromversorgung, die es uns z. B. unmöglich machen, das Aluminiumwerk Lünen in Gang zu setzen.

Schließlich hat die Landflucht in den letzten Wochen eine Form angenommen, die uns zweifeln läßt, ob es im nächsten Frühjahr noch gelingt, der rheinischen Landwirtschaft in dem notwendigen Umfange Kräfte zuzuführen. Wir haben in diesem Jahre rund 20 000 Kräfte aus den Flüchtlingsländern hineingeschleust; etwa die Hälfte dieser Kräfte ist aus der Landwirtschaft wieder abgewandert, und ich habe gerade in den letzten Tagen festgestellt, daß allein im Bezirk einer kleinen Nebenstelle rund 60 Landarbeiter, die seit Jahren in der Landwirtschaft tätig waren, in die Industrie abgewandert sind.

Es ergibt sich in diesem Zusammenhang ein Problem, das durchaus der Erörterung wert ist: Wie ich schon sagte, habe ich den Eindruck, daß die Konzentrations-, die Sog-Bewegung des Industriekerns zurzeit zu stark ist, und ich habe das Gefühl, daß die Frage dezentralisierter Beschäftigung der zur Zeit Arbeitslosen nicht genügend beachtet wird. Ich glaube, daß z. B. in dem Raum außerhalb des engeren Ruhrbezirks genügend freie Kapazitäten vorhanden sind, die durchaus nutzbar wären. Ich habe in der Umgebung von Paderborn einen Fall erlebt, wo ich seit sechs Monaten versuche, einen durchaus wertvollen Betrieb in Gang zu bringen. Es dauert bereits sechs Monate, diesem Betrieb rund 30 000 DM Betriebskapital zuzuführen; dabei handelt es sich um eine Fertigung, an der sich das Ausland stark interessiert zeigt. Ich gebe dieses Beispiel nur deshalb, um Ihnen zu zeigen, daß die Möglichkeiten einer Verlagerung der Schwerpunkte nach außen nicht immer genügend gewürdigt werden. Ich denke dabei nicht so sehr an die Schaffung neuer Betriebe als an die Inangangsetzung und Ausweitung bestehender Betriebe, denen in der Regel mit relativ kleinen Mitteln geholfen werden könnte.

Eine Frage, die wissenschaftlich auch interessiert, ist die, ob es überhaupt möglich ist, über verwaltungsmäßige Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt den Stand der Beschäftigung zu erhöhen. Ich glaube, diese Frage wäre wert, einmal wissenschaftlich untersucht zu werden. Ich bin der Auffassung, daß es in Nordrhein-Westfalen in der Zeit der Flaute gelungen ist, etwa 100 000 Arbeitskräfte mehr in Beschäftigung zu halten als es möglich gewesen wäre, wenn die Arbeitsverwaltung nicht funktioniert hätte. Ich kann offen erklären, daß ich hierbei ganz bewußt mit betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen gearbeitet und z. B.

verhindert habe, daß Arbeitskräfte, die zur Entlassung kommen sollten, auf dem Arbeitsmarkt des betreffenden Ortes zur Verfügung standen. Solche Mittel kann man selbstverständlich nur anwenden, solange in der Wirtschaft selbst an gewissen Orten ungedeckter Bedarf ist.

Ich möchte zusammenfassen: Ich glaube, die Frage der Landflucht ist eine der ernstesten Fragen, die man untersuchen sollte; sie ist keine Frage des Lohnes allein, sondern aller möglichen Faktoren wie Preisregelung, Anbaugestaltung und Entwicklung der Landbautechnik. Ferner die Frage der Überwindung von Engpässen im Arbeitskräftebedarf. Man muß diese Frage auch im Zusammenhang mit Artikel 12 des Grundgesetzes sehen. Als weitere Fragen nenne ich die Nachwuchsprobleme, die Frage der Überalterung in den Facharbeiterberufen, die Frage der Raumordnung, die Frage der Möglichkeiten einer Beschäftigungssteigerung durch verwaltungsmäßige Einwirkung auf den Arbeitsmarkt.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß zur Zeit Bestrebungen bestehen, die Institution der Arbeitsverwaltung alleinverantwortlich in die Hände der Sozialpartner zu legen. Ich glaube, daß gerade die heutigen Ausführungen — insbesondere die von Herrn Professor *Wessels* — sehr klar gezeigt haben, daß ein Staat, der die Obhut über Arbeitslosigkeit und Beschäftigung völlig aus der Hand gibt, ein Staat nicht mehr ist.

Ich selbst bin als Gegner einer Ausschaltung der öffentlichen Körperschaften bekannt. Ich bin es nicht deshalb, weil ich glaube, daß die Verwaltung alles tun muß, sondern weil ich der Auffassung bin, daß, wenn man den Arbeitsmarkt steuern will, man es nur im gesunden Zusammenspiel von Selbstverwaltung und Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen im richtigen Augenblick mit den gegebenen Mitteln tun muß und daß dies nicht Aufgabe einer auf die Sozialpartner beschränkten Selbstverwaltung sein kann.

Prof. Dr. Louis J. *Zimmerman* (Mainz):

Meine Damen und Herren!

Wenn ein Händler mit Radioröhren auf einen Physiker-Kongreß kommt, dann versteht er auch nicht, was da geredet wird; aber er muß bedenken, daß er Radioröhren nur verkaufen kann, wenn die Physiker ruhig weiter arbeiten können. Das als eine allgemeine Bemerkung.

Dann einige kurze Bemerkungen zu dem Referat des Herrn Professors *Schneider*, keine kritischen, sondern nur ergänzende. Es hat mich sehr gefreut, daß Herr Kollege *Pedersen* aus Dänemark darauf hingewiesen hat, daß *Keynes* nicht eine Wirtschaftstheorie der Unterbeschäftigung gegeben hat, sondern eine Theorie, die sich ganz genau

so gut in einer Periode der Inflation anwenden läßt. Ich möchte darauf hinweisen, daß *Keynes* in seinem kleinen Buch „How do you pay for the work“ jedermann, der es gelesen hat, deutlich macht, daß seine Theorie auch für eine Inflationsperiode anzuwenden ist. *Samuelson* hat in einem kurzen Aufsatz in dem Sammelwerk von Seymour H. *Harris* (The new economics) diese Bemerkungen weiter ausgearbeitet. Wenn ich dazu noch einige Bemerkungen machen darf, so sind es folgende: wir können grundsätzlich zwei Situationen unterscheiden, erstens eine Situation, in der die Liquiditätsfunktion zinsunelastisch und die Investitionsfunktion zinselastisch ist. In diesem Falle haben wir das klassische Modell, und in diesem Falle können wir eine Vollbeschäftigung erreichen, indem wir eine monetäre Politik verfolgen. Mit diesem Modell arbeitete *Keynes* in seiner früheren Periode (Tract on monetary reform, 1924, und Treatise on money, 1930). In der Depressionsperiode war noch genau derselbe Zusammenhang zwischen Liquiditäts- und Investitionsfunktion vorhanden, nur lagen die Elastizitäten beider Funktionen anders. In dieser Periode handelte es sich um eine zinselastische Liquiditätsfunktion und um eine hochgradig zinsunelastische Investitionsfunktion. Unter diesen Bedingungen kann man mit einer monetären Politik überhaupt nichts erreichen, sondern man kann nur etwas erreichen, indem man eine Verschiebung bewirkt, entweder der Konsumfunktion oder der Investitionsfunktion. Nun glaube ich, daß sehr viele Unklarheiten in der heutigen Diskussion nur daraus entstanden sind, daß man sich nicht klar gemacht hat, ob wir heute in Deutschland bzw. in Amerika in einer Situation leben, in der eben die Elastizitäten beider Funktionen verschieden sind. In Deutschland könnte heute meiner Meinung nach eine Situation bestehen, in der die Investitionsfunktion sehr zinselastisch und die Liquiditätsfunktion unelastisch ist. In Amerika könnte heute das Umgekehrte der Fall sein. Das ist aber keine Kritik an *Keynes*, denn bei *Keynes* gehören beide Gedankengänge in genau dasselbe Modell, und ich glaube deshalb, daß man gegen *Keynes* nicht damit argumentieren kann, daß wir uns in Deutschland vielleicht in einer anderen Situation befinden als in Amerika oder England; nein, beide Gedankengänge gehören genau in das *Keynessche* System hinein.

Dr. *Brandt* (Mannheim):

Es fragt sich, ob das Problem der Wachstumsraten, das im Referat von Herrn Professor *Hoffmann* behandelt wurde und in den Gedankengängen von Herrn *Kellner* anklang, nicht generell zu einer neuen Auslegung des dynamischen Gedankens entwickelt werden kann. Ich glaube, daß es tatsächlich möglich ist, den ursprünglichen Gedanken der Kraft für die Dynamik in Geltung zu bringen. Wir verstehen unter

Dynamik heute noch die einfache Bewegungstheorie, wie sie durch Umwandlung und Erweiterung der *Walrasschen* und *Casselschen* Gleichungen für das Gleichgewicht entstanden ist. Man muß aber über die Kreislaufvorstellungen hinausgehen und aus der Bewegungsanalyse heraus die Kraft zu eliminieren versuchen, die den tatsächlichen dynamischen Prozeß einer Volkswirtschaft erklärt. Das wird nur durch eine genauere Untersuchung der Wachstumsraten möglich sein.

Ich denke daran, daß es durchaus möglich ist, bei Annahme einer konstanten prozentualen Veränderung einer oder mehrerer der unabhängig variablen Größen (z. B. des Bevölkerungswachstums, wodurch der Zusammenhang zur Beschäftigungstheorie gegeben ist), also aus den Wachstumsraten heraus, eine Beschleunigung abzuleiten. Man kann dann die Kraft an ihrer Wirkung, eben der Beschleunigung der Ausgangsgröße, erkennen, und es wäre so möglich, die Beschleunigung als kreislaufimmanente Kraft der unabhängig Variablen zu erklären, um daraus — etwa im Sinne der *Harrodschen* Ableitung des Kapitalkoeffizienten — das gleichgewichtige Wachstum der unabhängig variablen Funktionen (Einkommen, notwendige Kapitalversorgung) abzuleiten. Die Gesamtdynamik ließe sich dann als Resultierende der partiellen Beschleunigungen verstehen.

Nach den Ursachen der Kräftefaktoren wäre, im Sinne der ökonomischen Theorie, erst in zweiter Linie zu fragen; sie sind letzten Endes nur soziologisch zu bestimmen.

Prof. Dr. Gerhard *Weisser* (Düsseldorf):

Ich möchte zu dem Referat von Herrn Kollegen *Wessels* sprechen; die beiden anderen Referate konnte ich leider nicht hören. Herr Kollege *Wessels* hat uns in ganz vorzüglicher Weise an die Probleme herangeführt und meine Vorfreude auf dieses Referat bestätigt. Er hat uns an diejenigen Probleme herangeführt, die wir heute, und zwar hier in der Bundesrepublik, wissenschaftlich zu klären haben. Und ihnen gegenüber sind wir vielleicht in einem erheblichen Umfang einig: Es gibt zwar einen Typ von Schwankungen des Beschäftigungsgrades, an den in erster Linie gedacht wird, wenn von den „*Keynesianern*“ gesprochen wird; und dieser Typ wird von ihnen richtig und mit enormer Fruchtbarkeit für die Praxis gedeutet. Aber nicht alle Schwankungen im Beschäftigungsgrad der Produktionsfaktoren erklären sich so; dies hat heute besonders Herr *Stucken* dargelegt. Das heißt nicht, die Theorie zu verwässern; es heißt vielmehr, mit theoretischen Mitteln erkennen, daß eine Erscheinung, die viele für eine einheitliche halten, sich bei empirischer Betrachtung und bei näherem Studium als nicht einheitlich, sondern als ein Komplex einer Vielheit verschieden zu deutender Erscheinungen herausstellt. Das ist kein Auflösen der Theorie.

Wir haben nun in der Bundesrepublik heute im wesentlichen keine „Keynes-Situation“ im Sinne einer Unlust zum Investieren, das hat Herr *Wessels* sehr stark herausgestellt, und darin sind wir auch im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium immer einig gewesen. Wir haben keine *Keynes*-Situation, und wir diskutieren infolgedessen für Deutschland auch keinen Mittel-Katalog, der sich auf eine solche Situation bezieht. Daraus folgt zweierlei; zunächst einmal eine Begrenztheit der Fruchtbarkeit des *Keynes*-Gedankens bei der Würdigung der heute in Deutschland bestehenden Situation — eine begrenzte Fruchtbarkeit, keine Unfruchtbarkeit! Sodann folgt, daß die Argumente, die heute mit wachsender Intensität besonders in Westdeutschland gegen die Rezepte der *Keynes*-Anhänger angeführt werden, nicht ohne weiteres jenen anderen Mittel-Katalog treffen, den die Verfechter einer elastischen Geldpolitik heute in Deutschland vertreten. Das ist sehr wichtig; denn wir begegnen besonders in vielen Fachzeitschriften und in der Tagespresse einer gewissen Beflissenheit in der Geltendmachung aller alten und neuen und oft unrichtigen Argumente gegen *Keynes*. Von dieser Beflissenheit gewinnt derjenige Abstand, der sich klar macht, daß wir es hier in Westdeutschland mit einer anderen Situation als derjenigen einer allgemeinen Liquiditätsvorliebe zu tun haben.

Von hier aus erst ergibt sich der richtige Blick für den Sinn, den die Empfehlungen derjenigen haben, die sich in Deutschland sehr stark für monetäre Maßnahmen eingesetzt haben, wie z. B. die beiden wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschafts- und -finanzministerium, die für die Situation, die zumindest bis vor kurzem bestand, eine aktive Geldpolitik gefordert haben. Wir leiten ja gar nicht die Erscheinungen in Deutschland allein oder überwiegend aus Liquiditätsneigungen ab. Wir sind ja auch gar keine geldpolitischen Mittel-Monomanen. Die Stimulierungsprozesse mit geldpolitischen Mitteln, die wir fordern mußten und vielleicht wieder fordern müssen, diese Prozesse darf natürlich niemand in Deutschland ad infinitum weiterführen wollen. Vielmehr sind sich alle in deutlicher Erkenntnis der Gefährlichkeit inflatorischer Entwicklungen darüber klar, daß man den Stimulierungsprozeß rechtzeitig abschnitten muß, evtl. schon vor der Einordnung des letzten Arbeitslosen. Allerdings läßt sich dieser Zeitpunkt weiter hinausschieben, als eine beflissene *Anti-Keynes*-Propaganda das wahrhaben möchte; insbesondere durch Umlenkung von Einkommen aus der Verbrauchersphäre in die Sparsphäre. Das muß nicht zwangswirtschaftlich sein; das kann auch mit Sparanreizen des Zwecksparens usw. erfolgen, über die ja morgen zu sprechen sein wird, also mit Reizmitteln. Ich glaube im Hinblick auf die Reichhaltigkeit des sich uns bietenden Instrumentariums, daß die

von Herrn *Wessels* untersuchte Gefahr des Ausartens in zentrale Verwaltungswirtschaft nicht besteht.

Es ist jetzt wohl nach diesen mehr apologetischen Äußerungen zu fragen, vor welche Aufgaben denn nun die Wirtschaftspolitik in Deutschland gestellt ist. Wir haben es — das hat Herr *Ellinghaus* mit Recht hervorgehoben — mit vielen Aufgaben zu tun. Auf kurze Sicht war es bis vor wenigen Monaten ganz eindeutig so, daß wir es mit einer Unterversorgung mit aktivem Geld zu tun hatten. Bezogen auf die kombinierbaren brachliegenden Produktionsfaktoren war das aktive Geld nicht ausreichend und hätte vermehrt werden sollen. Wie im Augenblick die Situation steht, angesichts der Koreakonjunktur, kann ich in einer Diskussionsrede nicht erörtern. Aber es ist nach wie vor von Bedeutung, die Lage, wie sie unmittelbar vor dieser (investitions- politisch keineswegs sehr gesunden) Koreakonjunktur bestand, kritisch zu beleuchten. Das war eine Situation einer Unterversorgung mit Geld, und die Wissenschaft hat die Pflicht festzustellen, daß hier eine schwere Unterlassung vorliegt, die unnötig großen Gruppen von Menschen Arbeitslosigkeit auferlegt hat, die zehntausende von Wohnungen nicht hat entstehen lassen, während eine ideenreiche, aktive Geldpolitik es auch bei sorgfältiger Erwägung der Notwendigkeit, die Währung gesund zu erhalten, dazu nicht hätte kommen lassen. Wir haben es zwar mit sehr verschiedenen Erscheinungen zu tun, mit exogen verursachten Engpässen, mit „struktureller Arbeitslosigkeit“, mit einem ungeheuren Wanderungsgewinn an Menschen, die ohne jede Kapitalausstattung in den Raum der Bundesrepublik hineingepreßt worden sind; kurz mit einer allgemeinen Erscheinung der Disproportionalität der Kapazitäten. Das muß man natürlich erkannt haben, wenn man einen Mittel-Katalog aufstellt. Wir haben es vielleicht auch mit einer Schwächung der Konsumgüterindustrie zu tun, die durch eine falsche und unangebrachte Verteilung des Volkseinkommens verursacht ist. Ich wundere mich immer wieder, daß die dieser Frage gewidmeten Untersuchungen von *Preiser* und *Peter* von den Bearbeitern der Wirtschaftstheorie auch heute nicht hinreichend gewürdigt werden. Vielleicht haben wir es hier und da tatsächlich auch mit einer gewissen Investitionsunlust zu tun. Ich will nicht behaupten, daß in gewissem Umfang eine lohntaktisch motivierte Wunscharbeitslosigkeit vorliegt. Andere, insbesondere steuerpolitische Erwägungen können lähmend wirken. Wesentlich ist die Vielheit der Ursachen.

Diese verschiedenen Tatsachen erfordern offenbar verschiedene Mittel. Aber zweifellos haben zu diesen Mitteln in der jetzt überschaubaren Zeit der letzten 1½ Jahre in sehr wesentlichem Umfang geldpolitische Mittel gehört. Daraus ergibt sich die optische Verwandtschaft mit sogenannten „*Keynes*-Situationen“. Aber niemand deutet die

Arbeitslosigkeit nur konjunkturell. Im Beirat wurde betont: wir haben strukturelle Arbeitslosigkeit, aber auch strukturelle Arbeitslosigkeit läßt sich unter bestimmten Bedingungen mit geldpolitischen Mitteln meistern! Die immer wiederholte Behauptung, in Deutschland herrsche strukturelle, exogen verursachte Arbeitslosigkeit, und da sei es nichts mit geldpolitischen Rezepten, ist nur zur Hälfte richtig. Wir müssen uns auseinandersetzen mit der Frage, die wir im Beirat beantwortet haben: Muß nicht auch gegen strukturelle Arbeitslosigkeit mit geldpolitischen Mitteln angegangen werden, wenn es noch kombinierbare brachliegende Produktionskräfte gibt, die allein schon durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage aktiviert werden können? Aber außerdem ist natürlich eine Fülle von traditionellen und neuen anderen Mitteln der quantitativen und qualitativen Investitionspolitik anzuwenden, wenn die Arbeitslosigkeit in ganzer Breite überwunden werden soll. Diesen Katalog kann ich nicht aufzählen, er liegt in der Literatur vor. Was die Koreakonjunktur anlangt, so beeinflußt sie die Wirtschaft allerdings im klassischen Sinne des Wortes „auf natürlichem Wege“, aber sie verdirbt sie.

Das ist die tatsächliche Linie derjenigen gewesen, die sich in Deutschland für geldpolitische Maßnahmen eingesetzt haben; es war die Linie des Finanzausschusses des Bundesrats, also der Finanzminister der Länder, über die ich einen Teil von Ihnen laufend unterrichtet habe, es war die Linie der Wissenschaftlichen Beiräte und die Linie programmatischer Kundgebungen großer politischer Gruppen. Das ist die These, um die die Diskussion geht. Sollte man das nicht leidenschaftslos sehen können? Muß man wirklich gleich als Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder das Gespenst des Kollektivismus an die Wand malen? Auf den Weg der Verwaltungswirtschaft führt schließlich alles, was man überhaupt in der Wirtschaftspolitik an positiven Maßnahmen, an Hilfen für das Wirtschaftsleben unternimmt. Es fragt sich nur, wie weit man damit gehen will, und da soll man sich den Blick nicht trüben lassen: So wenig die deutsche Arbeitslosigkeit allein aus Liquiditätsvorliebe erklärt werden kann, so wenig kann man bestimmte wirtschaftspolitische Grundauffassungen allein aus einer Vorliebe für zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft erklären!

Dozent Dr. Joachim Grunau (Marburg):

Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur zu einem Punkt Stellung nehmen, der in dem Referat von Herrn Prof. Wessels offenbar mißverstanden worden ist. Herr Prof. Wessels hat von partiellen Maßnahmen gesprochen, mit denen die westdeutsche Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Ich glaube,

diese Stelle in folgendem Sinne interpretieren zu können: Es ist bereits in dem Referat von Herrn Prof. *Schneider* zum Ausdruck gekommen, daß das System von *Keynes* ein makroökonomisches System ist, das mit Gesamtgrößen wie z. B. Gesamteinkommen, Geldmenge usw. arbeitet. Diese Gesamtgrößenmethode läßt sich selbstverständlich nicht ohne weiteres auf alle Fälle anwenden, denn das Operieren mit Gesamtgrößen setzt die Erfüllung bestimmter, sehr vereinfachender, aber oft nicht deutlich ausgesprochener Annahmen über die Zusammenhänge innerhalb dieser Gesamtgrößen voraus. Ich darf diesen Punkt besonders im Hinblick auf die bisher etwas zu kurz gekommenen Praktiker hervorheben.

Es gibt zwei grundlegende Formen der Arbeitslosigkeit, die in der Fachsprache als konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet werden. Ob man dabei den Ausdruck „strukturell“ gebrauchen will, ist eine philologische Frage. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit kann man nun vereinfacht als makro-ökonomische Arbeitslosigkeit (Massenarbeitslosigkeit) bezeichnen. Diese will *Keynes* in erster Linie klären. Dagegen ist das, was wir strukturelle Arbeitslosigkeit nennen, ein mikro-ökonomisches Problem, und das ist nicht etwa ein „kleineres“ Problem, sondern vielmehr ein Problem, bei dem man nicht mit irgendwelchen „globalen“ (etwa kreditpolitischen) Maßnahmen arbeiten kann. Hier hat man größere Schwierigkeiten zu überwinden, bei denen man auch etwas mehr nachdenken muß.

Warum ist das System von *Keynes* so populär? Weil die auf ihm beruhenden Rezepte offenbar kein größeres Nachdenken über die Konsequenzen erfordern. Wir leben in einer schwierigen Situation und haben eine Fülle konkreter Ursachen der Arbeitslosigkeit, die zu bekämpfen sehr unpopuläre Maßnahmen nötig macht, ganz gleich, wie man wirtschaftspolitisch eingestellt sein mag. Ich habe den Eindruck, als ob man manchmal nicht ganz aufrichtig ist. Man wagt es nicht, auszusprechen, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit irgendwelchen Zauberkunststückchen nicht zu erreichen ist.

Ich möchte abschließend betonen, daß die *Keynessche* Lehre einen Spezialfall behandelt. Jede Theorie ist gemäß ihrer logischen Struktur nur unter bestimmten Bedingungen (wirtschaftspolitisch) anwendbar. Gerade die Redner, die von der allgemeinen Anwendbarkeit dieser Theorie sprachen, haben ihre Behauptung in der Diskussion de facto relativiert. Man kann die wirtschaftspolitischen Rezepte von *Keynes* heute in Westdeutschland unter keinen Umständen anwenden. Ich möchte wissen, was man sich darunter vorstellt, die Theorie von *Keynes* auf eine inflationistische Wirtschaft anzuwenden. Was soll man unter derartigen Bedingungen mit den von *Keynes* empfohlenen Maßnahmen anfangen?

Was die strukturellen Schwierigkeiten von heute anbelangt, so hat uns der Präsident des Landesarbeitsamtes von Nordrhein-Westfalen einen kleinen Einblick in die bestehenden Probleme gegeben. Ich glaube, daß unbeschadet der Unterschiede in der Weltanschauung eine gemeinsame sachliche Plattform gefunden werden kann, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Direktor Dr. *Wrede* (†), Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder (Frankfurt):

Meine Damen und Herren!

Nur zu zwei Punkten einige kurze Bemerkungen vom Standpunkt der Zentralnotenbank aus. Die erste betrifft einen, wie ich glaube, sehr interessanten Einwand, den Herr Prof. *Pedersen* gegen die Stellungnahme von Herrn Prof. *Wessels* zur Frage der bottlenecks vorgebracht hat. Herr Prof. *Pedersen* sagte, in der Marktwirtschaft — und zu einer solchen hätten wir uns in Westdeutschland bekannt — brauche uns das Problem der bottlenecks nicht zu beunruhigen. Denn die partiellen Preissteigerungen seien dort ja gerade das Mittel, um zusätzliche Produktionsfaktoren in die Engpaßbereiche zu ziehen und sie damit zu erweitern. Lasse man diesen Mechanismus ablaufen, so könne nicht allzuviel passieren. Richtig scheint mir daran zu sein, daß zur Bekämpfung auftretender bottlenecks und partieller Preissteigerungen Höchstpreise und Rationierungen besonders ungeeignete Mittel sein würden, weil dann der von Herrn Prof. *Pedersen* geschilderte Ausweitungsprozeß eben nicht zum Zuge käme. Aber die Frage ist, ob wir ihm noch folgen können, wenn er sagt, die bottlenecks würden kraft des marktwirtschaftlichen Ablaufs sich schon von selbst ausweiten und bildeten daher gar kein besonderes Problem. Denn es kommt das Zeitmoment hinzu! In welcher Frist können die bottlenecks ausgeweitet werden? Wenn zum Beispiel die Stromversorgung ein bottleneck ist, und man würde die Stromtarife nicht gebunden halten, sondern steigen lassen, um durch die steigende Rentabilität der Elektrizitätserzeugung Investitionsmittel in diese hineinzuziehen, so dauerte die Ausweitung doch ein, zwei und mehr Jahre. Das ist ein extremes Beispiel. Es gibt aber ähnliche bei anderen ganz großen Anlagen. Es gibt natürlich noch viel mehr Bereiche, in denen es schneller geht. Aber immer existiert dieses Zeitproblem, das im Grunde genommen ja die ganze Theorie der Kapitalbildung und der darin liegenden Grenzen für die Steigerung der Produktivität beinhaltet. Nun kommt ein weiterer Gesichtspunkt in unserer wirtschaftlichen Wirklichkeit hinzu, das ist die psychologische Reagibilität der westdeutschen Bevölkerung auf partielle Preissteigerungen. Dahinter steht die nicht

mehr wegzudenkende Angst vor der Inflation und die Furcht, man könnte am Sachgütermarkt zu spät kommen. Ohne daß theoretisch die Beweisführung von Herrn Prof. *Pedersen* bestritten werden kann, ist eben aus diesem Grunde, praktisch gesehen, bei uns in Westdeutschland die Gefahr so groß, daß auch dann, wenn man für marktgerechte Erweiterung der bottlenecks sorgt, zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt der *Wicksellsche* Prozeß nach oben ausgelöst wird, d. h. der Prozeß der echten Inflation. Es wird immer Beurteilungsunterschiede geben, wie weit man im gegebenen Fall monetär gehen kann; denn dabei gibt es keinen Beweis im vornherein. Gerade für die Geldpolitik in unserer konkreten Situation ist aber das Zeitraumbproblem bei den bottlenecks in Verbindung mit der Psychologie der Bevölkerung ein entscheidend wichtiger Punkt, und ich glaube daher, daß, so wertvoll die Gegenargumente von Herrn Prof. *Pedersen* waren, sie die Thesen von Herrn Prof. *Wessels* doch nicht entkräften konnten.

Herr Prof. *Stucken* wandte gegen die Anwendbarkeit der modernen monetären Theorie überhaupt auf konkrete deutsche Verhältnisse ein, die Geldpolitik habe in Deutschland schon nach dem ersten Weltkrieg so stark unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Gegebenheiten gestanden, daß die Geldmenge gar nicht als unabhängige Variable habe angesprochen werden können, sondern eben durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen gegeben gewesen sei. Dieser Einwand bedeutet zunächst nicht mehr als die generelle Einsicht, daß ein für eine geschlossene Volkswirtschaft entwickeltes Denkmodell solange unwirksam ist, als man nicht die außenwirtschaftlichen Daten einführt. Aber gerade nach Einführung der außenwirtschaftlichen Daten in diesem Sinne wäre die These, die Geldmenge sei durch außenwirtschaftliche Beziehungen gegeben und infolgedessen keine unabhängige Variable, über deren Gestaltung man sich durch notenbankpolitische Überlegungen schlüssig zu werden habe, die Vorwegnahme einer ganz fundamentalen Entscheidung, die in Wirklichkeit erst noch getroffen werden muß. Denn die kredit- und geldpolitische Kernfrage ist doch die: inwieweit kann man mit der Geldpolitik innerwirtschaftliche Ziele verfolgen, z. B. Vollbeschäftigung, oder inwieweit sind tatsächlich die außenwirtschaftlichen Relationen determinierend? Das ist das eigentliche Problem. Wenn ich nun sage, die ganze moderne monetäre Betrachtungsweise ist nicht anwendbar, weil sie schließlich doch den außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten weichen muß, so ist das die Vorwegnahme einer Entscheidung, die ich nicht vorwegnehmen darf. An einer derartigen Vorwegnahme, die damals allerdings nicht als solche erkannt wurde, ist seinerzeit — etwas überspitzt formuliert — im Grunde das Goldwährungssystem zusammengebrochen. Von diesen Zusammenhängen wird sicher morgen ausgiebig die Rede sein. Vom

Blickpunkt dieser ganzen Alternative aus — nicht im Sinne eines Entweder-Oder, sondern im Sinne eines Inwieweit — wird man dann auch erst Herrn Prof. *Weisser* auf seine Behauptung antworten können, daß seit Anfang 1949 die Notenbankpolitik in Westdeutschland einwandfrei und unbestritten schwere Unterlassungssünden begangen habe.

Prof. Dr. Rolf *Fricke* (Karlsruhe):

Ich bin mir der Tatsache bewußt, der letzte Diskussionsredner zu sein, und fühle mich deshalb verpflichtet, mich ganz kurz zu fassen. Es scheint mir notwendig zu sein, einen Punkt zu berühren, der zu kurz gekommen ist oder stiefmütterlich von einzelnen Referenten behandelt wurde. Das ist der sogenannte Strukturbegriff, von dem ein Diskussionsredner behauptete, er müsse philologisch gedeutet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausdeutung des Strukturbegriffs ein Anliegen der Wirtschaftswissenschaft ist, wenn sie nicht in ihrem Lehrsystem eine bedeutende Lücke entstehen lassen will. Auch Herr Prof. *Wessels* hat zum Ausdruck gebracht, daß man den Strukturbegriff ausschalten sollte. Mit dieser Meinung kann ich mich in keiner Weise einverstanden erklären. Wir müssen nur den Mut haben, den Strukturbegriff ernst zu nehmen und mit ausreichend geschichtlichem Gewicht zu versehen. So besitzt beispielsweise das, was wir Hochkapitalismus nennen, ich meine die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges, eine ganz bestimmte wirtschaftliche, politische und soziale Struktur, die unbewußt oder bewußt den meisten Theorien zugrundeliegt und von der auch die freiwirtschaftliche liberale Doktrin immer neue Nahrung erhalten hat. Anders steht es mit der Zeit, in der wir leben. Diese besitzt ebenfalls eine eigene Struktur, und diese muß mit geeigneten analytischen Methoden ermittelt werden, wenn wir ein geeignetes Fundament für unsere heutigen wirtschaftspolitischen Auslegungen gewinnen wollen. Um nur einige Beispiele zu geben: die Erstarrungstendenzen im sozialen Versicherungsbereich und in der gesamten Preisbildung einschl. der verschiedenartigen Arbeitsmärkte und alles das, was wir privaten oder öffentlichen Monopolismus nennen. Ich möchte nicht gegen diese neuartige Struktur Stellung nehmen, die vielen Theoretikern so schwer zu schaffen macht; denn sie ist ein realer geschichtlicher Tatbestand, den wir beachten müssen, und ich bin überzeugt, daß es mit einwandfreien analytischen Methoden gelingt, ein Denkmodell zu entwickeln, das auch imstande ist, den wirtschaftspolitischen Forderungen unserer Zeit Rechnung zu tragen und auf diese Weise dem Problem der Vollbeschäftigung neue wertvolle Seiten abzugewinnen.

Die Entwicklung des strukturellen Denkens auf geschichtlicher Grundlage ist geeignet, eine Brücke zwischen der reinen Theorie und der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik zu schlagen, die heute leider ohne ernst zu nehmenden Zusammenhang nebeneinander betrieben werden. Wenn wir das Strukturstudium ernst nehmen, dann schützen wir uns auch gegen persönliche Mißverständnisse wie jenes, daß man das Flüchtlingsproblem als ein strukturelles ansieht, während es in Wirklichkeit doch die Folge eines einmaligen und entsetzlichen geschichtlichen Unfalls ist. Als strukturell im Gegensatz zu konjunkturell sollte man nur solche Tatbestände auffassen, die mit relativer Dauerhaftigkeit zu wirken vermögen und insbesondere auch jenen Zustand der Dauerarbeitslosigkeit herbeiführen, die wir etwa seit dem ersten Weltkrieg in allen modernen Industriestaaten beobachten können. Von hier aus ist es dann nicht weit, die Ursachen dieser strukturellen Arbeitslosigkeit zu ermitteln und zu ihrer Bekämpfung eine geeignete Therapie zu entwickeln. Das wollte ich in Anbetracht der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit in diesem Kreise nur angedeutet haben.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Meine Damen und Herren!

Herr Prof. *Stucken* machte heute morgen darauf aufmerksam, daß die Voraussetzungen für die *Keynessche* Lehre in Deutschland nicht gegeben seien. Es war nicht meine Aufgabe, über die deutsche Situation zu sprechen; ich hatte den gegenwärtigen Stand der Theorie darzustellen. Aber ich habe wohl keinen Zweifel darüber gelassen, daß die *Keynesschen* wirtschaftspolitischen Empfehlungen sich nur beziehen auf eine Massenarbeitslosigkeit im Rahmen eines intakten Produktionsapparates, woraus folgt, daß sie nicht ohne weiteres auf die gegenwärtige deutsche Situation anwendbar sind. Wenn man von *Keynesianismus* spricht, so muß man sehr scharf unterscheiden zwischen der logischen theoretischen Konstruktion und dem Instrumentarium auf der einen Seite und den zeitbedingten *Keynesschen* wirtschaftspolitischen Empfehlungen auf der anderen Seite. Mit dem *Keynesschen* theoretischen Instrumentarium kann man auch andere Situationen als die einer bloßen Massenarbeitslosigkeit in einer allgemeinen Depression analytisch behandeln. Selbst ein den *Keynesschen* Gedankengängen gegenüber so reservierter Theoretiker wie Gottfried v. *Haberler* hat das in seinem Buche „Prosperität und Depression“ eindeutig ausgesprochen. Ich bin dankbar, daß Herr Kollege *Zimmerman* diesen wichtigen Punkt in hervorragender Weise noch einmal unterstrichen hat.

Herr Kollege *Veit*, dessen Arbeiten ich eine große Wertschätzung entgegenbringe, sprach von dem „Opfer der Modelle“, das wir bringen müßten. Ich glaube nicht, daß er das so meint, daß wir das Denken am Modell überhaupt aufgeben sollten. Theorie ist ohne Modellkonstruktion nicht möglich. Einer der größten Namen der deutschen Wirtschaftswissenschaft, Johann Heinrich v. *Thünen* — ich bin glücklich, daß Herr Geheimrat *Weber* diesen Namen gerade in diesem Jahre in die Debatte geworfen hat — beginnt seinen „Isolierten Staat“ mit einer Ihnen allen bekannten Modellkonstruktion, die zu fruchtbarsten Entwicklungen im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebslehre geführt hat. Nur eines muß man von den Modellen der Theorie verlangen: sie müssen fruchtbar sein. Freilich, auch hier gilt *Goethes* Wort: Alles Irdische ist nur ein Gleichnis, das Unzulängliche, hier wird's Ereignis! Wir müssen uns immer der Grenzen der menschlichen Erkenntnismöglichkeiten bewußt sein. Wer verlangt, daß Theorie ein genaues Abbild des Lebens sein soll, verkennt das Wesen der Theorie. Theorie kann niemals, wie *Schumpeter* in einer seiner letzten Vorlesungen, denen beizuwohnen ich das Glück hatte, gesagt hat, ein Abklatsch des Lebens sein. Dem Leben treu ist sich nur das Leben selbst!

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Walther *Hoffmann* (Münster):

Meine Damen und Herren!

Ich darf zunächst danken für die Anregungen, die die Herren Geheimrat *Weber* und *Brinkmann* gegeben haben, indem sie darauf hinwiesen, daß sich bei anderen Annahmen für das Bevölkerungswachstum bzw. den technischen Fortschritt auch eine ganz andere Konsequenz für das Wachstum des Sozialprodukts ergibt und daß man bei Einsetzung von Sowjet-Daten andere Modelle konstruieren müsse. Nur möchte ich vor einem Mißverständnis warnen, das vielleicht dabei auftauchen könnte. Beide Herren werden wahrscheinlich mit mir darin übereinstimmen, daß auch bei dieser Datensetzung stets bestimmte Bedingungen gewahrt werden müssen. Denn selbst die Sowjet-Wirtschaft kann dem Ziel nach gar nicht anders verfahren, als die Gesamtgrößen sich so entwickeln zu lassen, daß ein störungsfreies Wachstum gesichert ist; sonst müßte sie das Prinzip haben, eine ruinöse Wirtschaft betreiben oder das Sozialprodukt sogar auf die Dauer vermindern zu wollen. In dem einen Prinzip, es langfristig zu steigern, sind sich aber alle einig. Die Geister scheiden sich bei der Erörterung über den Weg zum Ziel. Soweit dabei das Erwerbsstreben als zum mindesten dominierende Verhaltensweise in Rechnung gestellt werden kann, ist es *Eucken* gewesen, der seinen Einfluß sowohl in der Antike wie im Mit-

telalter — also unter ganz anderen soziologischen Bedingungen — hervorgehoben hat. Analog bleibt zu prüfen, ob nicht die Neigung zur Verbesserung der individuellen Lage wie zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes u. a. auch in der Sowjetwirtschaft anzutreffen ist. Wenn das zutrifft, ergeben sich notwendig bestimmte Bedingungen kreislaufmäßiger Art für das Wachstum der Wirtschaft, die im einzelnen noch aufzuzeigen wären.

Zu den Ausführungen von Herrn *Kellner* darf ich darauf hinweisen, daß die bewegenden Kräfte zwar von mir nicht untersucht worden, aber selbstverständlich in vollem Maße untersuchungswert sind. Dazu müßte man auf die vielen soziologischen Bedingungen des Wachstums eingehen und z. B. das *Movens* zum technischen Fortschritt analysieren. Ich möchte aber auch hier betonen, daß alle diese wichtigen, systematisch noch wenig erschlossenen Fragen uns nicht der Notwendigkeit entheben, ein System der wachsenden Wirtschaft zu durchdenken, innerhalb dessen die verschiedenen Antriebskräfte sich eben nur auszuwirken vermögen.

Wenn Herr *Ellinghaus* darauf hinwies, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit, soweit sie durch den technischen Fortschritt bedingt ist, irgendwann einmal abgefangen werden müsse und daß man die Bedingungen dafür zu formulieren hätte, so habe ich versucht, darzutun, daß ex ante der zusätzliche Kredit immer vorhanden sein muß, um überhaupt die Voraussetzungen für die Expansion zu schaffen. Ich habe zugleich die Bedingungen angegeben, wieweit der zusätzliche Kredit gegeben werden kann. Die langfristige Funktion des Kredits bedarf allerdings noch eingehender Untersuchung, sobald auch das Erfahrungsmaterial ausreichend bereitgestellt worden ist. Bisher sind für längere Perioden m. W. die Größenordnungen des Wachstums von Kredit- und Beschäftigungsvolumen noch nicht genügend bekannt. Man wird dann mehrere Fälle von Unterbeschäftigung trennen und therapeutisch die kreditpolitischen Möglichkeiten analysieren müssen.

Schließlich wäre noch zu betonen, daß die überwiegend zu aktuellen und insofern kurzfristigen Problemen Stellung nehmenden Diskussionsbeiträge mich darin bestärkt haben, die langfristigen Aspekte daneben herauszuarbeiten. Es war meine Absicht, zur Theorie der langfristigen Beschäftigung indirekt einen Beitrag zu leisten. In der Tagespolitik pflegt das Bewußtsein um die gemachten Annahmen keineswegs Allgemeingut zu sein, so daß es vielleicht zweckmäßig ist, zur Läuterung des wirtschaftspolitischen Denkens auch in dieser Hinsicht immer wieder auf die Bedingungen eines stetigen Wachstums hinzuweisen. Hätte man bei der gesamteuropäischen Investitionspolitik der letzten Jahre etwas weiter gedacht und nicht nur nach kurzfristigen Gesichts-

punkten gehandelt, dann wäre die Wachstumsrate der gesamten europäischen Wirtschaft gegenwärtig sicher höher, als sie tatsächlich ist.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Theodor *Wessels* (Köln):

Meine Damen und Herren!

Ich habe nur wenig zu sagen, da ich die meisten Feststellungen, die während der Diskussion zu meinem Referat gemacht worden sind, nicht als Einwände, sondern zu einem wesentlichen Teil als Zustimmung verstehen kann.

Zunächst ein Wort zu der Frage der Reichweite der *Keynesschen* Theorie. Ich bin der Meinung, daß grundsätzlich das *Keynessche* Instrumentarium allgemein anwendbar ist. Das ist nicht selbstverständlich und heute noch immer bestritten. *Schumpeter* hat sich gegen diese Behauptung gewendet. An sich würde die Vermutung dafür sprechen, daß ein Instrumentarium, entstanden in einer bestimmten Situation, die Sonderprobleme dieser Situation analysiert. Aber im Zuge der Erklärung des ursprünglichen „*Keynes-Falles*“ sind Sätze über Zusammenhänge gewonnen worden, die in verschiedensten Konstellationen der Wirtschaft auftauchen. Sie geben die Möglichkeit einer sehr weiten Anwendung der *Keynesschen* Theorie. Allerdings halte ich es nicht für sicher, daß man bei ihrer Anwendung, z. B. im Falle der Inflation, zu grundsätzlich anderen Aussagen kommt als den aus der herkömmlichen Theorie bekannten. Für meine Behauptungen über die Vollbeschäftigung aber sind die speziellen Annahmen entscheidend, die der „Allgemeinen Theorie“ zugrundeliegen: sie haben die Politik der Vollbeschäftigung bestimmt.

Ein Wort zu der Bemerkung, nach der ich zur Therapie der Arbeitslosigkeit nur Einzelmaßnahmen vorgeschlagen haben soll. Ich habe den Eindruck, daß ich hier mißverstanden worden bin. Indem ich sagte: wir müssen zu einer aktiven Wirtschaftspolitik mit dem Ziele, eine Deflation zu vermeiden, kommen, wollte ich eine bestimmte Grundlinie der Wirtschaftspolitik andeuten.

Dann zu den Ausführungen von Herrn Prof. *Pedersen*: Ich bin der Meinung, daß viele seiner Feststellungen eigentlich durch den Hinweis auf diese generelle Linie erledigt sind. Mit ihr ist natürlich eine Steigerung der Nachfrage solange vereinbar, als sie nicht zu Engpässen führt. Es ist sehr wohl diskutabel, ob unsere Wirtschafts- und unsere Geldpolitik nach der Währungsreform immer diese Linie innegehalten hat. Die globalen Maßnahmen sind für mich insoweit ohne weiteres akzeptabel, als sie einer aktiven Geldpolitik mit dem Ziele völliger Ausnutzung allseitig vorhandener sachlicher Produktionsmittel und Ar-

beitskräfte entsprechen. Aber hier besteht vielleicht eine Meinungsverschiedenheit. Für einen Wissenschaftler ist es immer angenehm, sich zu systematischen Maßnahmen bekennen zu können. Wir wollen Zusammenhänge sehen und sie eindeutig ordnen. Wenn man aber auf Grund einer Analyse zu der Auffassung kommt, daß in einer bestimmten Situation die Steigerung der Geldnachfrage über einen kritischen Punkt hinaus Fernwirkungen erzeugt, die eindeutig schädlich sind, dann muß man einen Blickwechsel vollziehen und muß fragen: gibt es zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit spezielle Maßnahmen, die — eingeordnet in den Kurs der allgemeinen Wirtschaftspolitik — nicht zwangsläufig eine Inflation nach sich ziehen? Da ich diese Frage bejaht habe, glaubte ich eben solche Einzelmaßnahmen empfehlen zu müssen. Sie werden m. E. dann notwendig, wenn meine Behauptung richtig ist, daß bei uns die Inflationsgefahr bei einer Nachfragesteigerung bereits vor Erreichung der Vollbeschäftigung auftaucht. Der *Keynessche* Fall der Inflation ergibt sich bei einer Fortsetzung der Nachfragesteigerung nach Erreichung der Vollbeschäftigung; das hat er in seiner im Kriege erschienenen Schrift nachzuweisen versucht. Ich glaube, daß bei uns die Inflationsgefahr früher auftauchen müßte, und deshalb kam ich zu der Forderung, die Nachfragesteigerung früher zu begrenzen.

Vorsitzender Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg):

Ich danke unseren verehrten Herren Referenten und den Diskussionsrednern, die an diesem ersten Verhandlungstage zum Wort gekommen sind, aufrichtigst und schließe die Sitzung.

Zweiter Tag

Zweiter Tag

Sonntag, 15. Oktober 1950

Vorsitzender Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Ich eröffne die heutige Vormittagssitzung und bitte den Kollegen *Wessels*, heute die Verhandlungsleitung zu übernehmen.

Prof. Dr. *Wessels* (Köln):

Ich möchte zunächst ein paar Bemerkungen zur Diskussion machen. Ich schlage vor, daß die Redezeit streng auf zehn Minuten beschränkt wird und darf bitten, daß alle Diskussionsredner zu den Themen sprechen, die heute morgen in den Referaten behandelt wurden. Einzelne Diskussionsredner, die sich schon gestern gemeldet hatten, können zu den gestrigen Themen sprechen. Ich werde an die zehn Minuten dadurch erinnern, daß ich gelegentlich Klingelzeichen gebe mit der Bitte, dann nur noch den begonnenen Satz zu vollenden.

Ich erteile nunmehr Herrn Kollegen Senator Professor *Schiller* das Wort zu seinem Referat:

Vollbeschäftigung und Kreditpolitik

Senator Prof. Dr. Karl *Schiller* (Hamburg):

Meine Damen und Herren!

I.

Es hat oft den Anschein, als stünde die derzeitige konjunkturpolitische Diskussion in Deutschland unter dem Motto: „Die Vollbeschäftigungspolitik ist tot, es lebe die Vollbeschäftigung!“ Manches spricht dafür, daß wir uns einer weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gleichsam nur „hintenanhängen“ und uns in der eigenen konjunkturpolitischen Aktivität äußerste Zurückhaltung auferlegen sollten. Bei einer solchen Haltung hat die Kreditpolitik naturgemäß andere Aufgaben als in einer Politik, die unmittelbar darauf abzielt, den maximalen Beschäftigungsstand in der heimischen Volkswirtschaft zu erreichen und zu sichern. Es deutet sich hier auch die bekannte Polarität von zwei verschiedenen Aspekten der Kreditpolitik und ihres Verhältnisses zum Beschäftigungsgrad an, je nachdem, ob man mehr auf dem

Boden der neo-klassischen Kredittheorie steht oder mehr dem *Keynesianismus* zuneigt.

Nun wissen wir, daß die Unterschiede in den Instrumenten der Kreditpolitik dabei nicht das Ausschlaggebende sind: Diskontpolitik, Offenmarktpolitik, Festsetzung der Mindestreservesätze der Geschäftsbanken, ja unter Umständen Manipulierung der Wechselkurse und Beeinflussung der Kreditgebarung des Staates — dieser ganze Lenkungswerkzeugkasten kann durchaus „marktkonform“ benutzt und von beiden Lagern akzeptiert werden. Dabei hat unzweifelhaft eine Reihe der von der Vollbeschäftigungsschule herausgearbeiteten kreditpolitischen Aspekte und Mittel inzwischen seinen neo-klassischen Segen erhalten. Indessen, hinzu kommt noch eine Serie von Maßnahmen, die nicht in den Genuß dieser Weihen gekommen sind, vor allem jene, die außerhalb der eigentlichen Kreditpolitik liegen. Überhaupt steht im neo-klassischen System die Kreditpolitik mit ihren Mitteln im Zentrum der Konjunkturpolitik, ja, sie ist recht eigentlich mit ihr identisch, während im zweiten Falle andere Lenkungswerkzeuge eine beachtliche Rolle spielen. Die Hebelpunkte der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung werden hier oft an anderer Stelle gesucht. Dies ist sicherlich eine Überreaktion auf jene etwas ältere Haltung, die im Kredit, oder noch mehr im Zins, die motorische Kraft des Ganzen erblickte — man denke etwa an *Wicksell!*

Nach der im Anschluß an diesen Namen weitergeführten These sollte die Manipulierung des Kreditvolumens und des Zinses genügen, um größere Beschäftigungsschwankungen auszuschalten. Künstliche Erhöhung der Nachfrage nach Kredit gilt als verpönt — mit der einen großen Ausnahme der „sekundären Deflation“. Hier sind die Berührungsfelder zwischen beiden kreditpolitischen Auffassungen am größten. Damit im Zusammenhang versucht man oft, die auf Vollbeschäftigung orientierte Kreditpolitik auf die Problematik des zyklischen oder säkularen „Übersparens“ zu beschränken, ein Fall, der unzweifelhaft bei der Abfassung der „General Theory“ Pate gestanden hat. Diese Theorie selbst ist jedoch umfassender. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

1. Der ganze inzwischen von der Vollbeschäftigungslehre entwickelte Apparat von Lenkungsmitteln läßt sich, wie die einschlägige Literatur und die Praxis zeigt, auch in der umgekehrten Lage der Überinvestition verwenden.

2. Die *Keynesianische* Theorie gilt auch und gerade für den Fall, in dem Investitionen, Sparen und Einkommen unter dem Vollbeschäftigungsniveau sich einstellen, ohne daß dabei ein laufender Kaufkraftausfall durch ein Übersparen eintritt, so daß also volles Gleichgewicht herrscht. Also jene Schwebelage bei Unterbeschäftigung, in der das frei-

willige Sparen keineswegs größer zu sein braucht als die gleichzeitige Investierung! Dabei kann selbstverständlich in dem Prozeß, der zu dem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung hingeführt hat, das Übersparen eine Ursache gewesen sein. Aber in der Depression, in der Konstellation, in welcher der Aufschwungsbeginn einsetzen soll, ist es nicht enthalten.

Nein, diese Theorie ist nicht allein auf den sicherlich wichtigen Fall des Übersparens festzunageln und auf diese Weise in ihrer kreditpolitischen Anwendbarkeit gegenüber der neo-klassischen abzugrenzen.

Die entscheidende Differenz zwischen beiden Lagern liegt einmal in der Funktion, die dem Kredit im Aufschwung beigemessen wird. Im neo-klassischen Fall wird der Wiederaufstieg durch Kredite, bei denen der Geldzins unter dem Realzins liegt, eingeleitet, Zug um Zug mit der damit belebten Realkapitalvergrößerung. Der Kredit ist Wegbahner des ihm auf dem Fuße folgenden Kapitalbildungsvorganges. Ganz konsequent wird das „Ingangbringen des Kapitalmarktes“ hier immer wieder als die erste wirtschaftspolitische Aufgabe herausgestellt. Auch die in dieser Phase erlaubte Kreditexpansion ist als sogenanntes „erzwungenes Sparen“ eben nicht ohne tieferen Grund mit diesem Namen belegt. Anders im zweiten Fall: Die Realkapitalbildung, die Investition, steht hier gar nicht im Vordergrund, wie manchmal gemeint, sondern die Erweiterung der Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen, d. h. die Erhöhung des Gesamteinkommens (die dann erst über den bekannten Multiplikator die Gleichheit von Investition und Sparen ex post herbeiführt). Man erlaube mir, dies auf eine sehr rohe Formel zu bringen: in der einen Theorie hat der Kredit primär eine kapitalpolitische Funktion, in der anderen primär eine einkommenspolitische.

Der zum zweiten wichtige Unterschied ist der, daß eine dergestalt einkommenspolitisch orientierte Kreditoperation eine höhere Elastizität des ganzen Produktionsapparates voraussetzt. Beide Arten von Kreditpolitik nehmen für den Aufschwungsbeginn unausgenutzte Kapazitäten an, nur das Ausmaß derselben, überhaupt die Reserven aller Art, auch in den Kostenverläufen, müssen im zweiten Fall größer und in einer angemessenen Proportionierung vorhanden sein. Diese Kreditpolitik wäre also demnach nur im Bereiche dieser Elastizitätsspanne adäquat. Wir stoßen damit auf die entscheidende Grenze der Anwendbarkeit der keynesianischen Lehre, auf die Frage der Engpässe. Unzweifelhaft wird sie von den Vertretern dieser Lehre selbst gesehen. *Keynes* legt dar, daß bei einer Nachfragesteigerung die Grenzkosten in der Produktion steigen und demnach die Preise selbstverständlich schon vor der Erreichung des Vollbeschäftigungspunktes nach oben gehen können — und steigende Grenzkosten sind eben nur

der ökonomisch-theoretische Ausdruck für den technischen Begriff des Engpasses. Nun wissen wir aus der wirtschaftlichen Wirklichkeit, daß es hier de facto Grenzen gibt; die Kostenkurve kann so steil werden, daß auf kurze Sicht eine Nachfrageerhöhung zu solchen Preissteigerungen führt, die gleichsam nicht mehr marktwirtschaftlich verdaut werden können — vor allem wenn solche Produktionen mit sehr steilen Grenzkostenkurven sich in der betreffenden Volkswirtschaft häufen. Es tritt hier gewissermaßen ein Umschlag von der Quantität in die Qualität ein, von dem ab für den Wirtschaftspolitiker praktisch ein Engpaß im technischen Sinne vorliegt. Wenn ich hinfort den Ausdruck Engpaß gebrauche, so dann in dem theoretisch sicherlich nicht exakt bestimmten Sinn, daß jener Umschlag stattgefunden habe. Es ist interessant, wie manche wirtschaftspolitische Schüler von *Keynes* mit dem Problem des Engpasses fertig werden. Wir stellen dabei fest, daß da sehr oft ein und derselbe Ausweg gesucht wird: man klammert nämlich die gefährliche Lage einer niedrigen Produktionselastizität gewissermaßen aus! So sagt *Kalecki*: „Sind die Reservekapazitäten gar nicht oder nur in ungenügendem Maße vorhanden, dann wird der Versuch, die Vollbeschäftigung auf kurze Sicht sicherzustellen, leicht zu inflationistischen Tendenzen in weiten Sektoren der Wirtschaft führen. ... In einer (solchen) Wirtschaft... ist es deshalb nötig, eine Periode der Industrialisierung oder des Wiederaufbaues zu durchlaufen, während welcher die vorhandene Kapitalausrüstung in ziemlich großem Maße ausgedehnt wird“¹. Und das wohl neueste von dieser Lehre geprägte Werk, der Arbeitsbericht der UNO über die Vollbeschäftigung, spricht — neben der konjunkturellen Unterbeschäftigung — von einer zweiten Art von Arbeitslosigkeit, die entstehe „aus dem Mangel an den komplementären Hilfsquellen, die notwendig sind, um die Lohnempfänger in Arbeit zu halten“². Der Bericht empfiehlt hierfür eine „Politik der wirtschaftlichen Fortentwicklung“, dasselbe also, was *Kalecki* tut, aber ersichtlich etwas ganz anderes als die Vollbeschäftigungspolitik selbst.

Am schärfsten ist das einer solchen Situation zugrundeliegende allgemeine Problem durch Lawrence R. *Klein*³ schematisiert worden. Er spricht von zwei strategischen Niveaus des Volkseinkommens:

¹ Vollbeschäftigung. Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik (Oxford), Bern 1946, S. 83.

² Nationale und Internationale Maßnahmen zur Vollbeschäftigung. Bericht einer Gruppe von Sachverständigen. Deutsche Übersetzung. Köln 1950. S. 30.

³ *The Keynesian revolution*, New York 1947, S. 156.

dem Vollbeschäftigungsniveau und dem Engpaßniveau. Das letzte ist durch den Fall gegeben, daß in wichtigen Branchen die Produktionselastizität gegen Null tendiert. In USA fielen während des Krieges beide Niveaus ziemlich zusammen. Und *Keynes* fühlte sich bekanntlich während des Krieges sehr beunruhigt, weil er für England fürchtete, daß das Engpaßniveau früher als das Vollbeschäftigungsniveau erreicht werden würde.

Der Geltungsbereich der Vollbeschäftigungspolitik in ihrer überkommenen Form ist demnach auf den Weg von unten bis hin zum Engpaßniveau beschränkt. Ihre einkommenspolitisch orientierten Kreditrichtlinien geben uns Anhaltspunkte dafür, wie denn wenigstens die vorhandene Erzeugungsapparatur voll ausgenutzt wird; sie verlieren ihre Wirkungskraft von dem Punkte ab, wo die Volkseinkommenssteigerung im wesentlichen nur noch nominell erfolgt. Die andere Lehre befaßt sich dagegen mit der Aufgabe, wie der Bedarf an Kapitalzusätzen zu decken sei, und sieht den Kredit in seiner Funktion im Prozeß der Ausweitung des Erzeugungsapparates. Sie kann demnach eine Auskunft darüber erteilen, wie also das Engpaßniveau zu heben sei; sie versagt aber auf jeden Fall vor der Aufgabe, wie der Beschäftigungsgrad an diese Höhe heranzubringen oder gar danach auf ihr zu halten sei. Dabei möchte ich nochmals betonen, daß dieses Engpaßniveau keine exakt bestimmte Größe ist, sondern eine Zone sich häufender, sehr steil werdender Grenzkostenkurven darstellt.

An dem rohen Schema der beiden Niveaus sehen wir nicht nur die Gegensätzlichkeit, sondern gleichsam auch das Sich-Ergänzen beider Theorien. Sie gelten für verschiedene Strecken des Weges von der Unter- zur Vollbeschäftigung. Damit kommen wir auf unser eigentliches Anliegen. Es kann in der wirtschaftlichen Wirklichkeit der Fall gegeben sein, daß man vor beiden Wegstrecken gleichzeitig steht; daß man Einkommens- und Kapitalbildungspolitik mit Hilfe des Kredites in der beschriebenen Weise *uno actu* betreiben muß.

So in Deutschland! Hier liegt das Engpaßniveau unzweifelhaft unter dem Vollbeschäftigungsniveau. Und die Aufgabe der Kreditpolitik ist, die Wirtschaft so mit Krediten zu versorgen, daß erstens die Volkseinkommensgröße ständig an dem erstgenannten Niveau bleibt (das Problem einer entsprechend lebhaften Kreditnachfrage muß dabei auch im Auge behalten werden) und daß zweitens dieses Engpaßniveau durch eine ebenso darauf gerichtete Kapitalbildungspolitik ständig nach oben ausgebaut wird (und das Beschäftigungsvolumen dieser Bewegung ständig folgt).

II.

Sehen wir uns die Lage im einzelnen an: Unter den verschiedenen Verhaltenskonstanten, die das wirtschaftliche Gebaren in Westdeutschland bestimmen, sind es drei, nämlich die große Verbrauchsneigung, die entsprechend geringe Sparwilligkeit (im Sinne des Ex ante-Sparens) und die im Zeitablauf wechselnde, aber immerhin durchschnittlich hohe Investitionsbereitschaft, die zusammen durchaus für eine Diagnose entsprechend der *Hayekschen* Konzeption sprechen.

Einige andere Faktoren verändern dieses auf den ersten Blick so eindeutige Bild. So streift die Bank deutscher Länder in ihren Berichten den Tatbestand einer großen Liquiditätsvorliebe der Wirtschaft und betont dabei, daß die Möglichkeiten einer Zentralbank, diese Liquiditätsneigung zu vermindern, gering seien. Hier tritt also wohl ein keynesianisches Problem zutage. Auf der anderen Seite müssen wir — wie gesagt — eine hohe Investitionsneigung konstatieren, wenn wir die Gesamtheit der bei den herrschenden Zinsfüßen aufgestellten Investitionspläne der Gesamtheit der angebotenen Sparsummen gegenüberstellen. Naturgemäß herrschen hier über die ganze Wirtschaft hinweg Unterschiede. Wenn wir uns die Kurve der verschiedenen Grenzleistungsfähigkeiten, d. h. der *erwarteten* Grenzerträge des Kapitals, denken, so stellen wir fest, daß an dem oberen Kurvenende die größte Übernachfrage besteht, während auf dem Ende der geringen Grenzleistungsfähigkeiten nicht nur Kapitalangebot, sondern auch Kapitalnachfrage auf Null sinken. Nun hat gerade die westdeutsche Wirtschaft mit ihren sprichwörtlichen Disproportionalitäten aller Art eine anomal auseinandergezogene, betont geneigte, ja oft unetstetige Kurve der Grenzleistungsfähigkeiten und weist demnach große Differenzen in den Investitionsanreizen auf. An dem unteren Ende der Kurve liegt ein großer Teil jener Investitionen, die für die sogenannten unentwickelten Gebiete, für die Unterbringung der Flüchtlinge, für die Behebung der strukturellen Schäden unserer Volkswirtschaft, für die Entwicklung neuer Standorte nötig sind. Auch ein Teil der so nötigen Engpaß-Investitionen gehört hierzu. Gewiß lagen und liegen viele von diesen, vielleicht auch die meisten, am oberen Ende und werden im Zuge der unmittelbaren Profitinvestitionen im eigenen Betriebe beseitigt. Aber dieser bekannte Weg der Selbstfinanzierung hat doch nur zum Teil geholfen. Da beispielsweise eine wirkliche Wettbewerbsordnung nicht geschaffen wurde, ist keineswegs dafür gesorgt worden, daß die Gewinne immer und ausschließlich den notwendigsten Engpaß-Investitionen zugeführt wurden. Auch die Steuergesetzgebung hat in dieser Richtung fehlerhaft gewirkt. Daß hier Verwerfungen der Investitionstätigkeit entstanden sind, dürfte kaum bestritten werden. Viel wesentlicher ist aber, daß wir im vergangenen Winter und Früh-

jahr, auch aufs Ganze gesehen, ein Nachlassen der Investitionstätigkeit zu verzeichnen und demzufolge eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes hatten. Wie die Statistik zeigt, waren zumindest in den ersten vier Monaten 1950 die gesamten Sparüberschüsse, einschließlich Gegenwertkonten, größer als die ausgegebenen mittel- und langfristigen Kredite. Diese Situation hat bekanntlich eine Zeitlang ein Herumwerfen des kreditpolitischen Ruders veranlaßt. Man begnügte sich allerdings dabei mit der Aufstellung eines bloßen „Kreditbeschaffungsprogramms“ und beachtete zu wenig das Problem der Liquiditätsvorliebe und der Skala der Investitionsbereitschaften. So wurde ein großer Teil des neu mobilisierten Kreditangebots für die Gebiete mit geringer Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und auch für länger dauernde Vorhaben reserviert und es der Kreditnachfrage überlassen, Sicherheiten zu leisten und zur Realisierung der Investitionen zu schreiten. Hier offenbarte sich dann eine ziemliche Zähflüssigkeit bei manchen Investitionsvorgängen. Es entsprach diese Kreditbereitstellung für viele Gebiete einer strukturpolitischen Zielsetzung, während man doch in Wirklichkeit Konjunkturpolitik treiben wollte. Um einen schnelleren Effekt zu erzielen, hätte man entweder die Kredite all den hochrentablen und investitionsbegierigen Zweigen zufließen lassen sollen, oder, wenn man aus strukturpolitischen Überlegungen stärker auf die anderen Gebiete Wert legte, dort für eine Stimulierung der Nachfrage einerseits durch Einschaltung öffentlicher Investoren oder andererseits durch Erleichterung der Sicherheitsbestimmungen und damit Förderung der privaten Investitionen sorgen müssen. So heißt es also im Juni-Bericht der Bank deutscher Länder, daß es nicht gelungen sei, die einzelnen Maßnahmen zu einer so massierten Wirkung zu bringen, wie ursprünglich beabsichtigt. Nun, wie dem auch sei, als Ergebnis bleibt: die heutige Kreditpolitik muß sich der Polarität ihrer beiden Aufgaben mehr denn je bewußt sein; es muß klar sein, ob sie konjunkturpolitisch, d. h. in erster Linie auf Einkommen, oder strukturpolitisch, d. h. auf ganz bestimmte Investitionen, gerichtet sein will. Gewiß kann man im Rahmen einer Gesamtkonzeption beide Ziele verfolgen, aber bei den einzelnen kreditpolitischen Entscheidungen kann eine Konfusion beider leicht zu überraschenden Ergebnissen führen.

Nun haben wir inzwischen durch den Aufschwung vom Export her und mindestens ebenso stark durch eine Reihe anderer Faktoren, in denen vor allem die öffentlichen Haushalte eine Rolle spielen, in einigen Gebieten der Volkswirtschaft das *bottleneck-Niveau* erreicht. Hierbei wäre es kein Schaden, sondern, im Gegenteil, ein Gewinn gewesen, wenn uns das durch interne Maßnahmen schon früher gelungen wäre. Das Sozialprodukt wäre inzwischen größer

geworden, und bei einer pointierteren Einflußnahme auf bestimmte Investitionsbereiche wäre mit einiger Wahrscheinlichkeit das Engpaßniveau noch höher als heute. Vor allem kann die eine Tatsache nicht aus der Welt diskutiert werden, daß — wenn das bottleneck-Niveau der Beschäftigung früher erreicht worden wäre — durch die damals niedrigeren Rohstoffeinfuhrpreise auch für die Exportexpansion ein günstigeres Sprungbrett geboten worden wäre.

Doch davon abgesehen, was ergibt sich nun kreditpolitisch: kann durch eine Kreditpolitik, die (wie es im BDL-Bericht vom Juli 1950 heißt) bewußt „die vom Inlandsmarkt ausgehenden Auftriebstendenzen in Grenzen hält“, alles Heil der weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung vom Export her erwartet werden?

Hierzu ist zu sagen: R. F. *Harrod*⁴ hat die Bedingungen der längeren Aufwärtsentwicklung einer Volkswirtschaft von der Ausfuhr her herausgearbeitet und drei Prinzipien festgestellt:

a) die Wachstumsrate der fremden Wirtschaften muß die der heimischen insgesamt übersteigen,

b) die Wachstumsrate der Produktion, in der das betreffende Land einen komparativen Kostenvorteil hat, muß die Wachstumsrate seines Volkseinkommens übersteigen,

c) die Wachstumsrate der Realvergütungen der Produktionsfaktoren darf höchstens gleich groß, müßte besser aber kleiner sein als die Zuwachsrate der physischen Produktion pro Kopf.

Hierbei scheint es besonders mit Punkt a) bei uns schlecht bestellt zu sein: denn unsere industriellen Produktionsindizes liegen immer noch unter denen der westlichen Umwelt. Unsere Zuwachsrate der Erzeugung müßte demnach größer sein, um jene anderen Länder einzuholen, während für ein „Hintenanhängen“ unserer Entwicklung an die Weltkonjunktur gerade die umgekehrte Bedingung vorausgesetzt sein sollte. Im übrigen verweise ich in diesem Zusammenhang auf die sehr eindrucksvollen Ausführungen von *Gabriel*⁵: Er betont die Problematik jener Lage, daß durch den Exportaufschwung sozusagen eine „zusätzliche Nachfrage“ anstelle einer fehlenden internen Gesamtnachfrage kreiert würde, wo wir doch insgesamt in Westdeutschland einen Einfuhrüberschuß hätten und nur durch die künstliche Trennung der beiden Außenhandelskassen ein Kaufkraftplus durch die Exportfinanzierung entstehe.

Nehmen wir jedoch trotz dieser Zweifel einen weiteren Aufschwung vom Export her an! Wir nehmen weiter an, daß nach einer gewissen Beruhigung der Weltrohstoffpreise sich für uns die Netto-Austauschrelation wieder verbessert; trendmäßig allerdings werden sich wohl

⁴ Dynamische Wirtschaft, Wien-Stuttgart 1949, S. 133 ff.

⁵ Zeitschrift f. d. gesamte Kreditwesen, 3 (1950), S. 460/1.

die terms of trade aus den bekannten weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen für alle europäischen Industrieländer verschlechtern. Immerhin, bei Voraussetzung weiterer Exportimpulse werden Beschäftigung und Produktion der von der Ausfuhr im weitesten Sinne befruchteten Industrie ansteigen. Ebenso wird das Niveau von Engpässen zu einem Teil angehoben, wobei jedoch immer auf den mangelnden Wettbewerbsmechanismus in der Profitverwendung und in der Weitergabe der Gewinne an die Stellen größter Investitionsdringlichkeit hinzuweisen ist.

1. In einer solchen, durch den Primat des Exports und der Welt-handelskonjunktur gezeichneten Lage würde eine restriktive Kreditpolitik bedeuten, daß sie sich im wesentlichen auf die reibungslose Kreditversorgung des Außenhandelsbereiches im weitesten Sinne beschränkte, d. h. Kreditschöpfung fände per Saldo nur über die Auszahlungen an die Exporteure statt. Die Fortentwicklung des Ganzen würde im übrigen durch die Rate des Ex ante-Sparens (Konsumverzicht der Einkommensbezieher und Gewinnsparen) bestimmt sein. Alle diese Sparmittel werden sich in diesem Fall drängen um Anlage in jenen von der Kreditpolitik ebenfalls bevorzugten Bereichen.

Auf jeden Fall wird bei fortgesetzter Entwicklung in obiger Richtung die Spanne zwischen begünstigten und unbegünstigten Bereichen größer. Da zudem einige in der Vergangenheit expansiv wirkende Faktoren wegfallen, kann mit einer solchen restriktiven Kreditpolitik alles in allem eine Tendenz zu sinkender „wirksamer Gesamtnachfrage“ aufkommen. Das heißt, es besteht keine sichere Gewähr dafür, daß das Beschäftigungsvolumen auf die Dauer am Engpaßniveau bleibt.

2. Um diesen eben gezeigten Gefahren einer primär auf den Export orientierten, im Gesamtergebnis restriktiven Kreditpolitik zu begegnen, erscheint daher ein Kreditvolumen, das so bemessen ist, daß es pari passu mit der weiteren Zunahme der Gesamtproduktion wächst, durchaus erwünscht. Alle Statistiken über die bisherige Relation zwischen aktiver Geldmenge und Gütererzeugung in Westdeutschland zeigen eine eher sparsame, denn zu reichliche Geldversorgung. Die Kreditausdehnung muß sich vollziehen einmal durch den Warenwechsel, eben als Umsatzkredit entsprechend dem steigenden Handelsvolumen. Zum anderen als Investitionskredit nur und ausschließlich für eine begrenzte Zahl solcher Engpaßinvestitionen, die zu einer raschen Beseitigung von Bremsklötzen der Erzeugung führen. Wenn ich den steigenden Umsatzkredit einmal als neutral ansehen darf, so führt die zusätzliche Nachfrage über die Kreditschöpfung für rasch zu beseitigende Engpässe in dem Maße, wie sie die durch die Engpaßbeseitigung gestiegene Produktion übertragt, ihrerseits an anderen Stellen zu neuen

Engpässen. Engpaßgruppe II möchte ich sie nennen. Die hier nötigen Investitionen können nun nicht wiederum mit zusätzlichem Kredit finanziert werden, weil das dann einen kumulativen Prozeß induzieren würde. Die Sekundärengpässe müssen auf Sparmittelbasis aufgelöst werden, entweder durch freiwilliges Konsumsparen, Gewinnsparen oder durch zentrale Mittel, z. B. die Gegenwertkonten. Erst wenn dies geschehen, können neue zusätzliche Kredite für neue Engpaßinvestitionen vom Typus Gruppe I gegeben werden und so fort. D. h. in diesem Gefilde der Engpässe muß die Kreditpolitik gewissermaßen ein junctim schaffen zwischen Kreditausweitung und Nachziehen des Sparvolumens. Die Kreditausweitung muß vorausgehen, um erstens einige Engpässe sofort auszumerzen, um zweitens das Beschäftigungsvolumen an die Engpässe heranzupressen und um drittens neue Engpässe sichtbar zu machen (um gewissermaßen einen „*Pedersen*-Effekt“ auszulösen⁶). Die Förderung des Sparens ist notwendig, um das Plafond erneut und weiter zu heben. Außer den Engpaßinvestitionen Gruppe II sind auch die Investitionen in Entwicklungsgebieten, die erst nach längerer Zeit zu einer Erhöhung der Produktivität führen, auf den Weg der Sparmittelfinanzierung zu verweisen; ebenso sind Kreditschöpfungen für konsumtive Zwecke durch öffentliche Haushalte hier fehl am Platze.

3. Zu den strukturellen Entwicklungsgebieten muß noch folgendes gesagt werden:

Angesichts der Tendenz zum größeren Auseinanderklaffen der Investitionstätigkeit in begünstigten und nicht begünstigten Regionen ist eine Hebung der Ertragserwartungen in den Entwicklungsgebieten notwendig, schon um Gewinnsparmittel aus begünstigten Branchen herüberzuziehen. Öffentliche Arbeiten können hier bei Auftreten neuer Arten von kollektivem Bedarf tonangebend vorangehen. Am besten wäre dabei der Weg, daß der öffentlichen Hand im wesentlichen nur komplementäre Investitionen für private Anlagen zur Aufgabe gemacht würden.

4. Nun zum anderen Teil des junctims: zu der Politik der Förderung des Sparens. Der geringen Sparneigung ist nicht mit Zinserhöhungen — wie ja z. B. *Röpke* vorschlägt — beizukommen. Erstens ist die Unelastizität des Ex ante-Sparens gegenüber Zinsveränderungen genügend nachgewiesen. Zweitens würde eine Zinserhöhung die Investitionstätigkeit für alle Gebiete, die im Schatten stehen, noch mehr benachteiligen und die Spannung zwischen beiden Regionen — ent-

⁶ Prof. Jørgen *Pedersen*, Aarhus, hatte in der Diskussion auf diesen (dritten) Effekt der Kreditexpansion hingewiesen.

sprechend der Kurve der Investitionsanreize — vergrößern. Drittens würde eine Zinserhöhung die Kurse der alten Werte entsprechend fallen lassen, wodurch eine erneute Schädigung des Sparvertrauens einträte.

Jedoch: Die geringe Sparneigung ist nicht ein ausschließlich ökonomisches oder Marktproblem, sondern auch ein politisch-psychologisches. In diesem Dilemma und angesichts des unbestreitbaren Mangels an Sparkapital ertönt dann gewöhnlich und mit Recht der Ruf nach der Kapitaleinfuhr. Über ihren quantitativen Eigeneffekt hinaus würde sie psychologisch eine Erstarkung der internen Spartätigkeit bewirken.

Man kann der Meinung sein, daß wohl jetzt der Moment gekommen sei, in dem man sich diesem Problem wirklich nähern sollte. Dabei ist vielleicht noch nicht an direkte Kapitalimporte zu denken, sondern an Bürgschaften, womit mir hier gestattet sei, ein praktisch-politisches Vorschlagsbeispiel zu geben. Wenn für die Errichtung bestimmter Industrieaggregate in deutschen Entwicklungsgebieten niedrigverzinsliche Schuldverschreibungen ausgegeben würden, deren Schuldendienst von der „Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung“ garantiert wäre und die auf den Inhaber lauteten, so würde das meines Erachtens im deutschen Publikum einen gewaltigen Sparanreiz ausüben. Durch eine solche Konstruktion würde ein sehr großer Teil der psychologischen Unsicherheitsfaktoren, die heute die Spartätigkeit deprimieren, ausgeschaltet werden. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die Satzungen der UNO und die Verträge über den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Handelsorganisation die Verpflichtung zur Vollbeschäftigung bzw. bestimmte Hilfen bei auftretenden Zahlungsbilanzungleichgewichten vorsehen. Deutschland könnte, da ihm diese Möglichkeiten unmittelbar nicht offenstehen, um jene Bürgschaftshilfe nachsuchen unter der Voraussetzung, daß es eine Beschäftigungspolitik in dem dargelegten höchstmöglichen Maße betreibt. Und es könnte dabei betonen, daß es schon angesichts seiner Zahlungsbilanzlage, die ohnehin durch die Vorleistung in der Liberalisierung erschwert ist, diese Bürgschaft braucht, um nicht durch neue unkompensierte Kreditexpansion den Druck auf die Zahlungsbilanz noch zu verstärken.

Ich bin nur der Meinung, daß, wenn der Ruf nach Kapitaleinfuhr ertönt, man zuerst einen Weg gehen sollte, bei dem um die Assistenz des Auslandes erstmal nur zur Steigerung der eigenen deutschen Sparleistung nachgesucht wird. Im übrigen wäre von dem (späteren) Augenblick an, da der Verkauf der verbürgten Papiere ins Ausland erlaubt würde, dann der Fall der effektiven Kapitaleinfuhr gegeben.

III.

Ich habe bisher einige kreditpolitische Maßnahmen angedeutet für eine Volkswirtschaft, die sich auf dem Wege zur Vollbeschäftigung gewissermaßen durch ein Gestrüpp von Hindernissen kreditpolitisch Zug um Zug hindurchzuarbeiten hat. Der Zwang zu dem beschriebenen Dualismus in der Kreditpolitik entfällt, wenn die beiden eingangs definierten Niveaus zusammen oder sehr nahe beieinander liegen, d. h. die Grenzkostenkurven nicht so stark ansteigen und die Volkswirtschaft von unten herauf auf das Vollbeschäftigungsziel hingeführt werden kann. Nur für diesen idealen Fall gilt eine entsprechende global expansive Kreditpolitik, verkoppelt mit generellen Investitionsanreizen. Der vorhin dargezeigte Dualismus tritt jedoch in noch schärferer Form in dem Moment auf, da das Vollbeschäftigungsniveau erreicht ist. Die Kreditpolitik muß dann noch viel betonter unter die Herrschaft des Ex ante-Sparens gestellt werden als in dem vorhin genannten Fall. Treten hier z. B. Nachfrageverschiebungen von einer Ware zur anderen auf und sind entsprechende Produktionsumstellungen und Investitionen nötig, so dürfen die dafür nötigen Kredite nicht größer sein als die gleichzeitig existierende Sparsumme. Geht in diesem Fall die Kreditsumme über das Sparvolumen hinaus, so entsteht der bekannte Geldüberdruck. Es ist stets die Gefahr einer im Zustand der Vollbeschäftigung befindlichen Volkswirtschaft, daß viele der aus Nachfrageverschiebungen resultierenden Investitionsvorhaben irrtümlicherweise als Engpaßbeseitigungen angesehen werden und zu Kreditexpansionen über das Sparvolumen hinaus Anlaß geben. Dies wird nur vermieden, wenn Investitionskredite nur in Höhe der gleichzeitigen Spareinlagenbewegung gegeben werden und ein weiterer Zuwachs des gesamten Kreditvolumens nur noch dann erfolgt, wenn Rationalisierungen vorgenommen worden sind, wobei Rationalisierungskredite selber nur auf Sparbasis gegeben werden dürfen und dann der Rationalisierungseffekt in Gestalt einer Produktionserweiterung eine Ausdehnung des Umsatzkredites erheischt und rechtfertigt.

Erst für diesen Grenzfall der erreichten Vollbeschäftigung gewinnen meines Erachtens alle jene puritanischen Bankreformpläne eine Bedeutung, die die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken vollständig unter das Kommando der Zentralbanken bringen wollen: durch Trennung des Depositen- und Kreditgeschäftes, durch hundertprozentige Reservehaltung in Zentralbankgeld oder ähnliches.

Befindet sich eine Volkswirtschaft in der Unterbeschäftigung und selbst wie in unserem deutschen Fall auf einer Reihe von Engpässen, so sollte man derartige Pläne noch nicht durchführen. Gewiß ist eine stärkere zentrale Kontrolle der Bewegungen des gesamten Kreditvolumens nötig. Auf der anderen Seite sollte eine derartige Politik

gerade in einem tendenziell marktwirtschaftlichen System die vielen spontanen Investitionsanreize nicht zur Gänze an die Leine nehmen und dabei bei plötzlich notwendigen Spitzenentscheidungen allzu leicht völlig abbremsen. Wenn zudem aus bekannten Gründen das Hinüberfließen von Liquidität aus dem Geld- in den Kapitalmarkt erwünscht ist, so muß man auch gewisse Risiken in Kauf nehmen. Um einen konkreten Fall anzuführen: In der Debatte um die Rekonzentration unseres früheren Großbankensystems wird mit Recht hervorgehoben, daß, je stärker die Konzentration, um so größer die jeweiligen Girokreise, um so größer also die Unabhängigkeit der Großbanken in ihrer Krediterschöpfungsfähigkeit würde. (Denn: je größer der Girokreis, um so kleiner wird für die einzelne Geschäftsbank ihr Liquiditätsentzug bei zusätzlichem Kredit.) Ein gewisses Kreditpotential rekonzentrierter Geschäftsbanken scheint mir in dem gesetzten Fall unserer Volkswirtschaft durchaus vertretbar. Zudem wird hierdurch die Manipulierbarkeit durch die Mindestreservebestimmungen nicht als solche aufgehoben. Gerade in einem anerkannten Zustand der Labilität des Publikums und der schnellen Für- und Wider-Reaktionen sind die Entscheidungen des Zentralbanksystems in erster Linie von hervorragender psychologischer Bedeutung. Nach Tische wird dann sehr oft festgestellt, daß die Anstöße vielfach durch andere, neu auftauchende Kräfte kompensiert oder korrigiert wurden. In einem solchen Zustand, in dem das Zentralbanksystem schnell und scharf reagieren muß, scheint ein gewisses Kreditschöpfungspolster der Geschäftsbanken durchaus angebracht. Bei einer Kreditpolitik, die unter dem Druck der geringen spontanen Sparneigung steht und diese mit allen Mitteln zu beleben sucht, ist — man gestatte mir den Ausdruck — die *propensity to deflate* immer leicht größer als die *propensity to inflate*. Ein Gegengewicht erscheint für die rechte Balance am Platze. Das muß — wie gesagt — aufhören in dem harten Klima einer wirklich erreichten Vollbeschäftigung. Dann muß die strengste Parallelität in den Kreditentscheidungen des Zentralbanksystems und der Geschäftsbanken gewährleistet sein. Dann hat auch für die globale und zentrale Bestimmung der kreditpolitischen Grenzen ein periodisches *Nationalbudget* als rohe Vorausbestimmung des Kreditrahmens seinen Sinn.

Nun kann bekanntlich einer Politik der Erreichung und Sicherung des Vollbeschäftigungsniveaus das schwere Hindernis des permanenten *Zahlungsbilanzungleichgewichts* entgegentreten. Ich will der außenwirtschaftlichen Problematik der Vollbeschäftigung nicht bis ins Einzelne nachgehen, weil das noch einem anderen Referat vorbehalten ist und sie auch von mir bei dem deutschen Fall gezeigt wurde. Der Idealfall ist unzweifelhaft folgender: Die Proportionierung

der in der heimischen Volkswirtschaft vorhandenen produktiven Kräfte ist so gestaltet, daß bei Beschäftigung aller Produktionsfaktoren Gleichgewicht zwischen Export und Import an Waren und Dienstleistungen herrscht. Es besteht aber keine Zwangsläufigkeit, die diesen Punkt automatisch erreichen läßt. Wir kennen die vielen Fälle, in denen auch bei variierendem Wechselkurs die durch die Vollbeschäftigung geäußerte Gesamtnachfrage nicht über den Import befriedigt werden kann. Dann ergibt sich die Alternative: Preiskontrolle und Einfuhrbeschränkung mit oder ohne Währungskorrekturen, oder aber Reduzierung der binnenländischen Gesamtnachfrage, d. h. Absenkung des Beschäftigungsstandes bis zu dem Gleichgewichtspunkt. Es ist unzweifelhaft eine stark politische Frage, welchem System — dem Vorrang des binnen- oder des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts — man den Vorzug gibt. Auf jeden Fall ist dies Dilemma besonders gegeben bei allen Ländern, die als Kriegsfolgen schwere strukturelle Schäden erlitten haben und die vor der Aufgabe stehen, ihre Lebensfähigkeit wieder herzustellen.

Kehren wir zu dem Fall der Unterbeschäftigung auf Engpaßniveau zurück. Wenn auch bei nur langsamer Anhebung desselben und bei ruhiger Inlandspreisbewegung ein dauerndes Zahlungsbilanzungleichgewicht herrscht, so müssen wir zu dem Schluß gelangen, daß der Wechselkurs dann zu ändern sei. Ist das aus politischen Gründen unmöglich, so müßten einfuhrselektive Maßnahmen Platz greifen, wenn nicht — wie gesagt — sparfördernde Faktoren großen Umfanges eventuell in Verbindung mit Kapitaleinfuhren auftreten. Eine Wechselkursänderung würde den kreditpolitischen Spielraum erweitern. Aber keineswegs wäre durch kredit- und währungspolitische Maßnahmen die Lebensfähigkeit einer Volkswirtschaft als solche völlig wiederherzustellen.

Ich möchte zum Schluß noch auf eines hinweisen:

*Lundberg*⁷ hat sehr schön aufgedeckt, daß das ganze Kreditproblem auch von der technisch-ökonomischen Gestalt der Investitionsobjekte abhängig sei: handle es sich um langdauernde Anlagen, etwa um public utilities oder auch um Exportindustrien, deren gütermäßiger Ertrag sich erst nach längerer Zeit in der eigenen Volkswirtschaft niederschlage, dann stände kreditpolitisch das Problem des Spardefizits im Vordergrund (Modell *Hayek*). Würden dagegen in der betreffenden Volkswirtschaft und in der vorliegenden Phase konsumnahe Anlagen aller Art bevorzugt, so sei die Hochhaltung des Einkommens wichtig (Modell *Keynes*). *Lundberg* zeigt bei vergangenen Konjunkturverläufen in Deutschland und in USA vor der Großen Depression, daß

⁷ *Studies in the Theory of Economic Expansion*. London 1937, S. 255 ff.

sich hier mal der eine, mal der andere Investitionstypus im Vordergrund befunden habe. Wir wissen, daß eine entsprechend nicht adäquate Kreditpolitik dann den Umbruch herbeigeführt hat. Heute stehen in Deutschland beide Investitionsaufgaben zu gleicher Zeit auf der Tagesordnung. Sie konkurrieren miteinander und müssen zusammen bedacht werden. Auch deswegen müssen bei beiden entsprechenden kreditpolitischen Konzeptionen Anleihen gemacht werden — wobei sich der Anleihenehmer darüber im Klaren sein muß, daß die Kombinationsmöglichkeit beider auf einen scharf umgrenzten Raum beschränkt ist; d. h. daß die Kreditpolitik bei einer Überschreitung dieser Grenzen, nach der inflatorischen wie nach der deflatorischen Seite hin, dann sehr bald ihre Funktionen als verkehrswirtschaftliches Steuerungsmittel einbüßt. Dieses ist allerdings nur eine andere Formulierung dafür, daß der Weg zur Vollbeschäftigung kreditpolitisch durchaus aus einer Gratwanderung gleichkommt.

Prof. Dr. *Wessels* (Köln): Ich danke Herrn Kollegen *Schiller* für sein Referat. Das Wort hat nun Herr Prof. *Koch* zu seinem Referat über das Thema:

Vollbeschäftigung und Finanzpolitik

Prof. Dr. Woldemar *Koch* (Berlin):

Meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, eine Quersumme dessen zu ziehen, was wir im Laufe der letzten 15—20 Jahre hinzugelernt haben, und ich werde sodann zeigen, welche fiskalischen Maßnahmen im Sinne einer Vollbeschäftigungspolitik unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen Situation angemessen sind. Ich werde sorgfältig zwischen den einzelnen Arten der Arbeitslosigkeit unterscheiden und die spezifische Beziehung der Finanzpolitik zu ihnen darlegen.

Ich darf vorwegnehmen, daß es eine Methode gibt, die unter allen Umständen bei jeder Art der längerfristigen Arbeitslosigkeit zum Ziele führt. Diese Methode besteht einerseits in einer Erhöhung des öffentlichen Aufwandes und andererseits in einer Erhöhung der Steuereinnahmen um einen Betrag, der genau der durch den öffentlichen Aufwand bedingten Erhöhung des Volkseinkommens entspricht. Diese Methode ist stets anwendbar. Wenn durch eine Erhöhung des öffentlichen Bedarfs, grob schematisch ausgedrückt, die Summe der auszahlenden Löhne um 10 % steigt, so genügt zur kaufkraftmäßigen Kompensation dieser Erhöhung eine Erhöhung einer universalen Einkommensteuer beiläufig um 9,09 %. Hierbei nehme ich an, daß die zu-

sätzlichen Löhne vollständig für Verbrauchszwecke verwendet werden. Diese Methode ist mit der Stabilität des Preisniveaus vereinbar; sie führt in keiner Weise zu inflatorischen Entwicklungen. Es gibt auch bestimmte Situationen, in denen diese Methode angemessen ist, etwa bei einer Erhöhung der Rüstungsausgaben. Es ist in der Tat so, daß eine Zunahme des spezifischen öffentlichen Aufwandes, die nicht durch eine Umdisposition der Arbeitskräfte, sondern durch eine Zunahme des Beschäftigungsvolumens güterwirtschaftlich realisierbar ist, im Prinzip ohne inflatorische Maßnahmen durchgesetzt werden kann.

Wir wenden uns zunächst dem *Keynesschen* Modell der Arbeitslosigkeit zu. Dieses Modell ist allen wohlbekannt; es ist charakterisiert durch eine tendenzielle Überflügelung der Investitionen durch Sparen, oder genauer gesagt dadurch, daß bei einer Zunahme des Beschäftigungsvolumens die geplanten Investitionen kleiner sind als die geplanten Ersparnisse. Für dieses Modell gibt es eine große Anzahl von finanzpolitischen Lösungen. Es ist nicht so, daß man eine Maßnahme, die den Beschäftigungsgrad erhöht, eben nur aus diesem Grund durchführen müßte. Vielmehr ist ein sehr weiter Spielraum bei der Wahl zwischen den verschiedenen Methoden gegeben, und es kommt darauf an, welche die beste ist. Man muß die Kriterien der Wahl präzisieren.

Die eine Lösungsmöglichkeit ist gekennzeichnet durch eine Variation des öffentlichen Aufwandes und bzw. oder des Besteuerungsniveaus¹. Man kann die wirksame Nachfrage hierbei entweder dadurch steigern, daß man den öffentlichen Aufwand erhöht und sodann den sekundären Wirkungen der Einkommensverausgabung einen freien Spielraum läßt, ohne die Steuersätze zu variieren, oder umgekehrt dadurch, daß man zwar den öffentlichen Aufwand auf gleichem Niveau hält, aber das Niveau der Besteuerung senkt. Beide Wege führen zum Ziel. Sie sind mit einem Haushaltsdefizit verknüpft, aber der Weg über die Änderung der Steuersätze ist unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten schlechter, während er vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus vorzuziehen wäre. Bei gleich großem Defizit erreicht die zweite Methode einen geringeren beschäftigungspolitischen Effekt als die erste; das hat seinen Grund darin, daß die Reduktion der Steuersätze sich ausschließlich auf die Zunahme der privaten Gesamtnachfrage stützt, die Erhöhung der Staatsausgaben dagegen außerdem primär auf die Erhöhung der öffentlichen Nachfrage nach Arbeitskräften. Die angedeu-

¹ Die klarste Darstellung der Zusammenhänge findet sich bei Robert L. *Bishop*: *Alternative Expansionist Fiscal Policies: A Diagrammatic Analysis, in Income, Employment and Public Policy. Essays in honor of Alvin H. Hansen.* New York 1948.

ten Verfahren bilden die bekanntesten Typen der fiskalischen Beschäftigungspolitik.

Die zweite Lösung besteht in der sogenannten Redistribution der Einkommen. Sie bedeutet letztlich dasselbe wie das Finanzsystem, das vor 70 Jahren Adolph *Wagner*, allerdings unter anderen Gesichtspunkten und aus einer anderen Zielsetzung heraus, entwickelt hat. Die Redistribution stützt sich auf den *Keynesschen* Satz über die Beziehung zwischen der Höhe des individuellen Einkommens und der Verbrauchsneigung: einem höheren Einkommen entspricht eine geringere propensity to consume als einem kleineren, infolgedessen kann ein beschäftigungspolitischer Effekt durch Reduktion der höheren Nettoeinkommen und Zuwachs der kleineren Nettoeinkommen erreicht werden. Unter Nettoeinkommen ist zu verstehen das Markteinkommen abzüglich der Steuern und zuzüglich der Unterstützungen. Dieser Weg bedingt nicht notwendigerweise ein Haushaltsdefizit, er ist also unter fiskalischen Gesichtspunkten gut. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kommt es für die Beurteilung der Redistribution ausschließlich auf die langfristige Prognose der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an. *Keynes* glaubte, daß auf weite Sicht die privaten Investitionsgelegenheiten seltener oder von geringerer Bedeutung für die Volkswirtschaft werden würden, während das Sparen mit zunehmendem Gesamteinkommen überproportional steigen würde. Trifft diese Hypothese zu, so müßte ein langfristiges Mißverhältnis zwischen den Investitionsgelegenheiten und den Sparneigungen und infolgedessen ohne besondere staatliche Maßnahmen eine stagnierende Arbeitslosigkeit entstehen. Trifft diese Annahme zu, dann verlieren die hohen Einkommen ihren volkswirtschaftlichen Sinn, sofern dieser Sinn im Sparen besteht; dann sind sie unter sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr legitim. Man könnte dann schließen, daß es volkswirtschaftlich wohl begründet ist, die höheren Einkommen zu reduzieren und die geringeren Einkommen auf dem angedeuteten Wege durch eine Umgestaltung der Besteuerungsverfahren und durch Zuschüsse zu erhöhen. Der Weg führt zu einer Nivellierung der Einkommen. Ist die *Keynessche* Hypothese unbegründet, dann ist die Nivellierung volkswirtschaftlich gefährlich, und zwar deshalb, weil sie Änderungen der Wirtschaftsordnung veranlaßt, die nicht im Wesen der Sache selbst begründet sind.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Redistribution der Einkommen sei noch ein Wort der Redistribution der Vermögen gewidmet. Die Vermutung liegt nahe, daß die Art der Vermögensverteilung für den Beschäftigungsstand von Bedeutung ist. Doch ist es nicht sicher, ob einer nivellierten Vermögensverteilung ein höheres oder ein geringeres Beschäftigungsvolumen entspricht. Wohl halte ich es für wahrschein-

lich, daß die Änderung der Vermögensschichtung als solche konjunkturpolitisch wesentlich ist. Die Vermögensumschichtung an und für sich dürfte eine erhöhte Neigung zur Investition und daher zur Mehrbeschäftigung zur Folge haben. Nun kann man ja eine Umschichtung der Vermögen unter beschäftigungspolitischem Aspekt nicht als Selbstzweck betreiben. Wenn aber eine solche Umschichtung ohnehin notwendig ist, so muß man die entsprechenden konjunkturpolitischen Folgen sorgfältig in Erwägung ziehen. Das gilt besonders bei der Lage, in der sich Westdeutschland befindet, für den Fall des Lastenausgleichs, der ja bei verschiedener Methodik jedenfalls eine Vermögensumschichtung zur Folge hat.

Nun kommen wir zur dritten finanzpolitischen Grundmethode, der Manipulation des Beschäftigungsvolumens. Es handelt sich um den Erwerb von Schuldtiteln, sei es von öffentlichen, sei es von privaten durch den Fiskus, und zwar unter Einschaltung des Banksystems. Dieses ist nun im w. S. d. W. das, was man unter Offen-Markt-Politik versteht. Hier knüpft die Finanzpolitik an die Liquiditätsfunktion an. Wir wissen, daß auch dieser Weg gangbar ist, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen zum gewünschten beschäftigungspolitischen Ergebnis führt.

Wir wenden uns nunmehr der letzten Methode zu, die man nur schwer mit wenigen Worten umreißen kann. Es handelt sich um ein Konglomerat von verschiedenen speziellen Lösungen, die darauf hinauslaufen, Präferenzen und Diskriminierungen im Bereich der Besteuerung zu schaffen, allerlei Subventionen zu gewähren, Sondersteuern einzuführen und dergleichen. Die Methode der Präferenzen und Diskriminierungen stützt sich darauf, daß es für die Entscheidungen der Individuen nicht auf die Bruttopreise und die Bruttoerträge ankommt, sondern auf die Nettopreise und die Nettoerträge. Diese letzteren können von den ersteren um den Betrag einer steuerlichen Diskriminierung, steuerlichen Begünstigung oder Subvention differieren. Man kann auf jede Variable, die für die *Keynessche* Arbeitslosigkeit bestimmend ist, durch diese Methode einwirken. Wir erwähnen die Investitionen der privaten Haushalte — das bekannteste Beispiel bilden die Ehestandsdarlehen —, sodann die Investitionen der Betriebe. Letztere unterliegen auf mannigfaltigen Wegen, die schon seit 1933 beschritten wurden und die auch in der Gegenwart bekannt sind, der Beeinflussung: Bewertungsfreiheit, Begünstigung jener Gewinne, die in Betrieben für Investitionen Verwendung finden, steuerliche Bevorzugung bestimmter Investitionsarten. Wir nennen fernerhin die Begünstigung bestimmter Formen der Vermögenshaltung. Die Verfahren sind zahlreich, gegenwärtig werden bestimmte Formen des Sparens steuerlich prämiert. Man kann sich der Diskriminierung und Prämi-

ierung in beliebigem Maße bedienen. Ich möchte noch hinzufügen, daß man die gleiche Methode auch auf außenwirtschaftliche Beziehungen anwenden kann, sei es nun im Sinne einer Erschwerung der Einfuhr oder im Sinne der Begünstigung der Ausfuhr, in beiden Fällen mit dem Ziele, den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Auch dieses ist ja längst bekannt. Der erste, der mit richtigem Gefühl für die konjunkturellen Zusammenhänge die Methode des Zolls empfohlen hat, war meines Wissens *Bismarck*. Die Einführung des allgemeinen Schutzzolls im Jahre 1879 wurde mit dem Hinweis auf die Depression motiviert.

Ich möchte noch einige Worte zur Beurteilung der Präferenzen und Diskriminierungen einfügen. Sie sind bei den Praktikern sehr beliebt. Die Gründe sind mannigfaltig; sie sind psychologischer Art insoweit, als es sich um steuerliche Begünstigungen handelt. Diese Begünstigungen schlagen sich nicht sichtbar in den öffentlichen Haushaltungen nieder. Man kann nicht ohne weiteres erkennen, welche Summen für sie aufgewendet worden sind, und aus diesem Grunde begegnen sie auch nicht in dem gleichen Maße wie Subventionen der öffentlichen Kritik. Es kommt aber noch ein anderer Grund hinzu, der für die Methoden der Präferenzen schlechthin gilt: sie ist haushaltspolitisch weniger bedenklich; sie führt nicht zwangsläufig zu einem Haushaltsfehlbetrag. Wenn es gelingt, sei es durch steuerliche Vergünstigungen, sei es durch Zuschüsse und Subventionen, die Investitionsbereitschaft zu erhöhen, so ist es sogar denkbar, daß damit ein Haushaltsüberschuß zustande kommt. Im Prinzip ist die Methode also fiskalisch gesehen günstig zu bewerten; vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus halte ich sie trotz aller Rationalisierungsmöglichkeiten für bedenklich. Der erste Grund dafür ist der, daß der wünschenswerte Maßstab für die Einräumung der Begünstigungen und der wünschenswerte Maßstab für die Zuteilung von Steuerlasten nicht kongruent sind. Die Gesichtspunkte sind eben grundverschieden. Das beste Kriterium für die Bemessung der Steuern ist die Leistungsfähigkeit, und das beste Kriterium für die Begünstigungen ist zwar in jedem Einzelfall verschieden, aber offenbar niemals das der steuerlichen Gerechtigkeit. Es hat sich bei den vielen Präferenzen, die wir seit 1933 gehabt haben, immer wieder gezeigt, daß die beschäftigungspolitisch zweckmäßigen Begünstigungen eben gerechtigkeitspolitisch schwer haltbar waren. Ich knüpfe an ein bekanntes und naheliegendes Beispiel aus der Vergangenheit an. Es wäre außerordentlich leicht, aus dem Erfahrungsschatz der Gegenwart weitere Beispiele zu nennen. Bei der steuerlichen Begünstigung der Hausgehilfinnen war der Nettolohn, den die Arbeitgeber mit hohem Einkommen zu zahlen hatten, kleiner als der Nettolohn, den die Arbeitgeber mit niedrigerem Einkommen tragen mußten, und zwar eben deshalb, weil in der Höhe der Begünstigung

unmittelbar die Methode der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit (Progression!) zum Ausdruck kam. Je kleiner das Arbeitgebereinkommen, um so geringer die steuerliche Präferenz, um so höher wird der Nettolohn, den der Begünstigte zu zahlen hat. Eine sehr seltsame Konsequenz. Die Folge läßt sich allerdings ausschalten, man muß nur den wünschenswerten Maßstab für die Begünstigung völlig von dem Maßstab, der der Besteuerung zugrunde liegt, loslösen. Das ist möglich bei den Hausgehilfinnen, weil es genügt, eine bestimmte Quote des Lohnes vom Nettosteuerbetrag des Arbeitgebers abzusetzen. Bei der Begünstigung des liquiden Sparens, wie sie in der Gegenwart eingeräumt wird, genügt es, eine bestimmte Quote des ersparten Betrages vom Steuerbetrag abzusetzen. Auf die letzte Möglichkeit hat Herr Kollege *Jecht* in einem bekannten Gutachten hingewiesen.

Die Inkongruenz zwischen Begünstigungsmaßstab und Leistungsmaßstab ist also ausscheidbar. Eine andere Irrationalität kann aber nicht ausgeschaltet werden. Nehmen wir die Präferenzen zugunsten der Investitionen; gewiß, man kann sie in beliebiger Weise einräumen, man kann sie enger oder weiter begrenzen; ich halte es nicht für undenkbar, daß man eine allgemeine Investitionspräferenz durch eine entsprechende Diskriminierung der Verausgabung für Verbrauchszwecke realisiert. Aber mit der spezifischen Präferenz zugunsten der Investitionen tritt eine andere unerwünschte Folge ein: man leitet zwangsläufig die Investitionen in ein bestimmtes Fahrwasser, man begünstigt die Anlagen im eigenen Betriebe auf dem Wege der Selbstfinanzierung. Während denkbarerweise das Investitionsvolumen durch dieses Verfahren erhöht wird, wird doch zugleich eine Form der Investitionen gefördert, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht die beste ist. Es besteht kaum eine Möglichkeit, diese Folge auszuschließen. Eine allgemeine Begünstigung des illiquiden Sparens ist in bezug auf die Form der Kapitalanlage nicht neutral; bei der heutigen Regelung ist die Anlage bei den Sparkassen zweckmäßiger als die direkte Anlage in Wertpapieren. Ich komme zu dem Resultat, daß die Präferenzmethode nur in Sonderfällen zweckmäßig, aber im allgemeinen wirtschaftspolitisch nicht zu empfehlen ist.

Wenn wir nun die verschiedenen Grundarten, die ich zu überblicken versucht habe, uns nochmals vor Augen stellen, so kommen wir zu einem ganz merkwürdigen Ergebnis: Jene Methode ist volkswirtschaftlich optimal, die haushaltspolitisch die ungünstigste ist. Am besten sind nun einmal die defizitären Verfahren; daneben unter bestimmten, vielleicht wirklichkeitsfremden geschichtlichen Annahmen die Methode der Einkommensredistribution.

Nun haben wir noch zwei Möglichkeiten auseinanderzuhalten: Die Erhöhung des öffentlichen Aufwandes und die Senkung des Steuer-

niveaus. Bekanntlich wurde in den letzten 1½ Jahrzehnten der ersten Spielart der Vorzug gegeben. Dieses ist aus psychologischen und soziologischen Gründen sehr leicht begreiflich. Jede große Änderung in der Wirtschaftspolitik war verknüpft mit einem Regimewechsel; so in den Vereinigten Staaten und in Deutschland im Jahre 1933. Ein derartiger Wechsel des Systems hat zur psychologischen Folge, daß die Massen eine intensive Steigerung der öffentlichen Tätigkeit erwarten, und diese drückt sich am sichtbarsten in erhöhtem öffentlichen Aufwand aus. Volkswirtschaftlich ist, glaube ich, die andere Spielart der Defizitmethode wünschenswerter. Man muß eben ganz klar sehen, daß man zu dem Ergebnis der Vollbeschäftigung sowohl durch die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben als auch durch die Senkung der Besteuerung gelangen kann. Beide Verfahren sind grundsätzlich gleichwertig. Das zweite hat den Vorzug, daß es die Erhöhung des öffentlichen Aufwandes von der suggestiven Kraft des beschäftigungspolitischen Arguments loslöst; diese Trennung muß einmal vollzogen werden. Es ist festzuhalten, daß aus dem *Keynesschen* Anliegen eine Erhöhung des öffentlichen Bedarfs keineswegs deduziert werden darf. Das wäre nur dann anders, wenn es eben keinen anderen Weg gäbe. Ich möchte an diese Deduktion die finanztheoretische Schlußfolgerung anknüpfen, daß man aus den Erwägungen heraus, die mit dem Namen von *Keynes* verbunden sind, keine so tiefgreifenden Umgestaltungen des finanzwissenschaftlichen Systems zu vollziehen braucht, wie man gelegentlich glaubt. Die Lehre vom öffentlichen Aufwand könnte im Prinzip von beschäftigungspolitischen Fragen unberührt bleiben. Die Finanzierungslehre bedarf aber einer grundsätzlichen Umgestaltung in dem Sinne, daß die Wahl der besten Methode so gut wie ausschließlich von beschäftigungspolitischen Überlegungen auszugehen hat.

Die Erkenntnisse, die wir formuliert haben, sind für die Gegenwart insoweit von Wichtigkeit, als die faktischen Voraussetzungen, die ihnen zugrunde liegen, wirklichkeitsnahe sind. Ich halte es für möglich, daß wir im Laufe der letzten Jahre von Zeit zu Zeit eine *Keynessche* Arbeitslosigkeit gehabt haben. Die Investitionschancen waren allerdings sehr günstig, und die Verbrauchsneigung war hoch. Aber die Liquiditätsvorliebe des breiten Publikums, der Sparer im e. S. d. W., war ebenfalls hoch. Es kann sein, daß diese Vorliebe unmittelbar und durch das Medium der Banken zeitweise eine ernste Hemmung für die Ausdehnung der Investitionen und somit des Beschäftigungsvolumens gewesen ist. Ich möchte diese Hypothese nicht stark betonen, aber doch als denkbare Teilerklärung der Arbeitslosigkeit gelten lassen. Indessen ist alle Welt darin einig, daß es neben der *Keynesschen* auch andere Arten der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland gibt. Über die geschichtlichen Vorgänge, denen die Unterbeschäftigung letztlich zuzu-

rechnen ist, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Aber eine theoretisch gültige Erklärung des Phänomens besitzen wir m. E. nicht. Ein historischer Bericht ist keine Modellskizze. Daß wir indessen ein oder mehrere Modelle haben sollten, um der Wirklichkeit gerecht zu werden, sofern das international anerkannte Standardmodell nicht anwendbar ist, dürfte klar sein. Warum widerspricht die deutsche Erfahrung dem *Sayschen* Theorem? Natürlich nur deshalb, weil höhere Beschäftigung für die Unternehmer unvorteilhaft ist. Wieso kann das aber der Fall sein, wenn die *Keynesschen* Gründe (genauer gesagt: die in der „General Theory“ analysierten Gründe) keine hinreichende Erklärung darbieten? Die Antwort kann nur einen Komplex direkter Ursachen angeben: die Lohnverhältnisse. Ich halte es in der Tat für zweckmäßig, die nicht-*Keynesschen* Arten der Arbeitslosigkeit unter Bezugnahme auf das Geldlohniveau und die Geldlohnrelationen zu charakterisieren. Andere Sachverhalte, im besonderen auch der Bestand und der Zuwachs an Realkapital sollten als Bestimmungsgründe der Gleichgewichtslöhne aufgefaßt werden. Die Therapie wird allerdings gerade an die Problematik der Kapitalbildung anzuknüpfen haben. Unsere Auffassung steht nicht im Gegensatz zu den *Keynesschen* Lehren. Sie lenkt nur die Aufmerksamkeit auf Zusammenhänge hin, die seit dem Erscheinen der „General Theory“ in der breiten Öffentlichkeit leicht übersehen werden.

Daß das Niveau der inländischen Nominallöhne, gemessen am ausländischen Lohnniveau, bei gegebenen Wechselkursen und gegebenen Verhältnissen der Arbeitsproduktivität zu hoch sein kann, war selbstverständlich weder *Keynes* noch seinen Nachfolgern unbekannt. Der Sachverhalt läßt sich mühelos in das Bild der „Allgemeinen Theorie“ einordnen: die Anpassung der Volkswirtschaft an die Notwendigkeit des Zahlungsbilanzausgleichs bei starren Wechselkursen und bei starrem Geldlohniveau kann die Entstehung der *Keynesschen* Arbeitslosigkeit erzwingen (etwa durch Erhöhung des Zinsniveaus). Bei freiem Außenhandel, d. h. bei fehlender Devisenbewirtschaftung, kann dieser Vorgang wichtig sein, wie die letzten Jahre der Weimarer Republik gezeigt haben. Aber gerade deshalb, weil wir eben bislang eine Devisenbewirtschaftung haben, ist es zweifelhaft, ob das Verhältnis zwischen dem ausländischen und dem inländischen Geldlohniveau für die Genesis der gegenwärtigen deutschen Arbeitslosigkeit relevant ist. In der Zukunft, bei weit liberalisiertem Außenhandel, mag das anders werden.

Wenden wir uns den Lohnrelationen zu. Bei kollektiver Lohnregelung wird niemand die Möglichkeit bezweifeln können, daß die gesetzten Lohnrelationen den Ausgleich auf den Arbeitsmärkten erschweren. Wie bei den Waren gibt es auch bei der Arbeit nur eine

einzigste regionale und fachliche Kombination von Preisen, die mit dem Gleichgewicht kompatibel ist. Von der Möglichkeit zur positiven Vermutung, daß in einer konkreten Situation Westdeutschlands die Lohnrelationen eine wesentliche unmittelbare Ursache der Arbeitslosigkeit seien, führt freilich ein weiter Weg. Die großen die Lage auf den deutschen Arbeitsmärkten bestimmenden Vorgänge seit 1945 dürften sie indessen nahelegen: Der gewaltige und regional ganz willkürlich verteilte Zustrom von Arbeitskräften, die Bedarfsverschiebungen, die Zerstörung spezifischer sachlicher Produktionsfaktoren (Demontage), die Verkehrserschwerung zu Lasten bestimmter Räume (z. B. Berlin). Die Gewalt dieser Vorgänge hätte in ihren ungünstigen Einflüssen auf die Arbeitsmärkte nur durch eine enorme Kapitalbildung hinreichend gemildert werden können. Die wirkliche Kapitalbildung war aber seit 1948 zwar bedeutend, aber doch begrenzt. Bei dieser Lage ist es fast selbstverständlich, daß die Gleichgewichtsrelationen der Löhne eine extreme Differenzierung aufweisen müssen, namentlich wenn man die administrativen Erschwerungen der Binnenwanderung in Betracht zieht. In vielen Bereichen stünden die Gleichgewichtslöhne vielleicht so tief, daß die Arbeitslosen — unter Berücksichtigung der Unterstützung — die „freiwillige Arbeitslosigkeit“ der Beschäftigung vorzögen. Eine folgerichtige marktconforme Lohnpolitik müßte sich m. a. W. äußerst drastischer Mittel bedienen, um die „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“ zum Verschwinden zu bringen. Schließt man sich diesen Andeutungen an, so muß man allerdings zu dem Ergebnis gelangen, daß Marktconformität keine sozial tragbare Patentmedizin für die Heilung der Arbeitslosigkeit sein kann. Zu empfehlen ist nicht der Angriff auf die unmittelbaren Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern auf die tieferen, die Bedingungen des Gleichgewichts bestimmenden Entwicklungsfaktoren.

Einen dieser Entwicklungsfaktoren vermag die Finanzpolitik wesentlich zu beeinflussen: Die Neubildung von realem Kapital. Diese Kapitalbildung steht mit unserem Problem in einer dreifachen Beziehung: Kurzfristig in der *Keynesschen*: die Produktion neuen Kapitals, d. h. zusätzliche Investitionen, erhöht unmittelbar das Beschäftigungsvolumen. Langfristig ermöglicht höherer Kapitalbestand Vollbeschäftigung bei höherem Reallohnniveau, als es heute erreichbar ist. Schließlich erleichtert stärkere Kapitalbildung die Umstellung der Wirtschaft auf die neuen durch Zuwanderung von Arbeitskräften geschaffenen Verhältnisse und sichert dadurch auf weite Sicht sozial gleichmäßigere Gleichgewichtsrelationen der Löhne.

Wie läßt sich stärkere Bildung von Realkapital erreichen? Ich gehe von folgender Konzeption aus, in der der kreditpolitische Bestandteil mit Rücksicht auf die anderen Referate nur kurz angedeutet ist:

Der Staat betreibt auf weite Sicht eine Politik des niedrigen Zinsniveaus. Er kann sich hierbei verschiedener Methoden bedienen und im besonderen eine Offen-Markt-Politik einschalten. Die Verfahren und die organisatorischen Möglichkeiten sollen uns nicht im einzelnen beschäftigen. Es mag die Feststellung genügen, daß gemäß den neueren Lehren der Kredittheorie eine Zinssenkung möglich ist. Sie würde, was nicht bewiesen zu werden braucht, zusätzliche Investitionen und dadurch einen höheren Beschäftigungsstand induzieren. Welche volkswirtschaftlichen Folgen würden sich hieraus ergeben? Wir haben eine hohe Neigung zum Verbrauch. Die Elastizität unserer Produktion ist begrenzt, im besonderen auch im Bereich der Lohngüter. Die Abhängigkeit zwischen Import und Sozialprodukt ist eng: einem Zuwachs an Volkseinkommen entspricht eine starke Neigung zu zusätzlicher Einfuhr. Künstliche zusätzliche Investitionen würden also unvermeidlich stärkere Tendenzen zur Stärkung des monetären Aequilibriums im Inlande und daher auch im Außenhandel auslösen. Wie sind diese Tendenzen zu paralysieren, ohne auf zusätzliche Investitionen zu verzichten? Auf diese Frage kann nur die Finanzpolitik eine Antwort geben. Die Einkommensbezieher müßten veranlaßt werden, einen Einkommensbetrag, der dem durch zusätzliche Investitionen entstehenden gleich ist, nicht zu verausgaben². Dieses kann durch Begünstigung angestrebt werden. Ich glaube aber nicht, daß dieser Weg viel Erfolg verspricht. Die Psychologie des Publikums ist in den letzten Jahrzehnten zu oft zugunsten des Fiskus belastet worden. Es ist eben so, daß die Sparbereitschaft der breiten Schichten auf Anreize nur schwach reagiert. Wir haben ja neuerdings den Weg zu beschreiten versucht: die Begünstigung bestimmter Formen des Sparens durch Erhöhung der Sonderausgaben ist zugestanden worden. Die Ergebnisse stehen kaum in befriedigendem Verhältnis zum Aufwand an Steuermitteln. Die Unwilligkeit, in illiquider Form zu sparen, hat ihre tiefen Wurzeln in der Geschichte der Zeit, die mit 1914 begann. Es lohnt nicht, die Begünstigungen noch mehr zu steigern, der Ertrag stünde in keinem sinnvollen Verhältnis zu den Kosten. Ich sehe daher nur einen praktisch gangbaren Weg: Erhöhung des Steueraufkommens um einen Betrag, der den Kosten der zusätzlichen Investitionen gleich ist. Diese Methode kann natürlich, falls man hierauf Wert legt, psychologisch verschleiert werden. Man kann den Vorgang, der tatsächlich eine Besteuerung darstellt, auch als solche benennen; es steht aber frei, ihn als Pflichtsparen zu bezeichnen. Wesentlich ist, daß den Steuerzahlern oder Sparern der Verausgabungsverzicht nicht freigestellt

² In diesem theoretischen Kern der Frage stimme ich überein mit Erich Preiser: „Geldschöpfung oder Sparen“ (Jb. f. N. u. St., Bd. 162).

wird. Der angedeutete Weg führt gleichgewichtspolitisch unter allen Umständen zum Ziel.

Nun noch eine letzte Bemerkung. Die Durchführung der zusätzlichen Investitionen bedeutet zusätzliche Einfuhr. In welcher Weise läßt sich der Ausgleich der Handelsbilanz auf höherer Ebene mit den Mitteln der Finanzpolitik fördern? Ich habe nicht die Absicht, dem Thema des heutigen Nachmittags vorzugreifen und begnüge mich mit wenigen Worten. Denkbar wäre die finanzielle Begünstigung jener Exportwaren, die auf Subventionen stark reagieren. Es käme darauf an, die Branchen zu finden, bei denen die Elastizität der ausländischen Nachfrage groß ist. Das würde eine Individualisierung der Subventionen oder steuerlichen Begünstigungen bedeuten. Vom Interessensstandpunkt der eigenen Volkswirtschaft ist diese Lösung die beste. Unglücklicherweise ist sie nur begrenzt vereinbar mit den völkerrechtlichen Regelungen, die gegenwärtig für die Exportförderung maßgebend sind. Insoweit ist der volkswirtschaftlich beste Weg durch internationale Schranken gesperrt.

Ich komme zum Schluß. Vor 70 Jahren hat Carl *Menger* in seinen Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften geschrieben³: „Der Zweck der theoretischen Wissenschaften ist das Verständnis, die über die unmittelbare Erfahrung hinausreichende Erkenntnis und die Beherrschung der realen Welt. . . . Wir beherrschen die reale Welt, indem wir auf der Grundlage unserer theoretischen Erkenntnisse die in unserer Gewalt befindlichen Bedingungen einer Erscheinung setzen und solcher Art diese letztere selbst herbeizuführen vermögen.“ Die Aufgabe der Theorie ist demnach, die Wege zu zeigen, die die Wirtschaftspolitik beherrschen kann. Der wesentliche Fortschritt, den uns die theoretische Entwicklung in den letzten 20 Jahren gebracht hat, ist nun der, daß es gelungen ist, das *Mengersche* Problem erfolgreicher zu lösen als früher. In der Theorie ist es das besondere Verdienst von *Keynes*, die Bedingungen, die für ein bestimmtes Modell beschäftigungspolitisch relevant sind, auf eine kleine Zahl reduziert zu haben. Seine Schüler haben gezeigt, wie diese Bedingungen durch zentrale Entscheidungen beeinflussbar sind. Aber auch unter Voraussetzungen, die der Meister nicht im Auge hatte, lassen sich die Bedingungen der Vollbeschäftigung übersehen, und sie unterliegen dem Einfluß der staatlichen Gewalt. Die unmittelbaren Resultate der Vollbeschäftigung waren hier allerdings anderer Art. Die *Keynessche* Welt ist ja in gewisser Beziehung eine tröstliche, man kann den Beschäftigungsgrad erhöhen, ohne den bisher Beschäftigten wesentliche Opfer aufzuerlegen. Unter den Voraussetzungen, die heute für uns von

³ Neue Ausgabe S. 33.

Interesse sind, liegen die Dinge anders. Es wird wohl möglich, den Beschäftigungsgrad zu steigern und Arbeitslose in den Arbeitsprozeß einzugliedern, aber die unmittelbare Folge dieser Einfügung ist die, daß die bereits in Arbeit befindlichen Personen Opfer auf sich nehmen müssen. Anders geht es nicht.

Auf der letzten großen Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1932 wurde das Problem zur Diskussion gestellt, ob Arbeitslosigkeit Schicksal oder Schuld sei. Ich würde sagen: Arbeitslosigkeit kann zunächst Schicksal sein, auf die Dauer wird sie Schuld.

Prof. Dr. *Wessels* (Köln): Ich danke Herrn Kollegen *Koch* für sein Referat.

Nun bin ich als Verhandlungsleiter in einer schwierigen Situation. Es liegt eine große Anzahl von Wortmeldungen vor. Selbst unter der Voraussetzung, daß alle meine Bitte beachten, zur Sache und nicht länger als zehn Minuten zu sprechen, können wir bis ein Uhr nicht alle Diskussionsredner hören.

Es werden einzelne Diskussionsredner zunächst zu dem gestern behandelten Problem sprechen, weil wir sie gestern nicht mehr hören konnten. Das Wort hat zunächst Herr *Helander*.

Prof. Dr. Sven *Helander* (Stockholm):

Magnifizenz! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie, daß ich zunächst meinen herzlichsten Dank dafür ausspreche, daß ich in dieser traditionsreichen Kreise, dem ich selbst so lange angehört habe, als Gast erscheinen darf.

Wenn ich Ihnen zunächst ein paar Erfahrungen aus Schweden mitteile, so geschieht es nicht, um die Tatbestände selbst zu erwähnen, sondern weil ich glaube, daß ein paar allgemeine Erkenntnisse daraus abgeleitet werden können.

Herr Geheimrat *Weber* hat gestern gesagt, man sollte auch die Erfahrung in Sowjetrußland in die allgemeinen Erkenntnisse einbeziehen, die hier gesucht werden. Ich darf seinen Gedankengang fortsetzen, indem ich hinzufüge: man sollte auch die Erfahrungen in den Ländern, die seit längerer Zeit sozialdemokratische Regierungen gehabt haben, mitberücksichtigen. Das ist in Schweden der Fall. Das Volkseinkommen in Schweden ist in dem letzten Jahrzehnt relativ langsamer gestiegen als in dem vorangegangenen Jahrzehnt, das heißt also, auch

für das neutrale Schweden gilt, daß es voraussichtlich wirtschaftlich weitergekommen wäre, wenn es einen zweiten Weltkrieg nicht gegeben hätte.

Wie ist nun über das Volkseinkommen verfügt worden? Es ist an Hand der vorliegenden Statistiken festzustellen, daß die private Konsumtion und die private Kapitalbildung sich relativ langsamer entwickelt haben, als das Volkseinkommen gestiegen ist. Dagegen ist die öffentliche Konsumtion und vor allem die öffentliche Kapitalbildung überproportional gesteigert worden, verglichen mit der Steigerung des Volkseinkommens. Wir können das ohne weiteres in Zusammenhang stellen mit der Tatsache, daß sozialdemokratische Regierungen in Schweden die Herrschaft gehabt haben. Das sei hier festgestellt, ohne irgendeine politische Bewertung, nur als Feststellung einer Tatsache.

Es ist der öffentliche Sektor stark gesteigert worden auf Kosten des privaten Sektors. Wenn nun etwa kritisch angeführt worden ist, die geführte Steuerpolitik wäre so, daß die private Kapitalbildung darunter leiden müßte, so wurde von sozialdemokratischer Seite geantwortet: das tut nichts, wir benutzen Steuergelder für öffentliche Investitionen, wir sorgen dafür, daß die öffentliche Kapitalbildung so groß wird, daß der Gesamtbedarf an neuem Kapital trotzdem gedeckt wird. Die Investitionskontrolle ist nun so stark, daß nicht nur die öffentliche Kapitalinvestition dabei berücksichtigt wird, sondern alle Erweiterungsbauten der Fabriken, ja sogar die Wochenendhäuser werden mit einbezogen in die Investitionskontrolle. Es ist mir gesagt worden, daß in Deutschland heute ein Neureicher sich ein Luxushaus bauen lassen könnte; das ist in Schweden ausgeschlossen.

Nun aber die allgemeine Erkenntnis, die daraus abzuleiten wäre: Ich glaube, daß das, was als wirtschaftspolitische Tatsache festgestellt ist, etwas mehr ist als bloße Tatbestände, die man zur Kenntnis nimmt; wir müssen vielmehr hierbei auch die allgemeinen wirtschaftspolitischen Erkenntnisse theoretisch bewerten. Es ist also so, daß die *Keynesschen* Begriffe von Konsumneigung, Sparneigung und Investitionsneigung alles Erscheinungen sind, die bei den einzelnen Individuen hervortreten, und hier sehen wir, daß die geführte Wirtschaftspolitik mit entscheidend wird für die Gesamtgröße der Kapitalinvestition, die Gesamtgröße der neuen Kapitalbildung usw., so daß ich glaube, daß wir hier die teilweise noch auszubauende Theorie der Wirtschaftspolitik mit einspannen müssen, um zu diesen allgemeinen Erkenntnissen zu gelangen, was im gesamten Wirtschaftsleben an Kapitalneubildung und Kapitalinvestitionen sich tatsächlich entwickelt, unter dem Einfluß nicht allein der vielen einzelnen, sondern unter dem Einfluß auch der Wirtschaftspolitik.

Ich glaube, daß gerade auf diesem Gebiete alte Traditionen der deutschen Nationalökonomie mit verwertet werden sollten, wobei gerade die Wirtschaftspolitik und deren Bedeutung für das Wirtschaftsleben in Deutschland stärker berücksichtigt worden ist als in den angelsächsischen Ländern. Hier können wir das auch für das Problem der Verwendung des Volkseinkommens klar sehen.

Nun das Problem der Vollbeschäftigung. Ja, die Vollbeschäftigung ist in Schweden längst überwunden. Eine Überbeschäftigung ist da, und diese hat nun ihre sehr ernstesten Konsequenzen; das klingt vielleicht etwas eigenartig. Die Unternehmer sind darauf angewiesen, sie müssen die Arbeiter nehmen, wie sie sind. Wenn sie unregelmäßig zur Arbeit kommen, können sie sie deswegen nicht entlassen, und das wissen die Arbeiter. Eine Überbeweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt ist hervorgetreten, die die Folge hat, daß die jüngeren Arbeiter besonders immer wieder sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Markt suchen, und diese Überbeweglichkeit ist so stark hervorgetreten, daß man genau nachweisen kann, daß das Volkseinkommen darunter gelitten hat.

Das sind Probleme, die gegenwärtig in Deutschland nicht aktuell sind, aber man sollte diese Probleme für die Zukunft doch nicht unberücksichtigt lassen, auch wenn ich genau weiß, wie schwierig die Probleme der Gegenwart in Deutschland sind, trotz der Entwicklung, die jetzt in Deutschland vorliegt mit dem recht starken Rückgang der Arbeitslosigkeit trotz des gewaltigen Ausmaßes des Flüchtlingsheeres, was im Auslande durchaus anerkannt worden ist. Das kann ich Ihnen bestätigen aus der Diskussion mit hervorragenden Personen in Schweden! Man weiß, daß hier in Deutschland etwas ganz Außergewöhnliches geschehen ist, was mit größtem Interesse auch im Auslande verfolgt wird, und das ist vielleicht doch eine Erkenntnis aus dem Auslande, die für Sie auch wichtig ist.

Dir. Dr. *Kausch* (Frankenthal):

Meine Damen und Herren!

Ich glaube, ich bin in diesem Kreise von Gelehrten der zweite Unternehmer, der spricht, und ich fürchte, daß meine Ausführungen für Sie nur psychologisches Interesse haben. Trotzdem wage ich es, hier zu sprechen, erstens, um hier zum Ausdruck zu bringen, daß die Unternehmerschaft in vielleicht kleinen, aber doch nicht unentscheidenden Teilen auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft Wert legt. Ich bin der Überzeugung, daß vielleicht viele Unternehmer Interesse dafür haben werden, was wir in der Praxis Grundlagenforschung nennen. Die Methodologie der Naturwissenschaften liegt dem In-

dustriellen näher. Die Schwierigkeiten methodologischer Art, die wir in den Fragen der Wirtschaft haben, drücken sich in einem mangelnden Verständnis der Unternehmer für wissenschaftliche Abstraktionen aus. Diese Eigenart des Unternehmerdenkens müssen die Wissenschaftler kennenlernen, und der Unternehmer muß sich umgekehrt daran gewöhnen, daß Grundlagenforschung in unserem Gebiet mit Abstraktionen getrieben wird.

Zur Sache selbst. Wenn man sich die Ausführungen insbesondere unseres ersten Referenten, Herrn Prof. *Schneider*, vor Augen führt, dann sagt man als Mann der Praxis ungefähr folgendes: es scheint in der Wissenschaft erkannt zu sein, daß *Keynes'* Lehren zeit- und raumbedingt waren. Die Deflation von 1931 war m. E. exogen durch die Goldhortung in Amerika bedingt. Auf alle Fälle hat *Keynes* aus einer bestimmten Situation heraus argumentiert. Herr Hitler, in Wirklichkeit Schacht, hat von 1934 ab auch *Keynessche* Theorien vertreten, und er hat damit Erfolg gehabt. Wir sind nach dem, was von 1936 ab gefolgt ist, besonders nach dem Abgang von Schacht, etwas am neuralgischen Punkt, wenn wir von *Keynesschen* Theorien sprechen. Wir haben das Gefühl, daß diese an sich ja durchaus liberale wirtschaftliche Auffassung sehr schnell in eine zentral geleitete Wirtschaftsordnung hinüberleiten kann, schon aus der Tatsache heraus, daß man sehr rasch aus der Vollbeschäftigung in die Überbeschäftigung kommt, das Realinkommen sinkt und dann die Freiheit untergeht. Ich habe mich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsentwicklung seit dem 20. 6. 1948 beschäftigt und meine folgendes: unsere Arbeitslosigkeit von 1½ Millionen Menschen rührt aus nichts anderem, als daß wir trotz *Erhards* Bejahung diesen Automatismus in wesentlichen Punkten nicht in Kraft gesetzt haben, z. B. nicht in der Kredit- und Wohnungswirtschaft, obwohl wir uns darüber klar sind, daß die Freigabe der Wohnungswirtschaft hunderttausenden von Arbeitslosen Beschäftigung bringen würde. In der Geld- und Kreditwirtschaft ist ungeheuer gesündigt worden; das Geld ist in ganz falsche Kanäle geflossen, und ich könnte an verschiedenen Beispielen zeigen, daß der Automatismus durchaus nicht auf die Probe gestellt worden ist.

Ich bin mit der *Keynesschen* Theorie einverstanden, wenn die Elemente gegeben sind, um mit ihr zu arbeiten. Wenn der Zinsfuß für die Bauwirtschaft zu hoch ist, dann würden sich übermäßige Mieten ergeben. In besonderen Situationen muß man mit wirtschaftspolitischen Mitteln eingreifen; aber zuerst müssen die marktwirtschaftlichen Grundlagen geschaffen werden. Alle, die das nicht einsehen, sind in einer gefährlichen Nähe der zentral geleiteten Wirtschaft und müssen bedenken, daß diese zuletzt den Untergang der Freiheit bedeutet.

Prof. Dr. Günter *Schmölders* (Köln):

Ich möchte nur kurz zu dem Thema „Vollbeschäftigung und Finanzpolitik“ sprechen. Das, was Herr Prof. *Koch* vorgetragen hat, kann, glaube ich, in seinen Grundzügen in jeder Beziehung gebilligt werden; es ist aber nötig, dem Referat insofern eine Ergänzung zu geben, daß man gewissermaßen eine grundsätzliche Frage „vorschuhen“ müßte nach der spezifischen Eignung finanzwirtschaftlicher Methoden für die Förderung der „Vollbeschäftigung“. Die Entscheidung darüber könnte man in Analogie zu dem Gedankengang des ausgezeichneten Vortrags von Herrn *Schneider* mit der Alternative bezeichnen, ob es sich dabei um die makro- oder um die mikroökonomischen Mittel handeln soll. Bezüglich der erstgenannten, der makroökonomischen Methoden, ist es wichtig, sich einmal an die Konsequenzen zu erinnern, die sich ergeben würden, wenn wir die Dinge so leicht nehmen würden, wie dies von der amerikanischen Fiscal Theory gelegentlich geschehen ist. Ich habe in der kleinen Broschüre „Vollbeschäftigung — durch Geldschöpfung und Haushaltsdefizit?“, die ich einigen der Herren vorher zugeschickt habe, wenigstens auf einige dieser Lehrmeinungen hinweisen können, wie sie von Abba P. *Lerner*, Alwin H. *Hansen* und Donald B. *Marsh* sowie einer Reihe weiterer Makroökonomisten im *Keynesschen* Sinne vertreten werden und in dem bezeichnenden Satze gipfeln, es sei letzten Endes ganz überholt, Steuern zu erheben, bloß weil der Staat Geld brauche, denn dieses könne er sich ja jederzeit in beliebiger Menge drucken; Steuern sollen nach *Lerner* und *Marsh* nur noch erhoben werden, um die zirkulierende neugeschaffene Kaufkraft von den Stellen abzusaugen, an denen sie nach der Meinung der Plankommission überflüssig oder gar schädlich ist. Gegen dieses Projekt, die Geld- und Finanzpolitik dem Ziel der Vollbeschäftigung mit makroökonomischen Mitteln in derart drastischer Weise unterzuordnen, müssen wir, glaube ich, ganz erhebliche Bedenken anmelden: wird doch dabei die spezifische Eigenart der öffentlichen Finanzwirtschaft übersehen, die ja heute, bei einer Annäherung des prozentualen Anteils der öffentlichen Hand am Volkseinkommen an 40—50 v. H., langsam etwas ins Blickfeld der ökonomischen Theorie gerückt ist, die sich bisher so wenig mit ihr beschäftigt hat. Es ist doch einfach so, daß die Finanzwirtschaft ihre eigenen Gesetze hat und nach ihren eigenen Methoden behandelt und betrachtet werden muß, die in vielen Beziehungen mit dem makroökonomischen Konzept gänzlich unvereinbar sind.

Ich möchte mich dabei auf drei kurze Fragestellungen beschränken. Einmal zum Haushaltsplan. Wir haben jetzt das große Werk von K. *Heinig* über das Budget, und ich habe mich gefreut, festzustellen, daß *Heinig* ganz orthodox an den „Grundsätzen des Haushaltsplans“

festhält, wie sie in der Finanzwissenschaft und Finanzpraxis gelten. Dazu gehört nicht nur der Grundsatz der „Vorherigkeit“, sondern auch der der Jährlichkeit des Budgets, und es ist interessant, zu sehen, welche Begründung sich dafür ergibt. Der Haushaltsplan einer öffentlichen Körperschaft ist eben nicht etwas, was man nach dem Konzept eines „Brain Trust“ auf eine ganze Konjunkturperiode ausdehnen und dann hoffen könnte, er werde seine Aufgabe genau so über eine Konjunkturperiode von sechs bis sieben Jahren erfüllen wie bisher für ein Haushalts- oder Kalenderjahr. Unsere zweifelnde Frage ist dabei zunächst die: ist unsere Konjunkturerkenntnis wirklich schon so weit, daß sie *ex ante* sagen kann: die zur Zeit auf dem und dem Punkt der Kurve befindliche Konjunktur nimmt den und den Verlauf, sie geht in drei, fünf oder sieben Jahren zu Ende? Ich möchte sagen, das ist für mein Gefühl von der Theorie durchaus noch nicht geleistet und am wenigsten von der *Keynesschen* Theorie; aber erst wenn wirklich die „*ex ante*“-Beurteilung der Wirtschaftslage gelänge, die Konjunkturdiagnose und -prognose, könnte man daran gehen, ein so umfassendes Ordnungsprogramm, wie es ein öffentlicher Haushalt ist, darauf einstellen.

Weiter: Wozu ist denn der Haushaltsplan da? Es wäre ja schön — und wir begegnen hier einem Utopismus, der sich allzu leicht im Zuge der *Keynesschen* Gedankengänge einschleicht —, wenn der Haushaltsplan wirklich dergestalt auf die Konjunkturentwicklung einwirken könnte, daß man wüßte, über welche Zeit hin man die Aufbringung und Verausgabung der öffentlichen Mittel planen soll. Aber so planen und rechnen die Menschen, vor allem die Menschen der Verwaltung, wo es sich um die Verantwortung für anvertraute Gelder handelt, nun einmal nicht. Die primäre Funktion des Haushaltsplanes, seine Ordnungsaufgabe, darf nicht außer Acht gelassen werden. Es handelt sich darum, eine Unzahl von Behörden, Ressortchefs und verantwortlichen Beamten in eine feste Ordnung hinsichtlich ihrer Finanzgebarung zu nehmen, sie für die Verausgabung öffentlicher Mittel verantwortlich zu machen, und zwar für diesen Haushaltsplan und für diese Rechnungsperiode, für die er gilt, aber nicht darüber hinaus. Praktisch kommt man dabei nicht über Voranschläge und Ausgabedispositionen für die Zeit eines Jahres hinaus, wenn man diese Ordnungsaufgabe ernst nehmen will. Anderenfalls zeigt sich bald, daß niemand zuständig und verantwortlich ist, der Behördenchef hat gewechselt, der eine ist nicht für dieses, der andere nicht für jenes verantwortlich, was im Laufe der langjährigen Konjunkturperiode geschehen ist, und die Ordnungsfunktion wird gestört. Die Grundsätze der Finanzwirtschaft haben schon ihren Sinn, auch die Vorherigkeit und die Jährlichkeit des Haushaltsplanes, und schon hier sehe ich eine gewisse Unvereinbarkeit mit

dem Konzept einer konjunkturpolitischen Erstreckung des Staatshaushalts über mehrere Jahre.

Die Zeit ist leider um — ich wollte noch über die Unvereinbarkeit des konjunkturpolitischen Rezepts flexibler Steuersätze mit dem Wesen der Steuermoral sprechen. Die Frage nach der Steuergerechtigkeit wird stets sogleich in dem Steuerpflichtigen wach, der aufgefordert wird, die für seine steuerliche Heranziehung wesentlichen Tatbestände genau und ehrlich anzugeben. Wenn ich diesem Manne sagen kann: das geschieht, um auch mit Hilfe deines Beitrags die notwendigen öffentlichen Aufgaben durchzuführen, so werde ich auf größere Steuerwilligkeit und Steuerehrlichkeit rechnen können, als wenn ich ihm sage: das geschieht, damit nicht du das von dir erarbeitete Geld behältst, sondern andere, womöglich auf dem Wege über die Subventionen deine eigenen Konkurrenten es bekommen. Dann wird die Steuerehrlichkeit noch weiter absinken.

Wir gehen in dem makroökonomischen Konzept von einer Manipulierbarkeit der Besteuerung aus, die in Wirklichkeit nicht gegeben ist, und so möchte ich glauben, daß es mehr auf die mikroökonomischen Methoden ankommt, von denen Herr Prof. Koch gesprochen hat. Man kann sicherlich darüber streiten, ob es sich empfiehlt, steuerliche Maßnahmen oder lieber Subventionen einzusetzen, um wirtschaftspolitische Ziele zu fördern. Ich glaube wenigstens, daß wir noch gar nicht so weit sind, daß wir überhaupt schon die Wirkungen unserer Besteuerung kennen, geschweige denn, daß wir bestimmte Wirkungen durch die verschiedenen steuerpolitischen Mittel bewußt erzeugen können. Wir wissen ja noch nicht einmal, wen die Steuerlast im einzelnen Falle trifft und wem infolgedessen eine etwaige Vergünstigung letzten Endes wirklich zugute kommt. Aber gerade darum sehe ich eine Aufgabe darin, das Steuersystem wissenschaftlich auf seine Wirkungen hin zu untersuchen mit dem Ziel, es wenigstens zunächst einmal wirtschaftspolitisch neutral und möglichst marktkonform zu machen. Noch ist das nicht erreicht, obgleich das doch die Voraussetzung für alles weitere wäre. Vollends von dem utopischen Zustand, von dem die Makroökonomisten ausgehen, sind wir noch allzu weit entfernt, als daß wir uns heute schon auf eine Manipulierbarkeit des Wirtschaftslebens mit makro- oder auch mit mikroökonomischen Methoden verlassen könnten.

Dr. Muthesius (Frankfurt):

Wenn ich die Diskussion vom finanzpolitischen Thema auf das kreditpolitische Thema und vor allem auf die güterwirtschaftliche Problemstellung zurücklenken darf, so möchte ich sagen, daß die starke Betonung des Engpaßproblems sehr zu begrüßen ist, und zwar aus dem Grund, weil in der deutschen Diskussion und ganz besonders

in der Tagesdiskussion, wie sie in Deutschland in den letzten Jahren stattgefunden hat, das Engpaßproblem viel zu wenig beachtet worden ist. Man hat in Westdeutschland manchmal den Eindruck erhalten, als ob in einer viel zu weitgehenden Simplifizierung die bloße Tatsache unausgenutzter Kapazitäten als eine Basis betrachtet worden ist, auf der man eine expansive Kreditpolitik ohne Gefährdung des Geldwertes betreiben könne. Herr Dr. *Wrede* hat in einem Vortrag vor 14 Tagen an anderer Stelle die Formulierung in den Vordergrund gestellt, daß nur bei gleichmäßig unausgenutzten Kapazitäten gefahrlose Kreditexpansion betrieben werden könne, und das ist tatsächlich der springende Punkt, der mit dem Engpaßproblem identisch ist. Wenn man diesem Engpaßproblem güterwirtschaftlich noch etwas näher zu Leibe rücken will, so müssen wir uns bewußt bleiben, daß der ganze Engpaßbegriff noch sehr jung ist. Ich glaube, man darf ohne Übertreibung sagen: soweit die Engpässe, die Flaschenhalse, nicht direkte Folgen der Kriegszerstörung sind, darf man sie, etwas simplifiziert, aber doch wohl zutreffend als Produkte der Zwangswirtschaft bezeichnen. Es ist nicht zu weitgehend, wenn man sagt: Engpässe sind grundsätzlich Produkte des Interventionismus. Wenn man solche Ursachen anerkennt, so liegt nichts näher als die Forderung, die Herr Prof. *Wessels* gestern in die weite Zukunft hinein projizierte, indem er nicht wörtlich, aber dem Sinne nach sagte: wir kommen aus dem Beschäftigungsproblem am besten dadurch heraus, daß wir die marktwirtschaftliche Betrachtungsweise in ihrem Geltungsbereich so weit wie möglich ausdehnen. Wenn man sich zu dieser Auffassung bekennt — und ich glaube, die meisten unter uns werden das tun —, so können wir alle Engpaßprobleme nur unter das Postulat stellen: wir müssen diese maximale und optimale Annäherung an marktwirtschaftliche Betrachtungsweisen auf allen Gebieten möglichst beschleunigen, und ich glaube, Herr Prof. *Wessels*, wir bringen uns nur ständig in neue Gefahren, wenn wir immer wieder sagen: es ist politisch unmöglich, das zu beschleunigen, sondern ich glaube, wir müssen alle Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, auf dieser Route schneller als bisher vorwärts zu kommen. Ich glaube das besonders deshalb, weil wir heute wieder gesehen haben, daß das ganze Engpaßproblem auch bei der kreditpolitischen Betrachtungsweise immer wieder Schwierigkeiten macht. Aus den tatsächlichen Ereignissen der letzten Jahre geht klar hervor, daß, etwas überspitzt ausgedrückt, aus der Bekämpfung der Engpässe ein ständiger Inflationsdruck entsteht. Wir haben durch die Reste der Zwangswirtschaft das ganze alte System der bankgeschäftlichen Zwischenfinanzierung und ihre Konsolidierung am Kapitalmarkt — dieses System, das unseren ganzen Industrialisierungsprozeß in der Vergangenheit getragen hat — vollständig in Unordnung gebracht, und

schuld daran sind die Reste der Zwangswirtschaft. Man braucht sich nur anzusehen, auf welche Projekte sich die Vorfinanzierung durch die Notenbank bezieht und welche Wünsche an die öffentliche Hand in bezug auf Finanzierung immer wieder herangetragen wurden. Es sind jedesmal Restgebiete der Zwangswirtschaft: Wohnungsbau, weite Bereiche der Schwerindustrie, nicht zu vergessen den Außenhandel, in denen wir die wichtigsten Reste der Zwangswirtschaft durchschleppen. Hier besteht nun ein enger innerer Zusammenhang zwischen dem Zahlungsbilanzproblem und den kreditpolitischen Aufgaben. Auch das Zahlungsbilanzproblem ist nichts anderes als ein Engpaß. Alle diese zwangswirtschaftlichen Reste führen zu einer Deformierung der ganzen Kreditpolitik und zu diesem latenten Inflationsdruck, und sie führen weiter dahin, daß aus dieser Quelle immer neue Notwendigkeiten der Beibehaltung dieser zwangswirtschaftlichen Reste sich ergeben. Wenn wir uns nicht endlich darüber klar werden, daß hier der Kern des ganzen Übels sitzt, dann werden wir von einer Behinderung in die andere steigen, und jeder Interventionsrest wird immer wieder neue derartige Notwendigkeiten auslösen. Man kann die Wirkung auf die Kreditpolitik an technischen Einzelheiten sehr genau verfolgen, ein Thema, das im einzelnen noch der wissenschaftlichen Klärung harret. Wir müssen uns doch wohl entschließen, gerade in dieser Hinsicht etwas mehr Vertrauen in den Automatismus zu setzen.

Staatssekretär a. D. Dr. Paul *Binder* (Stuttgart):

Meine Damen und Herren!

Nur ein kurzes Wort zu der Problematik staatlicher Konjunkturpolitik. Herr Prof. *Schiller* hat die Tatsache gestreift, daß die Durchführung der im Frühjahr d. J. beschlossenen staatlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen sehr lange gedauert hat, und gefragt, ob man nicht zweckmäßigerweise diese Mittel hätte an andere Stellen geben sollen, wo eine schnellere Wirkung möglich gewesen wäre. Diese Alternative hat in Wirklichkeit nicht bestanden, jedenfalls nicht in größerem Umfange, sondern hinter dieser Erscheinung lag ein ganz anderes Problem, nämlich das, daß man bei dieser staatlichen Konjunkturpolitik den Zeitfaktor in der Öffentlichkeit nicht genügend berücksichtigt hatte. Wenn Sie mit kreditpolitischen Maßnahmen einen schnellen Erfolg haben wollen, so ist zweifellos der Weg einer Lockerung der Kreditpolitik der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken sehr viel einfacher, weil diese Maßnahme dazu führt, daß bereits ausgereifte Investitionsvorhaben unmittelbar Gegenstand von Verhandlungen mit den Banken werden und es zu Kreditgewährungen kommt. Wenn dagegen der Weg einer staatlichen Kreditpolitik

eingeschlagen wird, so stößt diese zunächst einmal nur auf roh konzipierte Projekte. Man hat zu wenig berücksichtigt, daß die staatliche Kreditusage nur im Grundsatz gegeben war und daß man im einzelnen die verschiedenen Investitionspläne erst aktionsreif machen mußte. Das hat eine Zeit von einem viertel bis einem halben Jahr erfordert, wodurch sich der Mitteleinsatz verzögert hat. Es sind dann noch zwei andere Momente hinzugekommen, einmal der Umstand, daß beim Wohnungsbau die städtischen Bauverwaltungen überhaupt erst anläßlich der neuen Bauvorhaben auf die Idee kamen, ihre Bebauungspläne zu ändern, so daß wir heute viele Projekte haben, die noch nicht durchgeführt werden können wegen Fehlens der notwendigen städtischen Genehmigung. Dazu kam die besondere Schwierigkeit, daß die Grundbücher vielfach nicht in Ordnung gewesen sind. Die besonderen Schwierigkeiten der staatlichen Kreditpolitik sind nun kein Einwand gegen ihre Richtigkeit in einer bestimmten konjunkturellen Situation. Sie finden aber auch keinen Einwand in der damaligen Lage, da allein die Ankündigung, daß die aus staatlichen Mitteln finanzierten Bauvorhaben im Laufe eines halben Jahres in Angriff genommen werden würden, dazu geführt hat, daß diese Ankündigungen konjunkturstützend gewirkt haben. Der Präsident des Landesarbeitsamtes in Nordrhein-Westfalen hat gesagt, daß es gelungen ist, die Bauunternehmer in Düsseldorf zu überzeugen, daß es für sie besser wäre, ihre Arbeiter bis zum Frühsommer durchzuhalten, und so war es in einer ganzen Anzahl von Branchen, wo sich die Leute sagten: wenn im Sommer wieder die Konjunkturbelebung kommt, so halten wir unsere Belegschaft durch, während sie sonst noch mehr Arbeiter entlassen hätten. Wir sind allerdings für die Auswertung der Praxis für die Theorie in einer etwas ungünstigen Lage. Das Ausmaß des Erfolges dieser Maßnahme können wir nicht beobachten, weil er überlagert wurde durch die Korea-Konjunktur und durch die unglückliche Situation, daß die gestiegenen Rohstoffpreise unsere Bewegungsfreiheit inzwischen wieder eingeengt haben.

Ich wollte auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen, weil sie für spätere Überlegungen durchaus lehrreich sind und wir die Erfahrungen, die wir diesmal gemacht haben, in späteren ähnlich gelagerten Fällen wieder weiter verwerten können.

Prof. Dr. Erich *Gutenberg* (Frankfurt):

Es ist in den Vorträgen und in der Diskussion sehr häufig der Begriff „Engpässe“ gebraucht worden. Ich bitte, dieses Problem kurz unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten zu dürfen. In der allgemeinen Theorie von *Keynes* und in der Diskussion über

kreditpolitische Fragen pflegt man die Kostensituation in diesen Engpaßindustrien so zu kennzeichnen, daß die Grenzkostenkurve einen stark ansteigenden Ast aufweist. Diese ansteigende Grenzkostenkurve habe, so wird gesagt, einen die betriebliche Expansion limitierenden Effekt zur Folge. Wie verhält es sich nun mit dieser Behauptung? Die normale Grenzkostenkurve kennzeichnet sich dadurch, daß sie, als eine Umkehrfunktion der Ertragsfunktion, irgendwie Veränderungen in den Proportionen der einzelnen Faktoren zum Ausdruck bringt. Aber auf der anderen Seite ist zu beachten, daß die Kosten nicht nur eine Funktion der eingesetzten Mengen sind, sondern auch der Faktorpreise, und so kann man sagen: wenn das Preisniveau auf den Beschaffungsgütermärkten sich verändert, dann wirkt sich diese Preisentwicklung im Kostenniveau der Betriebe aus. Berücksichtigt man die Entwicklung der Faktorpreise, dann ergibt sich eine zweite Grenzkostenkurve, die wir als monetäre bezeichnen können. Nun gibt es aber noch eine dritte Kostenkurve, die hier vor allem interessiert. Betriebe, die sich in den geschilderten Engpaßsituationen befinden, sind in der Regel in einem Zustand der Bewegung, der sich dadurch kennzeichnet, daß die Kapazität verändert, das heißt hier: ausgebaut und erweitert wird. Wenn dem so ist, dann wird der größere Einsatz von Produktionsmitteln die Möglichkeit geben, die betriebliche Apparatur, die Arbeitsorganisation zu verbessern und zu verfeinern. Damit treten aber in unserer Produktionsfunktion neue „Daten“ ein mit anderer qualitativer Beschaffenheit, und diese neuen Produktionsbedingungen wirken sich in der Kostenkurve betrieblicher Fertigung aus. Ist nun mit der Ausdehnung der Kapazität eine ständige Verbesserung des Rationalisierungseffektes verbunden und wird dieser Effekt nicht durch andere Umstände kompensiert, dann können wir für große Expansionsintervalle mit fallenden Durchschnittskostenkurven und Grenzkostenkurven rechnen. Welche Situation ergibt sich nun, wenn wir im *Keynesschen* System nicht mit steigenden, sondern mit fallenden Durchschnitts- und Grenzkostenkurven rechnen?

Ich möchte also die Situation in den Engpaßbetrieben so kennzeichnen, daß wir steigende monetäre Grenzkostenkurven haben, aber fallende „langfristige“ Anpassungskurven. Berücksichtigt man diese Situation, dann erhält man nicht nur für die Engpaßbetriebe, sondern auch für das ganze System einen besonderen Aspekt, der hier selbstverständlich nur angedeutet werden kann.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte, ist der: man müßte die Frage darauf lenken: lassen sich irgendwelche Aussagen über die betriebliche Kostengestaltung machen, wenn man einmal ein Wirtschaftssystem unterstellt, dessen Wachstumsprozeß sich in den Formen konjunktureller Zyklen bewegt, und zum anderen ein Wirtschaftssystem

annimmt, welches sich im Zustande der Vollbeschäftigung befindet und seine Politik darauf richtet, diesen Zustand auf lange Zeit zu erhalten? Wenn man die Dinge im ersten System betrachtet und davon ausgeht, daß die konjunkturelle Entwicklung sich dem obersten Kulminationspunkt nähert, dann ist klar, daß die Unternehmer nicht „erwarten“, daß eine solche Situation von Dauer sein wird. Es werden deshalb Expansionsstops die Folge sein, die unter Umständen sogar zu einer Überhöhung des Preis- und Kostenniveaus führen können. Wenn aber die Situation so ist, daß die Unternehmer mit Recht damit rechnen können, daß der Zustand der Vollbeschäftigung bleibt, dann werden die Unternehmer die Tendenz haben, gewissermaßen auf der langfristigen Anpassungskurve zu operieren. Geschieht das, dann besteht in Wirtschaftssystemen mit Vollbeschäftigungspolitik die Tendenz, den Rationalisierungsprozeß nicht zu unterbrechen, weil man konjunkturelle Rückschläge nicht zu befürchten hat oder nicht befürchtet. Der innerbetriebliche Rationalisierungsprozeß kann also „ungestört“ vor sich gehen. Vollbeschäftigungspolitik hat deshalb, so kann man vielleicht sagen, die Wirkung, daß die Produktionskosten eben infolge fehlender Unterbrechungen der Rationalisierungsmaßnahmen schneller ein niedrigeres Niveau erreichen, als in einem System, in dem der natürliche Wachstumsprozeß konjunkturellen Zyklen unterliegt.

Prof. Dr. *Henzel* (Frankfurt a. M.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben auf dieser Tagung bisher viele gute und erfolgversprechende Ausführungen über Maßnahmen zur Erreichung einer Vollbeschäftigung gehört. Leicht könnte dabei der Eindruck entstehen, daß es sich hierbei nur um Probleme der Wirtschaftslenkung handelt, nicht aber auch um solche der eigenen Initiative einer mehr oder weniger freien Wirtschaft. Das ist fraglos nicht beabsichtigt, aber es scheint doch so, daß bei diesen Betrachtungen ein Faktor etwas zu kurz gekommen ist, und zwar sind das die Wirtschaftssubjekte in Gestalt der Unternehmer und Betriebsleiter. Herr Kollege *Gutenberg* hat diese Frage soeben gestreift.

Es ist zweifellos die Frage naheliegend, ob nicht aus den Betrieben selbst und ihren Dispositionen Maßnahmen zur Abhilfe getroffen werden können. Schon im Anschluß an die gestrigen Referate hatte ich erwartet, daß auch von dieser Seite aus einmal an diesen Fragenkomplex herangegangen würde, und ich habe mich gefreut, als dann der Herr Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen als erster von „betriebswirtschaftlichen“ Maßnahmen gesprochen hat. Die Wichtigkeit des hier zur Besprechung stehenden Themas veranlaßt

mich als Betriebswirt wenigstens noch am Rande auf diese Probleme einzugehen. Leider wird manches dabei durch den Zeitmangel in der Behandlung zu kurz kommen.

Wenn die derzeit große Zahl von Arbeitslosen in Beschäftigung gebracht werden soll, so kann dies nur so geschehen, daß sie in Betriebe hineinkommen. In dem Augenblick, in dem sich das Tor eines Betriebes für sie öffnet, ist auch das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Dieses Tor öffnet sich aber nicht automatisch und nicht ohne weiteres durch äußere Beeinflussung, sondern es bedarf dazu des Willens derjenigen, die dahinter stehen, der Disponenten im Betrieb. Damit wird aber das Problem der Vollbeschäftigung in starkem Maße auch zu einem Problem der Betriebswirtschaft. Was den Unternehmer dabei in seinen wirtschaftlichen Entschlüssen beeinflussen soll, ist gestern und heute in den Lenkungsmaßnahmen ausführlich behandelt worden.

Wenn man die Entwicklung in der Vergangenheit betrachtet, entsteht die Frage, ob nicht aus jener Zeit Erfahrungsgut vorhanden ist, das für die Beeinflussung der Beschäftigung auch in der heutigen Zeit mit Erfolg verwendet werden kann. Die heute im Vordergrund stehenden Probleme sind ja doch nicht neu. Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach damit befassen müssen. Es sei nur an die Arbeitslosigkeit der Jahre 1930—32 erinnert. Als die Unternehmungen damals vor der Frage standen, ob sie ihre Belegschaften entlassen sollten, haben sie dies wahrscheinlich so lange nicht getan, als dies nur irgend möglich war. Bestimmt gilt dies für jene, die sich aus kleinen Anfängen hochgearbeitet hatten. War dieses Verhalten nun bedingt durch irgendeinen Automatismus oder auch nur durch wirtschaftliche Vernunft? Man wird wohl beides nicht bejahen können. Es war in besonderem Maße das Verantwortungsgefühl des Unternehmers für seine Belegschaft und der Wunsch, Menschen zu helfen, die er persönlich kannte, vielleicht auch das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft.

Erinnern wir uns nun an die Zeit vor sechs bis acht Jahren. Damals gab es Betriebe, die unterbeschäftigt waren und daher unausgenutzte Kapazitäten besaßen, und andere, die überbeschäftigt waren. Daraus entwickelte sich dann das Problem des Kapazitätenhandels, indem Kapazitäten nachgefragt und angeboten wurden. Diese Erscheinung wurde offiziell mit dem Namen Auftragsbörsen bezeichnet. Im weiteren Verlauf der Entwicklung gab es Betriebe, die Maschinen und andere Produktionsmittel im Überfluß besaßen, und wiederum andere, denen gerade diese fehlten. Die betriebliche Praxis half sich in diesem Falle so, daß Produktionsmittel ausgeliehen wurden. Dann ergab sich die Situation, daß die einen Arbeiter hatten, aber keine Beschäftigung für

sie, und bei anderen war es umgekehrt. Man hat aber die Menschen nun nicht etwa entlassen, sondern man hat ganze Belegschaften an andere Betriebe ausgeliehen. Sie wurden von ihrem Stammbetrieb weiter betreut und entlohnt, obwohl sie bei anderen eingesetzt waren. So hat man mit diesen Maßnahmen wiederum die bestehenden Schwierigkeiten behoben.

In allen diesen angeführten Fällen handelt es sich um Maßnahmen, die aus der betrieblichen Sphäre entstanden und durchgeführt wurden. Einer Lenkung und Beeinflussung durch staatliche Maßnahmen haben sie nicht bedurft, und weil das so war, konnten sie schnell durchgeführt werden.

Es wäre nun weiterhin interessant, auf die Probleme der Kapazität und der Kapazitätsausnutzung, auch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus, einzugehen. Diese Begriffe sind beispielsweise in allen den Fällen von Bedeutung, in denen es sich darum handelt, einem Betrieb eine Soll-Leistung vorzugeben und die tatsächliche Leistung mit diesem Soll zu vergleichen, und da zeigt es sich, daß man oft gar nicht in der Lage ist, die betriebliche Leistungsfähigkeit überhaupt zu ermitteln. Die Ermittlung der Leistungsmöglichkeit, der Kapazität, ist aber grundsätzlich Bedingung, um eine Aussage über die Kapazitätsausnutzung, die Beschäftigung, zu machen.

Zusammenfassend kann man sagen: weder die Betriebe, noch die Gesamtwirtschaft haben einen so starren Ablauf, daß man von einem Automatismus oder von einer voraussehbaren Reaktion auf Lenkungsmaßnahmen in allen Fällen sprechen kann. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß nicht Lenkungsmaßnahmen für sich allein die Wirkung einer Behebung der Arbeitslosigkeit haben können, sondern daß dazu in erster Linie die Mitwirkung der Unternehmer gewonnen werden muß. Wenn dies geschehen ist, entsteht dann die Frage: Soll man die Menschen zu den schon bestehenden Arbeitsstätten hinbringen, oder soll man neue Arbeitsstätten an ihrem Wohnort errichten? Im ersten Fall ist damit das Problem der Pendelwanderung, im zweiten das der Verlagerung von Industrien verbunden.

Prof. Dr. Hero *Moeller* (Tübingen):

Wir haben ausgezeichnete Referate über Vollbeschäftigung und Kreditpolitik und über Vollbeschäftigung und Finanzpolitik gehört, ich bin aber der Meinung, daß diese Referate mit Einschluß der vorzüglichen Diskussionsbeiträge nicht imstande sind, ein Problem, das überall durchklingt, zu erschöpfen, nämlich das Problem, welches sich in einfacher Weise als Vollbeschäftigung und Geldpolitik beschreiben läßt. Die Themata Vollbeschäftigung und Finanzpolitik und Voll-

beschäftigung und Kreditpolitik können — obwohl wir fast ausschließlich mit sogenanntem Kreditgeld arbeiten — vor allem deswegen die Grundproblematik der Geldpolitik nicht ausfüllen, weil die Geldpolitik gewissen unmittelbaren Verantwortungen unterliegt, originären Verantwortungen, die sich aus Tatbeständen außerhalb des eigentlich ökonomischen Bereichs herleiten.

Prof. Dr. Harald *Fick* (Kiel):

Meine Damen und Herren!

Professor *Koch* hat in seinem Überblick über die Finanzpolitik und ihr Verhältnis zum Sparen gegen die steuerliche Sparbegünstigung Stellung genommen. Er hat davon gesprochen, daß es nicht nur gegenwärtig, sondern sogar grundsätzlich zweifelhaft wäre, ob wir mit einer steuerlichen Begünstigung des Sparens irgendetwas Wesentliches ausrichteten.

Ich greife dieses Thema der Sparbegünstigung deshalb heraus, weil ich der Meinung bin, daß gerade das, was Professor *Koch* darlegte, einer genaueren Prüfung wert ist, oder daß es notwendig ist, darüber nachzudenken, denn die Probleme verbinden sich miteinander: Als wir die kreditpolitischen Ausführungen von Professor *Schiller* hörten, haben wir ihn auch darüber sprechen hören, daß die Bildung von Ersparnissen zunehmen müsse, und in dem Referat von Professor *Schiller* ist dies gerade zu unterstreichen, daß wir dahin kommen müssen, daß die laufende und im ganzen zunehmende Kreditschöpfung durch Bildung von Spardepositen in zeitlich späteren Phasen begünstigt und konsolidiert wird. Das führt sehr tief in die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik hinein, in der ich mich mit Professor *Schneider* einig weiß, der uns die Phasen-Aneinanderreihung im dynamischen Modell dargestellt hat. Ich sage, daß wir in der gegenwärtigen Situation, in der wir auch zur Finanzierung von Anlagen auf Bankkredite in weitem Umfange zurückgreifen, auf die Bildung von Spardepositen Bedacht nehmen müssen, und wenn wir fragen, wie man das machen kann, so sagt Professor *Schiller*, daß vielleicht das Hineinströmen von Auslandskrediten eine neue psychologische Situation schaffen und dadurch eine Belebung der Spartätigkeit in Deutschland zustandekommen könnte. Das mag wohl sein, aber wenn man hiervon absieht, welches andere Mittel gibt es wohl, als es auf steuerlichem Wege zu versuchen? Gibt es andere Mittel? Wenn es theoretisch richtig ist (und ich glaube, daß das ernsthaft nicht bezweifelt werden kann), daß nämlich die Sparneigung durch Erhöhung des Zinssatzes nicht angekurbelt werden kann, dann bleibt nur die

steuerpolitische Förderung übrig¹, und diese steuerpolitische Förderung hat zweifellos schon bedeutende Erfolge erzielt, was das Zwecksparen angeht, und es wäre zu fragen, ob noch weitere Erfolge erzielt werden könnten, wenn man den Vorschlag von Professor *Jecht*, der im Kapitalbildungsausschuß des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium eingehend durchgearbeitet wurde und ein voll zustimmendes Votum des gesamten Beirates bekommen hat, in unserer jetzigen Situation neu überdenken und ihm dahingehend folgen würde, daß wir die Sparbegünstigung von den Sonderausgaben abspalten. Es ist nur soviel zu sagen, daß jeder von uns, der Sparbegünstigung auf steuerlichem Wege in Anspruch nimmt, ex ante, bevor er das tut, bei der Regelung im Rahmen der Sonderausgaben nicht sagen kann, wieviel an Steuern ihm dabei abgenommen wird. Eine „Kalkulation“ der Steuerbegünstigung ist gegenwärtig nicht möglich, sie kann aber möglich gemacht werden, und es würde dadurch eine Förderung der Spartätigkeit zustandekommen. Wir haben ja gegenwärtig nicht nur diese Exportkonjunktur, sondern wir sind im Begriff, zu neuen Sicherheitsausgaben in den öffentlichen Finanzen und damit in allen volkswirtschaftlichen Bilanzen überzugehen, ebenso wie die anderen europäischen Länder. In allen diesen Ländern haben wir die Finanzierungsprobleme der Sicherheitsaufwendungen, bei uns bescheiden und indirekt. Die Probleme sind da, und man kann nicht bezweifeln, daß sie eine schärfere und präzisere Bedeutung gewinnen. Im Rahmen auch dieser Angelegenheit der Finanzierung der Sicherheitsaufwendungen ist wahrscheinlich die Förderung der Spartätigkeit wichtig, also im Ergebnis die Zunahme der Spardepositen, die auf steuerlichem Wege, entgegen der Skepsis, die wir hier gehört haben, vorgebracht werden könnte.

Prof. Dr. Otto *Veit* (Frankfurt):

Durch die Vorträge dieses Tages fühlt man sich in doppelter Weise angesprochen: Als Leiter einer Zentralbank und als theoretischer

¹ Im weiteren Verlauf der Debatte hat ein Redner, sich auf diese Bemerkung stützend, die steuerliche Sparbegünstigung mit einer Erhöhung des Kapitalmarktzinses zu identifizieren gesucht. Wer steuerliche Sparbegünstigung fordere, der gehöre zur Partei derer, die das Sparen höher belohnt (und dadurch belebt) wissen möchte. Ich kann nicht zustimmen. In der Aufspaltung des individuellen Einkommensstromes auf Konsum, Sparen und Steuern sehen wir das Sparen in der Rolle des Aschenbrödels. Die Sparbegünstigung geht dagegen in der Weise vor, daß sie aus dem Zufluß in den Steuerkanal abzweigt und dadurch den Einkommensbezieher veranlaßt, wesentlich einschränkend in den Strom der Verbrauchsausgaben einzugreifen. Die Begünstigung bezieht sich auf die Sparmasse, deren Entstehung sie gegen die Gewalt des Übergewichtes von Verbrauch und Steuern möglich machen will. Sie ist ein steuerlicher Verzicht, keine Subvention, ein Ordnungsmittel im Strom der Einkommensverwendung. Übrigens absolut „marktkonform“, frei von jedem Zwang.

Volkswirt. Das soll nicht bedeuten, daß auch die doppelte Redezeit in Anspruch zu nehmen sei; obgleich ich dafür wäre, die Redezeit zwischen den Hauptreferaten und den Diskussionsbeiträgen etwas auszugleichen.

Als Praktiker des Zentralbanksystems kann ich nur sagen, daß die Situation sich ganz anders entwickelt hat, als in manchen Referaten unterstellt wurde. Gestern und heute wurde von Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit monetären Mitteln gesprochen. Tatsächlich sind seit Anfang 1950 in steigendem Maße liquide Mittel geschaffen worden. Im ersten Halbjahr wurden sie nur wenig ausgenutzt. Jetzt aber, da wir uns der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bis auf strukturelle Reste nähern, stellt sich heraus, daß bereits eine gewisse Überliquidität geschaffen worden ist. Das ist eine ausgesprochen tragische Entwicklung. Als die monetäre Arbeitsbeschaffungspolitik wirken sollte, war die Wirkung schwach. In dem Augenblick, in dem sie sich voll auswirkt, ist man bereits genötigt, sie zu bremsen.

Als Theoretiker glaube ich, daß hier eine Unausgereiftheit der Erkenntnis im Spiele ist. Kurz gesagt, handelt es sich um folgendes: Zu jeder Investition gehört eine optimale Mischung der Investitionsmittel nach Graden der Liquidität. Anders ausgedrückt: es muß eine optimale Relation zwischen monetären und nicht monetären Investitionsmitteln vorhanden sein. Wird das Optimum von Seiten des Geldes unterschritten, so daß es an liquiden Mitteln fehlt, so ist der Ansatzpunkt für zusätzliche Geldschöpfung gegeben; bleibt diese aus, so wird die Investition nicht zustandekommen. Umgekehrt gilt aber: Wenn das Optimum überschritten ist, d. h. wenn eine zu starke Anreicherung mit Geld stattgefunden hat, wird die Investition nicht automatisch erzwungen. Es ist dann lediglich Überliquidität vorhanden. *Keynes* drückt das aus durch die Formel, daß eine Zunahme der Liquiditätspräferenz stattgefunden hat. Ebenso gut kann man sagen, eine vergebliche Geldschöpfung hat stattgefunden. Was letzten Endes einzig und allein die Investition fördert, sind positive Ertragerwartungen. Diese können zwar von der monetären Seite unterstützt, sie können aber nicht herbeigeführt werden. Insbesondere können sie das nicht bei den sogenannten Engpässen, von denen hier gesprochen wurde. Ein Engpaß entsteht nicht aus monetären Gründen, da die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft im Prinzip gleichmäßig wirkt. Ein Engpaß muß von Seiten besonderer Strukturbedingungen angepackt werden. Dabei kann die Geldpolitik höchstens unterstützend eingreifen. Genau dasselbe besagt die Bemerkung von *Joan Robinson*: banknotes can not walk into the shops and purchase goods. Das Geld kauft nicht, aber man braucht das Geld, um zu kaufen.

Hier konvergiert die Theorie mit dem Tatbestand, dem wir heute begegnen. Wenn in der kommenden Zeit eine restriktive Geldpolitik notwendig sein sollte, so liegt das nicht zuletzt daran, daß man von der expansiven Geldpolitik mehr erwartet hat, als sie leisten könnte und als sie geleistet hat.

Prof. Dr. Rolf *Fricke* (Karlsruhe):

Meine Damen und Herren!

Wenn ich mich nochmals zum Wort gemeldet habe, so deswegen, weil ich insbesondere auch das Problem der Finanz- und Kreditpolitik unter einem strukturellen Gesichtspunkt beleuchtet sehen wollte. Wir haben so viel Zutreffendes über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere über die Überwindung der wirtschaftlichen Engpässe gehört, daß ich mich zu diesem Problem nicht weiter äußern möchte. Immerhin soll doch ausgesprochen werden, daß z. Zt. das Vollbeschäftigungsproblem kaum besteht und die Aufgabe der Konjunkturpolitik mehr darauf gerichtet sein sollte, die Gefahren der Überbeschäftigung zu beseitigen. Es kann doch nicht bestritten werden, daß neben der beklagenswerten Zahl von 1,3 Millionen Arbeitslosen eine Vielzahl von unsichtbaren Überstundenarbeitern vorhanden ist und daß dazu ein weiterer bedenklicher Mangel an Qualitätsarbeitern besteht.

Wenn ich nun auf das eigentliche Problem komme, so möchte ich die Frage stellen, inwieweit sind unter den gegebenen Zeitverhältnissen die überkommenen Mittel der Zinspolitik noch geeignet, die Steuerung der Volkswirtschaft zu bewirken und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Dabei müssen wir von der Annahme ausgehen, daß heute in der Welt der Konzerne und Kartellbildung und der gleichzeitig kartellwirtschaftlich gebundenen Lohnpolitik Daten gegeben sind, die eine völlig veränderte Struktur bedeuten. Blicken wir auf das 19. Jahrhundert, so hat dieses liberale Zeitalter unbestreitbar eine viel elastischere Wirtschaftsstruktur besessen als die Gegenwart. Deshalb bedurfte die damalige Zeit auch anderer wirtschaftspolitischer Mittel, um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wer bestreiten sollte, daß es im 19. Jahrhundert Vollbeschäftigungsprobleme gegeben hat, den möchte ich nur darauf verweisen, daß die ganze liberale Konzeption des freien Unternehmerwettbewerbs, die Internationalisierung des Außenhandels, die Stabilisierung des Geldwertes auf der Basis der Goldumlaufwährung, die Zurückhaltung des Staates in bezug auf Investitionen und die Bescheidenheit der öffentlichen Wirtschaft in bezug auf ihre steuerlichen Anteile am Sozialprodukt eine volkswirtschaftliche Gesamtstruktur bewirkten, in der die Kreditpolitik der Banken

und insbesondere die Diskontpolitik noch Wunder zu wirken vermochte mit dem Ergebnis, daß es niemals eine Massenarbeitslosigkeit gegeben hat. Die wirtschaftliche Elastizität war damals so groß, daß schon von 1873 bis 1895 schwere Deflationsjahre ohne Arbeitslosigkeit überstanden werden konnten. Wenn wir demgegenüber die Zustände analysieren, die der Vollbeschäftigungstheoretiker heute vorfindet, so sind sie völlig anderer Art, weil die sozialen Verhältnisse andere geworden sind und weil auch die Politik selbst die Verhältnisse umgestaltet hat. Mit anderen Worten: Die wirtschaftliche Struktur ist unelastischer geworden. Die Folge ist, daß kreditpolitische Mittel und sogar auch steuerpolitische relativ früh versagen. Sie bedürfen deshalb der Ergänzung durch schärfer wirksame Maßnahmen, deren Katalog gestern der Kollege *Wessels* vor uns ausgebreitet hat. Allerdings müssen wir bei einer genaueren Analyse der gegenwärtigen Zeit strukturelle und konjunkturelle Momente unterscheiden, wobei letztere noch mehr geeignet sind, den Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Frage zu stellen. Ich meine insbesondere die heutige Überkonjunktur, die eine Folge des Korea-Konfliktes ist. Wollte man angesichts dieser Umstände die Sparer mit zinspolitischen Mitteln zu vermehrter Kapitalbildung anregen, so würde eine Haben-Zinssteigerung auf 10—15 % kaum genügen, die Befürchtungen breiter Sparschichten in bezug auf die Sicherheit ihrer Ersparnisse zu beseitigen, abgesehen davon, daß heute noch jeder Pfennig für eine Verbesserung der Wohnung, Kleidung usw., die doch auch als eine Art der Kapitalbildung angesehen werden kann, benötigt wird. Sieht man von dieser konjunkturellen Bedrohung der volks- und weltwirtschaftlichen Stabilität ab, so bleibt auch dann zum Unterschied vom 19. Jahrhundert die strukturelle Unelastizität breiter Bereiche der Volkswirtschaft. Deshalb sollte der Erörterung wirtschaftspolitischer, insbesondere geld- und steuerpolitischer Maßnahmen eine Analyse der volkswirtschaftlichen Generalstruktur vorausgehen, weil nur so das Aneinander-Vorbeireden der streitenden Parteien in ausreichendem Maße beschränkt werden kann.

Prof. Dr. Erich *Schneider* (Kiel):

Meine Damen und Herren!

Nur zwei Bemerkungen: Das Referat von Herrn Professor *Wessels* gibt mir Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Theorie der säkularen Stagnation, der schwindenden Investitionschancen nichts zu tun hat mit der Theorie der Beschäftigung an sich. Das ist eine Angelegenheit für sich. Diese beiden Dinge dürfen nicht miteinander verwechselt werden.

Der zweite Punkt ist der: es ist gestern mehrfach gesprochen worden von einer Distinktion: hier kontinentale Wissenschaft und hier nichtkontinentale Wissenschaft. Wir sollten diesen Unterschied nicht machen. Verschieden sind nur die nationalen Tatbestände. Wirtschaftswissenschaft dagegen ist eine Angelegenheit des Erkennens und des logischen Denkens, und die Grundlagen der Erkenntnis und des logischen Denkens sind für alle Menschen die gleichen.

Dr. Otto *Pfeleiderer*, Präsident der Landeszentralbank von Württemberg-Baden (Stuttgart):

Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur in Kürze, mehr unter praktischen und aktuellen, als unter theoretischen Aspekten, auf einige Fragen eingehen, die im Referat von Herrn *Schiller* erörtert worden sind.

Herr *Muthesius* hat in seinem Diskussionsbeitrag die Bemerkung gemacht, daß die Engpässe, die in unseren Erörterungen einen so breiten Raum einnehmen, zum großen Teil Ergebnisse des Interventionismus seien. Das trifft auf weite Strecken zweifellos zu. Wenn nun Herr *Schiller* in seinem Referat einerseits von den Grenzen gesprochen hat, die unserer Kreditpolitik durch Engpässe gezogen sind, und andererseits nachdrücklich auf die Zahlungsbilanzprobleme hingewiesen hat, so wird man sagen können, daß das Zahlungsbilanzproblem nichts anderes ist als ein Sonderfall eines Engpasses, und zwar ist es derjenige Engpaß, an den die Urheber unserer klassischen Regeln der Währungspolitik ganz ausschließlich gedacht haben. Wenn man im 19. Jahrhundert den Spielraum der Geldschöpfung abhängig gemacht hat von den Goldbeständen, so hieß das ja nur: Erschöpfung der Goldbestände ist ein Signal dafür, daß ein Engpaß erreicht ist auf dem Gebiet der Zahlungsbilanz, und zweifellos steht im Augenblick — ich spreche von der alleraktuellsten Frage, die uns beschäftigt — der Engpaß, der sich aus der Zahlungsbilanz ergibt, unter den Faktoren, die unsere kreditpolitische Bewegungsfreiheit einschränken, in vorderster Linie. Ich stehe nicht an, für diesen speziellen Engpaß Herrn *Muthesius* recht zu geben, daß er ein Ergebnis der Markterstarrung des Interventionismus ist und daß einige Chancen darin liegen würden, diesen Engpaß durch eine Rückkehr zu marktkonformen Mitteln zu überwinden. Ich zweifle allerdings, ob wir mit den klassischen kreditpolitischen Mitteln, insbesondere mit Maßnahmen, die auf das Kreditvolumen im Ganzen und damit auf den Beschäftigungsgrad und das Einkommen hinzielen, unsere heutigen Zahlungsbilanzprobleme zu lösen vermögen.

Herr *Schiller* hat mit Recht darauf hingewiesen, daß unsere heutige Zahlungsbilanzsituation so ist, daß die Frage der Kapitaleinfuhr bei unseren Überlegungen im Vordergrund zu stehen hat. Wenn er aber in diesem Zusammenhange glaubt, daß anstelle einer aktuellen Kapitaleinfuhr eine lediglich potentielle Kapitaleinfuhr in Form von Bürgschaften der Weltbank für niedrig verzinsliche Schuldverschreibungen treten könnte, die dann vom deutschen Publikum, das heute so wenig sparsfreudig ist, mit Begeisterung aufgenommen werden würden, so möchte ich hinter diese Prognose ein großes Fragezeichen setzen. Ich glaube nicht, daß Bürgschaften solcher Art zur Überwindung des Engpasses, der durch das Stichwort „Zahlungsbilanz“ gekennzeichnet ist, wesentlich beitragen könnten. Was wir brauchen, sind nicht psychologische Hilfen, sondern solche praktischer Art, verkörpert durch Dollars in der einen oder anderen Form, etwa auch in der Form einer Fortsetzung der Marshallplanhilfe, die ja in den letzten Jahren eine Kapitaleinfuhr großen Stils dargestellt hat.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt im Referat von Herrn *Schiller* eingehen, nämlich auf die Frage der Bankorganisation. Er hat die These vertreten, daß bei den Zentralbanken die Tendenz zur Deflation die Regel sei, und hat daraus gefolgert, daß es mindestens in Zeiten der Unterbeschäftigung notwendig sei, dieser „tendency to deflate“ einen nicht zu knapp bemessenen Kreditspielraum der Geschäftsbanken an die Seite zu stellen. Nun trifft es zweifellos zu, daß eine Geschäftsbank im allgemeinen — von Sondersituationen abgesehen — die Tendenz hat, von ihrem vorhandenen Kreditspielraum möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen, schon aus dem einfachen Grunde, weil eine Bank durch Kreditgewährung in der Regel Geld verdient und jedenfalls immer Geld zu verdienen hofft, und das ist bekanntlich immer beliebt. Aber ich glaube nicht, daß die Voraussetzung, von der Herr *Schiller* ausgegangen ist, nämlich eine generelle „tendency to deflate“ auf Seiten der Zentralbanken, realistisch ist. Ganz abgesehen davon, daß auch die Zentralbanken — ich möchte sagen: leider — Geld verdienen durch ihre Kreditgewährung, sind die wirtschafts- und kreditpolitischen Versuchungen, dieses so bestrickend und gefährlich einfache Mittel des Zentralbankkredits, das technisch niemals schief gehen kann, im expansiven Sinne anzuwenden, so vielfältig und verlockend, daß man per Saldo nicht wird sagen können, daß im Zentralbanksystem eine „tendency to deflate“ besteht, eine Neigung zur Deflation. Wenn dem aber so ist, dann spricht doch alles dafür, die kreditpolitische Abhängigkeit des Geschäftsbankensystems vom Zentralbanksystem so stark wie möglich zu gestalten, immer unter der Voraussetzung, daß wir Methoden entwickeln, die dem Zentralbanksystem das nötige Instrumentarium in die Hand geben, damit es in

jeder Lage zu gesamtwirtschaftlich richtigem Handeln imstande ist. Wenn aber diese Methoden entwickelt sind, dann würde es gefährlich sein, für die nicht im Prinzip an einer gesamtwirtschaftlichen Aufgabe orientierte und nicht der öffentlichen Kontrolle unterliegende Kreditpolitik der Geschäftsbanken eine allzu große Latitüde zu lassen, die sogar in ihrer Tendenz der kreditpolitischen Linie der Zentralbank entgegen laufen könnte. In einem Augenblick, in dem wir nicht mehr mit der von Herrn *Schiller* unterstellten Voraussetzung der Unterbeschäftigung zu rechnen haben, sondern eventuell mit einer Phase der Voll- oder gar der Überbeschäftigung, würde es mir bedenklich erscheinen, nötigenfalls nicht auch in der anderen Richtung, nämlich in der einer Zügelung der Kreditausdehnung, dem Zentralbanksystem die nötigen Hebel in die Hand zu geben.

Prof. Dr. Carl *Brinkmann* (Tübingen):

Meine Damen und Herren!

Ich wollte zunächst eine wichtige Sache berühren, bei der ich mich hoffentlich im Einklang mit dem engeren Ausschuß des Vereins befinde. Ich war glücklich über die Worte, die Herr *Kausch* für die jüngere und wissenschaftlich geschulte Unternehmerschaft an uns gerichtet hat. Wir sind sehr dankbar für diesen Vorfall, denn es besteht der andere unerfreuliche Vorfall, daß von maßgebender Stelle der Industrie ein sehr viel weniger freundliches und von geringem Verständnis für die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaft und den Vertretern des Unternehmertums zeugendes Schreiben an uns gerichtet wurde. Herr *Kausch* wünscht, daß darüber berichtet wird, und ich tue es hiermit, denn es hat uns alle sehr verstimmt, und wir haben keinen Anlaß, es zu verstecken. Wir hoffen, daß in zwei Jahren die Situation in jeder Beziehung auch hier wolkenloser sein wird, und wir danken Herrn *Kausch*, daß er es uns erleichtert hat, das zu hoffen. Es gibt in Frankreich eine neue Organisation der jungen Unternehmer, und wenn unsere kapitalistische Wirtschaft durch die heutige Krise durchkommt, so nur unter der Voraussetzung, daß es jüngere Unternehmer gibt, die eine neue Gesinnung in die Wirtschaft einführen.

Nur kann ich mich sachlich nicht so einverstanden erklären mit dem, was Herr *Kausch* gesagt hat: es sei erwiesen, daß der Automatismus der Wirtschaft, der doch als Idee, als Modell hinter unserer gegenwärtigen sogenannten sozialen Wirtschaft steckt, in Wirklichkeit nicht erprobt worden sei und daß, wenn er erprobt und versucht worden wäre, die Durchführung zum Ziele geführt hätte, zur Voll-

beschäftigung, über die wir heute sprechen. Diese Proposition möchte ich stark angreifen, sowohl deduktiv als induktiv. Die Beweislast dürfte sehr stark auf Seiten der alten Klassik liegen, wenn man uns glauben machen will, daß irgendein Versuch der Anwendung rein automatistischer Methoden uns im geringsten erspart hätte, das durchzumachen, was in Westdeutschland wirtschaftspolitisch durchgemacht worden ist! — Die sozialistisch gesinnten Leute im Verein sind bekanntlich umgekehrter Meinung. Es ist zu wenig Wirtschaftslenkung in einer systematischen Art getrieben worden. Aber das sind in der Tat deduktive Schätzungen und Vermutungen, von denen ich zugebe, daß sie keine durchschlagende Beweiskraft auf beiden Seiten haben; man sollte nur vermeiden, solche apodiktischen Äußerungen zu machen, daß, wenn der Automatismus angewandt worden wäre, er zum Ziele geführt hätte. Aber die Sache hat eine induktive Seite. Herr *Kausch* hat selbst einige Gebiete angeführt, von denen er der Meinung ist, daß dort der Automatismus sich hätte ausleben können, und hat den Abbau der Wohnungswirtschaft genannt. Ich möchte sagen: wenn er das hundertprozentig so verstanden haben sollte, so wäre es ein höchst angreifbares Beispiel, ein frevelhaftes Spiel in einer Ecke der Wirtschaft, in der der Automatismus soziale Revolutionen hervorrufen würde. Mein alter Oxforder Lehrer *Edgeworth* hat einmal gesagt bei einer Enquete: ihm komme es immer so vor, wenn man solche praktischen Sachen rein von irgendeinem Dogma aus erledigen wolle und namentlich auf den Automatismus sich zu sehr verlasse, als wolle man ein ganzes Haus anstecken, um ein Schwein darin zu braten. Das ist ein drastisches Gleichnis für diejenige Art partieller Maßnahmen — in diesem Falle nicht von unserer Seite, sondern von Seiten eines partiellen Automatismus —, die leicht in einer kleinen Sparte des Wirtschaftslebens eine große Revolution entfesseln können.

Dann habe ich eben mit Herrn *Koch* darüber gesprochen, daß Herr *Fick* ihn fundamental mißverstanden hat, wenn er für die steuerliche Begünstigung des Sparens eintritt. Das ist nicht mehr nötig, denn Herr *Koch* hat nicht gegen die Steuerbegünstigung gesprochen, sondern von unserer heutigen steuertechnischen Verfassung, wo lange nicht genug geschieht für die kleinen Sparer.

Zum Schluß noch eine prinzipielle theoretische Bemerkung. Ich muß Herrn *Schmölders* scharf widersprechen, wenn er sagt, daß wir uns heute wieder mit einer separatistischen Finanztheorie befreunden sollten. Wir sind erfreut, daß unsere Finanztheorie in den Schoß der allgemeinen Wirtschaftstheorie zurückkehrt. Das ganze Ausland ist im Begriff, diese Wendung zu vollziehen. Wir würden einen ganz gewaltigen Rückschritt vollziehen, wenn wir das machen wollten.

Nachmittagssitzung am 15. Oktober 1950

Vorsitzender Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Ich bitte Herrn Kollegen *Hoffmann*, die Verhandlungsleitung heute nachmittag zu übernehmen.

Prof. Dr. Walther *Hoffmann* (Münster): Das Wort hat Herr Prof. *Rittershausen* zu seinem Vortrag über das Thema:

Vollbeschäftigung und Außenhandelspolitik

Prof. Dr. Heinrich *Rittershausen* (Mannheim):

Meine Damen und Herren!

1. Vorführung der neuen Lehre

Während sich die auf die inländische Wirtschaft bezügliche Vollbeschäftigungslehre in erster Linie mit der zu geringen und mit der hohen Investition beschäftigt, weist dieselbe Lehre in der Außenhandelspolitik darauf hin, daß die inländische Investition teilweise oder ganz durch einen Exportüberschuß ersetzt werden kann. Dabei sind zwei Fälle möglich: ein einzelner Staat kann durch Unterinvestition, durch restriktive, deflationistische Politik im Inlande den Export steigern und den Import vermindern. Er kann aber auch den Exportüberschuß anstreben, wie man eine hohe inländische Investition als Ziel ansteuert, um dadurch aus dem unerwünschten Zustande der Unterbeschäftigung zu Vollbeschäftigung durch Exportüberschuß zu kommen. Die Theorie beschäftigt sich einerseits mit den erwünschten kumulativ anregenden Wirkungen des Exportüberschusses und auch mit den Wirkungen des Importüberschusses in den Waren-Empfangsländern. Das Land des Exportüberschusses stört die am Außenhandel beteiligten Länder und verursacht in denjenigen krisenhafte Zustände, die einen Importüberschuß erhalten. Für diesen Fall des Importüberschusses sieht die neue Lehre eine Anzahl von bekannten Mitteln vor, mit denen sich die betroffenen Länder schützen sollen: Einfuhrkontingente, Devisenbewirtschaftung, Opferung des Multilateralismus, dafür Übergang zum Bilateralismus, um die eigene Vollbeschäftigung zu erhalten, die im Inneren insbesondere Warenbewirtschaftung, niedrigen Zins und reichliche Kreditversorgung bedingt. Man geht also davon aus, daß Exportüberschüsse günstig für das Ursprungs- und schädlich sind für das empfangende Land, so daß die zahlreichen Nationen durch

internationale Maßnahmen dahin gebracht werden müssen, größere Exportüberschüsse zu unterlassen. Würden alle Länder gleichzeitig eine inländische Vollbeschäftigungspolitik durch Hochhaltung der Investitionen betreiben, so wären weder große Export- noch Importüberschüsse international zu erwarten.

Nach Joan *Robinson* ist jeder Exportüberschuß einer Investition gleichzuachten¹. Er setzt den Multiplikator in Gang, schafft sekundäre usw. Arbeitsgelegenheit, erhöht das inländische Einkommen und die inländische Ersparnis, leistet also genau dasselbe, wie eine Investition. Da die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft begrenzt ist, muß jede größere innere Investition den Exportüberschuß (die äußere Investition) vermindern. Bei großer innerer Investition tritt Einfuhrüberschuß ein, bei starker Verminderung der inländischen Investition ergibt sich Ausfuhrüberschuß (äußere Investition). Grob gesagt, haben Inflationsländer Einfuhrüberschuß, Deflationsländer Ausfuhrüberschuß.

Die bekannte innere Vollbeschäftigungspolitik erweist sich also als ergänzungsbedürftig. Wenn sie besteht aus der Planung und Realisierung einer hohen Investition, aus Preis- und Lohnstop und aus „Kontrollen“ (Bewirtschaftung), also einer kartellartigen Politik, oft verwandelt in die wirksamere „Sozialisierung“, sowie aus Subventionen, sobald die üblichen Disparitäten zwischen In- und Auslandspreisen zu Tage treten, so muß diese innere Politik durch eine auswärtige Vollbeschäftigungspolitik bereichert werden: die Staaten müssen das Recht haben, durch Einfuhrkontingente und Devisenbewirtschaftung den „Import von Arbeitslosigkeit“ (Waren) von sich fern zu halten, sich also abzuriegeln gegen die Außenwelt; weiter das Recht auf internationale Kredite, wenn bei dem kreditsuchenden Staat infolge sehr großer inländischer Investitionen Vollbeschäftigung und Einfuhrüberschuß gleichzeitig herrschen. Es entsteht also ein Verlangen nach einer internationalen Automatik des Leihens an „Defizitländer“, ein Verlangen nach internationalen Regeln, welche die gleichzeitige Vollbeschäftigungspolitik aller Länder sichern, damit die beteiligten Länder die gefährlichen Exportüberschüsse nicht entwickeln können. Einzig Joan *Robinson* verliert das Weltinteresse nicht aus dem Auge und gibt zu, daß vom Weltstandpunkte aus in den Empfangsländern des Exportüberschusses genau so viel Arbeitslosigkeit erzeugt wird, wie in den Ländern des Exportüberschusses Arbeitslosigkeit durch diesen Überschuß beseitigt wird².

¹ Joan *Robinson*, *Essays in the Theory of Employment* (New York 1937), III, Ch. I.

² *Introduction to the Theory of Employment*, London 1937—1949, S. 79.

Wir stehen also bei dem unbestechlichen Prüfstein „Außenhandelspolitik“ bereits wieder vor dem unlösbaren Dilemma: einerseits Angst vor Import und Begeisterung für Export zu haben, andererseits aber den einseitigen Exportüberschuß mit logischen und weltwirtschaftlichen Skrupeln zu begleiten. Aus der Unlösbarkeit des Dilemmas folgt eine widerspruchsvolle Lösung: Rückzug auf Autarkie und Einfuhrhemmnisse, dabei gleichzeitig Betonung einer streng internationalen Vollbeschäftigungspolitik, für die aber wenig realistische Mittel vorgeschlagen werden³.

Die Gegner dieser Politik dagegen weisen darauf hin, daß durch diese Lehre zu wissenschaftlicher Respektabilität erhoben werde, was schon immer eine unausrottbare Fehlmeinung praktischer Wirtschaftler gewesen sei (*Röpke*). Es handele sich um eine bequeme Fassade (*Herbert Gross*), um der Lenkungsbürokratie Beschäftigung zu geben. Dahinter stecke ein Problem der inländischen Scheinbeschäftigung durch ökonomisch oft wertlose Arbeiten („es gibt ja soviel aufzubauen“), die in jedem totalen Staat mühelos zu erreichen sei. Mangel an Export sei regelmäßig durch technische und wirtschaftliche Rückständigkeit verursacht. Der Wettbewerb ohne Einfuhrkontingente usw. garantiere viel eher ein hartes Durchgreifen gegen schlechte Wirtschaftler und sichere allein den Rationalisierungseffekt, den man in solchem Falle brauche⁴. Es sei besonders in Deutschland ein unehrliches Vorgehen, ein Land wie das unsere könne trotz verlorenen Krieges, Randlage und Zerstörung durch Vollbeschäftigung im Sinne der Scheinbeschäftigung ohne Mühe und Risiko leben. Die veränderte Datenkonstellation nach Eintreten der stabilen Währungen schließlich sei von den Vertretern der Vollbeschäftigung nicht berücksichtigt worden.

Wo liegt die Wahrheit? Wir werden zunächst die Ursprünge der neuen Theorie, dann diese selbst prüfen müssen, um auf Grund der gewonnenen Ergebnisse wenigstens die Richtung eines konstruktiven Vorgehens ermitteln zu können.

2. Dogmengeschichtliche Ursprünge

a) Offenbar ist die Theorie aus dem Milieu der Welthandels- und Bankenkrise von 1931 entstanden, aus der Umwelt der zu hohen Sterling-Stabilisierung, der jahrelangen Kreditrestriktionen und Arbeitslosigkeit, des Überangebots am Weltmarkte, der Preisstürze, der Furcht vor Deflation, der Bewunderung vor den Erfolgen des *Schacht-*

³ Th. *Balogh*, Die internationalen Aspekte der Vollbeschäftigung, dort auch die übrige Literatur, insbes. *Schumacher* und *Kalecki*, *New Plans for Internat. Trade*, usw., in: *Vollbeschäftigung, Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik* (Oxford und) Bern 1946.

⁴ L. A. *Hahn*, *The Economics of Illusion*, New York 1949.

schen Neo-Merkantilismus⁵. Wir haben heute den Eindruck, daß die Vollbeschäftigungslehre sich noch im sicheren Besitz der persönlichen Freiheit und ihrer Kulturgüter fühlte, wovon sie Teile oft freigebig hinwarf, weil man ihren Wert nicht genug würdigte. Es handelt sich dabei um eine eigenartige Verknüpfung von antithetischen Ideen: auf der einen Seite die allgemeine Sehnsucht nach Befreiung des Kredits aus der Beengung der Restriktionen, auf der andern Seite Zwang und bessere Durchorganisation der unsystematischen Kriseneingriffe des damaligen Staates. Dabei wurde von seiten der anbietenden Wirtschaft wahrscheinlich das schutzzöllnerische und kartellistische Moment, auf der Seite der Arbeiter die Vermeidung von Nominallohn-Senkungen mit besonderer Erleichterung (verständlich in einer solchen Situation) aufgenommen. Daher dürfte der riesige Beifall aus beiden entgegengesetzt eingestellten Lagern zu erklären sein⁶.

b) Die Vollbeschäftigungslehre im Außenhandel läßt sich zunächst vereinfachen auf die These, daß Exportüberschüsse im Ursprungslande konjunkturell günstig, sogar kumulativ anregend wirken, während sie im Empfangslande als Importüberschüsse depressiv aufzufassen sind. Diese Frage steht in Zusammenhang mit mindestens fünf altbekannten Problemkomplexen unserer Wissenschaft, von denen her wichtige, oft grundlegende Vorarbeit geleistet worden ist, ohne welche die Exportüberschußtheorie nicht behandelt werden kann. Wir betrachten daher die Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs, die der internationalen Anleihen, die Imperialismustheorie, die Transfertheorie und die Konjunktur-Theorie⁷.

c) In der Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs ist vom Goldautomatismus auszugehen. Das Land, in dem eine Störung, z. B. eine Mißernte, stattfindet, sieht seine Goldbestände abströmen, wodurch die Geldmenge im Ausgangslande der Störung sinkt, die inländischen Preise gemäß der Quantitätstheorie des Geldes fallen, während im Auslande durch den Goldzufluß mehr Geld und die Tendenz einer Preissteigerung aus dem gleichen Grunde zu beobachten ist. Der

⁵ K. Mandelbaum, Ein Vollbeschäftigungsexperiment. Kontrollen in der deutschen Wirtschaft 1933—1938, in: Vollbeschäftigung, Sechs Studien . . . a.a.O. S. 285—328.

⁶ Hinsichtlich der Vorarbeiten zur „Allgem. Theorie . . .“ von Keynes vgl. Rittershausen, Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung, Jena 1930, welchem Buche Keynes dem Autor gegenüber brieflich am 31. 12. 1930 voll zustimmte; und Rittershausen, Paro Forzoso y Capital, Barcelona 1935, 291 S.; in welchen Büchern die monetäre und marktkonforme Vollbeschäftigungspolitik entwickelt ist, von der Keynes offenbar große Teile übernahm. In Deutschland selbst war von 1933 an einem Teil der Wissenschaft das Mitreden verboten.

⁷ J. M. Keynes selbst hat zu der Vollbeschäftigungslehre im Außenhandel nichts beigetragen; seine „Proposals for an international Clearing Union“ werden von Balogh u. a. stark negativ besprochen. Die Lehre ist ausschließlich eine solche seiner Schüler.

Importüberschuß ist nach dieser klassischen Theorie also mit deflationsartigen Erscheinungen im Importlande verbunden, so daß insofern die Vollbeschäftigungslehre des Außenhandels von heute sich nicht weit von den Klassikern entfernt hat. Schon *Ricardo* scheint mit dieser Lehre nicht ganz einverstanden gewesen zu sein. In einem Brief an *Malthus* sagt er: „Sie sind der Ansicht, daß eine schlechte Ernte die Getreidepreise in die Höhe treibt, aber die Preise aller anderen Güter senkt . . . wenn das richtig ist, dann wird es keine Goldausfuhr geben, denn Gold wäre nicht die billigste Exportware.“

Die klassische Theorie erklärt alle Wirkungen in den beteiligten Ländern durch Goldbewegungen und Preisänderungen, und sie verknüpft beide durch die Quantitätstheorie des Geldes. Dagegen wandte sich *F. W. Meyer* (1938)⁸, der ebenfalls eine Störung durch Mißernte im Lande A in ihrer Wirkung auf ein Land B untersucht. Seine realistische Forschung zeigt, daß es keineswegs die Goldbewegungen sind, welche in Verfolg einer Gleichgewichtsstörung den obigen Ausgleichsmechanismus in Gang setzen. Vielmehr steigen im Lande A die Weizenpreise noch vorher, während die übrigen Warenpreise in demselben Lande sinken; zugleich vermindert sich im Lande A der Weizenkonsum, und die restliche unverwendete Geldmenge der Konsumenten kauft ausländischen Weizen aus dem Lande B^{8a}. A importiert mehr Weizen, exportiert aber zugleich mehr verbilligte Industriegüter, wenn auch nicht in gleichem Umfange, so daß ein Importüberschuß des Landes A bestehen bleiben kann. — Im Lande B steigt der Weizenexport. Es kommt bei Weizen zu einer Preissteigerung, welcher eine Preissenkung bei sonstigen Gütern entsprechen muß, und zu entsprechenden quantitativen Folgen: Minderverbrauch in Weizen, Mehrverbrauch in anderen Gütern, Geldvermehrung, zunächst Exportüberschuß, dann Preiserhöhungen und später Sinken des Überschusses. Die Goldbewegungen und ihre Wirkungen spielen nur eine nachfolgende, kleinere und sekundäre Rolle: Nur noch der Saldo fließt ab. Es handelt sich nach *F. W. Meyer* bei der alten Theorie der Goldbewegungen um eine irrtümliche Auffassung. In Wirklichkeit ist es die Preisänderung, die anstoßgebend ist und aus welcher die beim Preismechanismus üblichen mengenmäßigen Veränderungen von Angebot und Nachfrage

⁸ Der Ausgleich der Zahlungsbilanz, Jena 1938, z. B. S. 92 ff.

^{8a} Der geschilderte Fall trifft in erster Linie bei einer Elastizität < 1 zu. Der Importausgleich aus B ist dann um so größer, je elastischer die Nachfrage in B selbst ist. Die Weizenpreissteigerung in A wird um so größer, je unelastischer die Nachfrage in A und je kleiner die Elastizitätsdifferenz zwischen den beiden Ländern und weiter die Elastizitätsdifferenz zwischen der Nachfrage nach Weizen und der nach andern Gütern in A wird. Für den Gesamtausgleich sind auf sämtlichen Warenmärkten des Außenhandels die Elastizitäten für die Richtung und Größe der Nachfrageveränderungen entscheidend; sie werden sehr unterschiedlich sein.

an den Warenmärkten resultieren, so daß ein großer Teil des Ausgleichs bereits vollzogen ist, bevor es überhaupt zu Goldbewegungen kommt. Nicht Goldbewegungen in erster Linie, sondern Nachfrageveränderungen bilden den Ausgleichsmechanismus.

F. W. Meyers in unserem Lande sehr verbreitetes Buch kommt also weitgehend zum selben Ergebnis, wie Joan Robinson (1937), deren Werk er offenbar noch nicht kannte, R. F. Harrod (1939), sowie Lloyd Metzler und Machlup: Diese greifen ebenso die klassische Lehre der Goldbewegungen an, argumentieren genau so quantitativ und geben nur dem Exportüberschuß die zusätzliche Deutung des kumulativen Effekts: Im Ausgangslande des Exportüberschusses steigt die gesamte Nachfrage und entwickeln sich dieselben Wirkungen, wie bei der inländischen Investition, und zwar nach Ansicht von L. A. Metzler ohne nennenswerte Mitwirkung der Notenbank⁹, was von entscheidender Bedeutung sei.

Es handelt sich m. E. um ein quantitatives oder „physikalisches“ Denken, um einen neueren amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen, das zunächst im Gegensatz steht zu dem klassischen Denken in Preisen. Das wird stark hervorgehoben. Die Nachfragemenge und Nachfrage- richtung entscheidet. Man behauptet auf seiten dieser Theorie, daß dieser quantitative Ausgleich wahrscheinlich schon immer im Hintergrunde der Bühne funktioniert habe, während die klassische Theorie nur den im Vordergrund der Bühne auftretenden Akteuren „Gold“ und „Preise“ Beachtung geschenkt hätte. Das Ergebnis ist, um einen Ausdruck Preisers zu gebrauchen: Der Ausführ- überschußerscheint als neues konjunkturpolitisches Mittel in der Hand der staatlichen Wirtschaftspolitik, neben den bisher einzig bekannten Mitteln der Fiskalpolitik¹⁰.

d) Eine zweite Wurzel des neuen handelspolitischen Denkens ist in der Geschichte der Theorie der internationalen Anleihen zu finden. Von Bastable an haben zahlreiche Forscher (z. B. Arndt, Hobson, Gustaf Cassel, Wittlesey und Ragnar Nurkse) internationale Anleihen als die Finanzierung eines Exportüberschusses durch das darlehengebende Land erklärt. Exportüberschuß und internationale Anleihe sind eins. Da die Kaufkraft des darlehengebenden Landes reduziert wird und hier der Zins steigt, ist hier von einer konjunktur- anregenden Wirkung des Exportüberschusses im darlehengebenden Lande nicht die Rede. Vielmehr weisen die meisten Autoren auf die konjunkturrell günstige Wirkung der Anleihe auf das empfangende Land

⁹ Lloyd A. Metzler, The Theory of international Trade, in: Howard S. Ellis, A Survey of Contemporary Economics, 1949, S. 216.

¹⁰ Erich Preisler, Kapitalexport und Vollbeschäftigung; in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Band 162, Heft 5.

hin. Der Konjunkturreiz ist also gerade da lokalisiert, wo er es nach der Vollbeschäftigungslehre nicht sein soll.

e) In eine andere Beleuchtung rückt der Sachverhalt jedoch im Lichte der Imperialismustheorie (Rosa *Luxemburg*, *Sternberg*, *Schumpeter*): Hier wird die starke Reizwirkung des Gebens der Anleihe erklärt. Es entsteht eine Art Vollbeschäftigung im monopolistisch verengten Binnenmarkt durch Export in die bekannten akapitalistischen Räume. Daß auch die Anleihe-Nehmer trotz der bezweckten Ausbeutung zunächst reicher werden, wird kaum bestritten. Diese Imperialismustheorie hat bekanntlich die Schwäche, daß sie die Illusion der Gläubigerländer voraussetzt, man könne einen Schuldner international von sich abhängig machen. In Wirklichkeit beuteten die „akapitalistischen“ Schuldner die imperialistischen Staaten aus, indem sie überwiegend ihre Zahlungen einstellten. Die Ausbeutung liegt praktisch oft auf der verkehrten Seite. Die Bereicherung der „kapitalistischen“ Exportüberschußländer erweist sich als ein angebliches Reichwerden durch Verschenken, welche Rolle man jetzt vielleicht den USA zudedacht hat. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als wenn diese dogmengeschichtliche Quelle bei den Schöpfern der handelspolitischen Vollbeschäftigungslehre von heute eine größere Rolle gespielt hat, als zugegeben wird. In der zur Diskussion stehenden Theorie werden ebenfalls die Exportüberschußländer, deren Leistungen man in anderer Weise so dringend braucht, mit merkwürdiger Nonchalance, ja mit Verachtung behandelt, sollen doch internationale Maßnahmen gegen sie beschlossen werden, die bis zur Enteignung gehen. Genau wie in der Imperialismustheorie werden den wirtschaftspolitischen Leitern solcher Staaten gewisse Illusionen und Denkfehler unterschoben, mit denen man bestimmt rechnen zu können glaubt.

f) Eine vierte Wurzel der Theorie ist in der Transfertheorie zu finden, und zwar insbesondere bei *Eucken* und *Ohlin*: Die starke und plötzliche Veränderung der außenwirtschaftlichen Bilanzen durch unbezahlte Reparationen kann sich ohne Preisänderungen allein durch Nachfrageverschiebungen (Änderung der Besteuerung usw.) abspielen. Dabei wird allerdings etwas leicht über den weiteren Inhalt dieser Werke hinweggegangen, wonach die Wirkung solcher Exporte im empfangenden Lande bei richtiger Geldpolitik und geeigneten Umstellungsmaßnahmen durchaus günstig sein kann, wobei auch eine günstige Entwicklung des zahlenden Landes, also des Exportüberschußlandes, nicht ausgeschlossen ist.

g) Eine noch weitere und sehr bedeutsame Keimzelle der neuen Lehre sehen wir in der nicht-monetären Konjunkturtheorie, und hier wieder in der nicht-monetären Überinvestitionstheorie. Während die bisher behandelten Ursprünge der Theorie sämtlich

den für die neue Lehre entscheidenden kumulativen Effekt nicht kennen, sondern nur an Nachfrageverschiebungen denken, wird hier das Auftreten zusätzlicher Nachfrage betont. Weil bereits „zuviel“ investiert ist, scheitert jede weitere Investition im Inlande am Absatzmangel. Der Unternehmergeinn steigt. Der Lohn bleibt gleich, der Absatz bleibt unverändert. Hier eröffnet der Export den Absatz nach außen und wird als Kapitalexport der entscheidende Aufschwungsfaktor in der Depression. *Preiser* hat schon 1933 diesen wichtigen Schritt zur Darlegung der kumulativen Wirkung des Exportüberschusses im Ausgangslande des Exportüberschusses getan¹¹. Er weist dabei auf *Zweig* hin, der schon 1929 im WA¹² dargelegt hatte, die Ausfuhr eile der inneren Konjunktur voraus; Englands internationale Anleihepolitik zeige, daß die Gewährung von Auslandsanleihen gerade in der Depression am größten sei. *Machlup*¹³ bezeichnet den Kapitalexport daher als Lebensretter (Life-Saver, 1943). Hier, in der nichtmonetären Konjunkturtheorie, war die Verbindung von quantitativer Nachfragetheorie und kumulativem Effekt auf den Außenhandel schon voll entwickelt. Sie wurde als das neue zusätzliche Werkzeug der staatlichen Wirtschaftspolitik gegen die Arbeitslosigkeit gesehen. Sie wird gleichberechtigt neben die Mittel der Finanzpolitik gestellt, die aus Gründen internationaler Verbote und drohender Retorsionen teilweise nicht einmal anwendbar sind (z. B. die staatlichen Exportsubventionen).

Die zur Diskussion stehende Theorie ist daher bei ihrer Entstehung im Jahre 1937 bis 1939 als eine Mischung von Elementen der Imperialismustheorie mit beachtlichen Elementen der Konjunkturtheorie bei gleichzeitiger Neuinterpretation der Zahlungsbilanztheorie aufzufassen.

3. Kritik.

a) Ungenaue Problemstellung infolge falscher Saldovorstellungen.

Es ist sehr merkwürdig, daß auch die bedeutendsten Autoren der internationalen Vollbeschäftigungslehre fortgesetzt von einer aktiven oder passiven Zahlungsbilanz reden, obwohl es doch eine solche nicht gibt, was in unserem Lande jedem Studenten der jüngeren Semester bekannt ist. Allerdings erwähnt man, daß man dabei nur den „Current Account“, also die laufende Rechnung, meint, d. h. den kurzfristigen internationalen Kredit, den Lieferantenkredit, die Spekulations- und Ausgleichsposten beiseite lassen möchte. Auch die berühmtesten englischen und amerikanischen Autoren halten diese Weglassung für er-

¹¹ Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen 1933, S. 147 ff.

¹² 30. Bd., 1929.

¹³ Internat. trade and income multiplier, Philadelphia 1943, S. 215.

laubt und sprechen erstaunlicherweise fortgesetzt von „Aktivität“, „Überschußland“, „Defizitland“ usw. Man denkt zuerst an eine sprachliche Ungenauigkeit, die sachlich bedeutungslos sei. F. W. Meyer hat aber in einer ausgezeichneten Analyse dargelegt, daß schon hier das Problem entscheidend verfehlt wird. Denn durch die Weglassung des kurzfristigen Kredits wird das Modell unrealistisch. Jedes Stück Ware wird entweder unmittelbar gegen Ware ausgetauscht, oder auf Kredit geliefert, oder gar nicht. Die Zahlungsbilanz ist niemals unausgeglichen. Es gibt niemals ein Defizit. Wer den Begriff des Defizits akzeptiert, beginnt seine Analyse zu spät und geht daher von einer falschen Problemstellung aus. Er kann dann nicht mehr anders, als zwei unterscheidbare Akte zu verlangen: Erst das Defizit, dann das Tätigwerden des Ausgleichsmechanismus als Reaktion auf das Defizit. Aber der wirkliche moderne Mechanismus beginnt schon vorher, beginnt an einem Punkte, den die Defizittheoretiker gar nicht beachten. Der Mechanismus besteht darin, einen Saldo gar nicht entstehen zu lassen. In dem erwähnten Beispiele ändern sich infolge der Mißernte die Preise und damit auch die Warenmengen, schon bevor Gold abströmt. Zugleich verlagert sich der Strom der Einkommen. Dabei spielt das Preisniveau und die Quantitätstheorie des Geldes zunächst gar keine Rolle! Dagegen gerät man durch die Defizitidee zwangsläufig auf die Geldmengenveränderung, die in Wirklichkeit sekundär ist, und damit auf die Quantitätstheorie des Geldes. Man gelangt also zu angeblichen Preisniveauverschiebungen, wo die wirklichen Wirkungen sich nur auf Einzelpreise und auf Gruppen von Preisen beziehen, wie schon Ragnar Nurkse lehrte¹⁴. So scheint das erste Bedenken gegen die erörterte Theorie bereits von ihrer ungenauen Problemstellung auszugehen. Jede Störung wird von vornherein durch den Mechanismus der Warenpreise reduziert, so daß es zur Erhaltung des Gleichgewichts nur noch eines Restausgleichs durch den monetären Mechanismus bedarf.

b) Bedenkliche Modellkonstruktionen.

Detailbeweise können hier wegen der Kürze der Zeit selbstverständlich nicht ausgeführt werden. Wir finden in der Literatur der handelspolitischen Vollbeschäftigung eine enorme Kasuistik mit einer geradezu überwältigenden Fülle von Modellen. Ich muß mich darauf beschränken, einige öfters vorkommende Fehler zu erörtern:

a) Häufig ist das Milieu des Geldüberhanges (also des Ungleichgewichts) *unausgesprochen* in die inländische Datenkonstellation *hineininterpretiert*. Ebenso unmerkbar wird mit dem Bilateralismus operiert, indem Gründe der Vereinfachung dazu zwingen, ein

¹⁴ Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., 71 ff., 160, 168 ff. — Ragnar Nurkse, Internat. Kapitalbewegungen, Wien 1935, S. 50.

Modell zu nehmen, in welchem es nur zwei Länder gibt. Dabei wird nicht bedacht, daß eine solche dem bilateralen Monopol ähnliche Situation jedes Studium der Wettbewerbsbedingungen am Weltmarkt unmöglich macht. Es wird nicht gesehen, daß dem Bilateralismus, symbolisiert durch diese zweiseitige Monopolform, die Meistbegünstigung wesensfremd ist und daß ihr der mehrfache Preis im Außenhandel und auch der mehrfache Devisenkurs (Preisdifferenzierung) notwendig entspricht, die wir ja auch in der Praxis des Bilateralismus überreichlich vor uns sehen. So sind plötzlich Ergebnisse da, die nicht herauskommen würden, wenn man ein ausreichendes Instrumentarium verwendet hätte. Ebenso scheint oft die Devisenzwangswirtschaft als selbstverständlich impliziert zu werden, welche es aber nur bei falschen Devisenkursen gibt. Die Devisenzwangswirtschaft (Exchange Control) hat aber entgegen ihrer Bezeichnung zum Hauptinhalt das Verbot des internationalen Privatkredits, ohne daß man auf die umfassenden Konsequenzen dieses eingeschobenen Datums aufmerksam wird. Ein solches Modell steht natürlich im völligen Widerspruch zur internationalen Situation etwa von 1913 oder von 1927 mit freier internationaler Beweglichkeit des Kredits. Diese Bedenken hebt I. M. Clark in seinem Gegengutachten zu dem Fünf-Männer-Gutachten der UN vom Dezember 1949 unter anderem dadurch hervor, daß er die von ihm mitunterschiedene Vollbeschäftigungspolitik auf die gegenwärtige außenpolitisch gespannte Weltsituation beschränkt wissen will, sie indirekt für die Wettbewerbspolitik des friedensmäßigen Außenhandels also ablehnt.

β) Im Modell sind alle Daten absolut wirksam. Es wirken also auch der Preis- und Lohnstop ohne Ausweichhandlungen der Betroffenen. Zum mindesten die Bevölkerungen aller europäisch-kontinentaler Staaten und einzelner orientalischer Länder sind aber derartig geschult in Umgehungen der Stoppolitik und Warenbewirtschaftung („Controls“), daß der Optimismus der Autoren in dieser Beziehung Erstaunen hervorrufen muß.

γ) Festgelegte Devisenkurse und Warenpreise sind zunächst keine Daten. Kurse und Preise sind in jedem Modell Variable. Legt man eine Variable fest, so verliert das Modell an Aussagewert und ist mit größter Vorsicht zu gebrauchen, worauf *Eucken* immer wieder hinwies. Auch die Herren *Erich Schneider* und *L. J. Zimmerman* haben das heute mit Recht betont. Wo bleiben die Wirkungen der Datenveränderungen bei festgelegten Variablen? Glaubt man sie weglassen zu können? Hier macht man es sich manchmal zu leicht.

δ) Der Preismechanismus wird unterschätzt. Es ist doch eine Binsenwahrheit, daß die Preisänderungen nur erfolgen, um Mengenänderungen zu erzwingen. Die Preisänderung ist nicht Selbst-

zweck. Die Mengenänderungen sind als selbstverständlich mitzudenken. Die neue Theorie stellt es manchmal so hin, als wenn die klassische Lehre diese Erkenntnis noch nicht gehabt hätte. Mir scheint also, daß die quantitative und Nachfragetheorie niemals neu gewesen sind.

ε) Der neue Nachfrage- oder Mengenmechanismus wirkt angeblich auch ohne Preisänderungen. Auf diese seine besondere Leistung wird von verschiedenen Autoren erhebliches Gewicht gelegt. Nun unterbleiben in der Preistheorie Preisänderungen nur, wenn Angebot und Nachfrage gleichzeitig steigen, wenn also auf dem üblichen Schema eine Rechtsverschiebung eintritt. Wenn das Angebot an Exportware steigt, muß auch die Nachfrage; also großenteils der monetäre Faktor im Empfangslande der Waren steigen. Es muß also im Einfuhrlande (dem Lande des Einfuhrüberschusses) eine aktive Bankpolitik vorhanden sein, wenn man die heutigen Geldzustände voraussetzt. Darauf hatten die Theoretiker der internationalen Anleihe und die Theoretiker der Transfertheorie mit Recht großes Gewicht gelegt. Wenn die neue quantitative Nachfragetheorie in einer solchen Rechtsverschiebung besteht, scheint mir in ihr eine Vernachlässigung der monetären Seite des Außenhandels zu liegen, und zwar auf beiden Seiten: Eine Exportsteigerung ohne vorschußweises zusätzliches Geld mindestens zur Bezahlung der zusätzlichen Löhne im Inlande ist nicht möglich. Aber auch eine Importsteigerung (die Übernahme jenes Exportüberschusses) im anderen Lande ist ohne Kredit nicht möglich, wie jede Betrachtung eines praktischen Falles internationaler Anleihegewährung lehrt. Wenn aber Kredit gewährt wird und damit eine aktive Bankpolitik auf beiden Seiten zugegeben würde, dann tritt auch kein deflationistischer Effekt des Imports mehr ein. Dann kann aber auch der kumulative Effekt des Exportüberschusses nicht mehr ohne eine aktive Bankpolitik erklärt werden. Dann ist er kein selbständiges anregendes Moment außerhalb der Kreditpolitik mehr, und dann ist die *Preisersche* genau abgegrenzte konjunkturtheoretische Betrachtung allein zulässig.

ς) Der freie internationale Privatkredit und freie internationale Zahlungen würden, wiederhergestellt (in den Modellen sind sie meist stillschweigend ausgeschlossen), dieselben Wirkungen induzieren, wie steigender Export, worauf insbesondere Edgard *Milhaud* und sein Genfer Kreis im Jahre 1934 und 1935 hingewiesen haben. Auch in diesem Lichte erscheint jene Theorie des Exportüberschusses als einseitig. Tatsächlich anerkennen die Vollbeschäftigungspläne diese Bedeutung des internationalen Kredits praktisch, indem sie unlogischerweise nicht große internationale Warenbewegungen, son-

dern sehr große internationale Kreditoperationen vorschlagen.

η) In die Modelle hineingelegt ist also, wie erwähnt, häufig die Annahme, daß die betreffenden Staaten eine falsche Kreditpolitik (z. B. Restriktion) betreiben. Merkwürdigerweise nimmt man an, daß das Exportüberschußland für jene Investitionen im Auslande freigebig den entsprechenden inländischen Kredit gewährt, während man zugleich überzeugt ist, daß das Land des Importüberschusses den offenkundig für die Umstellung seiner Produktion und die Umleitung seiner Nachfrage erforderlichen zusätzlichen Kredit an seine eigenen Bürger keineswegs gibt. Nur so ergeben sich wohl die Konsequenzen, daß Exportüberschuß von wirtschaftsbelebender Bedeutung für das exportierende Land sei, während ein Importüberschuß die Beschäftigung im Importlande vernichte.

c) Einkommensvernichtende Einwirkungen des Imports?

Damit ist bereits diese wesentliche These der Vollbeschäftigungsleute angezweifelt. Von einer einkommensvernichtenden Wirkung des Imports kann offenbar nur bei Depression und bei Verweigerung der Umstellung der eigenen Industrien auf andere Erzeugnisse durch kreditäre Maßnahmen die Rede sein. Dabei wäre als besonders drastisch das Beispiel des westdeutschen Handels mit Mittel- und Ostdeutschland anzuführen. Würde dieser heute fast ganz gesperrte Handel eines Tages wieder voll eröffnet werden (Wegfall der Zonengrenze), so würde dadurch offenbar eine gewaltige Umlagerung der Produktion und der Einkommensströme mit Hilfe von starken Preisveränderungen zustande gebracht werden. Aber man wird wohl nicht sagen können, daß dadurch große Teile des westdeutschen Einkommens vernichtet werden würden. Es handelt sich offenbar um das bekannte primitive Schutzzollargument. In diesem Punkte muß ich auch Bedenken gegen *Preiser* anmelden, wenn ich auch überzeugt bin, daß *Preiser* jene einkommensvernichtende Wirkung des Imports nur für sehr beschränkte konjunkturelle Lagen zuläßt, womit ich einverstanden wäre. Offenbar gibt es in der Wirtschafts- und Anleihegeschichte genügend Fälle, in denen Importüberschüsse Beschäftigung und Einkommen eines Landes stark gesteigert haben, in unserem Lande etwa im Jahre 1927 und 1950. Übrigens wäre zwischen Rohstoff- und Fertigwarenimport usw. zu unterscheiden.

d) Unterschätzung der anderen Krisenursachen.

In der heutigen Wirtschaftspolitik haben wir es mit hunderten von gleichzeitigen und sich gegenseitig überschneidenden oder lahmlegenden Staatsmaßnahmen zu tun. Jedes wichtigere Steuergesetz enthält

Dutzende davon. Viele dieser Maßnahmen vermindern die Gesamtnachfrage, oft sind sie neue Krisenursachen: Schlechte Behandlung der Unternehmer, Wegnahme der Anreizmittel, welche sie benötigen, Beschränkung der Märkte durch Einfuhrkontingente (Quoten), Kartelle, Regierungseinkäufe, Devisenbewirtschaftung, Zölle, falsche Lohnpreisstruktur im Vergleich zum heutigen Standardmarkt, dem der Vereinigten Staaten. All das betont I. M. *Clark* in seinem UN-Gegenutachten vom Dezember 1949 mit Recht.

e) Rückstrom von Zinsen und Amortisationen.

Hinshaw und *Lutz* zusammen mit *Buchanan*¹⁵ haben darauf hingewiesen, daß die Größenordnung der bei jeder Auslandsanleihe alsbald zurückströmenden Zinsen und Amortisationen sehr bedeutend sei. Nach etwa zehn Jahren Anleihegewährung an fremde Länder muß der Jahresbetrag der Neuanleihen durch das darlehengebende Land ungefähr verdoppelt werden, um den Anfangssaldo des Exportüberschusses aufrecht zu erhalten. Sonst würde eine Überkompensierung des Exportüberschusses durch Zinsen und Tilgung eintreten. Man kann wohl *Preiser* zustimmen, wenn er sagt, daß dieses Argument, wiewohl langfristig richtig, kurzfristig nicht durchschlägt, indem eine konjunkturell günstige Wirkung von Exportüberschüssen möglich sei.

f) Engpässe.

Bei der Darstellung der Vollbeschäftigungspolitik im Inlande waren heute vormittag und gestern bei mehreren Rednern stärkste Bedenken wegen der vorhandenen Engpässe aufgetreten. Diese Flaschenhälse würden jede stärkere Wirtschaftsbelebung an sich schon verhindern. Ich brauche nicht besonders zu beweisen, daß vom Standpunkt der internationalen Vollbeschäftigungspolitik dieses Argument verfehlt ist, indem oft schon kleine Einfuhren derartige Engpässe zu beseitigen geeignet sind. Dabei wurde von Herrn Dr. *Muthesius* darauf hingewiesen, daß derartige Engpässe meist selbst erst die Folgen verfehlter Staatseingriffe sind, also eine der verschiedenen von den Vollbeschäftigungsleuten unterschätzten Krisenursachen.

g) R. F. *Harrods* marktkonforme internationale Politik.

Die meisten dieser Argumente treffen auf R. F. *Harrod*¹⁶ nicht zu, der einerseits vielleicht der ursprüngliche Schöpfer, zugleich aber der Architekt eines großartigen und überreichen Ausbaus sowohl einer marktkonträren wie auch einer marktkonformen Theorie hoher Beschäftigung im Außenhandel ist. Allerdings ergeben sich aus seinen

¹⁵ N. S. *Buchanan*, F. A. *Lutz*: *Rebuilding the World Economy*, New York 1947, S. 211.

¹⁶ *Internat. Economics*, London 1939; deutsch: *Die internat. Wirtschaftsbeziehungen*, Bern.

Darlegungen wegen der außerordentlich verwickelten Datenkonstellationen, von denen er ausgeht, die man aber in der Wirklichkeit fast niemals mehr finden wird, wenig praktische Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik der Zukunft.

h) Gesamturteil.

Läßt man die stillschweigend eingeschobenen Daten Geldüberhang, falsche Kurse und Vorhandensein von Devisenbewirtschaftung weg, nimmt man also Länder mit gesunden Währungen an, so handelt es sich bei der internationalen Vollbeschäftigungsdoktrin offenbar um eine Anzahl von richtigen Konjunktur- und zahlungspolitischen Argumenten, die mit monopolistischen und die Völker trennenden und unrealistischen international-verbindenden Maßnahmen verschwistert sind. In der Vorliebe für Einfuhrrestriktionen insbesondere ist ein entscheidendes international-handelsfeindliches Element zu erblicken. Dagegen läßt sich das schon den Klassikern selbstverständliche Ziel eines hohen internationalen Beschäftigungsstandes in seiner Wichtigkeit nicht bestreiten. Wenn man die letzten 80 Jahre der Handelspolitik der Welt überblickt, wird deutlich, in wie starkem Maße international Perioden hoher Beschäftigung mit Perioden schlechter Beschäftigung gewechselt haben¹⁷. In Vollbeschäftigungsperioden wird das Interesse am billigen Erhalt von Ware so groß, daß das Zollinteresse verschwindet, welches überhaupt erst in Zeiten schlechter Beschäftigung wiederkehrt. Das Problem der internationalen Vollbeschäftigung ist daher gleichbedeutend mit der organisatorisch-vertragsmäßigen Schaffung einer internationalen Situation, in der die Niederlegung der Handelsschranken nicht nur von der Wissenschaft, sondern gerade auch von den Geschäftsleuten allgemein verlangt wird¹⁸. Die bisherige Vollbeschäftigungsdoktrin hat das Verdienst, das Ziel angesteuert zu haben. Sein Instrumentarium zur Erreichung dieses Ziels ist noch nicht immer vorsichtig genug ausgewählt und auch noch nicht reichhaltig genug.

5. Die internationalen Beschlüsse und Denkschriften.

Es handelt sich dabei größtenteils um wirtschaftspolitische Zielsetzungen, über die sich die Nationen geeinigt haben, mit all den Bedenken, die wir bei dem Begriff der „Zielsetzungen“ in der Wirtschaftspolitik gemeinhin mit uns schleppen. Zunächst enthält die Satzung der United Nations in Art. 55—56 folgende Verpflichtung der Mitgliedstaaten: „Die Vereinten Nationen werden fördern.. einen höheren Lebensstandard und Vollbeschäftigung... Alle Mit-

¹⁷ Vgl. *Rittershausen*, Die deutsche Außenhandelspolitik von 1879 bis 1948, in: *Ztschr. f. d. ges. Staatswissenschaft*, 1948, 105. Band, 1. Heft, S. 152, 167.

¹⁸ Vgl. H. *Rittershausen*, Die theor. Grundlagen der zwischenstaatlichen Preispolitik, in: *Weltw. Archiv*, 59. Band, 1944/2, S. 159, 161, 170.

glieder verpflichten sich, vereinte und gesonderte Schritte zu diesem Ziel zu unternehmen“. In Verfolg dieser Bestimmung dieser Satzung, der wirtschaftspolitisch zweifellos eine sehr große Bedeutung beikommt, hat sich der Generalsekretär der United Nations ein Sachverständigengutachten ausarbeiten lassen, das von I. M. Clark, Nicholas Kaldor, A. Smithies, Pierre Uri und E. Ronald Walker unterzeichnet ist, zu dem aber I. M. Clark am Schluß ein Sondervotum gegeben hat, mit dem wir uns schon kurz beschäftigt haben. Weiter ist zu erwähnen der umfangreiche Bericht des International Labour Office (Studies and Reports No. 20), der im Jahre 1950 in Genf unter dem Titel „Action Against Unemployment“ erschienen ist.

Diese beiden Gutachten können ihres großen Umfangs wegen nicht im einzelnen dargestellt und kritisiert werden. Sie sind aber beide stark durch die vor den Währungsstabilisierungen liegenden Nachkriegserfahrungen bestimmt und daher überwiegend marktkonträr eingestellt und von Geldüberhangsvorstellungen (Sorgen vor zu großem Import und zu kleinem Export usw.) beeinflußt, daher restriktionistisch. Derartige Restriktionen wirken aber gegen die Interessen der am Export und an einem gesunden internationalen Wettbewerb auf gleichem Fuße interessierten Nationen, wie auch insbesondere gegen die Interessen der Arbeiterschaft und Konsumenten aller Länder. Ihr sozialer Gehalt muß daher bezweifelt werden. Man findet in ihnen viele gerade von sozial denkenden Fachleuten längst überwundene und wenig begründete Vorstellungen vom Nutzen der Handelsbeschränkungen und des Preis- und Lohnstops. Man hat den Eindruck, als wenn einige der Autoren von den Störungen und Fehllenkungen der Wirtschaft durch falsche Devisenkurse, autarkistische Fehlinvestitionen, Arbeitszurückhaltung, Korruption und Förderung des Monopolismus noch keine Kenntnis genommen hätten. Man findet in den Denkschriften auch den Aberglauben, daß Devisen mehr Wert sind, als Landeswährungen. Ökonomisch wäre eine solche Aussage natürlich ganz abwegig und gar nicht qualifizierbar, wenn damit nicht in verdeckter Weise auf die falsche Lage des Devisenkurses angespielt wäre. Wenn der wahre, d. h. sich aus Angebot und Nachfrage ergebende Devisenkurs nicht veröffentlicht und nicht zur Grundlage der Geschäfte gemacht werden darf, sondern wenn der Staat einen falschen Devisenkurs aufzwingt, so entsteht natürlich der Anschein einer Mangellage und eines höheren Wertes. Die Einführer profitieren von dem staatlich festgesetzten Kurs, der marktkonträr ist, und führen mehr ein, als dem Marktgleichgewicht entspräche, während die Exporteure so sehr geschädigt werden, daß sie eine Menge von Exporten unterlassen oder auch mit der Ablieferung ihrer beschlagnahmten Ware („Devisen“) saumselig werden. Ich empfinde ein leises Unbehagen bei der Vorstellung, daß

derartige vulgär-ökonomische Auffassungen vom Mehrwert der Devisen in offiziellen UN-Denkschriften Aufnahme gefunden haben. „Devisenmangel“ und „Dollarlücke“ sind Scheinprobleme und ihrerseits wieder Ergebnisse früherer falscher Staatseingriffe. Da ich die in unserer Wissenschaft bisweilen hervortretenden Gegensätze zwischen Planung und Freiheit nicht mitmache, kann ich mir schwer vorstellen, daß sich auf der sog. Planungsseite wirklich heute noch Stimmen zu Gunsten von nach heutigem Urteil offenkundig falschen Maßnahmen erheben.

Ein weiteres Charakteristikum der Denkschriften ist es, in wenig realistischer Weise jedesmal vom Anderen Leistungen und Devisen zu verlangen. M. E. hat keine Nation Anspruch auf Gratsleistungen anderer, vielmehr nur das Recht auf freien Handel und Geldverkehr auch mit dem Auslande. Die Verwirklichung dieses Menschenrechts würde wahrscheinlich einen großen Teil der Frage der internationalen Vollbeschäftigung lösen. Die Doktrin und die Denkschriften scheinen jedoch nicht auf der Grundlage dieses Menschenrechts zu stehen, sonst würden sie nicht so stark mit Kontrollen liebäugeln. —

Daß die Forderungen der Denkschriften nur bei Verzicht der Parlamente auf einen großen Teil ihrer Befugnisse zu Gunsten ökonomisch-diktatorischer Vollmachten der Regierungen durchführbar sind, sei nur am Rande bemerkt. Diese Forderung nach Vollmachtenregimes wird in ungemein zartfühlender Weise erhoben, verliert durch ihre rücksichtsvolle Formulierung aber nichts von ihrem bedrohlichen Charakter, worauf insbesondere Henry C. *Simons* hinweist.

Insbesondere aber müssen Beschlüsse auch bei abweichender Meinung einzelner beteiligter Länder mit Zwang durchgeführt werden können, z. B. die Verlagerung von Industrien! Das setzt aber, wenn keinen imperialistischen Großraum, dann doch den Überstaat voraus, der doch wohl als unabdingbare Voraussetzung, als große Illusion, die Theorie der zwangsweisen Vollbeschäftigung der Welt begleitet.

Damit soll aber nicht den Mißbräuchen des Laisser faire das Wort geredet werden. C. *Brinkmann* hatte recht, wenn er schon sehr früh von der unaufhaltsamen Tendenz der Durchrationalisierung der Weltwirtschaft sprach. Der erforderliche Automatismus entwickelt sich nicht von selbst, sondern muß von uns Menschen gesetzt werden. In diesem Sinne sind jene Denkschriften sehr anerkennenswerte erste Gehversuche in einer weiträumigen Landschaft, die sich uns jetzt erst eröffnet.

Der UN-Ratsbeschluß vom 15. August 1950 deutet dementsprechend bereits den vollen Übergang von einer marktkonträren zu einer marktkonformen Vollbeschäftigungspolitik an. Er verlangt im

wesentlichen nur die Hergabe statistischer Daten und die öffentliche Bekanntgabe der Vollbeschäftigungsabsichten und -maßnahmen der einzelnen Regierungen, daneben aber energisch eine Verminderung der Handelsbeschränkungen.

6. Die deutsche Sonderlage.

So ungern man von einer solchen spricht, weil es sich dabei meist um allgemein verbreitete oder aber um unrichtige Bedingungen handelt, so muß doch dargelegt werden, warum die öfters versuchte Anwendung der üblichen Vollbeschäftigungs-Terminologie auf unser Land in den letzten Jahren zu verfehlten Ergebnissen führt. Der Denkschrift „Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung“, verfaßt von den deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten¹⁹, verdanken wir einige Aufhellung über diese Frage. Noch mehr hat A. W. Zelomek-New York²⁰ geleistet. Nach ihm betrug der Handel der heutigen Bundesrepublik vor der Zonentrennung mit dem heute russisch besetzten Mittel- und Ostdeutschland im Jahre 1936 etwa 4,2 Mrd. M und war damit größer als der gesamte Außenhandel beider Hälften Deutschlands (3,6 Mrd. Export 1936). Seither ist er auf 8 % gesunken. Die damaligen Bezugsquellen und Absatzgebiete mußten von den Wirtschaftlern der heutigen Bundesrepublik großenteils auf den Außenhandel umgelegt werden. Für uns bedeutet Einfuhr also großenteils einen Ersatz für die Produktivität Mittel- und Ostdeutschlands und Ausfuhr einen Ersatz für die Warenbedürfnisse jenes Gebiets. Diese im Gange befindliche Umstellung wird in keiner Weise richtig qualifiziert, wenn man ihr die Fabrikmarke Export oder Import von Arbeitslosigkeit anhängt. Weiter muß auf den Zustrom von 9 Mill. Flüchtlingen nach der Bundesrepublik (heute 47 Mill. Einwohner) verwiesen werden, die zwar ihre Arbeitskraft, nicht aber ihre Produktionsmittel mitbrachten. Infolgedessen bedeutet eine hohe Beschäftigung der westdeutschen Wirtschaft keineswegs das, was sie nach der Vollbeschäftigungsideologie ist: nämlich ein Beweis für große inländische Investitionen. Sie ist aus diesem Grunde im Gegensatz zu England auch verbunden mit niedrigem Lohn, der Folge des ununterbrochenen Einströmens mitteldeutscher Arbeitskräfte (aus der russischen Zone). Schon damit wird das übliche Vollbeschäftigungsmodell unanwendbar, von der über alle Maßen gehenden, aber vielen Kritikern noch nicht aufgefallenen Kapitallenkung ganz abgesehen (Streichung von 93½ % aller Bankguthaben und 90 % aller Banknoten und festverzinslichen Wertpapiere i. J. 1948). Auch muß darauf hingewiesen werden, daß die Bundesrepublik trotz der großen amerikanischen Anstrengungen

¹⁹ Bonn 1950.

²⁰ In: The Commercial and Financial Chronicle, New York, No. 4910, May 25, 1950. p. 10.

in Richtung von eigenen Zollsenkungen von den Vereinigten Staaten zwar das große Geschenk der Meistbegünstigung bei diesen selbst und in den wichtigsten Staaten der Welt erhalten hat, aber als einziges Land noch ohne einen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten dasteht und daher noch nicht einmal in den Besitz der entscheidend wichtigen 50prozentigen Zollermäßigung gelangt ist, welche der Präsident kraft seiner Vollmachten schon fast allen anderen Staaten gewährt hat.

Westdeutschland hatte bisher einen starken Importüberschuß und keinerlei Devisenreserven. Unser steigender Export wird von den Vollbeschäftigungstheoretikern z. B. in England oft einer Investition gleichgesetzt und mit einer inneren Deflationskrise erklärt. Wenn die Kaufleute der Bundesrepublik aber erst beim Nachtisch am Tische der Weltwirtschaft Platz genommen haben, nachdem sie jahrelang abgesperrt waren, so wird man dieses verspätete Erscheinen nicht mißverstehen dürfen. Andererseits wird unser Importüberschuß, der immer noch vorhanden ist und der durch amerikanische Hilfgelder ausgeglichen wird, oft für einen Beweis angesehen, daß wir im Inneren eine inflationistische Vollbeschäftigungspolitik trieben und diese stoppen müßten. Wir haben 1949 keine Vollbeschäftigung und keine Inflation gehabt. Andere Theoretiker haben aus der schlechten Wirtschaftslage im Jahre 1949 auf das Vorhandensein von verborgenen Exportüberschüssen und großen Devisenreserven geschlossen (z. B. *Balogh-Oxford*²¹). Die Exportüberschüsse und Devisenreserven sind aber nicht vorhanden. Die von Deutschland als einem an Rohstoffen gänzlich ausgehungerten Gebiet so energisch bejahte Liberalisierung ist von manchen Seiten ganz irrtümlich als ein absichtlicher Angriff gegen die Vollbeschäftigungslehre aufgefaßt worden, welche Einfuhrrestriktionen gebietet. Das ist natürlich ein Mißverständnis, wie überhaupt ein großer Teil der gedanklichen Fehde einer Gruppe von Vollbeschäftigungstheoretikern gegen unsere heutige Handelspolitik, die viel mehr ist als Liberalisierung, auf irrtümlicher Anwendung der Vollbeschäftigungsterminologie beruht.

Was schließlich den Rückgang der inländischen Investitionsneigung angeht, welcher einen Zwang zum Dumping auf den Weltmärkten auslösen soll, so ist uns ein solcher Rückgang der Investitionsneigung ganz unbekannt, da die Zerstörungen genügend Wiederaufbauinteresse erweckt haben.

7. Marktkonforme Vollbeschäftigung international.

Abgesehen von den Arbeiten *Harrods* und den praktisch-politischen Leistungen des Staatssekretärs *Hull* wie auch unseres deutschen Staats-

²¹ Auf der Tagung des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Oberhausen vom 16.—19. März 1950.

sekretärs *Posse* und mit Ausnahme vereinzelter Stimmen ist das Gebiet der marktkonformen Vollbeschäftigungspolitik noch Neuland. Es ist nicht möglich, hier viele Ergebnisse vorzulegen. Wie erwähnt, hat jede internationale Hochkonjunktur im letzten Jahrhundert die Wünsche nach Zöllen und Handelshemmnissen verstummen lassen, da der Bedarf nach Rohwaren und Unterlieferungen vom Auslande auf Seiten der einflußreichen industriellen Interessenten überwiegend wurde. Infolge des Vorherrschens langfristiger Handelsverträge in jener Zeit wurden unglücklicherweise die neuen Gruppen von Handelsverträgen, welche die Folgerung aus der jedesmal begonnenen Richtung freiheitlichen Denkens zogen, fast immer erst kurz nach dem Beginn einer neuen internationalen Krisenperiode rechtskräftig. Umgekehrt wurden Hochschutzzölle verkündet in Zeiten, die bereits wieder die Freiheit wünschten. Die internationale Handelsgeschichte ist bisher nicht viel mehr als eine Geschichte der Tragödien des ordnenden Menschengesistes. Großer wissenschaftlicher Anstrengungen wird es bedürfen, um hier Wandel zu schaffen und die neuen Forschungsergebnisse den Politikern und Wirtschaftlern mitzuteilen.

Die Krisensituation in der Weltwirtschaft ist heute durch die Korea-Konjunktur gelöst, deren theoretische Beurteilung noch keineswegs geklärt ist. Werden durch sie die Vollbeschäftigungsthese bestätigt oder widerlegt? Und im ersteren Falle, welche Vollbeschäftigungspolitik wird bestätigt? Die der falschen Devisenkurse (Groß-Britannien vor September 1949) oder der nahezu marktmäßigen Kurse und Warenpreise (seit September 1949)? Die der Rüstungswirtschaft mit Inflation oder die der Marktwirtschaft? — Heute dreht es sich nicht mehr um Absatzmangel, sondern um Warenmangel; nicht mehr um die „Dollarlücke“, sondern um den bald zu erwartenden Importüberschuß der Vereinigten Staaten und damit zunächst die Dollarüberschüsse der übrigen Länder²². Nach dem Abflauen dieser Hochkonjunktur werden von der Praxis von neuem dringende Anforderungen an die Wissenschaft gestellt werden, eine marktkonforme Politik internationaler Zusammenarbeit zu entwickeln. Deren Ausarbeitung ist daher gerade in der uns jetzt gegebenen Pause dringend. Einige Elemente derartiger Arbeiten werden voraussichtlich sein:

a) Freibewegliche Devisenkurse nach dem Vorbild von Canada. Erich *Schneider* hat gestern mit Recht das Problem der erhöhten Sensibilität gegenüber Preis und Kurs angeschnitten. Freischwebende Devisenkurse werden in hohem Maße labil sein, wenn man an den Vorurteilen festhält, nur starre oder langsam steigende Preise

²² nachträgliche Anmerkung: Vgl. die August-Statistik des US-Außenhandels.

und Nominallöhne akzeptieren zu wollen. Je starrer die Faktorpreise, um so extremer werden die Zerrungen einseitig am Devisenkurs sein und zu unerwünschten Ausschlägen führen. Nützliche Ergebnisse für die Dauer können freischwebende Devisenkurse nur erbringen, wenn gleichzeitig eine möglichst hohe Beweglichkeit der anderen Faktorpreise hergestellt wird. Daß die Freigabe der Devisenkurse oder ihre Einstellung auf eine realistische Höhe von gewaltiger praktischer Bedeutung ist, haben die Ereignisse in England gezeigt: Die Kursänderung vom Herbst 1949 beendete den Importüberschuß, brachte einen sehr hohen Exportüberschuß und in einem Jahr bereits fast übermäßige Devisenreserven ein. Sie schwemmte zudem im Inneren Englands fast sämtliche Kontrollen beiseite und hatte ähnliche Wirkungen, wie die Währungsreformen auf dem Kontinent. Diese Erfahrung spricht nicht zu Gunsten der Vollbeschäftigungslehre.

b) Die Beseitigung der Devisenzwangswirtschaft rückt mit der Beendigung des sog. Dollarmangels näher. Sie würde insbesondere eine Wiederzulassung des internationalen Privatkredits und eines Zinsgefälles bringen. Die großen internationalen Kapitalbewegungen der letzten Monate in Richtung auf Canada, Südamerika und die Schweiz dürften zeigen, daß das internationale Kapital vor den Devisenvorschriften noch mehr Angst hat, als vor einem Krieg. Wir sollten als kapitalarmes Land derartige Entwicklungen sorgfältig beobachten und uns fragen, ob die diskriminierende Behandlung ausländischer Geldgeber, welche eine Absicht jener autarkischen Regierungen war, die die Devisenzwangswirtschaft schufen, heute und in unserer Lage nicht ein Anachronismus ist.

c) Eine starke Hilfe bei der Beseitigung aller Handels- und Nachfragebeschränkungen könnte die von der Mont-Pélerin-Gesellschaft vorgeschlagene Einführung einer metallenen Hilfs- und Rechnungswährung bieten. Ein freier Münz- und Metallmarkt als allein brauchbares Meßinstrument für den Wert von Papierwährungen wäre nötig. Es ist durchaus möglich, die Sparer und die langfristige Kapitalanlage von der konjunkturellen Entwicklung des inländischen Geldumlaufs und von schwankenden Devisenkursen abzutrennen, um sowohl die Spartätigkeit zu erhalten und den in Boykott befindlichen Sparern gewisse Rechte auf Wertbeständigkeit zu geben, als auch an Beweglichkeit zu gewinnen. Wenn ein solches Denken auch nicht zum totalitären Staat paßt, so sollte es für den heutigen selbstverständlich sein.

d) Die Welthandelscharte von Havanna ist zu meinem tiefen Bedauern in eine furchterregende Architektur chinesischer Mauern verwandelt worden. Ein solches Lehrbuch der internationalen Disintegration sollte ein Markstein werden zur Entwicklung neuer und besserer

Spielregeln des integrierten Welthandels, denen wir mit größtem Interesse gegenüberstehen und von denen wir eine wesentliche Förderung der konjunkturellen Lage der einzelnen Nationen erwarten. Die bisherige Vollbeschäftigungslehre hat einen wichtigen anfänglichen Beitrag dazu geliefert; weitere Beiträge auszuarbeiten, wird unser aller Aufgabe sein.

Prof. Dr. *Hoffmann* (Münster): Ich danke dem Herrn Vortragenden für seine Ausführungen und darf um Wortmeldungen bitten, da es zweckmäßig ist, die Zeit auszunützen, denn wir wollen versuchen, bis um 1/27 Uhr fertig zu werden. Das Wort hat Herr *Schönwandt*.

Max *Schönwandt* (St. Georgen):

Meine Damen und Herren!

Es wäre reizvoll, auf die so materialreichen und anregenden Ausführungen von Herrn Professor *Rittershausen* einzugehen. Ich muß mir das versagen bis auf einen Punkt, der methodisch und tatsächlich für alle unsere Erörterungen von allergrößter Bedeutung ist.

Herr Professor *Rittershausen* sagte: Der Importüberschuß habe seit 1948 Beschäftigung und Einkommen bei uns gewaltig gesteigert. Wenn das zuträfe, dann würde das „R ö p k e - G u t a c h t e n“ in der Luft schweben oder ihm der Boden entzogen sein. Die meisten von Ihnen werden es kennen und auch seine Argumentation: Es sei der ungeheure Experimentalbeweis geführt, daß nicht die Geldreform, sondern die Marktwirtschaft den Aufschwung herbeigeführt habe. Ist es aber der Importüberschuß seit 1948 gewesen, dann kann es entweder gar nicht oder nicht ausschließlich die Marktwirtschaft gewesen sein! Davon abgesehen, es ist meiner Meinung nach ein charakteristisches Beispiel dafür, wie leicht durch irrige Zahlen nicht nur falsche Vorstellungen geweckt, sondern auch falsche Schlüsse und Zusammenhänge behauptet werden. Tatsächlich hat das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“, über das wir allein einigermaßen zuverlässige Zahlen haben, im ersten Marshallplan-Jahr, mit den Preisen gerechnet, die für den innerdeutschen Wirtschaftskreislauf allein maßgebend sind, nämlich zu Inlandspreisen, einen Export-Überschuß und nicht Import-Überschuß gehabt. Dabei ist allerdings das, was der Herr Vortragende „inländischen Export“ nannte, nämlich die Lieferung nach Berlin, eben als Export gerechnet.

Das zu diesem Referat.

Da wir alle Referate gehört haben, ist es wohl erlaubt, nun allgemein zu dem Grundthema zu sprechen, das sehr treffend bezeichnet ist als die „P r o b l e m a t i k der Vollbeschäftigung“. Wenn

ich, der ich gestern noch in Berlin war, von den heutigen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen auf die ganze Tagung schließen darf, dann haben wir sehr viel von *Keynes* gehört, auch Neues. Ich habe z. B. von Herrn Prof. *Schiller* gehört, daß *Keynes* ausdrücklich oder zugestandenermaßen die Theorie der Überersparnis zur Grundlage seiner „General Theory“ gemacht habe, während ich im Vorwort gelesen habe, daß er sie abgeschworen hat! Wir können nicht genug von *Keynes* hören, insbesondere von dem unbekanntem *Keynes*. Ich bin durchaus einverstanden mit dem spontanen Beifall, den ein Diskussionsredner erntete, als er feststellte: wir haben eine einheitliche Wissenschaft, keine angelsächsische, deutsche oder germanische. Aber es handelt sich doch um die Probleme von jetzt und hier, und es ist mir nicht erinnerlich, bei *Keynes* auch nur ein Wort zu ähnlichen Problemen gefunden zu haben, wie wir sie heute in Westdeutschland haben! Er hätte den Fall unterstellen müssen, daß Schottland durch einen eisernen Vorhang abgetrennt ist, daß die britischen Staatsbürger aus aller Welt zwangsweise nach England und Wales gekommen und in Wales in Elendsgebieten untergebracht sind und allen bei Strafe verboten ist, ihren Wohnsitz zu wechseln! Das wäre etwa die Vergleichslage.

Problematik der Arbeitslosigkeit: Welche Arbeitslosigkeit? Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist kaum gemeint, aber wir haben ja auch in Westdeutschland nicht nur elf Länder, sondern vielleicht mehr als elf Gebiete von völlig verschiedenartiger Lage der Arbeitslosigkeit. Wer aus der graphischen Darstellung der Denkschrift des Bundesarbeitsministeriums, die in dem Ihnen zur Verfügung gestellten Heft 20/21 von „Währung und Wirtschaft“ wiedergegeben ist, nicht vor Augen hat, wie die Arbeitslosigkeit heute im Bundesgebiet verteilt ist, der kann nicht zu richtigen Schlüssen über die Probleme der Arbeitslosigkeit heute und hier bei uns kommen. Diese Verteilung der Arbeitslosigkeit mit Vollbeschäftigung oder sogar Überbeschäftigung im Westen oder in einzelnen Bezirken des Westens und unheilbarem Elendszustand an der Grenze nach Ostdeutschland oder in Oberhessen und anderen Elendsbezirken kann nicht geheilt werden durch monetäre Konjunkturpolitik, durch einen Außenhandels-Multiplikator oder ähnliches, sondern kann nur durch etwas geheilt werden, von dem heute kaum die Rede war, durch Anpassung, und diese Anpassung ist eben aufs äußerste behindert. Wenn z. B. das Gesetz endlich fällt, das die Freizügigkeit juristisch beschränkt, dann beeilen sich die Oberbürgermeister, bekannt zu machen, daß jedem bei Strafe verboten ist, Wohnung oder auch nur Schlafstellen zu nehmen oder zu geben in ihrem Bezirk.

Herr Prof. *Brinkmann* hat dankenswerterweise ein sehr scharfes Wort gebraucht: denn wenn nicht er und vorher schon Herr *Kausch* das Wort „Wohnungszwangswirtschaft“ in die Debatte geworfen hätten, so wäre ich mit dem Gefühl zurückgereist, daß wir gerade von dem nicht gesprochen haben, worauf es ankommt. Aber das Rütteln an der Wohnungszwangswirtschaft ein frevelhaftes Spiel zu nennen, scheint mir weniger berechtigt, als das Umgehen dieses Problems als unverantwortlich und gedankenlos zu bezeichnen. Es ist leicht, eine soziale Revolution an die Wand zu malen, es ist immer leicht, die Dinge gehen zu lassen, es ist aber gewagt, in dem Sinne einzugreifen, daß dieses Eingebahnte unterbrochen, umgestellt wird; es heißt dann immer: es fehlen die Voraussetzungen! Es hieß vor der Geldreform: es fehlen alle Voraussetzungen dafür. Von der Aufhebung der Bewirtschaftung wagte man schon nicht außerhalb des kleinen Konventikels zu sprechen. Das ist ein Denkfehler; unter den Denkbildern der Wohnungszwangswirtschaft fehlen die Voraussetzungen für ihre Aufhebung. Aber genau so wie der Experimentalbeweis geführt worden ist, daß die Geldreform uns nicht ins Grab gebracht hat und daß die Aufhebung der Bewirtschaftung, daß diese Wirtschaftspolitik, die ich in vielem kritisieren muß, wirklich einen Aufschwung herbeigeführt hat, genau so müssen wir auch, glaube ich, an dieses heiße Eisen „Wohnungszwangswirtschaft“ herangehen. Man darf selbstverständlich nicht leichtfertig sein, man darf auch nicht über das hinweggehen, was ich bei A. S. *Hart* neulich sehr treffend in seinem großen Werk über die Geldtheorien fand: man dürfe nicht nur in Betracht ziehen, wie ruhige und richtig denkende Menschen sich verhalten, sondern müsse auch berücksichtigen, was die unvernünftigen Menschen bei einer gewissen wirtschaftspolitischen Maßnahme tun. Aber man sollte auch keine Angst haben, und am allerwenigsten Angst vor der Angst der anderen. Nicht nur „Abbau“, sondern sogar Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft ist nicht „ein frevelhaftes Spiel“. Nennt man es doch so, dann zeigt man eigentlich nur den Tiefstand unserer „Grundlagenforschung“ oder den Tiefstand der Bereitschaft, die Ergebnisse der Grundlagenforschung anzuwenden. Es ist bei unseren gegebenen Verhältnissen durchaus möglich, die Wohnungszwangswirtschaft zu beseitigen, so wie es damals möglich war, die anderen Teile der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Daß wir darum herumgehen, zeigt nur, daß wir nicht den Kern der Schwierigkeiten erfassen. Es sind zwei Probleme, die dem weiteren deutschen Aufschwung praktisch im Wege stehen, das ist das heutige Geldsystem — ich berufe mich auf *Walter Eucken* — und die Wohnungszwangswirtschaft. Selbstverständlich sind noch sonstige Reste, die Herr Prof. *Rittershausen* richtig oder mit einigen Abweichungen und Modifikationen als die

Devisenzwangswirtschaft bezeichnet hat. Aber diese beiden Probleme sind die beiden eigentlichen Kernprobleme, auf die es ankommt, und mit ihnen sollten wir uns auseinandersetzen, auch wenn uns vorgeworfen wird, daß wir das Haus in Brand stecken, um das Schwein zu braten.

Dozent Dr. Gerhard *Lenschow* (Kiel):

Meine Damen und Herren!

Fast alle Redner haben auf die Grenzen der Wirtschaftspolitik in dem Versuch, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hingewiesen. Sogar der Wunsch nach Automatismus ist dabei laut geworden. Wenn Professor *Schiller* betont hat, nach Erreichung des bottleneck-Niveaus müßte die Ersparnis der Kreditschöpfung unmittelbar folgen, ist diese Grenze besonders deutlich sichtbar geworden. Denn Ersparnisse werden eben nur dann erfolgen, wenn volkswirtschaftlich so investiert wurde, daß dabei die Produktivität steigen konnte.

Aber welches sind die Kriterien für solche produktivitätssteigernden Investitionen? — Allein der Beitrag von Professor *Hoffmann* hat sich bisher mit diesem Problem ausführlich und ausdrücklich beschäftigt. Er hat durch seinen Hinweis darauf, daß man sich dabei nicht auf einen Automatismus verlassen dürfte, die Notwendigkeit, daß man unbedingt Anhaltspunkte für die so notwendige langfristige Investitionsplanung haben müßte, noch mehr herausgestellt.

Er hat zwar in seinen grundsätzlichen Ausführungen über die in den Anfängen steckende Theorie der wachsenden Wirtschaft nicht auf die konkrete deutsche Situation eingehen können, aber er hat doch allgemein gezeigt, daß die Verknüpfung von Theorie und langfristiger statisch-historischer Forschung weiter führen kann, wenn man auf die Frage des Wo, Wann und Wieviel der Neuinvestitionen Antworten suchte. Was Professor *Hoffmann* über das Verhältnis von Konsum- und Investitionsgütern in einer wachsenden Wirtschaft sagte, sind doch gewissermaßen Struktureigenschaften einer solchen Wirtschaft.

Nun ist verschiedentlich von den besonderen Struktureigenschaften der deutschen Volkswirtschaft gesprochen worden. Professor *Schiller* hat die Außenhandelsabhängigkeit und die starke Differenzierung der Rentabilität oder der Investitionschancen in der deutschen Wirtschaft genannt. Wissen wir etwas über die Ursachen dieser Differenzierung? — Ich möchte zeigen, daß man auf diese Frage wenigstens eine Teilantwort zu geben vermag, die sich ebenfalls auf langfristige Entwicklungen stützt. *Salin* hat 1927 wohl als erster gesehen, daß etwa seit dem ersten Weltkrieg eine verstärkte Zuwanderung in den östlichen

Teil Deutschlands eingesetzt hat. Inzwischen kann man diese Bewegung mit Hilfe der Volkseinkommens- und Verkehrsstatistik noch besser verfolgen. Daraus ergibt sich, daß in der ganzen Zwischenkriegszeit die Investitionen in Deutschland so verteilt gewesen sind, daß im Nordwesten am wenigsten neu investiert wurde, im Osten am meisten, während der Süden die Mitte hielt. Diese Bewegung hatte schon kurz vor 1914 begonnen und wurde durch den Ausgang des ersten Weltkrieges beschleunigt. Sie hat nach 1933 weder eine Förderung noch eine Unterbrechung erfahren. Diese Verteilung der Neuinvestitionen bedeutet natürlich eine allmähliche Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der deutschen Wirtschaft nach Osten und gleichzeitig eine gewisse Loslösung vom Welthandel. Dieses muß wahrscheinlich gleichzeitig als eine Anpassung der deutschen Wirtschaft an die gesunkenen komparativen Kostenvorteile aller europäischen Länder angesehen werden.

Man kann aber auch die Bedingungen dieses Wachstumsvorganges, unter dem sich also eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität Deutschlands vollzogen hat, angeben. Es sind Lohnunterschiede und Unterschiede in der allgemeinen regionalen Produktivität je Kopf. Die niedrigen Löhne im Osten begünstigten besonders alle Bauinvestitionen. Das gilt auch im geringeren Maße für Süddeutschland gegenüber Nordwestdeutschland. Allgemeiner ist die Feststellung, daß die Neuinvestitionen in jenen Gebieten am rentabelsten gewesen sind, in denen das Volkseinkommen je Kopf am geringsten gewesen ist. Übrigens lassen sich diese Zusammenhänge zwischen Produktivität und Investitionschancen oder zwischen Standort der Neuinvestitionen und wirtschaftlichem Wachstum nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA nachweisen. Dies zeigen die Studien über die Verschiebung der Standorte wichtiger amerikanischer Industrien, die Professor *Predöhl* durchgeführt hat, wenn man sie in Verbindung zur Steigerung des amerikanischen Volkseinkommens je Kopf setzt.

Solche und ähnliche Eigenschaften der wachsenden offenen deutschen Volkswirtschaft sollten beachtet werden, da sie ernsthafte Hinweise für die Investitionsplanung sind; sie lassen sich sicher noch besser und detaillierter erfassen. Solches Wissen über Zusammenhänge von Neuinvestitionen und Produktivitätsgefälle muß in einer Volkswirtschaft beachtet werden, die vor der Notwendigkeit, strukturverändernde Investitionen vorzunehmen, steht. Denn es muß gefordert werden, daß solche Investitionen zugleich das Volkseinkommen je Kopf erhöhen. Diese Zusammenhänge müssen um so mehr beachtet werden, wenn Professor *Hoffmann* mit Recht davor gewarnt haben sollte, einem Automatismus zu vertrauen.

Dr. *Ilau* (Frankfurt):

Meine Damen und Herren!

Mir scheint, daß in den Erörterungen des heutigen Vormittags das Problem „Zins und Beschäftigung“ doch etwas zu kurz gekommen ist und daß auch ein bemerkenswerter innerer Widerspruch aufgetreten ist. Herr Prof. *Schiller* hat die Ansicht vertreten, daß eine Zinserhöhung — ich spreche vom Kapitalzins — nicht geeignet sei, die Kapitalbildung, den Anreiz zum Sparen, zu erhöhen. Es wurde in der Diskussion geltend gemacht, dies sei richtig, man müsse aber doch unbedingt zu einer Vermehrung des Sparens kommen und müsse deshalb die Steuerbegünstigung des Sparens noch weiter ausbauen. Ja, meine Herren, ist denn das etwas anderes als ein Anreiz durch höheren Zins? Der einzige Unterschied scheint mir darin zu liegen, daß die Belastung aus einer Steuerbegünstigung des Sparens von der Allgemeinheit getragen wird, während bei Verstärkung des Sparanreizes durch Erhöhung des Zinses die Belastung von den Kapitalinteressenten getragen wird, und ich glaube, das ist gut so. Sie sehen, es bedeutet einen inneren Widerspruch, wenn gesagt wird, ein höherer Zins würde die Kapitalbildung nicht fördern, Steuerbegünstigung aber würde es tun! Man könnte höchstens behaupten, der höhere Zins sei ein Reiz, der sich über längere Zeit erstreckt, während bei der steuerlichen Begünstigung des Sparaktes der Reiz sofort und konzentrisch wirksam werde. Man kann ja aber die Zinserhöhung in der Weise vornehmen, daß wir dem Sparer die Möglichkeit geben, den Kapitaltitel mit einem entsprechenden Abschlag, einem Disagio, zu erwerben; dann haben Sie den gleichen Effekt wie bei der Steuerbegünstigung des Sparaktes! Im Prinzip anerkannt wurde jedenfalls heute, daß eine bessere Belohnung des Sparens Aussichten bietet, daß mehr gespart wird. Nun ist aber eine Seite der Sache unerörtert geblieben, nämlich daß die Zinshöhe ja nicht nur von Einfluß ist auf die Kapitalbildung — das ist sogar die weniger wichtige Seite der Angelegenheit —, sondern daß die Zinshöhe auch von einer erheblichen Bedeutung für die Art der Kapitalverwendung ist. Bei dem unnatürlichen Kapitalzins, den wir heute haben, haben wir praktisch eine Kapitalbewirtschaftung, und diejenigen Kapitalnehmer, die dabei das Kapital zu einem unnatürlich niedrigen Zins bekommen, werden nur zu leicht in die Versuchung geführt, zu kapitalintensiv zu wirtschaften, gemessen an der bei uns vorhandenen Relation von Arbeitskraft und neu anfallender Kapitaldisposition. Es ergibt sich daraus die ungeheure Gefahr, daß der weitere Ausbau unseres Produktionsapparates auf einer kalkulatorisch falschen Basis vollzogen wird. Wir haben durch das Hereinströmen der Flüchtlinge ein Überangebot an Arbeitskräften in der Bundes-

republik und auf der anderen Seite einen geringen Spartrieb. Die ganz überwiegende Form der Kapitalbildung ist die Selbstfinanzierung, die alles andere ist als eine besonders begrüßenswerte und erwünschte Form. Es besteht nun also die Gefahr, daß wir, generell gesehen, die Investitionen, die vorgenommen werden, zu kapitalintensiv gestalten und daß wir uns zu wenig arbeitsintensiv orientieren, und das bedeutet ja nichts anderes, als daß die Zinspolitik, die wir betreiben, geeignet ist, die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die man strukturelle Arbeitslosigkeit genannt hat, zu erschweren und zu verlangsamen. Diejenigen, die das Glück haben, Kapital zu bekommen, das nur in einer bestimmten Menge vorhanden ist, können auf Grund des zu niedrigen Zinses zu kapitalintensiv investieren, und daneben gibt es viele andere, die bei einer derartigen Kapitallenkung überhaupt nichts bekommen und daher nicht in der Lage sind, bei unverändertem Kapitalintensitätsgrad neue Arbeitsplätze zu schaffen, obwohl sie einen höheren Zins zu zahlen in der Lage und bereit wären. Darin liegt die Kapitalfehlleitung in unserer Wirtschaft, die durch den zu niedrigen Zins bewirkt wird.

Herr Prof. *Schiller* hat geltend gemacht, daß man eine Zinskorrektur deshalb nicht vornehmen könne, weil diejenigen Sparer, die unter der Herrschaft des bisherigen Zinsfußes Kapitaltitel erworben haben (5%ige Pfandbriefe), jetzt durch eine Zinserhöhung diskriminiert und Kursverluste auf ihre Titel erleiden würden. Das ist richtig. Es handelt sich aber hierbei um Beträge von so geringer Größenordnung, daß man sich ernsthaft überlegen sollte, ob man nicht die fraglichen Pfandbriefe hinaufkonvertieren und die Differenz den Realkreditinstituten aus dem öffentlichen Säckel vergüten sollte. Hierfür wäre nur ein minimaler Aufwand nötig, und dieser Aufwand zur Einleitung einer marktgerechten Zinspolitik, die für eine richtige kalkulatorische Orientierung unserer Wirtschaft und für eine richtige Relation von Kapital und Arbeit von ungeheurer Bedeutung ist, könnte sehr wohl verantwortet werden. Wenn die neue Zinshöhe etwa auf Gebieten, die aus produktionspolitischen Gründen (Engpässe) oder aus sozialen Gründen (Wohnungsbau) besonders förderungswürdig erscheinen, als untragbar empfunden werden sollte, dann wäre ich dafür, solche Zweige im einzelnen Falle öffentlich zu subventionieren. Es bewirkt eine viel sauberere ökonomische Orientierung, wenn man im Einzelfall Subventionen zahlt, als wenn man generell eine Steuerbegünstigung für das Sparen einführt, weil im zweiten Fall der Effekt sich verflüchtigt und man keine ökonomische Kontrolle darüber hat, auf welchen Gebieten der finanzielle Aufwand der öffentlichen Hand zur Geltung kommt. — Ich glaube, es ist falsch, zu sagen, es sei ein soziales Gebot, den Zins

niedrig zu halten. Aus den angedeuteten Gründen bin ich der Meinung, daß die falsche Zinspolitik, die wir betreiben, in höchstem Maße unsozial ist.

Direktor Dr. Victor *Wrede* (†), Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder (Frankfurt):

Ich möchte ebenfalls eine praktische Seite des Problems „Sparneigung und Erhöhung der Sparneigung“ anschneiden. Auf die eben gemachten Ausführungen von Herrn Dr. *Ilau* direkt einzugehen, muß ich mir aus Zeitgründen versagen, so interessant es auch wäre. Es ist unbestritten, und zwar auch von denjenigen, die für eine Erhöhung des Kapitalzinses — d. h. zunächst des Rentenzinses — eintreten, daß die unzureichende Sparneigung im wesentlichen in politisch-psychologischen Faktoren ihre Ursache hat. Gestatten Sie mir aus Gründen der historischen Gerechtigkeit hier eine kleine Nebenbemerkung. Ich glaube, daß sich das Problem der unzureichenden Sparneigung, mit dem wir uns so sehr herumschlagen, heute mindestens nicht in dieser außerordentlichen Schärfe stellen würde, wenn es vor zwei Jahren gelungen wäre, jene Grundgedanken zur Währungsreform durchzusetzen, die die Sonderstelle Geld und Kredit — der sogenannte Homburger Kreis — erarbeitet hatte, dem angehört zu haben ich mir immer zur besonderen Ehre anrechnen werde. Ich bin allerdings leider nicht der Meinung, daß man die Fehler durch eine nachträgliche Korrektur wieder gut machen kann. Wenn man diese Auffassung vertritt, muß man von der jetzigen politisch-psychologischen Grundhaltung der Geldbesitzer und der Geldeinkommensbezieher als einem Datum ausgehen. Es ist gesagt worden, daß ein Ausweg der Kapitalimport sei. Das wäre in der Tat ein Ausweg, der, wenn man ihn realisieren könnte, die Sorgen sehr schnell beheben würde. Dann das Zwecksparen. Sehr gut! Ich glaube, man muß dieses Problem noch mehr diskutieren, um über den Grundgedanken hinaus auch praktische Formen zu entwickeln. Die Selbstfinanzierung andererseits war eine entscheidende Hilfe in der Not, aber daß sie große Nachteile hat, ist unbestritten. Ich wundere mich jedoch etwas, daß nicht das angeklungen ist, was in den letzten drei Monaten in der Presse schon mehrfach ventiliert wurde und wohl auch die Regierungskreise beschäftigt hat, nämlich — eben auf dem Hintergrund der bekannten psychologischen Haltung der Geldbesitzer und Einkommensbezieher — die Frage einer Renaissance der Aktie. Ich will nicht sagen, daß dies die Lösung sei, wie ich überhaupt glaube, daß es für die praktischen Probleme kaum jemals eine Patentlösung gibt. Aber es ist jedenfalls eine der diskussionswerten Fragen. Sie wirft natürlich ebenfalls psychologische Probleme auf, und bei diesen denke ich nicht etwa nur an die Seite der

Belegschaften, sondern mindestens ebensosehr an die Vorstände der Aktiengesellschaften, die zum Teil völlig umdenken lernen müßten, wenn man die Aktie wieder zum Finanzierungsinstrument großen Stils machen will. Aber es ist doch nicht zu leugnen: soweit die Menschen überhaupt zum Konsumverzicht bereit sind, hängt ihr Gedanke auf Grund der Erfahrungen von ein bis zwei Generationen an einem Sachwert, und den bietet ihnen die Aktie. Die Menschen sind zudem heute mehr auf die Chance — es muß natürlich eine echte Chance sein! — eines, wenn auch spekulativen, verhältnismäßig hohen Ertrages auf kurze Sicht aus als auf einen verbrieften sicheren Anspruch auf lange Sicht, den sie nur juristisch, aber nicht materiell für sicher halten. Die Frage der Aktie ist allerdings nur dort akut, wo es sich um Investoren handelt, die keinen Erlöspreisbindungen unterliegen. Indem ich das betone, schalte ich die ganze Diskussion um den Kapitalzins für Rentenwerte insofern aus, als dieser ganz eng zusammenhängt mit den preisgebundenen Sektoren der Wirtschaft, insbesondere mit der Wohnungswirtschaft. Ich möchte also mit der Erwähnung der Aktie nicht eine Patentlösung vorschlagen, aber einen Hinweis auf eine Möglichkeit zur Erleichterung des Spar- und Finanzierungsproblems geben, die mir hier etwas zu kurz gekommen zu sein scheint. Ich glaube, daß man sich, wenn man sich dieser Möglichkeit erinnert, nicht dem Vorwurf auszusetzen braucht, man schritte in das 19. Jahrhundert zurück. In der Einzelausgestaltung lassen sich nämlich sicher durchaus Formen finden, die unseren heutigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angemessen sind.

Prof. Dr. Paul *Hermsberg* (Frankfurt):

Meine Damen und Herren!

Ich möchte einige Worte zu dem Problem „Wissenschaft und Praxis“ sagen, das ja hier schon einige Male angeklungen ist, und zwar deshalb, weil ich mich nun seit vielen Jahren, ursprünglich von der Wissenschaft herkommend, als so eine Art Mittelsmann zwischen Praxis und Wissenschaft eingeschoben sehe. Es ist einmal gesagt worden, und zwar mit einem gewissen Vorwurf, daß die Praxis immer nur die Theorie von gestern gebraucht. Ja, meine Herren, was soll die unglückselige Praxis eigentlich anders tun!? Sie kann nur eine fertige Theorie gebrauchen, und die Theorien von heute können nicht fertig sein. Aber es gibt natürlich einen Ausweg. Ich will nicht sagen, daß ich hoffe, daß er beschritten wird — ich wage solche Hoffnungen nicht. Es wäre aber eine Ideallösung, wenn die Wissenschaft sich darauf präparieren würde und die Theorien in einer anwendbaren Form für die Probleme von morgen schon heute vorbereitete,

und so scheint sich der erhobene Vorwurf eigentlich doch ganz einseitig gegen die Theorie und nicht gegen die Praxis zu wenden. Ich bin nun keineswegs der Ansicht, daß man auf dem Altar der Praxis die Vielheit der Modelle opfern und etwa alles in ein Modell zwingen sollte. Man sollte aber der Praxis viel deutlicher klarmachen, was diese Modelle besagen und was sie nicht besagen. Das ist, glaube ich, in erster Linie folgendes: diese Modelle sind keine Idealbilder. Es hat niemals in der Absicht der Modellbildner gelegen, daß die Wirtschaft nach diesen Modellen gestaltet werden sollte, sondern diese Modelle sollen nur Hilfskonstruktionen sein, um die Wirklichkeit zu erkennen. Die Praxis nimmt aber fast immer die Wirtschaftsmodelle für Idealbilder. Ich habe davon auch etwas in den Bemerkungen meines Studienfreundes *Kausch* gefunden, der verlangt, daß ein Modell in die Praxis übersetzt würde, wenn er z. B. fordert, daß alle Hemmungen, die einer vollkommen freien Marktwirtschaft entgegenstehen, in der Praxis beseitigt werden müßten, weil das Modell mit einem hemmungsfreien Zustand rechnet. Man kann dieses Modell für fruchtbar und wertvoll halten und trotzdem dafür sein, in der Praxis Hemmungen aufrecht zu erhalten, auch in der Wohnungswirtschaft, und das, glaube ich, läßt sich an vielen anderen Beispielen zeigen.

Ich komme auf die andere Forderung zurück, die von der Praxis aus notwendig an die Theorie herangetragen werden muß, nämlich, daß man von der Theorie aus die Differenzen, die zwischen dem Modell und der Wirklichkeit bestehen, soweit wie möglich klar legt und Zwischenglieder einschaltet: zum Beispiel alle die Modelle, von denen wir reden, lassen sich auf das, was wir eine Volkswirtschaft nennen, in keiner Weise anwenden, denn die Volkswirtschaft ist kein geschlossener Modellkreis, und dieser kann auch nicht durch eine leichte Ergänzung, wie etwa durch Berücksichtigung des Außenhandels, hergestellt werden; denn eine Volkswirtschaft ist ja ein Gebilde, das sich überhaupt nicht rein wirtschaftlich abgrenzt, sondern durch außerwirtschaftliche Zwangsmaßnahmen geschaffen wurde. Die Zugehörigkeit zu einem Staat ist ja keine wirtschaftliche Erscheinung, und infolgedessen muß man ungeheuer vorsichtig sein, wenn man das Modell auf eine bestimmte Volkswirtschaft überträgt. Nahezu keiner von denen, die den Idealtyp der vollkommen freien Marktwirtschaft, entsprechend einem Modell, verwirklicht sehen wollen, ist geneigt, in bezug auf die Außenwirtschaft die Konsequenzen zu ziehen. Ich habe kaum irgendwo in einem Lande einen Praktiker gefunden — wohl hie und da einen Theoretiker, aber keinen Praktiker, der geneigt gewesen wäre, diese Konsequenzen wirklich zu ziehen. Es ist wahrscheinlich auch gar nicht möglich, aber die Tatsache, daß Westdeutschland einen kleinen zufälligen Ausschnitt darstellt, der zwar ganz besondere wirt-

schaftliche Stempel durch die Zugehörigkeit zu der deutschen Bundesrepublik erhält, aber keineswegs irgendwie als ein geschlossener wirtschaftlicher Raum betrachtet werden kann, scheint mir ungeheuer wichtig für die Anwendungsmöglichkeit jeder Art von Modell auf diese Wirtschaft.

Die Heranführung des Modells an die Wirklichkeit — ja, wir haben von Vollbeschäftigung gesprochen, und zwar de facto meistens nur von der Vollbeschäftigung, die bis an die Grenze der Engpaßsituation herangeht. Ich glaube, daß Herr Prof. *Schiller* mit seiner schönen und klaren Abgrenzung dessen, was gewöhnlich strukturelle Arbeitslosigkeit genannt wird, als der Arbeitslosigkeit in der Engpaßsituation, etwas mißverstanden worden ist. Ich glaube ihn richtig zu interpretieren, wenn ich sage, daß diese Engpaßsituation die Tatsache bezeichnet, daß die Kapazitäten auch bei ihrer Ausnutzung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht ausreichen und daß also zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eine erhebliche Ausdehnung der Kapazitäten notwendig wird, die modellmäßig gesehen die Einsetzung neuer Größen bedingen würde, wenn das Modell noch das Gleichgewicht halten soll!

Ich glaube also, daß wir praktisch sehr schnell vor das Problem gestellt sein werden: wie verhalten wir uns zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wenn die Kapazitätsgrenze erreicht wird, und zwar bin ich davon um so mehr überzeugt, als sich ja in den letzten Wochen die Situation so gewaltig verschoben hat, wie es bei Anberaumung dieser Tagung noch gar nicht vorausgesehen werden konnte. Es ist wohl jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen, daß die besondere Welle der Verteidigungsvorbereitung, die alle westeuropäischen Wirtschaften ergreifen wird, die Import/Export-Situation vollständig verschieben wird und daß wir wahrscheinlich in kurzer Zeit nicht mehr von den einzelnen Ländern die Quotierung des Imports, sondern des Exports zu erwarten haben, daß sich also auch hier die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Außenhandel vollkommen verschieben werden. Ich möchte sagen, daß man auch sehr vorsichtig sein sollte bei modellmäßiger Anwendung der Zahlungsbilanz. Wir sind es schon gewöhnt, daß der Alarmruf ertönt, daß die laufende Zahlungsbilanz nicht mehr ausgeglichen sei. Das ist bei einer Wirtschaft, die sich in Import und Export ausdehnt, eine Selbstverständlichkeit.

Es ist ja nicht so, daß das Zahlungsbild, wie es die Bank Deutscher Länder gibt, die Vorwegnahme des Wirklichkeitsbildes der Warenbewegungen ist, das in Zukunft in der Handelsstatistik zum Ausdruck kommt. Für Import und Export sind vielmehr die zeitlichen Verschiebungen zwischen Zahlung und tatsächlicher Warenbewegung ganz verschieden. Wir haben beim Import wahrscheinlich schon weit-

gehend eine Vorwegnahme in den Zahlungsforderungen für später erfolgende Importe, aber beim Export ein weites Nachhinken der Zahlung hinter der Lieferung. Infolgedessen muß, wenn beide Seiten auch nur gleichmäßig ansteigen, das de facto-Bild der Zahlungsbilanz immer ein ungünstiges sein. Man kann natürlich mit gutem Recht sagen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, was in Zukunft geschehen wird, sondern daß man de facto durch die Tatsache der verschiedenen Zeitanfälle der Zahlungen in Schwierigkeiten kommt und eben irgendwo Kredit braucht. Das würde aber nur heißen, daß wir einen vorübergehenden Kredit zum Ausgleich der Zahlungsbilanz finden müssen, aber nicht, daß etwas grundsätzlich in Unordnung sei, wie das dann immer, wenigstens von der Praxis, aus diesen Alarmrufen herausgehört wird.

Es ließe sich eine ganze Fülle von ähnlichen Problemen andeuten. Ich möchte mich aber darauf beschränken, ganz allgemein zu fragen: sollte es nicht möglich sein, daß auch die Theoretiker sich selbst etwas mehr mit den sich doch oft schon ganz gut abhebenden Zukunftsproblemen der Wirtschaft beschäftigen, um dann den Praktikern rechtzeitig die nötigen Mahnungen zur Vorsicht beim schematischen Gebrauch der Modelle, an denen die Theorie gerade arbeitet, mitzugeben; denn sonst bleibt das schwierige Kapitel zwischen dem theoretischen Modell und der praktischen Entscheidung ganz den Journalisten und Politikern überlassen, die diese Verbindungslinie von sich aus natürlich sehr schwer ziehen können.

Dozent Dr. *Horn* (Gießen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie, daß ich ganz kurz die Aufmerksamkeit auf einen Problemzusammenhang lenke, der mir höchst bedeutsam erscheint. Die Vollbeschäftigung stellt sich nicht in einem Kreise der Wirtschaft als Problem dar, und zwar deshalb, weil die wirkliche Wirtschaft eine geschichtete ist. Das Leben der Wirtschaft vollzieht sich nicht nur im Rahmen der Volkswirtschaft, die ihrerseits einen begrenzten Versorgungskreis innerhalb der gesamten Weltwirtschaft darstellt; sondern auch innerhalb der Volkswirtschaft gibt es einzelne regionale und lokale Kreise, die aber nicht in sich geschlossen, sondern gleichsam spiralförmig jeweils in den größeren Kreis einbezogen sind. Wenn wir mit einer solchen Betrachtung an die Wirklichkeit herangehen, werden wir sogleich erkennen, daß die Frage der Anpassung der Arbeit nicht nur eine solche von Ort zu Ort ist. Dieses Problem hat *Beveridge* deutlich erkannt, indem er sagte: „Da die Beweglichkeit zwischen verschiedenen Arbeitsarten größer ist als die zwischen Arbeitsorten, muß

der Staat durch seine Einflußnahme auf die Investitionen die Standortbildung beeinflussen.“ Es handelt sich vielmehr darum, daß die Arbeitskräfte in verschiedenen große Versorgungskreise gegenseitiger Abhängigkeit einbezogen sind. Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei Strukturprobleme. Das eine bezieht sich auf die Struktur der Arbeitnehmer. Die Art ihrer Ausbildung und Leistung, der Grad ihrer Differenziertheit sind dadurch bestimmt. Zum anderen geht es um die besondere Struktur der Produktionsmittel, die ebenfalls verschieden sind je nach der Größe des Kreises. Im kleinen Kreis haben sie Werkzeugcharakter in dem ganz allgemeinen Sinne, daß Werkzeug etwas ist, das man benutzt, d. h. in einer souveränen Weise behandelt. Im großen Kreis erscheinen die Produktionsmittel in der Form der Maschinen. Es sind dies Dinge, die in weitem Maße den ganzen Produktionsprozeß dadurch vorschreiben, daß die technische Idee in ihnen weitgehend realisiert ist. In diesen Strukturfragen steckt das eine Problem. — Das zweite Problem, das nun mit der Stufenschichtung verbunden ist, betrifft die Frage des Kapitalbedarfs. Um den Gedankengang zu entwickeln, muß ich kurz einige Gedanken der Kapitaltheorie in Erinnerung rufen. John Bates *Clark* hat in seiner „Distribution of Wealth“ den fundamentalen Satz gesprochen: „Capital is the synchroniser of labor and its fruits“, d. h. „Kapital ist der Gleichschalter von Arbeit und deren Früchten.“ Wenn die in einem Versorgungskreis arbeitsteilig vereinigten Menschen tätig werden, so bedeutet dies, daß jeder in der zeitlichen Reihenfolge in ganz verschiedener Entfernung von dem Ziel, von den Konsumgütern, steht. So stehen die einen in der Rohstoffherzeugung, andere in der Halbfabrikation und in der Fertiggüter-Produktion. Dank dem Investitionskapital werden diese verschiedenen Produktionsphasen alle in dieselbe Gültigkeit und damit in einen Kreis gestellt. Nun müssen aber diese verschiedenen Abstände ausgefüllt werden. Ich erinnere an ein Bild von *Barone*, das Herr Prof. *Schneider* in seinen kapitaltheoretischen Abhandlungen aufgegriffen hat, wo es heißt, daß das Anlaufkapital diese Abstände ausfülle. *Clark* hat ein ähnliches Bild gezeichnet mit einem Teich, der zunächst volllaufen müsse. Wenn er vollgelaufen ist, stehen alle einzelnen Produktionsphasen in derselben Gültigkeit, und dann kann ständig ein Produktionsstrom überfließen. Nun werden Sie zugeben, daß diese Fülle von Anlaufkapital sehr verschieden ist je nach der Größe des Kreises und nach der Zahl der Personen, die arbeitsteilig vereinigt sind. Daraus ergibt sich folgendes: Je mehr Arbeitnehmer arbeitsteilig vereinigt werden, um so größer wird der Kapitalbedarf, der notwendig ist, um sie in das System zu stellen. Man kann in Abwandlung eines Gesetzes von *Jevons* über das Wachstum des Kapitalbedarfs sagen, daß jeder zusätzliche Arbeiter in einem potenzierten Maße Mehrbedarf

an Kapital erfordert. Daraus folgt nun ein Zusammenhang gegenseitiger Abhängigkeit zwischen Produktionsstruktur und Grad der Kapital- bzw. Arbeitsintensität. Von hier aus erhebt sich im Sinne *Thünens* die Frage nach dem der Situation entsprechenden optimalen Betriebssystem, d. h. dem der Situation entsprechenden richtigen Verhältnis von Kapital und Arbeit.

Dieser zunächst rein theoretische Gesichtspunkt muß unbedingt in unsere Betrachtung Eingang finden, damit die Praxis ihr Augenmerk auf diese Dinge lenkt. Konkret zählen gegenwärtig die Ämter in der Arbeitsverwaltung die Arbeitskräfte zusammen nur nach der beruflichen Gruppierung; sie zählen u. a. bestimmte Facharbeiter, die in der Industrie arbeiten, zusammen mit solchen, die in das Handwerk oder Kleingewerbe gehören. Bisher ist noch kein Versuch gemacht worden, die den verschiedenen regionalen oder lokalen oder stufengeschichteten Kreisen angehörenden Arbeitskräfte unter diesem Gesichtspunkt in die Betrachtung einzubeziehen, der für den wirtschaftlichen Zusammenhang von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Dr. Albert *Wissler* (Berlin):

Meine Damen und Herren!

Das Thema, das Herr Professor *Rittershausen* behandelt hat, ist der Schlußstein des ganzen Problemgewölbes, und es ist daher wohl richtig, daß man versucht, von hier aus rückblickend eine Gesamtübersicht zu gewinnen über das, was in diesen zwei Tagen erreicht worden ist. Ich unternehme das als Wissenschaftler, der seit über zwei Jahrzehnten in der praktischen Konjunkturforschung steht und sich mit dem Thema der Tagung tagtäglich befassen muß und der daher das Bedürfnis hat, sich das beste Werkzeug, das er bekommen kann, zu besorgen, um seine Arbeit sauber zu vollführen. Was gestern früh von Herrn Prof. *Schneider* und von Herrn Prof. *Hoffmann* dargelegt worden ist, war von vorbildlicher Klarheit. Das theoretische Modell bei Herrn Prof. *Schneider* war im wesentlichen das Modell für die kurzfristige Betrachtung, bei Herrn Prof. *Hoffmann* für die langfristige, d. h. also die Leiter, auf der sich die Entwicklung sozusagen hinaufbewegen muß. Bei Hinwendung von diesen abstrakten theoretischen Schemata zu der Wirklichkeit in den folgenden Referaten mußte natürlich im Grade dieser Annäherung ein abnehmender Grad an Abstraktion in Kauf genommen werden. Ich habe aber den Eindruck, daß dieser abnehmende Grad der Abstraktion verbunden war mit einem abnehmenden Grad von Klarheit. Dieser Eindruck kann natürlich auch am Hörer liegen. Lassen Sie mich einiges Kritische hinzufügen, um anzudeuten, warum dies meiner Meinung nach nicht zutraf. Es liegt in diesem Falle meiner

Meinung nach nicht einmal daran, daß man mit der größeren Nähe am Objekt oft weniger scharf formulieren kann, sondern daran, daß man die vielfältigen Möglichkeiten, die das theoretische System uns bietet, für die Probleme, die behandelt wurden, in keiner Weise ausreichend benutzte. Einige Beispiele mögen das erläutern.

Wir haben mehrfach gehört, daß die sogenannte *Keynessche* Situation am Anfang der Vollbeschäftigungsdiskussion stand; es war die Situation der 1930er Jahre. Aber es wurde auch von Kennern der Theorie scharf betont, daß das Gedankensystem, das theoretische Instrumentarium, das damals und im Anschluß an die damaligen Arbeiten geschaffen worden ist, mit dieser *Keynesschen* Situation notwendig nicht verknüpft, also auch auf andere anwendbar ist. Wenn man noch immer vielfach das Gegenteil behauptet, so kann man das wirklich nur aus einem Mangel an Literaturkenntnis erklären. Ich bin Herrn *Zimmerman* dankbar, daß er auf das kleine Werk von *Keynes* „How to pay for the war“ aus dem Jahre 1940 hingewiesen hat, das die — also noch von *Keynes* selbst erörterte! — *invers Keynessche* Situation beleuchtet, die wir in Europa im Kriege und leider auch grundsätzlich nach dem Kriege bisher noch gehabt haben, die Situation des chronischen *overinvestment* und, was auf das gleiche hinausläuft, des *undersaving*. Da man das nicht genügend sah, hat man auch vergessen, zu überlegen, welche therapeutischen Konsequenzen sich daraus ergaben. Solange wir ein *overinvestment* haben, haben wir auch automatisch einen Preisauftrieb. Infolgedessen ist es auch klar gewesen, daß wir ab Mitte 1948 automatisch in Deutschland einen Preisauftrieb haben mußten, ganz gleich, ob die Währungsreform das Geld „ausreichend“ wegnahm oder nicht. Das Gerede von zu viel Geld als Ursache jener ersten Preissteigerung ist theoretisch sinnlos. Der Preisauftrieb war nicht zu vermeiden, und wenn man das einzige, was in dieser Situation theoretisch richtig ist, nicht tun will, wenn man aber auch die Konjunktur nicht stoppen will, so muß man die Preise auslaufen lassen. Man hat also nur die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten, wenn man nichts tun kann oder will, um die Sparquote künstlich zu steigern, sei es durch organisiertes Sparen, sei es indirekt durch Rationierungen. Herr Prof. *Koch* erwähnte ja die Möglichkeit, daß man in einer solchen Situation notgedrungen zu Rationierungsmaßnahmen greifen oder vorhandene bestehen lassen muß. Selbst in Amerika ist man erst Mitte 1946 dazu übergegangen, die Rationierung aufzuheben, nachdem man also schon 1½ Jahre in die Friedenswirtschaft hineingewachsen war. Etwas Ähnliches ist bei uns nicht geschehen; es war aus psychologischen Gründen vielleicht notwendig, sofort aus der Bewirtschaftung herauszuspringen, da die Bewirtschaftung psychologisch zu sehr belastet war. Und umgekehrt ist es infolge der in Deutschland

tief sitzenden Inflationsfurcht vielleicht richtig und auf alle Fälle begreiflich gewesen, den Preisauftrieb, nachdem er zwangsläufig in Gang gekommen war, abzubremsen, um nicht in eine Inflationsspirale zu kommen. Aber mit den dazu notwendigen Maßnahmen hat man die Konjunktur selbst abgebremst und damit zweifellos konjunkturelle Arbeitslosigkeit geschaffen.

Der zweite Punkt: alles, über das in diesen Tagen gesprochen worden ist, ist eigentlich ein Kinderspiel gegenüber den eigentlichen „Vollbeschäftigungsproblemen“. Denn eine Expansion zu machen, ist leicht. Das eigentliche Problem der Vollbeschäftigung war in der Nachkriegszeit noch nicht einmal wieder aufgetaucht. Wenn in der ganzen Welt eine Tendenz zum overinvestment vorhanden ist, ist es klar, daß alles nach oben geht, und die Kreditpolitik hat ihre eigentliche Aufgabe dann nicht darin zu sehen, die Entwicklung zu forcieren, sondern in Grenzen zu halten. Das ist auch geschehen. Das Problem der Vollbeschäftigung, der Stabilisierung der Konjunktur, hat sich in der westlichen Weltwirtschaft erst zuletzt allmählich wieder zu stellen begonnen, von Mitte 1948 bis Mitte 1950. Wenn wir z. B. in Deutschland zuletzt eine Brutto-Investitionsrate von 23 v. H. hatten, so war sie damit vielleicht um 5—10 v. H. höher als die, die wir für das normale Wachstum haben müßten. Was bedeutet es aber, von 23 v. H. auf eine normale Quote zurückzukommen? Wenn ein Ausfall in der Gesamtnachfrage nicht eintreten soll, muß der Konsum entsprechend steigen. Ich glaube, die Herren, die die Konjunkturgeschichte kennen, werden mir zugestehen, daß eine solche Umstellung eigentlich noch nie gelungen ist, jedenfalls nicht, ohne daß eine Krise eingetreten wäre. Es müßten also praktisch vor allem die Löhne steigen, damit eine Konsumerhöhung zustandekommt. Aber wie soll, wenn die Löhne rasch steigen, die Rentabilität gewahrt und eine aus Unterrentabilität drohende Krise vermieden werden? Sie wissen, daß krisenhafte Zuspitzungen in historischen Fällen in solcher Lage z. T. durch Zufälle vermieden worden sind, so etwa Anfang 1949 in den Vereinigten Staaten durch die gewaltigen sozialen Ausgaben, durch vorsichtige Lohnsteigerung, und daß das Experiment, das sich auf diesem Feld seit Anfang 1949 abspielt, in der Rüstungskonjunktur aufgegangen ist, bevor es entschieden war. Wenn Sie diese Zusammenhänge überdenken, dann finden Sie auch, was bei einer gründlichen Anwendung des theoretischen Instrumentariums für das aktuelle Problem der Lohnpolitik an Einsichten herausgeholt werden könnte.

Ein Drittes, das mich verwunderte, ist folgendes: Herr Professor *Pedersen* hat meines Erachtens dem Argument, daß die mikroökonomische Expansion, also die Kreditexpansion z. B., die nur spezielle Investitionsobjekte fördern möchte, etwas prinzipiell anderes sei als die

makroökonomische, mit logisch einwandfreier Beweisführung den Todesstoß versetzt. Aber der Wechselbalg ist wieder lebendig geworden; die Diskussion um den Vortrag von Herrn Professor *Wessels* hat dies Wunder vollbracht, aber nicht gesagt, warum es wieder lebendig geworden ist. Auf diese Weise des Ausweichens in Einzelmaßnahmen entgeht man der Problematik der Engpässe, wie sie sich aus einer generellen Expansion ergibt, in der Tat nicht, und alles mündet schließlich doch wieder in das Dilemma, „Inflation“ zulassen oder den Aufschwung unter das mögliche Ausmaß drosseln zu müssen. Dabei liegt dem Ganzen ein höchst aktuelles Problem zu Grunde, das man auf diese Weise noch zu verfehlen in Gefahr ist. Sie wissen, daß man in Europa allgemein sagt: wir müssen, um die Inflation zu vermeiden, die Investitionen kürzen und jetzt, da wir an die Kapazitätsgrenze herankommen, Kreditexpansion überhaupt vermeiden. Sie wissen aber, daß auch die normale Wachstumsrate einer Wirtschaft mit einer gewissen Dosis von Kreditexpansion verbunden sein muß; sonst kann sie nicht stattfinden. Der letzte Halbjahresbericht von *Truman* in Amerika hat ausdrücklich betont, daß gerade, um die Anforderungen, die an die westliche Welt gestellt werden, erfüllen zu können, die Expansion der Wirtschaft im Rahmen des nur Möglichen fortgesetzt werden muß. Die Frage besteht darin, das Optimum zu finden zwischen der laufenden Beanspruchung des Sozialprodukts für die Expansion, d. h. also für Investitionen, und der laufenden Beanspruchung für den Konsum und für die Sicherungspolitik, wobei es selbstverständlich ist, daß man mit beiden um so besser fährt, je höher die Produktivität der Wirtschaft überhaupt sein kann.

Noch eines zur Frage der bottlenecks: Untersucht man den Zusammenhang der Engpaßfrage mit der Kreditpolitik, so wird klar, daß die ganze bottleneck-Frage in die Außenhandelsfrage mündet. Hätten wir eine weltweite Wirtschaft, ohne Grenzen, so würden 90 v. H. der bottlenecks nicht vorhanden sein. Das ist das Moment, das ich Herrn Professor *Rittershausen* noch entgegenhalten möchte und das, wie ich glaube, noch schärfer hätte betont werden müssen. Diese Frage ist eng verknüpft mit der eben gestellten nach der maximalen Produktivitätssteigerung als Ausgangsfrage der ganzen Gegenwartsproblematik; denn über die weitere Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung läßt sich hier vermutlich am raschesten noch ein erheblicher Fortschritt erzielen. Theorie der Vollbeschäftigung auf der Grundlage eines rein nationalen Datenkranzes zu betreiben, ist daher von vornherein ausweglos. Vielleicht ist es auch theoretisch der richtigere Weg, zu empfehlen, Engpässe möglichst auf diesem Wege der Auftauung der Grenzen der nationalen Zoll- und Währungssysteme zu beseitigen. Im übrigen gilt für die Weltwirtschaft das gleiche, was ich

über die Problematik der Stabilisierung der nationalen Konjunktur sagte. Es handelt sich darum, daß auch die Weltwirtschaft einer dauernden Alimentierung, einer Aufrechterhaltung des Investitionsprozesses oder einer Umstellung auf Konsum, wenn die Investitionen zurückgehen, bedarf. Die Kapitalausfuhr müßte möglichst gleichmäßig und dem strukturellen weltwirtschaftlichen Wachstum angepaßt sein. Und wo das Kapital aus politischen Gründen — etwa in Europa — zurückscheut, muß es mit staatlichen Mitteln gelenkt werden.

Ich glaube, ich habe Ihnen trotz der Kürze der Ausführungen wenigstens andeuten können, wo der empirische Forscher auf Grund einer konsequenten Verwendung der von der Theorie geschaffenen gedanklichen Hilfsmittel die wirklichen Probleme sieht, und warum er von der Anwendung dieser theoretischen Mittel in den wirtschaftspolitischen Referaten der Tagung nicht ganz befriedigt ist. Ich hoffe, damit erhärtet zu haben, daß meine Bedenken gegen die mangelnde Klarheit der wirtschaftspolitischen Debatte nicht ganz unbegründet waren. Sie ergaben sich aus dem Blickwinkel des empirischen Forschers, der einerseits ein ausgearbeitetes theoretisches Modell ernsthaft anwenden, also Theorie praktizieren muß, und der doch zuerst mit dem Blick auf die Wirklichkeit gerichtet arbeitet. Die ernsthafte Anwendung deckt Fehler im theoretischen Denken und besonders im angewandten theoretischen Denken noch unerbittlicher auf als die rein logische Überprüfung. Ich darf, da ich als Mitglied der empirischen Forschung zu Ihnen spreche, zum Schluß daher sagen: was wir in Deutschland dringend brauchen, ist eine engere Zusammenarbeit der empirischen und der akademischen Forschung. Meine Herren von den Hochschulen, ich glaube, daß diese Verbindung zu Ihrem Nutzen wäre; aber darüber zu entscheiden, ist Ihre Sache. Für uns empirische Forscher wäre sie von Vorteil, und darum bitte ich Sie, daß Sie diesem Wunsche nach Möglichkeit nachkommen.

Ministerialdirigent Dr. *Keiser* (Bonn):

Als wir vor drei Monaten die Einladung zu dieser Tagung bekamen und von dem Thema alle sehr angesprochen waren, haben wir wohl alle nicht erwartet, daß unsere Diskussion sich in diesem Ausmaße auf das Problem der Engpässe konzentrieren würde. Vor drei Monaten sah es noch sehr viel anders aus, und wer, wie ich, in der Praxis der Wirtschaftspolitik steht, spürt jeden Tag, daß in der Tat dieses Problem heute im Mittelpunkt steht. Es ist nicht mehr so, daß die Schaffung eines größeren „general demand“ uns helfen könnte, sondern wir stehen, wie es sowohl Herr Prof. *Wessels* als auch Herr Prof. *Schiller* richtig dargestellt haben, in einer Situation, in der jede Schaffung einer breiten zusätzlichen Nachfrage nur neue Engpaßprobleme aufwerfen würde. Aber

die Frage, die uns hier bewegt und auf die die beiden Redner eine ganz verschiedene Antwort gegeben haben, ist die, ob man dieser Situation, vor der wir heute stehen, nun überhaupt noch mit kreditpolitischen Mitteln nahekommen kann. Herr Prof. *Wessels* hat gesagt, daß bei unseren spezifischen psychologischen Gegebenheiten jeder Versuch, in dieser Situation der sich akkumulierenden Engpässe mit einer Kreditausweitung zu operieren, zu einem Fiasko führen müßte. Herr Prof. *Schiller* hat die Antwort gegeben, die mir gestern als Frage im Munde lag: wenn wir die Kreditausweitung auf die Beseitigung der Engpässe in einer ganz genauen Dosierung und Ausrichtung konzentrierten, dann ist damit die Voraussetzung gegeben, das gesamte Wirtschaftsvolumen um eine Stufe höher zu schieben.

Wenn man die Kreditausweitung nicht auf general demand, sondern sozusagen auf special demand abstellt, kann man in der Tat die Dinge noch in Bewegung halten. Die Bundesregierung hat auf ihre Weise aus dieser Verschiebung der Tatbestände die Folgerungen gezogen. Vor drei Monaten bereiteten wir ein Wirtschaftsförderungsprogramm vor, ein zweites Arbeitsbeschaffungsprogramm; heute arbeiten wir an einem Engpaßprogramm, das ist die Verschiebung der Fronten und Tatbestände. Aber die These, wie sie Herr Prof. *Schiller* vorgetragen hat, das Instrumentarium, das er uns zu geben versucht hat, hängt an einer Bedingung, nämlich der, daß unser Notenbankapparat und unsere Notenbankpolitik hierbei mitspielen.

Es ist von Herrn Dr. *Pfleiderer* mit Recht gesagt worden, daß man der Notenbank eine totale Macht für das Geld- und Kreditsystem in die Hand geben kann, wenn man gewiß ist, daß sie die richtigen Methoden anwendet. So ist die Frage, die ich zu stellen habe. — Wir haben in unserem deutschen Notenbankdenken und Notenbanksystem nur ein Instrumentarium für zwei Formen der Kreditausdehnung, das ist einmal die Schaffung von Umlaufkredit, von Geschäftsgeld über die Kreditausweitung der Geschäftsbanken, die von der Notenbank reguliert wird, und zweitens die Schaffung von öffentlichem Geld, von öffentlicher Nachfrage, über das öffentliche Defizit (Deficit-Spending). Dagegen haben wir bis heute kein brauchbares Instrumentarium zur Schleusung von Notenbankgeld in die echte Investitionssphäre.

(Zuruf: Ankauf von Ausgleichsforderungen!)

Ich habe den Eindruck, als wenn in der ganzen Haltung der Notenbank und in dem theoretischen Notenbankdenken dieses dritte Aufgabengebiet der Notenbank suspekt wäre. Was haben wir erlebt? Wir haben eine Ausweitung des Geschäftsbankkredits in der Größenordnung von 200—800 Millionen DM pro Monat gehabt, und das Notenbanksystem hat diesen Prozeß in gewissen Grenzen zu regulieren versucht oder vermocht, ihn aber jedenfalls als legal hingegenommen. Wir hatten in

den letzten beiden Monaten eine Defizitfinanzierung von fast einer Milliarde DM, und die Erscheinung, die hier als Überliquidität geschildert wurde und die wir als eine gewisse *Boom*-Tendenz erlebt haben, hat nicht zuletzt ihre Ursache in dieser Form der Schaffung einer „allgemeinen Nachfrage“ über die Defizitfinanzierung. Diesen Größenordnungen gegenüber sind die Größen, mit denen unser Notenbanksystem an die Finanzierung von Investitionen heranzugehen vermag, außergewöhnlich gering und unproportioniert, und ich glaube, wir müssen wissenschaftlich und praktisch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß eine Politik, wie sie Herr Prof. *Schiller* entwickelt hat, also eine Politik der ständigen wechselweisen Annäherung von Engpaßniveaus und allgemeinem Beschäftigungsniveau, mit notenbankkonformen Mitteln durchgeführt werden kann. Es muß für die drei Aufgaben der Notenbank (Geschäftsbankkredit, allgemeine Nachfrageschaffung über Deficit-spending und Investitionskredit) ein Gleichgewichts-Instrumentarium geschaffen werden, und es muß ganz klar werden, daß die drei Aufgaben unter Umständen wechselweise gespielt werden müssen, daß es also z. B. Zeiten geben kann, in denen man ganz planmäßig den Geschäftsbankkredit, der im Notenbankdenken an sich legal ist, zurückdrängen muß, um den Investitionskredit überhaupt forcieren und entwickeln zu können.

In unserem heutigen System hat sich die Investitionsfinanzierung durch Kreditschöpfung nur auf illegale Weise, sozusagen hinten herum, durchgesetzt, indem aus der Geschäftsbankgeldschöpfung Investitionen finanziert worden sind. Es besteht, glaube ich, ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen unserem Notenbanksystem und dem englischen. In England ist eine Kreditausweitung über die offene Marktpolitik sehr viel einfacher und beinahe offiziell, und damit ist die Hinleitung zum Investitionssektor sehr viel leichter gegeben. Eine höhere Liquidität bei den Geschäftsbanken in England führt in der Regel dazu, daß die Banken ihren Wertpapierstock sehr viel stärker erhöhen als ihren Bestand an Krediten, und auf diese Weise führt jede Verflüssigung des Banksystems in England zu einem hohen Prozentsatz zur Investitionsfinanzierung, wie es bei uns nur auf dem angedeuteten illegalen Wege möglich und der Fall ist.

Die Frage, die ich stelle, lautet, ob hier nicht für unsere praktisch-wissenschaftlichen Arbeiten eine Aufgabe gestellt ist, diese Suspektheit der Investitionsfinanzierung durch die Notenbank abzubauen und dieses Wechselspiel des Notenbankkredits zwischen den drei Einsatzfeldern zu einer bewußten und planmäßigen Methode zu entwickeln. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß ich den Ausführungen von Herrn Prof. *Wessels* insoweit vollkommen zustimme, daß die Beseitigung des Engpaßproblems mit einem solchen Instrumentarium unter

unseren deutschen Verhältnissen niemals so weitgehend gehandhabt werden kann, daß wir auf diese Weise etwa das Problem lösen könnten.

Es ist über das Thema der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von den außenwirtschaftlichen Beziehungen vielleicht in so später Stunde nicht ausreichend genug diskutiert worden; es ist im Grunde das Kernproblem unserer ganzen Kreditelastizität. Auch unsere Anfälligkeit gegenüber allen Preisrelationen zwingt uns zu einer sehr großen kreditpolitischen Zurückhaltung. Ich glaube also, daß Herr Prof. *Wessels* völlig recht hat, wenn er nach einem weiteren Instrumentarium gesucht hat, um dem uns beengenden Engpaßproblem zu Leibe zu gehen, und ich glaube, daß es in der Tat eine Aufgabe der Wissenschaft ist, neben der relativ einfachen Global-Methode, der monetären, dieses breite Instrumentarium der Wirtschaftspolitik einschließlich der Finanzpolitik in voller Gründlichkeit zu durchdenken und uns in der Praxis Anhaltspunkte zu geben, wie wir mit diesem Mittel dem Problem zu Leibe gehen können.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, der mich die ganze Tagung über beschäftigt hat; es war gewiß vieles von dem, was ausgeführt worden ist, wie ein geistiges Frischbad. Es ist viel von Modellen gesprochen worden, und es ist wirklich wohltuend, einmal die Dinge am Modell zu Ende zu denken. Aber es ist mir doch so gegangen, wie es Herr Geheimrat *Weber* andeutete, als er sagte: haben uns nicht seit 1913 die *exogenen Faktoren* in alles, was wir aus dem Denken und Erkennen heraus zu behandeln versuchten, hineingesprochen? So empfinden wir, die wir in der Praxis arbeiten, es immer wieder, daß vieles von dem, was heute gerade bei uns in Deutschland geschieht, sich sozusagen außerhalb der Spielregeln vollzieht und daß unser Wollen und Tun ständig gestört und verpfuscht werden durch exogene Tatbestände. Wir sollten uns einmal fragen, ob wir nicht hier in Deutschland sozusagen die Aufgabe hätten, einmal eine Theorie der Wirtschaft des Grenzraumes zu schreiben, d. h. das, was als Theorie abstrakter und allgemeiner Art erarbeitet worden ist, auf die Verhältnisse des Grenzraumes anzulegen. Warum haben wir keinen Kapitalmarkt — und das ist ja der Kern des ganzen Engpaßproblems? Weil wir ein Grenzland sind, weil wir unter der schwarzen Wolke stehen und leben, weil unsere Reaktionen, ob Konsumneigung, Sparneigung, Liquiditätsbereitschaft, extrem sind, weil alles überdimensioniert ist unter dem Druck dieser abnormen Situation. Warum können wir das Problem nicht lösen mit dem Kapitalimport? Weil wir ein Grenzland sind, wohin der Strom des internationalen Kapitals höchstens tropfenweise sickert. Unter einer ökonomischen Fragestellung diese Dinge einmal zu durchdenken, wäre für uns von großem Wert.

Daß es wichtig ist, auf diese Dinge hinzuweisen, ist auch in den Ausführungen des Herrn Prof. *Herrberg* durchgeklungen. Solange die westliche Welt unter dem Druck der östlichen Gefahr 10 % ihres Volkseinkommens, oder noch mehr, für die Rüstung bereitzustellen hat, glaube ich, wird man es auf die Dauer nicht dulden können und auch nicht dulden, daß irgendwo in dem westlichen Raum Millionen von Menschen abseits stehen und von den anderen mit erhalten werden müssen. Wenn es uns nicht gelingt, wenn die Theorie der Praxis nicht die Mittel an die Hand gibt, mit diesem Problem fertig zu werden, so besteht die Gefahr, daß unter dem Druck der Situation, in der wir leben, wir letztlich zu Handlungen gezwungen werden, die nicht sehr ökonomisch sind. Das ist die aktuelle Situation, in der wir stehen und die ich bitte, bei der Hilfe, die wir von Ihnen erwarten, immer im Auge zu behalten.

Dr. *Krelle* (Heidelberg):

Meine Damen und Herren!

Die Theorie braucht ja nicht erst entwickelt zu werden, die auf unsere Grenzland-Situation angewendet werden soll; unsere Theorien, die alten sowohl wie die neuen, statische und dynamische, sind in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden. Es läßt sich z. B. sehr schnell zeigen, daß ein Gleichgewicht in einer geschlossenen Wirtschaft unter Bedingungen, die normalerweise als annähernd gegeben angesehen werden können, sich nur dort einspielen kann, wo die Grenzerlöse jedes Faktors innerhalb jedes Produktionszweiges gleich sind und außerdem mit dem Preis dieses Faktors übereinstimmen. Wenn wir aus unserer theoretischen Aussage die praktischen Folgerungen ziehen, so bedeutet das folgendes: die Kapitalausstattung und die Menge der Menschen, die in einem Raume vereinigt sind, bilden eine Funktion, die die Lohn- und Preishöhe im Gleichgewicht eindeutig bestimmt. Nun ist es so, kurz gesagt, daß diejenigen, die in Arbeit sind, einen relativ zu hohen Lohn beanspruchen und damit die übrigen, die nicht in Arbeit sind, an der Arbeit verhindern, solange die Kapitalausstattung so ist wie jetzt. Wenn unsere Arbeiter nicht gewillt sind, in einen Reallohnnachlaß einzuwilligen — und das sind sie nicht —, so besteht nur die Möglichkeit, die Kapitalausstattung zu vermehren so lange, bis auf Grund der allgemeinen Gleichgewichtsbedingungen der Lohn so hoch sein kann, daß der Grenzertrag des nunmehr vorhandenen Kapitals gleich dem jetzt bestehenden Reallohn ist! Das ist das Sparproblem! Daß es nicht durch übliches Sparen zu lösen ist, ist schon erörtert worden; aber wodurch dann? Es sind viele Maßnahmen angeführt worden, sie sind auch durchaus richtig, aber es dauert viel zu

lange, bis sie zum Ziel führen. Wir haben 1,3 Millionen Arbeitslose. Wir müssen erwarten, daß in den nächsten drei Jahren etwa zwei Millionen neue Arbeitskräfte hinzukommen, so daß insgesamt 3,5 Millionen Menschen unterzubringen sind. Mögen auch die Abgänge zunehmen: auf keinen Fall werden es weniger, sondern mehr Menschen, die in Arbeit zu bringen sind, und es ist sozial und politisch unmöglich, daß wir solange warten, bis durch natürliche Kräfte, die mobilisiert werden sollen, durch langsame Herstellung von Freizügigkeit usw., die Sache von allein wieder ins Lot kommt. Wir müssen schneller arbeiten, und das ist nur so möglich — weil unter den gegebenen Verhältnissen die Arbeiter nicht gewillt sind, in einen Reallohnachlaß, und das heißt hier in einen nominellen Lohnachlaß einzuwilligen —, daß durch zusätzliche Geldmengen zusätzlich Arbeiter in Lohn gebracht werden, daß aber gleichzeitig die preissteigernde Wirkung dieser zusätzlichen Geldmenge auf dem Konsumgütermarkt aufgehalten wird, so daß der Multiplikator die Größe 1 bekommt. Die Multiplikatorwirkung ist in der jetzigen Situation höchst schädlich, und sie kann nur dadurch aufgehoben werden, daß das Sparen, das nicht freiwillig erfolgt, in irgendeiner Weise direkt erzwungen wird. In ein bis zwei Jahren die Arbeitslosen in Brot zu bringen, ist sehr schwierig, weil der Sparprozeß darunter nicht leiden darf, im Gegenteil, angekurbelt werden soll. Es ist aber möglich, und der Wissenschaftliche Beirat hat vor einem halben Jahr einen Weg dazu gewiesen. Professor *Preiser* hat in einem Aufsatz gerade diesen Weg, den ich grob skizzierte, etwas genauer und sorgfältiger ausgeführt — und ich möchte empfehlen, diese Gedankengänge weiter zu verfolgen.

Prof. Dr. K. C. *Thalheim* (Berlin):

Meine Damen und Herren!

Herr Kollege *Rittershausen* hat seine Ausführungen wohl bewußt nur auf die Beziehungen zwischen Außenhandel und Vollbeschäftigung in den Ländern der westlichen Welt abgestellt; denn das, was er sagt, hat er unter der Voraussetzung einer grundsätzlich existierenden Marktwirtschaft gesagt. Ich glaube, wir können an der Frage der Beziehungen zwischen Außenhandel und Vollbeschäftigung in einer kollektivistischen Planwirtschaft, wie wir sie hinter dem eisernen Vorhang haben, nicht vorübergehen, weil ein Drittel des deutschen Volkes unter den Bedingungen einer solchen kollektivistischen Planwirtschaft lebt und diese wieder auf die Wirtschaftslage und auf die Möglichkeit der Vollbeschäftigung in der westlichen Welt zurückwirkt. Ich kann in fünf Minuten diese Probleme nur andeuten, nur wenige Leitsätze anführen, und diese müssen bewußt vereinfacht werden.

Mir scheint folgendes wesentlich: Erstens die Zusammenhänge zwischen Vollbeschäftigung und Außenhandel im Rahmen einer kollektivistischen Planwirtschaft sind unter dem Gesichtspunkte zu sehen, daß primär das Importvolumen ist. Das Ziel einer kollektivistischen Planwirtschaft ist zunächst nicht Vollbeschäftigung, sondern Maximalproduktion, und die Vollbeschäftigung ist ihrerseits nur die selbstverständliche Voraussetzung für die Erreichung dieser Maximalproduktion. Aus den Zahlen der Maximalproduktion, die nicht ökonomisch, sondern politisch bestimmt sind, ergibt sich ein bestimmter Bedarf an Materialien der verschiedensten Art. Dieser Bedarf muß unter allen Umständen gedeckt werden, wenn das Ziel der Maximalproduktion und damit die Vollbeschäftigung erreicht werden soll, und zwar muß der Bedarf in der einmal festgelegten Zusammensetzung gedeckt werden; die Erfahrung zeigt, daß mindestens diese Form der kollektivistischen Planwirtschaft im Verhältnis zur Marktwirtschaft eine sehr geringe Elastizität besitzt; sie vermag sich nicht kurzfristig auf eine andere Situation umzustellen. Das Primäre ist der Importbedarf, der dadurch entsteht, daß ein Teil des Gesamtbedarfs nicht durch die eigene Produktion gedeckt werden kann. Die Bestimmung des Exportvolumens richtet sich nach der Größe dieses festliegenden Importbedarfs.

Ein zweites kommt hinzu, das wissen wir aus den Erfahrungen: für jede Form der Planwirtschaft ist der Außenhandel das große X! Der Außenhandel umschließt diejenigen Größen, die durch die innere Wirtschaftspolitik entweder überhaupt nicht oder nur in sehr bescheidenem Umfange beeinflußt werden können. Die Folgerung daraus ist: man strebt danach, den Außenhandel, um die Vollbeschäftigung und die Maximalproduktion zu sichern, so eng wie möglich zu begrenzen, also nach einem Höchstmaß von Autarkie. Zweite Folgerung: soweit man durch die Eigenerzeugung diesen Bedarf nicht decken kann, versucht man, den Außenhandel aus der ständigen Bewegtheit des Weltmarktes herauszunehmen und ihn auf die Basis einer gesicherten Bilateralität zu stellen, d. h. praktisch das anzustreben, was uns unter dem Namen der Großraumwirtschaft bekannt ist. Die Entwicklung im Ostblock ist ja nichts anderes als eine solche Großraumwirtschaft. Dritte Folgerung: wenn man darüber hinaus die Märkte der freien Weltwirtschaft braucht, dann hat man für das Angebot auf diesen Märkten im Rahmen einer kollektivistischen Planwirtschaft eine wesentlich größere Möglichkeit, die Angebotsbedingungen zu variieren. Man kann also praktisch, ganz konkret gesprochen, einen Dumping-Export in großem Stile forcieren; er ist zwar nicht unbegrenzt, die Möglichkeiten sind eingeengt, aber sie sind da. Wenn also der für die Erreichung der Maximalproduktion notwendige Einfuhrbedarf sonst

nicht gedeckt werden kann, wird man auf Kosten der ökonomischen Rationalität eine Absatzmöglichkeit durch billige Angebote erzwingen.

Mit anderen Worten: die Zusammenhänge zwischen Vollbeschäftigung und Außenhandel in der Marktwirtschaft führen potentiell zu dem Bestreben einer einheitlichen Weltwirtschaft, die insgesamt unter dem Zeichen der Vollbeschäftigung steht. Die Zusammenhänge einer kollektivistischen Planwirtschaft führen entweder zu dem Streben, diese kollektivistische Planwirtschaft auf die ganze Weltwirtschaft auszudehnen, oder, wenn das nicht möglich ist, aus dieser Weltwirtschaft ein Stück herauszuschneiden und dieses anderen Gesetzen zu unterstellen, als das in der marktwirtschaftlichen Weltwirtschaft der Fall ist.

Prof. Dr. Rudolf *Stucken* (Erlangen):

Auf die Gefahr hin, einigen meiner Kollegen als hoffnungslos antiquiert zu erscheinen, möchte ich auf das theoretische Instrumentarium eingehen, mit dem Herr Professor *Rittershausen* gearbeitet hat. Ich möchte das an dem Beispiel eines Importüberschusses, der zu einem entsprechenden Devisenverlust der Notenbank führt, tun. — Herr *Rittershausen* hat richtig gezeigt, daß ein solcher Vorgang dahin führt, daß gewisse Einkommensbeträge, die sich sonst weiter auf dem Inlandsmarkt ausgewirkt hätten, auf diese Weise auf den Auslandsmarkt abgeleitet werden, und er hat sich im wesentlichen mit dieser unmittelbaren Auswirkung begnügt. Die ältere Theorie, der ich mich verbunden fühle, pflegte auch auf diesen Vorgang einen gewissen Wert zu legen, stellte ihn aber nicht in den Vordergrund; sondern im Vordergrund stand die weitere Wirkung, daß im Zusammenhang mit diesem Prozeß die Kreditbanken in aller Regel für einen gleichen Betrag Notenbankguthaben einbüßen. Dieser Verlust von Notenbankguthaben hat sodann zur Folge, daß die Kreditschöpfungsfähigkeit der Kreditbanken nicht nur um den gleichen Betrag, sondern um ein vielfaches dieses Betrages eingeschränkt wird. Des weiteren ging die Lehre darauf ein, daß die Situation der Notenbank durch die Devisenverluste verschlechtert wird und daß die Notenbank darauf reagiert. Jedenfalls sei nicht anzunehmen, daß die Notenbank bereit sei, die Notenbankguthaben der Kreditbanken wieder aufzufüllen, indem die Notenbank mehr Wechsel diskontiert. Es ist möglich, daß sie dazu bereit ist, es ist aber genau so gut möglich, daß die Notenbank ein solches Verfahren ablehnt; und wir müssen einmal daran denken, daß dieser letztere Fall für uns gerade sehr aktuell ist. Wir stehen ja nicht mehr als eine im wesentlichen durch Devisenzwangswirtschaft gesicherte Volkswirtschaft da, wir leben doch heute im Bereich der europäischen Zahlungsunion, und

es kann möglich sein, daß wir gezwungen werden, Gold oder goldwertige Devisen abzugeben. Und solange nicht der Nachweis erbracht worden ist, daß tatsächlich die Kompensation der verlorenen Notenbankguthaben der Kreditbanken jederzeit erfolgt, solange halte ich das Instrumentarium, mit dem Herr *Rittershausen* gearbeitet hat, für unterlegen gegenüber dem Instrumentarium, mit dem die ältere Theorie zu arbeiten pflegte.

Prof. Dr. Erik von *Sivers* (Stuttgart):

Meine Damen und Herren!

Mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden spreche ich nicht zu einem Thema der Praxis, sondern generell zu einer allgemeineren Materie. Herr Geheimrat *Weber* wies darauf hin, daß bei der Frage der Vollbeschäftigung eigentlich nicht nur die westeuropäische und amerikanische Literatur hätte mit herangezogen werden müssen, sondern auch die russische. Es erhebt sich die Frage, ist hier eine Unterlassung begangen worden oder nicht? Wenn Professor *Schneider* unterstrich, daß es auf der Welt nur eine einheitliche Wissenschaft gäbe, wird damit der Vorwurf der Unterlassungssünde unterstrichen.

Ich bin nun der Meinung, daß zwar formell die Wissenschaft eine Einheit darstellt, materiell aber doch so große Unterschiede aufweist — und zwar im Hintereinander, im Nebeneinander und im Übereinander —, daß man ohne allzu radikale Übertreibung von einer Pluralität der Wissenschaft sprechen könnte. Stimmt dieses und liegt eine entscheidende Trennungslinie gerade zwischen dem westlichen und dem östlichen Denken, dann wäre es unter dem Gesichtspunkt der Einheitlichkeit vertretbar, daß auf dieser Tagung von einer Berücksichtigung auch der östlichen Vollbeschäftigungstheorie abgesehen würde.

Daß im Hintereinander des sich fortentwickelnden kulturellen Prozesses der Aspekt der Wissenschaft sich entscheidend wandelt, ist nicht unbekannt. Alfred *Weber* hat mit Recht hervorgehoben, daß nur rationale Erkenntnis sich weitergeben läßt, daß aber überall, wo das Divinatorische in den Vordergrund tritt, jede Übertragung von Gehalten unmöglich wird. Da das schöpferische Moment im Bereich der Wissenschaft eine bedeutende Rolle spielt, muß allmählich eine entscheidende Verschiebung der Erkenntnishorizonte sich aus dem Entwicklungsprozeß heraus ergeben. Vergleichen wir z. B. die heutige Wissenschaft mit den Erkenntniselementen etwa des *Thomas von Aquino*, so wird der entscheidende Aspektwandel sofort deutlich.

Ähnliches wie das eben Ausgeführte gilt mutatis mutandis auch für das Nebeneinander artverschiedener Kulturen. Darüber ist ja, und nicht erst seit *Spengler*, genug geschrieben worden.

Noch wichtiger für unsere Überlegung ist, daß auch im Übereinander verschiedener Kulturschichten im Rahmen derselben Gesamtkultur die Wissenschaft sehr heterogen sein kann. Bekanntlich liegt es in der Konsequenz der marxistischen Evolutionslehre mit ihrer Vorstellung von der Abhängigkeit des geistigen Überbaus von den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, daß die ökonomisch verschieden fundierten sozialen Klassen andere wissenschaftliche Gesichtspunkte entwickeln. Durch Jahrzehnte war es der Stolz der Arbeiterklasse, eine eigene Welt zum mindesten sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zu besitzen. Und es ist wohl nicht zu leugnen, daß der orthodoxe Marxismus auf den verschiedensten sozialwissenschaftlichen Gebieten eine starke und eigenwillige Prägekraft entfaltet hat. Von hier aus gesehen, wird der fundamentale Unterschied zwischen dem modernen russischen und dem westeuropäischen Denken deutlich. *Bucharin*, der führende Theoretiker unter *Lenin*, wies in seinem Buch „Die politische Ökonomie des Rentners“, 1926, extra darauf hin, daß die westliche Bourgeoisie ja gar nicht in der Lage sei, die Wahrheit zu erkennen, da ihre Ideologie einer veralteten Wirtschaftsform entspreche. Er tue nur ein Übriges, wenn er sich noch im einzelnen zur Widerlegung ihrer Lehren herbeilasse.

Fasse ich das Gesagte zusammen, so ergibt sich, daß zwar alle Wissenschaft in ihrer Zielsetzung einheitlich ist, daß diese ihre Einheitlichkeit aber überall dort ihre Grenzen findet, wo zur Lösung ihrer Fragen das Verstehen mit herangezogen werden muß.

Auf diese Tatsache wollte ich hier noch hinweisen.

Dr. Curt *Fischer* (Wiesbaden):

Meine Damen und Herren!

Fünf Minuten bedeutet Telegrammstil! Es wird Ihnen etwas viel zugemutet, denn nach den Ausführungen meines Herrn Vorredners gehe ich wieder von der hier behandelten Frage auf praktische Fragen über. Es war am zweiten Tage viel die Rede vom Instrumentarium. Nun möchte ich gerne etwas anfügen, was mir am zweiten Tage oft in den Sinn kam, wenn ich die Ausführungen über das wirtschaftliche Instrumentarium hörte, z. B. das Instrumentarium der Notenbank, oder der Finanzpolitik, der Besteuerung des Einkommens der gewerblichen Betriebe; diese Instrumente sind hier besprochen, es ist darüber debattiert worden, zu welchem Zweck sie eingesetzt werden sollen; also diese Instrumente, gesehen als Mittel zum Zweck! Vergessen Sie aber nicht, daß eine ganze Reihe dieser Instrumente auch einen gewissen Selbstzweck haben und daß es deshalb sehr schwierig ist, ihr Wesen zu ergründen. Denken Sie daran, daß die Steuerpolitik

nicht nur im Sinne der Erarbeitung der Ergebnisse dieser beiden Tage verwendet wird, sondern daneben den Zweck hat, auch die Ausgaben des Staatsapparates zu decken, und daß z. B. die Erhöhung der Mindestreserven das Verhältnis der Ertragslage zwischen Landeszentral- und Geschäftsbanken etwas verändert hat. Alle diese Dinge sind im ganzen nicht nur als Instrumente zu sehen, und ich darf Sie im Hinblick auf die Diskussionsbeiträge über ungenügendes Sparen, über Kapitalbedarf, darüber, daß wir die Kapitalanforderungen nicht decken können, über die Frage, ob wir mit niedrigen oder hohen Zinssätzen arbeiten sollen, auf etwas hinweisen: Herr Dr. *Veit* hat von diesem Instrumentariumskasten wie von einem Handwerkskasten gesprochen; da seien Hämmer und Zangen drin, darin sind aber auch Instrumente, die wie ein Bumerang wirken, und wenn man sie verwendet, kommen sie auf den, der sie einsetzen will und damit eine bestimmte Zielsetzung verbindet, wieder zurück, und zwar so peinlich, daß sie die Zielsetzung nicht nur nicht gewährleisten, sondern darüber hinaus die ganze Wirtschaftsordnung untergraben können. Ich denke z. B. an unser heutiges Prinzip in der Steuerpolitik, die Gewinne gewerblicher Unternehmen zu besteuern. Ein Freund von mir aus Italien, der eine Baumwollspinnerei hat, hat im Aachen-Krefelder Gebiet deutsche Kollegen besucht. Er sagte mir: Du hast mir erzählt, wie Deutschland, die westdeutsche Wirtschaft unter einer überhöhten Steuerlast leidet. Ich muß sagen, wir sind in der italienischen Wirtschaft nicht so reich wie in der Krefelder und Aachener Industrie, denn wie die ihre Betriebe jetzt ausgestattet haben, angefangen vom elektrischen Toröffner bis zu Marmorplatten an der Außenfassade, das weicht doch von dem bei uns Üblichen weit ab. Aber als Erklärung sagten mir diese deutschen Kollegen: wir haben kein Interesse, Nettogewinne zu machen, weil wir sie ja dann progressiv bis zu 95 % dem Fiskus geben müssen.

Dieser Freund aus Italien sagte mir erklärend: das ist bei uns in Italien anders; jedesmal am Anfang des Steuerjahres kommt der Fiskalbeamte zu uns, und es gibt ein halborientalisches Feilschen um eine fixe Steuer! Herr Professor *Schmölders* wird froh sein, wenn ich das erwähne. In Italien wird entgegen den Bestimmungen im Gesetz praktisch eine Art Sollertragsbesteuerung vorgenommen. Auf diese Weise wird tatsächlich erreicht, daß, wenn über dieses ausgehandelte Fixum hinaus ein gewerblicher Betrieb Gewinne macht, er ein Interesse daran hat, ihn wirklich zu machen und ihn volkswirtschaftlich sinnvoll zu investieren. Ich persönlich verstehe es überhaupt nicht, daß der legitime Sprecher für die deutsche Finanzpolitik, Bundesfinanzminister *Schäffer*, der der organischen Steuerreform mit diesen Dingen eine Änderung geben wollte, damit es kein Bumerang wird und er das In-

strument, das Werkzeug in unserem Instrumentenkasten, steuerpolitisch wieder schärft und gewährleistet, daß es nicht schartig wird oder als Bumerang wirkt, derzeit erklärt: wir müssen die Wirtschaft jetzt erst einmal zur Ruhe kommen lassen nach der Serie der drei Steueränderungsverordnungen. Deshalb wird die sog. „große Steuerreform“ erst in späteren Jahren aktuell werden können. Das sagt der verantwortliche Bundesfinanzminister von einem derzeitigen Steuersystem, welches die Bezeichnung „System“ überhaupt nicht verdient und welches, eben als Bumerang, betriebswirtschaftliche Auswirkungen und Investitions- und Spesenausgabendenzen in der deutschen Wirtschaft auslöst, die im vollsten Gegensatz zu den Zielsetzungen unserer Wirtschaftspolitik und zu den Erfordernissen unserer durch zwei verlorene Kriege verarmten deutschen Volkswirtschaft stehen.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, wenn ich, der ich ja mehr in der Praxis stehe als in der Theorie, mir manchmal sagen muß: was hat es für einen Sinn, darüber zu debattieren, wie weit die Instrumente der Wirtschaftspolitik, z. B. die Steuerpolitik, eingesetzt werden können und sollen, wenn diese Instrumente infolge des ihnen immanenten Selbstzweckes schartig sind oder als „Bumerang“ aus der Hand des Finanzministers auf die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik gefährlich zerstörend zurückschlagen, die der Wirtschaftsminister auf der Grundlage einer gesunden Geldverfassung mühsam aufbaut?

Staatssekretär Dr. Walter *Auerbach* (Hannover):

Meine Damen und Herren!

Die Beratungsgegenstände dieser beiden Tage waren die Problematik der Vollbeschäftigung. Die Diskussion im Anschluß an die Referate hat sich dahin entwickelt, daß sie die Tagesordnung und den Aufbau dieser Tagung kritisierte. Ich glaube, daß das nicht ganz unbeeinträchtigt war, obwohl bei der Aufstellung der Tagesordnung kaum vorausgesehen werden konnte, wie gerade diese drei Monate das, für das im Tagungsprogramm kein besonderes Referat vorgesehen wurde, in seiner Bedeutung unterstrichen. Es wurden sehr viele Probleme angeschnitten, die außerordentlich wichtig sind und um die wir nicht herumkommen. Es wurden aus Zeitgründen andere Probleme nicht erörtert und der Diskussion überlassen, Probleme, wie sie gestern in sehr vorsichtig angedeuteter Form in den Ausführungen des Herrn Präsidenten *Wilrodt* anklangen. Wer nur fünf Minuten Redezeit hat, braucht es nicht so vorsichtig zu umschreiben, sondern kann es kurz und unmißverständlich sagen, nämlich: es fehlte weitgehend der Faktor „Wirtschaftssubjekt“, und zwar nicht nur der Faktor Unter-

nehmer, sondern vor allem der Faktor des in abhängiger Arbeit Stehenden, und gerade das, was Sie, Herr Präsident, gestern schilderten und was in der Diskussion immer wieder anklang, zeigt, daß die Probleme der Vollbeschäftigung gerade in den Punkten, die vor drei Monaten von unserem Vorstand nicht so gewichtet wurden, weil die Entwicklung es damals nicht so voraussehen ließ, besonders erörterungsbedürftig erschienen. So kam es, daß Probleme, wie Sie sie z. B. in dem Buch von Barbara *Wootton* über „Freiheit und Vollbeschäftigung“ in einer ausreichenden Diskussionsgrundlage vorfinden — aber leider in einer schlechten deutschen Übersetzung, in einer oft vollständig sinnentstellenden Übertragung —, wahrscheinlich zu kurz gekommen sind, d. h. vor allem die Probleme, die entstehen, wenn die Vollbeschäftigung zunächst in einigen Sektoren sich der Verwirklichung nähert und in manchen schon eine Überbeschäftigung festzustellen ist. Dieses scheinbare Zukurzkommen einer Themastellung ist wohl begründet in einer Lage, die vor drei Monaten höchst aktuell war und hoffentlich in dieser Form so bald nicht wieder aktuell werden wird. Aber es veranlaßt, zum Gesamtverlauf der Tagung noch einige Bemerkungen zu machen. Herr Professor *Wessels* hat uns gestern einen Katalog der Aushilfen vorgetragen, der für die „Radiohändler“, die zum Physikerkongreß kamen, nichts Neues war, weil sie nicht nur diesen Katalog kennen, sondern weil sie schon mehr kennen. Nun bitte ich Sie, die Fragestellung zu prüfen, die gerade wir wünschten, nämlich: können wir diese einzelnen Aushilfen tatsächlich so wie bisher als Aushilfen benutzen? Was wir in der Praxis brauchen, ist ein System der Korrekturen, und was uns interessiert, ist: wie weit ist dieser Katalog der Aushilfen, den wir ständig verwenden, zusammenzufassen, irgendwie zu gestalten in ein System der Korrekturen, durch das korrigiert wird, da korrigiert werden muß. Da spielt allerdings der Gesichtspunkt, den vielleicht die Sozialpolitiker aus einer gewissen Fachblindheit überbetonen, eine erhebliche Rolle. Ich will ein Beispiel nennen: die Frage der Wohnungszwangswirtschaft, der Wohnungsbewirtschaftung. Ich glaube, es ist wohl dreißig Jahre her, daß der Verein für Sozialpolitik darauf verwiesen wurde, daß die Wohnungsbewirtschaftung von enormer wirtschaftlicher Bedeutung speziell für den Export ist, weil hier eine versteckte Exportprämie liegt. Wenn in Frankreich zwischen 4—6 und in England zwischen 8—10 % des Arbeitslohnes für Miete aufgewendet wird, so sehen Sie, daß neben den sozialpolitischen Erwägungen und Überlegungen bedacht werden muß, daß unter Umständen durch eine völlige Beseitigung der Wohnraumbewirtschaftung in ganz anderer Weise als bisher die Lohnschraube in Bewegung und der Export in die Gefahrenzone gerät. Dieser Gesichtspunkt muß von uns

einbezogen werden. Ich nehme das als Beispiel dafür, wo Korrekturen notwendig sind.

Nun kann man hier in den Tagen der Besinnung in Pyrmont durchaus von dem roten Licht sprechen und sagen: das rote Licht bedeutet: hier nicht weiter! Wir sind dankbar für jede Schärfung des Blickes, für jedes Signal gerade dann, wenn wir, wie oft, im Nebel der Praxis stehen. Wir können aber in der Praxis leider auch dann nicht stehen bleiben, wenn der Instrumentenkasten leer ist, und das, was von Herrn Professor *Herberg* vorgetragen wurde, kann ich nur von ganzem Herzen unterstützen; ich glaube, alle anwesenden „Radiohändler“ werden es ebenfalls unterstützen. Denken Sie nicht nur an unsere Probleme von morgen. Trotzdem wir in der Konjunkturtheorie noch nicht so weit sind, wie wir gehofft hatten, es kann bei den Problemen von übermorgen, die sich zum Teil schon abzeichnen, manches Problem wissenschaftlich der Vorklärung nahegebracht werden. Aber wir in der Praxis können nicht daran gehen, weil uns die Zeit fehlt.

Das Bild, das Herr Professor *Schiller* zum Schluß brauchte, ist für uns besser anwendbar: Gratwanderung. Da kann man nicht stehen bleiben, bis ein Signalwechsel kommt, da muß man weiterwandern, es sei denn, daß man umkehrt; das kann man in der Praxis aus außerwirtschaftlichen Gründen nur schwer. Diese Gratwanderung müssen wir gerade bei der Vollbeschäftigung fortsetzen unter den Aspekten der Korea-Krise und unter dem Aspekt der Korea-Konjunktur, und höchstwahrscheinlich werden auch noch England und Schweden erleben, daß die Gratwanderung auch dann noch nicht zu Ende ist, wenn das Problem der Vollbeschäftigung zunächst gelöst wurde.

Wenn Professor *Koch* seine Ausführungen damit schloß, daß er sagte — er bezog sich auf den Dresdener Kongreß —, daß Arbeitslosigkeit nicht Schuld, sondern Schicksal sei, daß aber stagnierende Arbeitslosigkeit Schuld ist, so möchte ich das unterstreichen, möchte aber seine Worte aus der sozialpolitischen und sozialpsychologischen Sphäre ergänzen: Schuld, ja — aber nicht Schuld des Arbeitslosen! Und das bedeutet eine gemeinsame Verpflichtung von Wissenschaft und Praxis.

Schlußwort des Referenten Senator Prof. Dr. Karl *Schiller* (Hamburg):

Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich ganz generell bedanken bei allen, die hier zu diesem Thema gesprochen und zu den von mir vorgeschlagenen Möglichkeiten Einwände oder zusätzliche Beiträge geliefert haben. Aber ich kann in meinem kurzen Schlußwort, das zudem unter einem Zeitlimit

steht, leider nicht auf alle die vielen und reichhaltigen Einzelbeiträge und -einwendungen eingehen, die zu meinen Ausführungen gemacht wurden. Auf folgende Punkte möchte ich Bezug nehmen:

Wenn ich, um die Sparneigung zu erhöhen, als Beispiel den Vorschlag gemacht habe, eine internationale Bürgschaft herbeizuführen, so bin ich mir völlig darüber im klaren, daß das keine Maßnahme ist, welche die Kapitaleinfuhr auf Dauer ersetzen kann, sondern eine Maßnahme, die in erster Linie dem entsprechen soll, was Herr *Keiser* mit Recht als die Grenzlandsituation bezeichnet hat: es soll in den Erwartungen der Menschen, die ihre Einkommensteile nicht verzehren, sondern sparen wollen, jener psychologische Unsicherheitsfaktor der Grenzlandsituation wenigstens zu einem Teil aufgehoben werden. Das würde eine Steigerung des Sparvolumens und eine Herabsetzung der Gesamtnachfrage bewirken und zweifellos einen Beitrag zur Erleichterung des großen Engpasses der Zahlungsbilanz darstellen. Ich möchte hinzufügen, daß ich auf dieses technische Mittel, das ich als Beispiel erwähnt habe, nicht versessen bin: ich möchte aber doch betonen, daß dieses Mittel im zweiten Akt naturgemäß ein Weg ist, um zu einer effektiven Kapitaleinfuhr zu kommen — in dem Moment nämlich, in dem es bei diesen im deutschen Publikum unterzubringenden auslandsverbürgten Papieren erlaubt wird, sie ins Ausland zu verkaufen. Diese Bürgschaften stelle ich mir also vor als die für eine Zwischenzeit fungierenden Vorreiter eines alsdann technisch sehr leicht zu vollziehenden wirklichen Kapitalimports.

Ich habe schon auf die Tatsache hingewiesen, daß die Außenhandelslage, die Zahlungsbilanz, einen großen Engpaß darstellt — darüber gibt es hier wohl keine Meinungsverschiedenheit. Aber es ist dabei zu beherrigen, daß diese selbständige Darstellung des Außenhandelsproblems als Engpaßproblem eigener Art doch etwas einzuschränken ist. Das hat Herr Professor *Hermberg* in zeitlicher Hinsicht sehr interessant relativiert, indem er sagte, daß wir alle, die Praktiker und Wissenschaftler, immer wieder gesehen haben, daß wir zu sehr und zu oft unter dem Moment sehr aktueller und akuter Zeitumstände gestanden und diese zu sehr verallgemeinert hätten. Das ist das eine. Das andere ist mehr theoretisch: man muß einen Teil der Außenhandelssituation, die zu der Bezeichnung „Engpaß“ veranlaßte, wiederum ihrerseits auf innerwirtschaftliche Engpässe zurückführen. Der Außenhandel ist in einem erheblichen Ausmaß ein Engpaß deswegen, weil die Absatzkurven und die Angebots- und Produktionselastizitäten der Exportindustrie nicht so verlaufen, wie das sein sollte, und zum anderen, weil die Kurve der inländischen Verbrauchsneigung sich ebenfalls in eine so ungünstige Lage verschoben hat, daß somit von beiden Seiten aus innerwirtschaftlichen Gründen über den Außen-

handel hinweg so etwas wie ein selbständiger Engpaß geschaffen ist, der eben letztlich nur zu einem Teil besonderer Natur ist.

Das Argument, daß diese Dinge ganz und gar durch die hinter uns liegende Zwangswirtschaft verursacht seien, kann ich nur zum Teil unterschreiben. Denn ohne Zweifel ist eine unübersehbar große Zahl von Engpässen in unserer Binnenwirtschaft und in der Außenwirtschaft nicht durch diese Ereignisse verursacht worden, sondern durch die Geschehnisse, die mit der politischen Teilung, mit der Verstümmelung der Volkswirtschaft usw. zusammenhängen — mit jenen Amputationen, unter denen die gesamte Restvolkswirtschaft leidet, Faktoren, die in weiter Hinsicht auch heute noch Engpässe produzieren.

Im übrigen würde, selbst wenn jene behauptete zwangswirtschaftliche Ursache generell gegeben wäre, die Zwangswirtschaft als Grund von heutigen Engpässen nun nicht logisch bedingen, daß man, um diese Dinge wieder gut zu machen, allein mit marktwirtschaftlichen Mitteln arbeiten müßte. Man könnte genau so gut zu dem Schluß kommen, daß Strukturschäden und Verwerfungen, die im Produktionsgefüge infolge zwangswirtschaftlicher Korrekturen eingetreten sind, nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln aufzulösen seien, sondern eben mit verwaltungswirtschaftlichen Mitteln behoben werden müßten. Aber ich möchte diesen Schluß gar nicht ziehen, sondern vielmehr feststellen, daß, so glaube ich, alle Darlegungen der Referenten versuchten, von dieser starren Alternative in den Instrumenten loszukommen; man ließ die Wahl der Mittel vielmehr ganz offen. Herr Professor *Pedersen* legte den Fall so schön dar, den ich meinerseits etwas anders beschrieb, daß nämlich die zusätzliche Gesamtnachfrage auf neue Engpässe stößt und dort einen „*Pedersen-Effekt*“ (wie ich es nennen möchte) durch Preissteigerungen entsprechend dem Grenzkostenverlauf zeitigt. Nun kann man diese Situation der Selbstfinanzierung der Industrie überlassen; das wäre ein marktwirtschaftlicher Weg. Man kann es aber auch mit anderen Mitteln tun und schließlich aus der Lage heraus mit Herrn *Keiser* zu dem Schluß gelangen, daß man unmittelbar an die Engpässe herangehen müsse. Man täte dann etwas, was die Marktwirtschaft mittelbar vielleicht auch, aber erst in einem längeren Zeitraum, bewirkt hätte, so daß man in diesem Falle Als-Ob-Politik im Sinne von *Miksch* betriebe.

Ich möchte dann noch kurz feststellen, daß eine große Reihe von Fragen, die hier zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben haben, einfach Fragen der Beurteilung des Quantum sind: wieviele Engpässe sind da, wie groß sind sie, wie groß ist das Kreditpotential der Geschäftsbanken, wann wird es gefährlich usw.? Ich glaube, daß durch die ganze Diskussion sich klar hindurchgezogen hat, daß wir in diesen Dingen auf die Empirie und die Praxis angewiesen sind und daß wir

als Theoretiker nur die Eingriffsnotwendigkeiten oder Eingriffsmöglichkeiten bei verschiedenen Quantenlagen ableiten können.

Zum Schluß glaube ich sagen zu dürfen, die heutige Diskussion hat gezeigt, daß wir alle zu einer erfreulichen Unvoreingenommenheit gegenüber den wirtschaftspolitischen Instrumenten gekommen sind und uns davon befreit haben, daß wir den einen immer mit diesem Instrument identifizieren und den anderen immer mit jenem Instrument oder umgekehrt; wir haben uns gelöst von dem Fehler, daß wir den Gebrauch irgendeines Instruments sofort ideologisch übertreiben und sagen: das ist so und so einer, weil er dies oder jenes Instrument verwendet.

Wenn wir also in der Diskussion zu einer erstaunlichen und erfreulichen Unvoreingenommenheit gekommen sind, so darf das nun nicht verwechselt werden mit einem wüsten Eklektizismus, indem man sich etwa die ganze Konjunkturpolitik aus einem Sammelsurium von Mitteln zusammensucht, sondern wir haben sehr klar die Funktionsbedingungen, unter denen die einzelnen Instrumente gebraucht werden können, herausgearbeitet.

Ich glaube, daß ich zu dem Gesamtthema, das über dieser Tagung steht, der Vollbeschäftigungspolitik, sagen kann: es war ein Erfolg der Diskussion, daß wir alle losgekommen sind von der Haltung jenes Mannes, der auf den Gebrauch des Rasiermessers verzichtet, nur weil sich ein anderer damit geschnitten hat.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Woldemar *Koch* (Berlin):

Meine Damen und Herren!

Ich habe nur wenige Diskussionsbeiträge als Widerspruch empfunden. Zu den Ausführungen von Herrn Prof. *Fick* hat bereits Herr Prof. *Brinkmann* das gesagt, was ich auch gesagt hätte. Ich möchte nur zu zwei Äußerungen kurz Stellung nehmen.

Herr Prof. *Schneider* meinte, daß die Theorie bzw. die Hypothese vom Dahinschwinden der Investitionsgelegenheiten keine Beziehung zur Theorie der Beschäftigung hätte. Eine Beziehung zur Beschäftigungspolitik ist m. E. gegeben. Herr *Schneider* hat indessen seine These nicht interpretiert, und ich möchte daher von einer Polemik absehen.

Herr Prof. *Schmölders* und Herr Dr. *Fischer* haben einiges zu den traditionellen und den modernen — wenn ich so sagen darf — Fragen der Finanztheorie gesagt. Herr *Schmölders* führte aus, daß man die besondere Aufgabe der Finanzwissenschaft nicht übersehen dürfe. Herr *Fischer* sagte, man dürfe nicht vergessen, daß die Steuern eine

Einnahme des Staates seien, die zur Deckung der Ausgaben bestimmt sind. Ich glaube nicht, daß es jemanden gibt, der diesen letzteren Satz bestreiten wollte, denn er ist eine Selbstverständlichkeit. Es gibt eine Unterschiedlichkeit im Standpunkt bei der modernen und bei der traditionellen Betrachtungsweise, die man zunächst für den Fall der durch die spontanen Kräfte des Marktes gesicherten Vollbeschäftigung folgendermaßen charakterisieren kann: Steuern sind, traditionell gesprochen, eben eines der Mittel, um die Ausgaben des Staates zu decken. Die moderne Theorie würde den gleichen Sachverhalt bildhaft etwa so ausdrücken: Ausgaben stellen einen Liquiditäts-, Geld- oder Kaufkraftstrom dar, der vom Staate in den wirtschaftlichen Kreislauf außerhalb des Staates fließt. Die Steuern sind der entsprechende Gegenstrom. Beide Aussagen sind der Sache nach identisch. Ist dagegen die Vollbeschäftigung ein vom Staate zu lösendes Problem, dann ist die Position der modernen Finanztheorie etwas anders. Dann ist die Breite des Kreislaufstromes, bei Gütern und beim Gelde, Gegenstand der Finanztheorie bzw. ein praktisches Problem der Finanzpolitik. Hier hat die Steuerpolitik, sodann aber auch die Anleihe- und Geldschöpfungspolitik die Aufgabe, den volkswirtschaftlichen Kreislauf zu regulieren. Es besteht kein Widerspruch zwischen der traditionellen und der modernen Auffassung, vielmehr ist die neuere Betrachtungsweise eine Erweiterung der älteren. Die traditionelle Deutung genügt — wir können hier die *Keynessche* Ausdrucksweise verwenden — für einen Spezialfall. Für die moderne Theorie sind die Fragen der Besteuerung sehr viel weiter zu fassen. Herr *Schmölders* sagt, daß wir vieles in den Auswirkungen der Finanzpolitik nicht voraussehen können. Es liegt mir fern, das zu bestreiten. Es gibt eine Unmenge qualitativer und quantitativer Fragen, die noch nicht hinreichend erforscht sind. Nur möchte ich davor warnen, die Fragen der Wissenschaft in der Praxis immer nur unter einem einzigen Gesichtspunkt zu sehen: Unerforschtheit und Unerforschbarkeit der Marktzusammenhänge. Als Beleg für die Schwierigkeit einer Prognose wurden die Überwälzungsvorgänge erwähnt. Indessen sind wir auch hier weitergekommen als die Skepsis des vorigen Jahrhunderts, die die Auffassung vertrat, das Ergebnis der Überwälzungstheorie bestünde darin, daß jede Steuer auf jedermann überwälzbar sei. Was die fiskalische Konjunkturpolitik betrifft, so sind wir doch zu vielen sicheren Ergebnissen gelangt, die — bei richtiger Deutung der konkreten Situation — der Praxis als Orientierungsfaden dienen können.

Schlußwort des Referenten Prof. Dr. Heinrich *Rittershausen* (Mannheim):

Meine Damen und Herren!

Ich habe nur wenig zu sagen. Ich danke zunächst den Herren Diskussionsrednern für die für mich sehr wichtigen Anregungen, die sie gaben. Zu den Ausführungen des Herrn Prof. *Stucken* möchte ich nur sagen, daß der ältere Zahlungsbilanzausgleichs-Mechanismus in der Formulierung von Herrn *Stucken* zweifellos eine erhebliche Bedeutung hat und behalten wird. Ich sehe überhaupt zwischen dem älteren und neuen Mechanismus nur graduelle Unterschiede und halte es für übertrieben, diese Unterschiede als prinzipielle anzusehen.

Was die Kritik von Herrn Dr. *Wissler* angeht, ich hätte wohl die im letzten Teil der UN-Denkschrift vom Dezember 1949 über Vollbeschäftigung enthaltenen Vorschläge über umfangreiche Gewährung internationaler Kredite zur Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht genügend berücksichtigt, so möchte ich sagen, daß ich an verschiedenen Stellen meiner Darlegungen von der Wichtigkeit internationaler Anleihen und von der Wiedererweckung der internationalen Privatkredite gesprochen habe. Bei den Krediten, die in diesem Gutachten erwähnt sind und die zum Teil sehr stark hervorgehoben werden, wie Herr Dr. *Wissler* mit Recht sagte, handelt es sich meiner Meinung nach um internationale Staatskredite; denn solange die Devisenbewirtschaftung besteht, sind private Kredite nicht möglich. Diese internationalen Staatskredite sind aber praktisch aus den Taschen der amerikanischen Steuerzahler genommen, denn die Vereinigten Staaten sind neben kleinen Beträgen aus der Schweiz der einzige große Geldgeber. Ich halte aber einen internationalen Plan von 45 Nationen, von denen 44 Geldnehmer und nur einer Geldgeber sein will, nicht für diskussionsfähig. Es ist das eine wirtschafts- oder sozialpolitische Maßnahme der Vereinigten Staaten, aber den Namen eines internationalen Planes verdient eine solche Maßnahme nicht, und es ist mir persönlich nicht möglich, einen solchen Plan, der ein glattes Gesuch um Kreditgewährung an die Vereinigten Staaten bedeutet, als einen internationalen Plan anzusprechen. Es ist besonders heute kein Plan weltweiter Koordinierung, da wir die Situation der international schlechten Beschäftigung, die durch Vollbeschäftigungsmaßnahmen verbessert werden soll, im Augenblick weit hinter uns haben, worauf ich in meinen letzten Ausführungen hinwies. Wenn wir in einer internationalen Vollbeschäftigung und Überbeschäftigung stehen, so ist zu erwarten, daß der enorme Exportüberschuß der Vereinigten Staaten — wenn wir weiter denken wollen — sich in ein bis zwei Jahren in einen Importüberschuß sogar umwandelt. Angesichts eines solchen Importüberschusses bei den gewal-

tigen Rüstungsanstrengungen kann aber unter der heutigen und zukünftigen Situation eigentlich von internationalem Kredit zur Erreichung oder Erhaltung der Vollbeschäftigung dann doch keine Rede sein, sondern das ganze Problem würde erst beginnen, wenn diese westliche Rüstungskonjunktur zu Ende ist und neue Krisensituationen auftreten. Diesen Fall habe ich für so entfernt gehalten, daß ich darüber heute nicht schon sprechen wollte.

Was die akute Devisenklemme unseres Landes angeht, so glaube ich, daß wir den Worten unseres zweifellos bei weitem sachverständigsten Kollegen Prof. *Hermberg* Glauben schenken sollten, wenn er uns empfiehlt, diese akuten Spannungen nicht zu überschätzen. Bei einer internationalen Vollbeschäftigungssituation, wie sie jetzt ist, können solche Zerrungen, die auf zeitlicher Differenz zwischen Import und Export beruhen, jederzeit entstehen; man kann sie aber nicht als grundsätzliche Situationen von Devisenmangel und von Defizit der Zahlungsbilanz bezeichnen, und wenn eine Situation der internationalen Vollbeschäftigung darin besteht, daß die gesamten Apparaturen der Schlechtbeschäftigung nicht mehr anwendbar sind, sondern überall gebremst wird, so daß man eines Tages, wie Herr *Hermberg* sagte, Export-Restriktionen vor sich sehen wird, so kann ich diese Defizite vorübergehender Natur als nicht tragisch ansehen. Die Unterbeschäftigung ist überwunden; wir stehen vor einer neuen Situation und werden uns in Zukunft damit sehr stark beschäftigen müssen.

Vorsitzender Professor Dr. *Albrecht* (Marburg/Lahn):

Meine Damen und Herren!

Wir stehen am Ende unserer zweitägigen wissenschaftlichen Tagung, und ehe ich diese Tagung schließe, habe ich mich noch zweier Pflichten zu entledigen. Der Herr Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, *Kopf*, der hier in Bad Pyrmont in einem Krankenhaus liegt und dem ich meine Aufwartung machen durfte, hat mich beauftragt, Ihnen allen seine besten Grüße zu sagen. Er hat mir versichert, daß er an unserer Tagung stärksten Anteil nimmt. Ich habe ein höchst eindrucksvolles Gespräch mit ihm geführt, über das ich hier nicht berichten kann; ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß er es besonders gern gesehen hat, daß wir unsere Tagung in seinem Lande abgehalten haben.

Sodann ist es mir ein Bedürfnis, ein Wort des Dankes zu sagen. Zunächst an alle Teilnehmer der Tagung dafür, daß sie hier erschienen und so geduldig den langen Darlegungen dieser beiden Tage gefolgt sind. Mein Dank richtet sich dabei sowohl an unsere Mitglieder als auch vor allem an unsere Gäste, denen ja zum Teil, soweit sie der

Theorie ferner und im praktischen Leben stehen, hier sehr viel zugemutet worden ist. Um so größer ist unser Dank, daß sie so geduldig den oft stark theoretischen und abstrakten Ausführungen gefolgt sind.

Ich danke dann ganz besonders unseren Referenten, denen wir ja, wenn wir von einem Erfolg dieser Tagung sprechen können, diesen Erfolg in allererster Linie verdanken. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß sie in vorbildlicher Weise zusammengearbeitet und ihre Darlegungen aufeinander abgestimmt haben. Das ist in verschiedenen vorausgegangenen Besprechungen, an denen ich auch teilgenommen habe, erfolgt; ich glaube, daß nur so eine Tagung sinnvoll und erfolgreich durchgeführt werden kann.

Ich danke dann ferner den Kollegen, die mich in so freundlicher Weise in der Verhandlungsleitung unterstützt haben. Ich danke ferner meinen Kollegen vom Vorstand, dem ich bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung viel verdanke, und hier möchte ich ganz besonders unseres Schriftführers Dr. *Arndt* gedenken, in dessen Hand im wesentlichen die Vorbereitung dieser Tagung gelegen hat. Er ist nicht unter uns, da er vor vier Wochen nach den Vereinigten Staaten abgereist ist. Ebenso gilt mein Dank unserem Tagungsbüro und hier in erster Linie Frau *Arndt*, die in Vertretung ihres Mannes die Geschäftsführung übernommen und in vorbildlicher Weise durchgeführt hat. Besonders danke ich auch unseren Marburger Doktoren, Diplom-Volkswirten, Doktoranden und Studenten, die in so aufopferungsvoller Weise ihres Amtes gewaltet haben und die leider immer oder meistens draußen stehen mußten und den gerade für sie interessanten Ausführungen auf der Tagung selbst darum nicht haben folgen können.

Ich danke schließlich der Kurverwaltung, die uns einen so schönen Rahmen für diese Tagung zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, wir sind alle sehr beeindruckt davon, in wie schönen Räumen und unter welchen angenehmen äußeren Umständen sich unsere Tagung abgespielt hat.

Schließlich noch ein Wort zu dem Inhalt unserer Tagung. Es ist ja hier und da zwar mit sehr freundlichen Worten, aber doch in der Sache mit einem gewissen schärferen Unterton an dem Programm der Tagung Kritik geübt worden, und da darf ich dann doch zu unserer Entschuldigung folgendes sagen: Wenn eine solche Tagung überhaupt gut durchgeführt werden soll, eine Tagung, die sich mit wissenschaftlichen Problemen befaßt, dann muß sie von langer Hand vorbereitet sein. Das Programm, Herr Staatssekretär *Auerbach*, ist nicht vor zwei Monaten, sondern vor anderthalb Jahren aufgestellt worden, und es konnte gar nicht die Aufgabe dieser Tagung sein, nun von heute auf morgen auftretenden Spezialsituationen gerecht zu werden, sondern der eigentliche Sinn unseres Programms war, die großen Zusammen-

hänge und die Grundlagen der ganzen behandelten Problematik hier zu erörtern. In dieser Beziehung müssen Sie nun wirklich Nachsicht mit uns üben. Wir werden bei der Vorbereitung unserer späteren Tagungen — die nächste findet in zwei Jahren statt — sicher auch nicht anders verfahren können. Aber das bedeutet nicht, daß sich die Wissenschaft nun der Aufgabe entzieht, zu den von heute auf morgen auftretenden Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das geschieht in den wissenschaftlichen Beiräten, die bei den verschiedenen Ministerien bestehen. Außerdem sind dann auch noch unsere Arbeitsausschüsse da, die fortlaufend in enger Verbindung mit Männern der Praxis weiterarbeiten.

Nun hat noch Herr Prof. *Hesse* ums Wort gebeten.

Prof. Dr. Albert *Hesse* (Speyer):

Es ist ein alter Brauch und auch eine Selbstverständlichkeit, daß am Schluß einer solchen Tagung aus der Versammlung heraus dem Vorstand der Dank zurückgegeben wird, den er der Versammlung ausgesprochen hat. Diesen Dank hat er auch vollkommen verdient, denn die Vorbereitung einer solchen Tagung ist viel umfangreicher und schwieriger, als wir denken, und die zwei Jahre der Geschäftsführung haben ihn außerordentlich stark in Anspruch genommen. Ich glaube, man kann nicht sagen: der beste Vorstand ist der, von dem man am wenigsten merkt. Aber wenn ein Erfolg wie der dieser Tagung mit so leichter und glücklicher Hand und mit so freundlichen Worten herbeigeführt wird, dann ist das doch wohl ein bemerkenswerter Tatbestand. Ich möchte diesem Dank einen Wunsch anfügen, der auch dem Vorstand so am Herzen lag, daß die erste Ansprache unseres Herrn Vorsitzenden sich darauf richtete, nämlich den Wunsch nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Daß beide aufeinander angewiesen sind, ist außer Zweifel. Der Praktiker braucht den Theoretiker, wenn er bei neuen Maßnahmen vor der Frage steht: was ist möglich, was ist wahrscheinlich, was ist notwendig? Wir brauchen den Praktiker, denn er liefert uns den Stoff; wir haben nur den Wunsch, daß er uns möglichst viel Stoff liefert und uns manchmal in die Karten sehen läßt, die uns nicht immer zugänglich sind. Ich betone diesen Wunsch aber auch aus dem Grunde, weil die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis gar nicht so einfach ist. Es wird oft gesagt: der wissenschaftliche Volkswirt ist der Arzt der Praxis. Das stimmt nicht. Zum Arzt geht der Patient, um sich eine Diagnose stellen zu lassen und sich einer Therapie zu unterwerfen. Zu uns kommt der Patient der Volkswirtschaft, um sich die Diagnose bestätigen zu lassen, die er sich gestellt hat, und um eine

Therapie zu empfangen, wie er sie sich wünscht. Wenn wir sagen, was die Praxis hören will, dann sind wir große Gelehrte; wenn wir etwas anderes sagen, dann sind wir blasse Theoretiker. Es ist auf beiden Seiten eine starke Bereitschaft zur Mitarbeit und Vertrauen erforderlich. Wenn auch heute viel gegen die Theoretiker gesagt worden ist, die Problemstellung müssen wir uns vorbehalten, denn allein wir kennen die Methoden, mit denen die Probleme gelöst werden können, und ein nicht lösbares Problem ist eben falsch gestellt. Außerdem können nur wir die Kontinuität wahren, auf die es ankommt, auch wenn wir nicht immer gleich bis morgen und übermorgen weiterdenken können. Wir sind ja Professoren und keine Propheten! Diese Aufforderung, die Bereitschaft zur Mitarbeit und das Vertrauen zu stärken, stützt sich bei mir auch auf die Erfahrung, denn ich bin nun mehrere Jahrzehnte in Stellungen tätig gewesen, in denen es immer auf diese Zusammenarbeit ankam, und ich kann nicht unterlassen, zu sagen, daß ich oft das Gefühl einer gewissen Resignation habe, das nicht schadet, solange man der Hoffnung nicht bedarf, um etwas zu unternehmen, und nicht des Erfolges, um etwas zu Ende zu führen. Aber das ist doch sicher: die Hoffnung beflügelt den Willen, und der Erfolg stärkt die Kräfte. Und so wünsche ich denn, daß für diese beiden kommenden Jahre der Geschäftsführung, dem Vorstand diese beiden: Hoffnung und Erfolg zur Seite stehen mögen und daß wir alle, Wissenschaft und Praxis, uns die Hände reichen, um die großen Aufgaben zu lösen, die weder der eine noch der andere Teil allein lösen kann, und wir dann vorwärtskommen.

Vorsitzender Prof. Dr. *Albrecht* (Marburg):

Ich schließe mit dem herzlichsten Dank für die freundlichen Worte, die der verehrte Herr Vorredner an den Vorstand unserer Vereinigung gerichtet hat, die Tagung.

Verzeichnis der Redner

Albrecht 9, 14, 215
Auerbach 13, 207
Bayer 88
Binder 144
Brandt 95
Brinkmann 79, 157
Ellinghaus 86
Fick 150
Fischer 205
Fricke 103, 153
Grunau 99
Gutenberg 145
Helander 136
Henzel 147
Hermberg 187
Hesse 217
Hoffmann 33, 105
Horn 190
Ilau 184
Kausch 138
Keiser 196
Kellner 84
Koch 125, 212
Krelle 200
Lenschow 182
Moeller 149
Muthesius 142
Pedersen 82
Pfleiderer 155
Rittershausen 159, 214
v. Sivers 204
Schiller 111, 209
Schmölders 140
Schneider 17, 104, 154
Schönwandt 179
Stoltze 12
Stucken 50, 203
Thalheim 201
Veith 75, 151
Weber, Ad. 53
Weisser 96
Wessels 56, 107
Wilrodt 91
Wirsching 12
Wissler 192
Wrede 101, 186
Zimmerman 94

Mitgliederversammlung

Geschäftliche Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Am 13. Oktober 1950 wurden in den engeren Vorstand wiedergewählt die Herren: *Albrecht* (Vorsitzender), *Gutenberg* (stellv. Vorsitzender), *Eckert* (Schatzmeister), *Arndt* (Schriftführer). Die satzungsgemäß aus dem erweiterten Vorstand ausgeschiedenen Herren *Brinkmann*, *Hoffmann*, *Stucken* wurden gleichfalls wiedergewählt.